

ZWEI LEGENDEN AUS DEM DRITTEN REICH

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 28

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

ZWEI LEGENDEN AUS DEM DRITTEN REICH

Die Prognosen der Abteilung
Fremde Heere Ost 1942-1945



Hat Felix Kersten das
Niederländische Volk gerettet?

Quellenkritische Studien

von

HANS-HEINRICH WILHELM

und

LOUIS DE JONG

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung
Volkswagenwerk

© 1974 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Gesetzt aus der
Monotype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher
Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding. Bindearbeit:
Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Printed in Germany.
ISBN 3421 01680 1

INHALT

HANS-HEINRICH WILHELM: DIE PROGNOSEN DER ABTEILUNG FREMDE HEERE OST 1942–1945	7
Der Vorkriegsoptimismus und seine Kontinuität in den ersten Kriegsjahren . . .	9
Die Fragwürdigkeit der Informationsbasis	21
Die Glaubwürdigkeit der Meldungen	21
Summierung der Daten in „defätistischen“ Statistiken	30
Prognostiziertes und tatsächliches Feindverhalten	43
Spekulationen über die russische Sommeroffensive 1943	51
Die Winterschlachten 1943/44: Prognose und tatsächlicher Verlauf	54
Falsches Kalkül vor dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte	59
Die Abteilung Fremde Heere Ost in der Endphase des Krieges	63
Karten	73
LOUIS DE JONG: HAT FELIX KERSTEN DAS NIEDERLÄNDISCHE VOLK GERETTET?	77
Der Deportationsplan	79
Die Zeitgenössischen Dokumente	83
Spätere Schriftstücke	101
Drei Zeugenaussagen	107
Die Aussage Brandts	107
Die Aussage des „Generalmajor d. R.“ Franz Müller	113
Die Aussage von Ludwig Pemsel	116
Publizierte Versionen des Deportationsplanes	119
Die Snouck Hurgronje-Kommission	125
Die „Enquêtemissie“	126
Seyss-Inquarts Rede am 12. März 1941 in Amsterdam	127
Ergebnis der Quellenkritik	131
Der reale Hintergrund	132
Das Wachstum der Legende	138

Hans-Heinrich Wilhelm

DIE PROGNOSEN DER ABTEILUNG
FREMDE HEERE OST 1942–1945

In der Literatur über die militärische und politische Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist oft eine erstaunlich hohe Einschätzung der Arbeit militärischer Nachrichtendienste zu finden. Was die deutsche Seite angeht, so gelten namentlich die Abteilungen Fremde Heere Ost und Fremde Heere West im Oberkommando des Heeres fast allgemein¹ als leistungsfähige Dienststellen, die ihre Erkenntnisse über die Kräfte und Absichten der Gegner aus allen erreichbaren Nachrichtenquellen geschöpft, sie der obersten Führung – d. h. Hitler – stets rechtzeitig zugänglich gemacht und mit ihnen auch meist Recht behalten hätten. Vieles, wenn nicht alles wäre besser zu machen gewesen und dann natürlich besser verlaufen, wenn der „Dilettant“ Hitler auf die nüchternen Prognosen der militärischen Fachleute gehört hätte, die jedoch als unbequeme Mahner nur des Defätismus beschuldigt worden seien. Daß eine solche Version entstehen konnte, lag nicht zuletzt an der spätestens im Januar 1945 beginnenden bewußten Selbstdarstellung besonders der Abteilung Fremde Heere Ost². Als jüngstes Beispiel der Version und zugleich der Selbstdarstellung dürfen die Memoiren Reinhard Gehlens gelten³, der als Leiter der Gruppe Ost in der Operationsabteilung des OKH vom November 1940 bis zum März 1942 maßgeblich an Planung und Durchführung des gescheiterten Blitzkriegunternehmens „Barbarossa“ gegen die Sowjetunion beteiligt war⁴ und danach als Mann des Generalstabschefs Halder⁵ gegen seinen Willen zum Chef der Abteilung Fremde Heere Ost gemacht wurde⁶. Gehlen vertritt noch heute die Ansicht, daß selbst nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ein politischer und militärischer Sieg Deutschlands möglich gewesen wäre, wenn Hitler seine störenden Eingriffe in die Führung des Krieges unterlassen hätte⁷.

¹ Eine der gewichtigen Ausnahmen bildet A. Hillgrubers grundlegende Arbeit über „Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941“ (Frankfurt 1965), welche bei der Beurteilung von Führungsentscheidungen die zugrunde liegenden Informationsmängel nicht übersieht und die dafür verantwortlichen Stellen namhaft macht (S. 210 ff., 220 ff., 366 ff., 393 ff., 501 ff., 572 ff.).

² Schon die noch eingehend zu analysierende Zusammenstellung der „Feindlagebeurteilungen im großen“ von April 1942 bis Dezember 1944 diene, wie dem Vorwort zu entnehmen ist, hauptsächlich der Selbstrechtfertigung vor der Kriegsgeschichtsschreibung. In einem Interview vom 30. 11. 1972 bestätigte der ehemalige Chef der Abteilung, Gen. a. D. Reinhard Gehlen, von sich aus, daß eine ganze Reihe der um diese Zeit auf seine Veranlassung entstandenen Ausarbeitungen und Denkschriften vorwiegend im Hinblick auf die Kriegsgeschichtsschreibung abgefaßt worden seien.

³ R. Gehlen, *Der Dienst, Erinnerungen 1942–1971*, Mainz 1971.

⁴ Gehlen, S. 17: „Ich war deshalb mit den Absichten, dem Kräfteinsatz sowie den Zwischen- und Endzielen der Planung bis in alle Einzelheiten vertraut.“

⁵ Gehlen, S. 17.

⁶ Gehlen, S. 42 ff., 20 f., 9.

⁷ Gehlen, S. 57.

Allerdings ist bislang, so oft auch die Tätigkeit der deutschen Geheimdienste schon behandelt wurde, noch nie der ernsthafte Versuch gemacht worden, die immer wieder kolportierten nachträglichen Aussagen der damaligen Akteure mit dem in reicher Fülle vorhandenen Archivmaterial zu konfrontieren und auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Gehlens Memoiren, die an einigen Stellen offensichtliche Ansatzpunkte für eine kritische Auseinandersetzung mit seiner Verwertung und Interpretation von Informationen bieten⁸, sind bisher ebenfalls auf keinen fachlich begründeten Widerspruch gestoßen. So fanden die Militärs weithin Glauben, als sie nach dem Kriege nahezu geschlossen eine Mitverantwortung für die einzelnen militärischen Abenteuer Hitlers abtritten⁹ und bei der Frage nach der intellektuellen Urheberchaft einen scharfen Kontrast zwischen Hitlerschen Illusionen und dem nüchternen Wirklichkeitssinn der Fachleute herausarbeiteten.

In Wahrheit ist ein solcher Kontrast zumindest in der behaupteten Schärfe keineswegs in allen Fällen nachweisbar. Das gilt gerade auch für die militärischen Lagebeurteilungen und für das Abwägen der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten. Oft genug hat hier der Optimismus Hitlers die Zuversicht seiner militärischen Berater kaum übertroffen. Wer das Studium der Akten aufnimmt, stellt – namentlich wenn er noch unter dem Eindruck der selbstsicheren apologetischen Zeugnisse steht – mit einigem Erstaunen fest, daß Hitler in Wirklichkeit weit seltener „Alleingänge“ unternahm, als allgemein angenommen wird und als angesichts jener apologetischen Zeugnisse zu vermuten war. Meist befand sich Hitler, sogar noch 1944/45, in Übereinstimmung mit angeblich klügeren und realistischen Fachleuten, oft ohne von der Übereinstimmung zu wissen. Wo es Differenzen gab, ist im übrigen die Frage, ob die Auffassungen der Fachleute einen höheren Vernunftgehalt aufwiesen, auch nicht von vornherein eindeutig zu bejahen. In zahlreichen Fällen ist eher das Gegenteil zu konstatieren, ganz zu schweigen von offensichtlich unrealisierbaren Vorschlägen, die nur „fürs Familienalbum“ bestimmt waren.

⁸ Die als „Erfolgsbild nachrichtendienstlicher Mosaikarbeit“ von seltener „Dichte und Geschlossenheit“ präsentierten Kriegsakademievorträge vom Sommer 1942 (Gehlen, S. 23–42) beispielsweise enthielten einige schwerwiegende falsche Schlußfolgerungen und innere Widersprüche: Gehlen setzte (S. 24) irrtümlich das Drittel der in den deutsch besetzten Gebieten der UdSSR nicht erfaßten Wehrpflichtigen mit dem Drittel der Einwohnerzahl (= 22 Mill.) gleich und kommt deshalb zu falschen Schlüssen; er gab (S. 24 und S. 26) die Einwohnerzahl in den unbesetzten Gebieten der UdSSR einmal mit rund 177 Millionen, das andere Mal mit 130 bis 140 Millionen an; die Stärkeangaben für das sowjetische Heer differieren (S. 27 und S. 31) zwischen 4,5 Millionen und 6–6,5 Millionen, also um ein ganzes Drittel; die Zahl der in der UdSSR uk-Gestellten hat er (S. 26) von 11 Millionen auf 9–10 Millionen korrigiert, dann aber rechnete er mit der falschen Zahl weiter; in der Wehrtauglichen-Bilanz (S. 27) erscheinen die uk-Gestellten nicht mehr, obwohl ihr 11 Millionen-Kontingent größer war als der gesamte für die russische Wehrmacht als verfügbar angenommene Rest (9,5 Mill.), und die Möglichkeit, Verwundete (bis dahin 1,8 Mill.) gegen uk-Gestellte auszutauschen, blieb unberücksichtigt.

⁹ Schreiben B. v. Loßbergs an W.-E. Paulus vom 7. 9. 1956 und 16. 9. 1956, Archiv des IfZ, ZS 97.

DER VORKRIEGSOPTIMISMUS UND SEINE KONTINUITÄT IN DEN ERSTEN KRIEGSJAHREN

Den Abgang Becks, eine Folge der Opposition des Generalstabschefs gegen die einen allgemeinen europäischen Krieg heraufbeschwörende Tschechoslowakeipolitik Hitlers, haben selbst die damaligen Kritiker des opponierenden Generals später als „Beweis“ für die Friedensliebe der gesamten Generalität in jenen Vorkriegsjahren zu präsentieren gesucht¹⁰. Die Quellen aus der Zeit vor und erst recht nach Becks Sturz liefern freilich keine schlagenden Belege für eine konsequente Ablehnung der tatsächlich anstehenden militärischen Verwicklungen. Becks Nachfolger Halder gab seine Putschabsichten nach der Ankündigung der Münchner Konferenz sogleich auf; gegen einen begrenzten Konflikt mit der CSR oder gar gegen einen „friedlichen“ Einmarsch ins Sudetenland hatte er ebensowenig einzuwenden wie zuvor Beck gegen den „Anschluß“ Österreichs. Die politisch so verhängnisvolle Zerschlagung der sogenannten Resttschechei wurde trotz gewisser Bedenken ebenfalls widerspruchslos durchgeführt.

Vor und nach der Machtübernahme – nach 1933 aber in Übereinstimmung mit Hitler und häufig mit Hitlerschen Argumenten – hat die militärische Fachpresse, wenn sie die Probleme eines bewaffneten Konflikts mit der CSR oder mit Polen behandelte, nie einen Zweifel daran gelassen, daß die deutsche Armee einem solchen Konflikt gewachsen sei¹¹. Die von Hitler bis zum März 1939 gewählten Anschluß- und Unterwerfungspraktiken sind nachträglich natürlich gebilligt worden¹², aber notfalls hätte die Veränderung des status quo nach allgemeiner Über-

¹⁰ Kritische Vorbehalte bei K.-J. Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969, S. 210 f., 222 f., 253 f., 304 f., 309 ff.

¹¹ Zur Tschechoslowakei vgl. die folgenden Artikel im Militär-Wochenblatt: „Gegenwartsfragen in der tschechoslowakischen Armee“, 116/40 (1931/32), Sp. 1406 ff.; „Betrachtungen zum Manöver der tschechoslowakischen Armee 1935“, 120/26 (1935/36), Sp. 1137 ff.; „Tschechoslowakische Ansichten über neuzeitliche Panzerkampfwagen und deren Abwehr“, 122/46 (1937/38), Sp. 2960 ff.; „Die militärische Bedeutung des Dreibundes Frankreich, Sowjetunion, Tschechoslowakei“, 120/23 (1935/36), Sp. 989 ff. Ähnlich zu Polen die Militär-Wochenblattartikel: „Militärpolitisches aus Polen und den Randstaaten“, 108/5 (1923/24), Sp. 101 ff.; „Organisation der polnischen Wehrmacht“, 117/6 (1932/33), Sp. 186 ff.; „Erfahrungen mit Tanks und Panzerwagen im polnischen Heere“, 120/27 (1935/36), Sp. 1190 f.; „Polen und seine Wehrmacht“, 123/47 (1938/39), Sp. 3163 ff.; „Oberste Führung, Gliederung und Ausrüstung der polnischen Armee“, 123/50 (1938/39), Sp. 3393 f.; „Sonderheiten der Taktik fremder Heere, Polen“, 121/38 (1936/37), Sp. 2320 ff.

¹² Zum „Anschluß“ Österreichs: „Das Land Österreich“, in: Militär-Wochenblatt 122/41 (1937/38), Sp. 2617 ff.; „Das Heer im Jahre 1938“, Mil. WBl. 123/27 (1938/39), Sp. 1769 ff. – Ferner die Akten der Zentralabteilung im OKH betr. „Einmarsch Österreich“, Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br. (im folgenden zit. BA/MA), H 23/54, besonders den Bericht des Maj. i. G. Krebs (11. Abt.) über seine Kurierreise nach Linz vom 12.–14. 3. 1938, dat. vom 14. 3. 1938 (mit Hinweisen auf Säuberung des österreichischen Offizierskorps von

zeugung auch mit den Waffen erzwungen werden können. Daß die Gewinnung Österreichs, des Sudetenlands und des „Protektorats“ militärpolitische Vorteile bot, daß die personellen und materiellen Reserven dieser Länder im Hinblick auf künftige größere Auseinandersetzungen möglichst bald erschlossen werden müßten, wurde nach jeder expansionspolitischen Etappe mit größter Befriedigung betont. Als Polen sich der „friedlichen“ Expansionspolitik nicht fügte, hatte die deutsche Armee ihre Überlegenheit dann tatsächlich zu beweisen. Wie in den vorhergegangenen Krisen zweifelte niemand in der Generalität an einem guten Ausgang, auch nicht an der grundsätzlichen Richtigkeit einer antipolnischen und eventuell zu militärischen Mitteln greifenden Politik. Die da und dort geäußerte Besorgnis galt lediglich dem Zeitpunkt und wiederum – damit zusammenhängend – der Haltung der Westmächte.

Die Mehrzahl der Fachleute scheint indes selbst einem Krieg gegen Frankreich und Großbritannien keineswegs mit dem Pessimismus entgegengesehen zu haben, wie er für einige der älteren Generale tatsächlich belegt ist. Der oft zitierte „Rüstungsvorsprung“, besonders gegenüber Großbritannien, der sich erst in den letzten beiden Vorkriegsjahren, dann aber rapide, zu verringern begann, verführte so manchen zu recht selbstsicheren Äußerungen¹³. Freilich urteilte die deutsche

„Legitimisten“, „Nichtariern“, „Gegnern des Nationalsozialismus“ und anderen potentiellen Gegnern unter Mithilfe deutscher militärischer Stellen). Zur Eingliederung des Sudetenlandes: „Sudetendeutschland“, in: Mil. WBl. 123/16 (1938/39), Sp. 993 ff. Ferner: XIII. A. K. (Ib), Nr. 5800/38 gKdos, „Erfahrungsbericht ‚Einsatz Sudetendeutschland‘, September/Oktober 1938“, dat. vom 15. 11. 1938 (BA/MA 76115 copy 1); die Aufträge zur Auswertung der Erfahrungen: Chef d. Genst. d. H., Nr. 150/39 gKdos an 7. Abt. vom 23. 2. 1939 und Chef d. Genst. d. H./1. Abt., Nr. 2306/38 gKdos/Z/W 2640/38 gKdos vom Okt. 1938 (BA/MA H 23/29).

Zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“: „Protektorat Böhmen und Mähren“, Mil. WBl. 123/40 (1938/39), Sp. 2681 ff.; XIII. A. K. (Ib), Nr. 2300/39 gKdos, „Erfahrungsbericht ‚Einsatz Tschecho-Slowakei‘, März/April 1939“, dat. vom 20. 5. 1939 (BA/MA 76116 copy 1); B. v. Loßberg, In Wehrmachtsführungsstab, Bericht eines Generalstabs-offiziers, Hamburg 1950, S. 17 f.; Befragung Keitels durch seinen Nürnberger Verteidiger zum Komplex Wiederaufrüstung, Österreich, Tschechoslowakei und Polen (BA/MA H 54/42).

¹³ L. Frhr. Geyr v. Schweppenburg, Erinnerungen eines deutschen Militärattachés, London 1933–1937, Stuttgart 1949, S. 46 ff., 171; P. de Mendelssohn, Die Nürnberger Dokumente, Studien zur deutschen Kriegspolitik 1937–45, Hamburg 1947, S. 44, 127 (Vortrag des Generals Thomas im Auswärtigen Amt am 24. 5. 1939). Originalakten zur militärischen Beurteilung fremder Mächte in der Vorkriegszeit scheinen nur noch in einigen Streubeständen des OKH erhalten zu sein, z. B. in der Ablage „Fremde Staaten“ der Organisationsabteilung (BA/MA H 1/661). Dort u. a. eine ausführliche Kritik Becks an einem englischen Panzerverbandsmanöver im September 1934; ein internationaler Vergleich der Heeresetats, der Kopfstärken und der Bewaffnung (Stand 30. 1. 1935); ein internationaler Vergleich einiger europäischer Luftmächte (Jan./Febr. 1935); Denkschriften zur Kampfwagenentwicklung und Motorisierung in Frankreich. Ferner in den Akten der Organisationsabteilung zur Außenpolitik (BA/MA H 1/661, Teil 1 und 2) und einem besonders für neue Erkenntnisse aus England und Italien wichtigen Bestand (BA/MA H 1/530). Heranzuziehen sind auch noch die Unterlagen über die westeuropäischen Armeen aus dem ersten Halbjahr 1940, die sich bei den Akten der Heeresgruppe Mitte finden (BA/MA RH 19 II/273). Diese Quellen liefern die Bestätigung dafür, daß sich das deutsche Heer in den letzten Vorkriegsjahren allen Nachbararmeen – mit einer Ausnahme – klar überlegen fühlte. Die Ausnahme war die fran-

Armeeführung nicht aufs Geratewohl; sie war über die Stärkeverhältnisse, die Ausrüstung und die Dislozierung der einzelnen Verbände in den beiden westlichen Armeen hinreichend informiert¹⁴. Dem englischen Berufsheer, nach modernen Grundsätzen ausgebildet, voll motorisiert und im Ernstfall vermutlich als bewegliches Expeditionskorps auftretend, ist die fachliche Achtung an sich nicht versagt worden, aber die zahlenmäßige Schwäche des britischen Heeres provozierte am Ende nicht selten mokante Ironie. Die französische Armee machte hingegen auf Grund ihrer Stärke und der Quantität ihrer Ausrüstung Eindruck; andererseits galten ihre Führungsgrundsätze, ihre Verbandsgliederung, namentlich die Gliederung der Panzerverbände, und ihre Ausrüstung als veraltet, ihre theoretische und praktische Behandlung der Motorisierung des Heeres als revisionsbedürftig oder als völlig verfehlt¹⁵. Die geringe Wehrwilligkeit bestimmter Schichten der französischen Gesellschaft ist ebenfalls bemerkt und verschiedentlich in bezeichnender

zösische Armee, die von einer konservativeren Gruppe (Beck, Adam, Leeb) eher überschätzt wurde. Indes neigten einige Anhänger der Panzer-Schule auch im Hinblick auf Frankreich zu einer optimistischeren Auffassung.

¹⁴ Vgl. die Artikelserie „Militärpolitisches aus Frankreich“, Mil. WBl. 107/33 (1922/23), Sp. 703 ff., 108/19 (1923/24), Sp. 445 f., 109/7 (1924/25), Sp. 161 ff., 109/36, Sp. 1094 ff.; „Frankreich und sein Heer“, Mil. WBl. 109/15 (1924/25), Sp. 385 ff.; „Von der Neugliederung des französischen Heeres“, Mil. WBl. 109/42 (1924/25), Sp. 1289 ff. – Zu Großbritannien die Serie „Militärpolitisches aus Großbritannien“, Mil. WBl. 108/4 (1923/24), Sp. 73 ff., 108/11, Sp. 243 ff., 109/9 (1924/25), Sp. 217, 109/19, Sp. 513 ff., 109/40, Sp. 1231 f.; „Der englische Heereshaushalt 1924/25“, Mil. WBl. 109/14 (1924/25), Sp. 353 ff.; „Die zukünftige Entwicklung der englischen Armee“, Mil. WBl. 120/8 (1935/36), Sp. 315 f.; „Die englischen Armeemanöver“, Mil. WBl. 120/18 (1935/36), Sp. 756 ff.; „Wesen und Bedeutung der englischen Territorialarmee“, Mil. WBl. 120/32 (1935/36), Sp. 1413 ff.; „Gedanken über die Verbesserung der englischen Wehrmacht“, Mil. WBl. 120/39 (1935/36), Sp. 1756 ff.; „Umfang und Problem der britischen Rüstungen“, Mil. WBl. 122/30 (1937/38), Sp. 1883 ff.; „Die Weiterentwicklung der englischen Heeresorganisation“, Mil. WBl. 122/50 (1937/38), Sp. 3225 ff.; „Neuorganisation der britischen Territorialarmee“, Mil. WBl. 123/32 (1938/39), Sp. 2122 f.; „Die britischen Aufrüstungspläne für das Haushaltsjahr 1939/40“, Mil. WBl. 123/42 (1938/39), Sp. 2841 ff., 123/43 (1938/39), Sp. 2902 ff., 123/44 (1938/39), Sp. 2969 ff. und 123/48 (1938/39), Sp. 3242 ff.

¹⁵ U. Liss, Westfront 1939/40. Erinnerungen des Feindbeobachters im OKH, Neckargemünd 1959, S. 28 ff., 43 ff., 52 ff., 262 ff. – H. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Neckargemünd 1960, S. 84 ff., 14 f. – Ferner im Mil. WBl.: „Die Kampfswagen der Gegenwart“, 116/12 (1931/32), Sp. 433 ff., u. 116/13, Sp. 469 ff.; „Die französischen Manöver motorisierter Verbände in der Champagne im September 1935“, 120/20 (1935/36., Sp. 840 ff.; „Deutsche und französische Grundsätze für den Kampfwareneinsatz“, 122/17 (1937/38), Sp. 1034; „Die Taktik der französischen Armee“, 121/39 (1936/37), Sp. 2381 ff.; „Französische Panzerverwendung 1936. Eine kritische Untersuchung“, 121/45 (1936/37), Sp. 2805 ff., u. 121/46, Sp. 2889 ff.; „Die französischen Manöver im Lichte bestehender Gefechtsvorschriften“, 117/23 (1932/33), Sp. 53 ff.; „Eine französische Meinung über Panzer-Verwendung“, 120/34 (1935/36), Sp. 1503 ff. – Zu England im Mil. WBl.: „Der nächste große Krieg“, 108/30 (1923/24), Sp. 715 ff.; „Gedanken über eine allmähliche Mechanisierung in der englischen Armee“, 109/23 (1924/25), Sp. 649 ff.; „Die englischen Manöver 1924“, 109/26 (1924/25), Sp. 761 ff.; „Englische Manöver 1933“, 118/18 (1933/34), Sp. 569 ff.; „Die englischen Armeemanöver“, 120/18 (1935/36), Sp. 756 ff.; „Die englischen Manöver 1936“, 121/20 (1936/37), Sp. 1059 ff., u. 121/21, Sp. 1108 ff.; „Oberstleutnant Perré, Hauptmann Liddell Hart – und wir“, 120/5 (1935/36), Sp. 105 ff. General Temperley, „Lessons from a mechanized army at rehearsal“, 122/28 (1937/38), Sp. 1761 f.; „Der Infanterie-

Verkenning dem französischen Parlamentarismus zugeschrieben worden. Die starre Defensivkonzeption der französischen Armeeführung – als „Maginot-Komplex“ wirksam – und die doktrinär festgehaltene Bindung der Panzer an die Infanterie, gegen die einige Panzeroffiziere erfolglos Sturm liefen¹⁶, sollten sich allerdings in der Tat als folgenschwere Schwächen erweisen¹⁷.

Als Hitler kurz nach dem Feldzug in Polen auch im Westen angreifen wollte, noch vor Einbruch des Winters oder während der nächsten längeren Schönwetterperiode, hat die deutsche Generalität nahezu einmütig protestiert, und in der Literatur ist diese Opposition eingehend gewürdigt worden. Im Frühjahr 1940 hat die Generalität aber keine Einwände mehr erhoben, obwohl die Zeit sicher auch für den Gegner gearbeitet hatte. Daß die Führer der deutschen Armee eine Westoffensive grundsätzlich abgelehnt hätten, kann also nicht gesagt werden. Ihre Kritik war durch den zu frühen Termin provoziert worden und durch das Fehlen jeder Vorbereitung auf einen Winterkrieg, wie es noch zwei Jahre später in Rußland zu spüren war¹⁸. Im Mai 1940 fühlten sie sich der gestellten Aufgabe durchaus gewachsen. Zwar gab es noch immer einzelne Zweifler, doch deren Bedenken galten Detailfragen des militärischen Ansatzes, nicht etwa der Offensive selbst. Einwände der Abteilung Fremde Heere West sind nicht bekannt geworden. Nicht nur die Anhänger Fullers und Douhets, sondern auch die Traditionalisten scheinen jetzt, durch die schnellen Erfolge in Polen verunsichert, den gewählten Zeitpunkt unter den gegebenen Bedingungen für optimal gehalten und in weiterem Zuwarten oder gar in einem Verzicht auf den Waffengang keine Alternativen gesehen zu haben. Nach dem 10. Mai 1940 kamen dann tatsächlich nur begrenzte Überraschungen: die Anzahl der Fehler, die dem französischen Oberkommando unterliefen, die frühe Resignation des Poilu und die nicht erwartete Kürze des Feldzugs.

Der rasche Erfolg über den vermeintlich stärksten Festlandsgegner, über die einzige Armee, die dieses Namens in Europa würdig schien¹⁹, versetzte auch ver-

Kampfwagen, Erfahrungen aus den diesjährigen englischen Manövern“, 120/24 (1935/36), Sp. 1045 ff.

¹⁶ Vgl. im Mil. WBl.: „Das Panzerproblem“, 122/4 (1937/38), Sp. 193 ff., u. 122/15, Sp. 908 ff., u. 122/29, Sp. 1809 ff.; „Eine französische Meinung über die französische Panzerverwendung“ (gemeint ist Gen. Velpry), 123/8 (1938/39), Sp. 462 ff., u. 123/9, Sp. 534 ff. – Ferner W. K. Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945, Berlin 1969, S. 85 f., 95, 109 f.; H. Guderian, Kraftfahrkampftuppen, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 1 (1936), S. 70 ff.; ders., Die Panzertruppen und ihr Zusammenwirken mit den anderen Waffen, ebenda, S. 613 ff.

¹⁷ Liss, S. 27 ff. – W. Adam, Erinnerungen, Bd. 4, S. 588 ff. (Archiv des IfZ, ED – 109).

¹⁸ Die im Winter 1939/40 unternommenen Fahrversuche mit Panzern, vor allem mit Panzern III (Skoda) und Panzern IV, zeigten deutlich, daß mit den vorhandenen Kettenfahrzeugen eine bewegliche Winterkriegführung unmöglich war (Erfahrungsberichte im BA/MA 54072/2). Jedoch sind bis 1941 keine nennenswerten technischen Verbesserungen erzielt worden. Das großenteils noch weniger geländegängige Beutegerät – allein aus Frankreich kam die Ausstattung von 88 Invanteriedivisionen, drei mot. Infanteriedivisionen und einer Panzerdivision – brachte der Wehrmacht im Hinblick auf die Winterbeweglichkeit sogar eine Einbuße. Vgl. A. v. Schell, „Grundlagen der Motorisierung und ihre Entwicklung im Zweiten Weltkrieg“, Wehrwissenschaftliche Rundschau 13 (1936), S. 221.

¹⁹ A. François-Poncet, Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz 1949, S. 48.

gleichsweise nüchterne Rechner vorübergehend in rauschhafte Zustände. Führende Generalstabsoffiziere des Heeres (Generalmajor Erich Marcks) und im OKW (Oberstleutnant Bernhard v. Loßberg) haben wenig später aus eigener Initiative, ohne der Befehle Hitlers zu bedürfen, Operationsentwürfe für einen Angriff auf Rußland ausgearbeitet²⁰, und der damalige Oberst Blumentritt beschäftigte sich in einer Denkschrift mit der Eroberung des gesamten Mittelmeerraums²¹. Den Juristen des OKW schien die neue Lage geeignet, zumindest Europa eine ganz an den Interessen der deutschen Hegemonialmacht orientierte Neufassung des internationalen Kriegsrechts zu oktroyieren²². Gewiß kann die Hybris der Sieger nicht als die Ursache der Unterschätzung des letzten ernsthaften Festlandsgegners gelten; Rußland ist ebenfalls schon in der Vorkriegszeit unterschätzt worden²³. Daß diese Unterschätzung sich nun zu arroganter Verachtung steigerte, ist aber sicherlich auf das Gefühl absoluter Überlegenheit zurückzuführen, das nach dem Sieg in Frankreich um sich griff.

Lange Zeit hatte die Wehrmacht geglaubt, gerade über die Rote Armee besonders gut unterrichtet zu sein, auch über Interna und selbst über Personalia. Zu Reichswehrzeiten hatten die beiden Armeen bei der Entwicklung und Erprobung von Flugzeugen, Panzern und Kampfgasen eng zusammengearbeitet; Besucherdelegationen waren ausgetauscht und zahlreiche sowjetische Offiziere zu Lehrgän-

²⁰ B. v. Loßberg am 7. 9. und 16. 9. 1956 an W.-E. Paulus (Archiv des IfZ, ZS 97). Oberst Blumentritt reichte unaufgefordert eine „Persönliche Auffassung“ ein, in der er darlegte, daß ein Rußlandfeldzug leicht zu gewinnen sei: AOK 4 (Ia), Nr. 22/41 Chefs gKdos v. 29. 12. 1940 (BA/MA 11157/5). Bei späteren Besprechungen ging Blumentritt – ohne auf Widerspruch zu stoßen – von allenfalls acht bis vierzehn Tagen harter Kämpfe aus: Dritte Generalstabsbesprechung vom 18. 4. 1941 (BA/MA 11157/4) und Notiz vom 8. 5. 1941 zur Ia-Besprechung am 9. 5. 1941, AOK 4 (Ia), Nr. 0211/41 gKdos (BA/MA 17561/15).

²¹ Oberst i. G. Blumentritt, „Die europäischen Mittelmeerländer“, dat. vom Dezember 1940 (BA/MA 11157/5). Ähnlich auch Guderian im Manuskript (1. Ausfertigung) seiner „Erinnerungen“ (Familienbesitz; Auszug im Besitz des Verfassers): „Daher überlegte ich, wie man über Afrika oder den Vorderen Orient an die empfindlichsten Punkte des britischen Reiches gelangen könne.“ In der Tat findet sich im Tätigkeitsbericht des Kommandierenden Generals der Panzergruppe 2 (Guderian) vom 25. 6. bis zum 24. 12. 1940 unter dem Datum des 30. 6. (Blatt 5) folgender Eintrag über einen Besuch des Reichsstatthalters in Bayern, Gen. d. Inf. Ritter v. Epp: „Im Laufe der Unterhaltung mit Gen. v. Epp schlägt Kdr. General bei Erwähnung kolonialer Fragen Besetzung bzw. Eroberung von Afrika mit Pz. Divisionen vor, um das britische Weltreich entscheidend zu treffen und das für Europa notwendige Rohstoffgebiet sicherzustellen.“ (BA/MA 10001/1).

²² Schreiben des Admirals Walter Gladisch an Keitel v. 3. 12. 1940 (Archiv d. IfZ, MA-206, Bl. 94409–24).

²³ „Fragen des Offizier- und Unteroffizierkorps in der Roten Armee“, TA Nr. 308/35 T 3 Va, dat. v. 10. 5. 1935, gez. Stülpnagel (BA/MA H 1/661). – Loßberg, S. 136 ff. – Im Mil. WBl. die Artikelserie „Militärpolitisches aus Sowjetrußland“, 107/1 (1922/23), Sp. 1 ff.; 107/33, Sp. 730 ff.; 108/10 (1923/24), Sp. 219 ff.; 108/17, Sp. 393 ff.; 109/3 (1924/25); Sp. 57 ff.; 109/20, Sp. 545 ff.; 109/48, Sp. 1517 ff.; ferner „Sowjetrussische Flottenpolitik“, 109/13 (1924/25), Sp. 324 ff.; „Führernachwuchs in der Roten Armee“, 118/44 (1933/34), Sp. 1511 f.; „Die Sowjetunion als Militärstaat“, 119/4 (1934/35), Sp. 132 ff.; „Die Völker der Sowjetunion und die Rote Armee“, 119/11 (1934/35), Sp. 415 ff.; „Die Land- und Luftmacht der Sowjetunion“, 120/31 (1935/36), Sp. 1376 ff., u. 120/32, Sp. 1418 f.; „Herbstmanöver des Militärbezirks Weißrußland“, 121/22 (1936/37), Sp. 1189 ff.

gen nach Berlin kommandiert worden. Die damals gewonnenen Erkenntnisse, die Berichte deutscher und ausländischer Offiziere über Manöver der Roten Armee²⁴, die Gerüchte über Stalins große Säuberungen auch im sowjetischen Offizierkorps²⁵ und schließlich die Eindrücke aus Spanien, Polen und dem sowjetisch-finnischen Krieg²⁶ hatten allerdings ein Gesamtbild vermittelt, das in der Tat Zweifel an der Schlagkraft zuließ. Was Halder bei Hitler über die sowjetische Armee vortrug, und zwar auf Grund der von Fremde Heere Ost gelieferten Unterlagen²⁷, dürfte sich im Tenor kaum von den einschlägigen Artikeln im Militär-Wochenblatt²⁸ oder von den früheren Urteilen des Generals v. Stülpnagel²⁹ (bis Juni 1940 Oberquartiermeister im Generalstab) unterschieden haben. Keiner glaubte an die Unschlagbarkeit der Roten Armee. Hitler hätte sich sogar bei seiner militärisch abfälligen und politisch respektvollen Einschätzung der „meist jüdischen“ Kommissare der sowjetischen Truppen auf militärische Autoritäten berufen können³⁰. Daß dann gerade auch Militärs – jedenfalls bis zum Herbst 1941 und den bis dahin gemachten Erfahrungen – die Liquidierung der Kommissare befürworteten³¹, brauchte also nicht

²⁴ Bericht über die Rußlandreise v. 16. 9.–13. 10. 1930, dat. v. 12. 11. 1930, Insp. d. Verkehrstruppen, Nr. 853/30 In 6 (K) gKdos (Archiv d. IfZ, MA-260, Bl. 228022 – 40). – Adam, Erinnerungen, Bd. 1, S. 101 ff. (Archiv d. IfZ, ED – 109). – F. L. Carsten, „Reports by Two German Officers on the Red Army“, The Slavonic and East European Review 41/96 (1962), S. 218 ff. – Ferner im Mil. WBl. „Ein hoher italienischer Offizier über die Rote Armee, 119/15 (1934/35), Sp. 582, und „Die Wehrmacht der UdSSR. Eine französische Ansicht“, 122/38 (1937/38), Sp. 2437 ff. – Viele später bekannt gewordene deutsche Offiziere hatten sich – zum Teil mehrmals – wochenlang in Rußland aufgehalten, darunter Manstein, Model, Blomberg, Lutz, Guderian, Harpe. Ein Verzeichnis der Kursanten der Panzerschule „Kama“ bei Nehring, S. 12.

²⁵ „Die Rote Armee und die Säuberungsaktion“, Mil. WBl. 123/10 (1938/39), Sp. 614 ff.

²⁶ Lagebericht Oberost v. 27. 11. 1939 (Archiv d. IfZ, MA-261, Bl. 229639–48). – Ungez. mitgeschriebene Notizen aus einer Besprechung Kluges (OB 4. Armee) mit unterstellten Kommandierenden Generalen und Divisionskommandeuren am 20. 5. 1941 in Warschau (BA/MA 11157/2). Vgl. ferner Hillgruber, S. 226 f., u. Nehring, S. 95 f.

²⁷ Vgl. Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 266 ff., 335 ff.

²⁸ Vgl. Anm. 23, 24 u. 25; außerdem noch: „Russische Ansichten über den Zukunftskrieg“, Mil. WBl. 116/7 (1931/32), Sp. 260 ff.; „Russische Ansichten über Kampfswagentaktik“, 116/39, Sp. 1377 ff.; „Der Massenangriff mit Tanks“, 121/23 (1936/37), Sp. 1249 f.

²⁹ Vgl. Anm. 23: „Fragen . . .“.

³⁰ Ebenda. Stülpnagel hatte damals geschrieben, daß in der Roten Armee die militärische Schulung der Kommissare, im Gegensatz zur politischen Schulung der Offiziere, auf Schwierigkeiten stoße, „da die Kommissare in ihrer überwiegenden Zahl der jüdischen Rasse angehören, der auch im Sowjetstaate offenbar der rein militärische Beruf nicht liegt“. Das „spitzelhafte Verhalten und Treiben der meist der jüdischen Rasse angehörenden Politiker in der Truppe“ rufe immer wieder das Mißtrauen der Offiziere wach, erinnere „an die schlimmsten Anfangszeiten der kommunistischen Herrschaft“ und gehöre zu den „unerfreulichsten Erscheinungen im russischen Offizierskorps“. Im Mil. WBl., 122/38 (1937/38), Sp. 2437 ff., äußerte ein mit B. zeichnender Rezensent – unter Berufung auf den französischen General Niessel – die Ansicht, der seit jeher in der Roten Armee vorhandene Antisemitismus sei „im Augenblick in schnellem Wachstum begriffen“, besonders auf Grund der Überwachung des Offizierkorps durch die zu 90 Prozent jüdischen Kommissare. Auf die Dauer seien „Unzuträglichkeiten“ zwischen Offizieren und Kommissaren nicht zu vermeiden; schon jetzt könne eine „tief liegende Unruhe“ festgestellt werden.

³¹ M. Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 396 ff. – In seinen Erinnerungen (S. 21) stellt Gehlen die Behauptung auf, die Abteilung

mit blindem Gehorsam oder mit Opportunismus zusammenzuhängen, sondern konnte sehr wohl auf der unabhängig von Hitler gewonnenen Überzeugung beruhen, daß die Träger der bolschewistischen Ideologie radikal bekämpft, damit zugleich Deutlichkeit und Dauer der deutschen Überlegenheit gesichert werden müßten.

Selbst der Glaube an eine sehr schnelle Niederwerfung Rußlands war allgemein verbreitet, weiter als nach Kriegsende eingeräumt. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Feldmarschall v. Brauchitsch, rechnete mit mehrwöchigen Grenzschlachten und mit einigen weiteren Wochen weniger harter Kämpfe³². Generalstabschef Halder meinte noch im August 1941, ohne Hitlers ständige Eingriffe könne man „spielend“ bis zum Winter mit der sowjetischen Armee fertig werden³³. Beide stützten sich auf die Unterlagen der Abteilung Fremde Heere Ost. General Guderian, im Juli 1944 zum Generalstabschef aufgestiegen, 1940/41 aber intensiv mit der praktischen Vorbereitung des kommenden Großunternehmens im Osten befaßt, hat nach dem Kriege behauptet, er habe zu den eindringlichen Warnern vor dem Angriff auf Rußland gehört. Tatsächlich soll er jedoch nach dem Westfeldzug Hitler eine Denkschrift präsentiert haben, in der er einen leichten Sieg über Rußland prophezeite³⁴. Er hatte vor Beginn des Angriffs Differenzen mit vorgesetzten Stellen, aber diese Differenzen folgten aus seiner Auffassung, die ihm zugewiesenen Operationsziele seien nicht weit genug gesteckt³⁵, aus einer Auffassung, die der

Fremde Heere Ost habe einen „verzweifelten“ Widerstand des OKH gegen den Kommissarbefehl unterstützt. Die Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Daß er „Unehrllichkeit in der Meldungserstattung und Ungehorsam gegenüber der höheren Führung“ aus der Umgehung und Nichtbefolgung des Kommissarbefehls herleitet, ist ebenso abwegig; solche Praktiken grassierten in der Wehrmacht vor und nach dem Befehl und ohne jeden Zusammenhang mit diesem. Im übrigen ist es selbst beim AOK 4, dessen OB, Kluge, schon 1941 zu den Hoffnungen der Opposition gehörte, vorgekommen, daß als Losungswort für Überläufer der einem „bekannten russischen Vers“ nachgebildete Spruch angegeben wurde: „Schlagt den Judenkommissar, seine Fresse schreit nach einem Ziegelstein!“ AOK 4 Ia Nr. 2977/41 geh. v. 27. 8. 1941, Armeebefehl Nr. 2, Anlage 1 (BA/MA 13715/1).

³² OKW/WFSt/L IV/Qu., Aufzeichnung über Besprechung bei Chef L (Jodl) am 30. 4. 1941 (BA/MA Rw 4/v. 575).

³³ Privatbrief an seine Frau vom 23. 8. 1941, zit. bei H. Schall-Riauour, Aufstand und Gehorsam, Offizierstum und Generalstab im Umbruch, Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef 1938–1942, Wiesbaden 1972, S. 168 f.

³⁴ Aufzeichnungen des Heeresadjutanten bei Hitler, Engel, mit dem Datum vom 10. 8. und 15. 9. 1940 (Archiv des IfZ, demnächst in dieser Reihe unter dem Titel: Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Herausgegeben und kommentiert von Hildegard v. Kotze).

³⁵ So schon in Vortragsnotizen, mit handschriftlichen Korrekturen Guderians, vom 28. 8. 1940 (BA/MA 10001/4). Bei der Planung und praktischen Vorbereitung von „Barbarossa“ trat Guderian, der – wie z. B. auch Kluge und Blumentritt – über die Qualität der Roten Armee vernichtend urteilte, selbst dafür ein, erforderlichenfalls eine „Flankenbedrohung und sogar eine zeitweilige völlige Trennung von den nachfolgenden Armeen“ in Kauf zu nehmen, weil er hoffte, so vielleicht schon bei Minsk „die Entscheidung des Feldzugs“ herbeiführen zu können, andererseits fürchtete, „daß die Aussicht, den Feind vernichtend zu schlagen, sich nur einmal und voraussichtlich nur für kurze Zeit bietet“; Pz. Gr. 2, Abt. Ia Nr. 37/41 gKdos Chfs. betr. Planspiel der Heeresgruppe vom 25. 3. 1941 und Pz. Gr. 2, Abt. Ia Nr. 26/41

Version vom Warner nicht recht entspricht. Nachdrückliche Warnungen der Abteilung Fremde Heere Ost oder des Moskauer Militärattachés Köstring sind, entgegen späteren Behauptungen, anscheinend ebenfalls nicht eingegangen³⁶.

Im Frühjahr 1941 nahm offenbar niemand an, daß der Balkanfeldzug die bereits geplante Niederwerfung der Sowjetunion ernstlich behindern werde. Jedenfalls sind damals keine kritischen Einwände erhoben worden, auch nicht von den Militärs, die nach dem Kriege die negative Auswirkung des Balkanfeldzugs betonten und dabei versicherten, ihre Ansicht sei nicht erst im Rückblick gewonnen; indes sind unter ihnen etliche zu finden, die keineswegs zu übertriebener Schüchternheit neigten, wenn sie Anlaß zur Kritik zu haben glaubten. Tatsächlich wurde der militärische Wert der Balkanarmeen nicht hoch veranschlagt, und für den Angriff auf Rußland schien – bei gesicherter Südostflanke und bei verbesserten Aufmarschmöglichkeiten – bis zum Herbst noch genügend Zeit zu sein.

Bereits die ersten Monate des Feldzugs in Rußland lehrten jedoch, wie unsicher und trügerisch der Boden gewesen war, auf dem sich alle Prognosen über Stärke, Ausrüstung und Verhalten der sowjetischen Streitkräfte bewegt hatten. Kaum eine der anfänglichen Erwartungen – vom westlichen Ausland freilich weitgehend geteilt³⁷ – bestätigte sich. Russische Angriffsvorbereitungen, von der eigenen Propaganda behauptet und in der Wehrmacht da und dort tatsächlich unterstellt, konnten nicht nachgewiesen werden³⁸. Die vorausgesagten inneren Konflikte und der schnelle Zusammenbruch des Regimes traten nicht ein³⁹. Das Vorgehen gegen Kommissare und andere Funktionäre der Partei hat den Kampf nicht erleichtert, sondern erschwert. Die erhofften Reibungen zwischen politischen Funktionären und Offizieren blieben weitgehend aus. Die Widerstandskraft der Truppe, ihre

gKdos Chfs. II. Ang., Aufmarsch- und Kampfanweisung vom 15. 4. 1941 (BA/MA 1001/19). Weiteres Material s. BA/MA 10001/13 f., 16 f.

Vgl. ferner „Besprechungspunkte“ für Ia-Besprechung am 9. 5. 1941, dat. vom 8. 5. 1941 (BA/MA 17561/25) und ungez. „Mitgeschriebene Notizen“ von einer Besprechung des Oberbefehlshabers der 4. Armee mit seinen Kommandierenden Generalen und Divisionskommandeuren am 20. 5. 1941 in Warschau (BA/MA 11157/2). Zusätzliche Belege s. BA/MA 11157/1, 4, 23 und 25.

³⁶ Solche Warnungen sind bislang jedenfalls nicht belegt worden. Zur Glaubwürdigkeit der Behauptungen Köstrings vgl. Hillgruber, S. 228, Anm. 93.

³⁷ L. Frhr. Geyr v. Schweppenburg, *Die große Frage. Gedanken über die Sowjetmacht*, Berlin 1952, S. 48 f.; ders. *Erinnerungen*, S. 78.

³⁸ So schrieb der Ic der 4. Armee zwei Monate nach Feldzugsbeginn: „Die Überraschung des Gegners war auch für uns überraschend. Damit ergab sich ein gänzlich anderes Feindverhalten, als zuerst erwartet werden mußte.“ In: „Zusammenfassung über den Zeitabschnitt 22. 6. – Anfang August/Beginn des Ostfeldzugs bis Abschluß der Schlacht von Smolensk“, dat. vom 27. 8. 1941 (BA/MA 17170/2).

³⁹ Vgl. Anm. 30. Jedoch wurde nicht nur auf den Gegensatz zwischen Offizieren und Kommissaren gesetzt. Als weitere Ansatzpunkte für Zersetzungsarbeit galten die unterschiedlich starke ideologische Ausrichtung der verschiedenen Teilstreitkräfte bzw. Waffengattungen, die Unzuverlässigkeit der Landbevölkerung, der Zwang zur Stationierung stärkerer Truppen in unsicheren Regionen, die Nationalitätenprobleme und die neuen sozialen Gegensätze, entstanden etwa durch die Privilegierung der Offiziere und bestimmter Elitetruppen (Luftwaffe, Panzer). Vgl. „Die Wehrmacht der UdSSR. Eine französische Ansicht“, *Mil. WBl.* 122/38 (1937/38), Sp. 2437 ff.

Opferbereitschaft, ihre Zähigkeit, ihre Anspruchslosigkeit und ihre geschickte Ausnutzung jedes Geländes – schon vorher auf deutscher Seite hoch eingeschätzt – übertrafen noch die Annahmen in der deutschen Armee. Die Hoffnung auf eine zumindest qualitative Überlegenheit der deutschen Waffen wurde durch die Umrüstung der Roten Armee, die bei Beginn des Feldzugs noch lief, bald endgültig enttäuscht; das gilt namentlich für die Panzer. In manchen Bereichen war und blieb die russische Militärtechnik sogar überlegen. Ihre Produkte waren robuster als die der deutschen Industrie und den Schwierigkeiten des Geländes wie den Bedingungen des Winters besser angepaßt. Der Verzicht auf eine Vielzahl technisch diffiziler Konstruktionen und eine weitgehende Normierung der Ersatzteile brachten außerdem unschätzbare Vorteile für Nachschub und Instandsetzung. Die deutsche Feindnachrichtensbearbeitung hatte aber die Technologie stets stiefmütterlich behandelt und damit nicht allein zur Unterschätzung der sowjetischen Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet beigetragen, sondern auch zur mangelnden Vorbereitung der deutschen Rüstungsindustrie auf die im Herbst 1941 auftauchenden neuen Probleme; der Anpassungsprozeß dauerte daher viel zu lange und erreichte in mancher Hinsicht – so blieb die Instandsetzungsfrage bis Kriegsende ein dunkler Punkt – nie den erforderlichen Standard.

Eine schnelle Entscheidung, sei es in „Grenzschlachten“, sei es durch „unaufhaltsames“ Vordringen auf ein lohnendes Ziel, erwies sich rasch als unmöglich: Zu gut nutzten die sowjetischen Truppen die Tiefe des Raumes zu Rückzügen auf kräftesparende und besser zur Verteidigung geeignete Linien, zu geschickt stellte sich die Rote Armee auf die in Polen und Frankreich so erfolgreiche deutsche Taktik ein, Panzer- und Infanterieverbände in verschiedenen Treffen zum operativen Durchbruch mit weitem Ziel anzusetzen. Dieser Taktik war am ehesten mit Angriffen gegen die Flanken der hinteren und schwächeren Treffen zu begegnen, und die sowjetische Führung wandte solche Rezepte konsequent und mit zunehmender Wirkung an. Die vergleichsweise leichten Siege auf dem überschaubaren westlichen Kriegsschauplatz verloren jetzt nicht allein einiges von ihrem Glanz, sondern entpuppten sich vor allem als untaugliche Maßstäbe. Die französische Armeeführung hatte erst nach dem Debakel von Dünkirchen, als es angesichts des Mangels an Raum, Zeit und mobilisierbaren Reserven bereits zu spät war, mit der Entwicklung eines Konzepts gegen die schnellen deutschen Vorstöße begonnen. Hingegen hatten die sowjetischen Militärs seit dem Sommer 1940 ein Jahr Zeit gehabt, die Abwehr gegen das „System Guderian“⁴⁰ zu üben und sich auf die schon

⁴⁰ Daß die Rote Armee die Erfahrungen des Feldzugs im Westen auswertete, wurde bereits durch die ersten Gefangenenerkenntnisse nach Beginn des Ostfeldzugs bestätigt. Beispiele: Vernehmung von Stalins Sohn, Oberleutnant Jakob Josipowitsch Dschugaschwili, 14. Haub.-Art.-Reg., dat. vom 19. 7. 1941 (BA/MA 30233/9); Vernehmung des ersten Stellvertreters des Chefs der Operationsabteilung der Panzerwaffe der Südwest-Front, Major Michejew, vom 26. 9. 1941 (BA/MA 30233/17). Vgl. ferner die Übersetzung eines vom 24. 7. 1941 datierten Artikels in der Prawda, „Die Theorie und Praxis des Generals Guderian“, in dem Guderian fälschlich totgesagt wurde (BA/MA 30233/10), und A. Fraun, Soldat in der Telegraphen- und Nachrichtentruppe, Würzburg 1965, S. 136 f.

vor Jahren in Berlin gelehrt Kampfgrundsätze zu besinnen⁴¹. Gewiß: Die deutsche Offensive lief zunächst auf den Geleisen einer gelungenen strategischen Überraschung, die Wehrmacht war vom Nimbus der Unbesiegbarkeit umgeben, die deutschen Truppen zeigten einen anfänglich fast unwiderstehlichen Elan und die Rote Armee war in der Anfangsphase ein schwerfälliges Instrument, zumal sie – von den Divisionen des finnischen Krieges und des Fernostkonflikts abgesehen – keine Kriegserfahrung besaß. So forderten die ersten Monate des Feldzugs von der sowjetischen Armee einen ungeheueren Zoll. Auch der Zeitgewinn, der für die Sammlung und den Transport qualitativ ausreichender Reserven⁴², für die Umstellung fast der gesamten Industrie auf die Kriegswirtschaft und für die Ausbildung neuer, schlagkräftiger Verbände gebraucht wurde⁴³, mußte teuer bezahlt werden, vornehmlich mit dem überaus verlustreichen Masseneinsatz erster Reserven, die kaum oder gar nicht ausgebildet und außerdem schlecht oder völlig unzureichend bewaffnet waren. Aber der Zeitgewinn konnte tatsächlich erkaufte und die Krise allmählich überwunden werden, wenngleich es immer wieder schwere Rückschläge gab⁴⁴. Relativ früh schwand für die Angreifer jede objektiv begründete und begründbare Aussicht auf einen siegreichen Abschluß ihres Unternehmens, und zwar auch dann, wenn die Möglichkeit ungünstiger Ereignisse auf anderen Kriegsschauplätzen – mit denen freilich jederzeit gerechnet werden mußte – und die Möglichkeit materieller und militärischer Hilfe für die Sowjetunion – die ebenfalls nicht ignoriert werden durfte – überhaupt nicht ins Kalkül einbezogen wurden⁴⁵. Die Konsolidierung des sowjetischen Widerstands und die Erschließung frischer Widerstandskräfte sind ja im Winter 1941/42 in der Tat im wesentlichen ohne

⁴¹ „Entwicklung der russ. Wehrmacht unter besonderer Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Menschenpotentials“, undat. Ausarbeitung der Abteilung Fremde Heere Ost (BA/MA H 3/627). Hier heißt es, Rußland sei erst mit der Übernahme der deutschen Kampfgrundsätze ein gefährlicher Gegner geworden.

⁴² Nach der in Anm. 41 zit. Studie der Abt. Fr. H. O. umfaßten die bis Anfang 1942 aus Fernost eingetroffenen sowjetischen Verbände zwar nur 9 Schützendivisionen und 3 Panzerbrigaden, aber es handelte sich um gut ausgebildete, kampferprobte, ausgeruhte und gut ausgerüstete Verbände in voller Soll-Stärke. Ihre Anwesenheit machte sich ganz anders bemerkbar als die einer weit größeren Zahl zusammengeraffter, kaum ausgebildeter und kaum bewaffneter Formationen.

⁴³ Zwischen dem 1. 11. 1941 und dem 30. 4. 1942 soll die Rote Armee – nach der in den Anm. 41 und 42 zit. Studie – Einheiten in folgender Stärke neu in den Kampf geworfen haben: 138 Schützendivisionen, 102 Schützenbrigaden, 30 Kavalleriedivisionen und einige Panzerbrigaden. Es handelte sich um bislang in Sibirien stationierte Verbände und um Neuaufstellungen. Der systematische Neuaufbau einer leistungsfähigen Panzerwaffe erforderte allerdings – nachdem Ende 1941 alle Panzerdivisionen aufgelöst worden waren – große zusätzliche Anstrengungen bis ins Jahr 1943. Vgl. hierzu auch: „Mech. Verbände der Roten Armee“, HGr Mitte/Abt. Ic/AO, 29. 1. 1943; „Entwicklung und Gliederung der russischen Panzerwaffe“, Anlage 3 zum Feind-Nachrichten-Blatt Nr. 8 des Pz. AOK 3/Ic/AO (beides BA/MA H 3/611).

⁴⁴ Spätestens im Herbst 1942 war diese Krise endgültig überwunden; vgl. hierzu die in Anm. 43 genannten Dokumente.

⁴⁵ Gegen Ende kämpften im Rahmen der Roten Armee fremdländische Verbände mit einer Mindeststärke von 250 000 Mann, darunter allein 145 000 Polen. Abt. Fr. H. O. (Ia) an RSHA VI C 2 b, dat. vom 7. 12. 1944 (BA/MA H 3/400).

fremde Unterstützung erreicht worden. Auch die amerikanischen Lieferungen, die auf bestimmten Gebieten bald eine große Entlastung brachten, setzten erst ein, als die amerikanische Regierung nach Sondierungen des Präsidentenberaters Harry Hopkins einigermaßen sicher sein konnte, daß zumindest ein schneller Zusammenbruch der Roten Armee ohnehin nicht zu befürchten sei⁴⁶.

Auf deutscher Seite wurde zwar registriert, daß die Rote Armee und die Widerstandskraft der Sowjetunion unterschätzt worden waren⁴⁷, aber Konsequenzen und Schlüsse blieben aus. Einige Zeit nährten die brutalen Methoden, mit denen die sowjetische Führung auf Zeitgewinn spielte, immer wieder die Überzeugung, jetzt sei „der Russe“ doch am Ende oder bald am Ende⁴⁸. In dieser Phase beließen es die hohen deutschen Stäbe bei vagen Ausreden und unverbindlicher Kritik⁴⁹, zumal die Irrtümer über Rußland vor Angriffsbeginn so allgemein verbreitet gewesen waren, daß eine Suche nach Verantwortlichen nur eine Serie von Peinlichkeiten ergeben hätte. Die evidente Stabilisierung der sowjetischen Widerstandskraft, die sich seit dem Spätherbst 1941 abzeichnete und nach den Feststellungen der Abteilung Fremde Heere Ost im Sommer 1942 als abgeschlossen zu gelten hatte⁵⁰, bewirkte

⁴⁶ R. E. Sherwood, *The White House Papers of Harry L. Hopkins. An Intimate History*, Bd. 1, London 1948, S. 321 ff.

⁴⁷ Allerdings hat die Abt. Fr. H. O. versucht, einer offenen Erörterung dieser Frage zu entgehen. So findet sich in dem vom 14. 3. 1945 dat. Entwurf eines Schreibens, das Gehlen an Major Ritter v. Schramm (OKW/WPr) richtete, die Bitte, einen in dieser Hinsicht etwas verfänglichen Passus in einem Artikel über die Arbeit des militärischen Nachrichtendienstes abzuschwächen; das erfordere die Rücksicht auf den „großen Vorwurf des Krieges“, die Sowjetunion unterschätzt zu haben. Offenbar ist aber schon diese Formulierung als zu unvorsichtig empfunden worden; jedenfalls wurde sie in dem Entwurf wieder gestrichen. BA/MA H 3/1150.

⁴⁸ Selbst geistig überdurchschnittlich bewegliche Militärs wie die Feldmarschälle v. Bock und v. Kluge gaben sich derartigen Illusionen hin. Die Höhe der enormen russischen Verluste im Jahre 1941 spiegelt sich in einer vom 18. 1. 1942 dat. Aufstellung der Gruppe IIe „Gesamt-Beute“ (BA/MA H 3/467 Teil 1). Danach fielen der deutschen Armee 1941 in die Hand (in Klammern die Zahlen für das vierte Quartal, in dem der deutsche Vormarsch ins Stocken kam): 3 355 499 (892 423) Gefangene, 21 973 (4265) Panzer, 23 917 (8013) Geschütze, 6230 (1817) Pak, 2638 (900) Flak, 3013 (2009) Granatwerfer, 60 243 (20 150) Kfz, 2319 (303) Flugzeuge, 144 067 (118 829) Pferde, 24 085 (10 985) Maschinengewehre und 213 644 (181 716) Gewehre. Die Diskrepanz zwischen der Gefangenenzahl und den Beutezahlen, namentlich bei Gewehren und Maschinengewehren, weist auf die schlechte Bewaffnung vieler sowjetischer Verbände hin.

⁴⁹ Wie Guderian schreibt (S. 172), hat z. B. Hitler damals geklagt, daß er den Krieg wahrscheinlich nicht begonnen hätte, wäre ihm bekannt gewesen, daß die Rote Armee über mehr als 10 000 Panzer verfüge. Der Generalstabschef hatte ihm am 3. 2. 1941 mitgeteilt, daß die 3500 deutschen Panzer auf „bis zu 10 000“ russische Panzer treffen würden, die „voraussichtlich überwiegend“ von geringer Qualität seien; Generaloberst Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 3, Stuttgart 1964, S. 267. Tatsächlich war die sowjetische Panzerwaffe bei Kriegsbeginn mehr als doppelt so stark. Die Abt. Fr. H. O. ging in späteren Aufstellungen von 21 900 russischen Panzern aus; so in dem undat. Bericht „Sow. russ. Pz.- u. Stu. Gesch.-Lage. Vermutliche Entwicklung seit Kriegsbeginn“ (BA/MA H 3/1522).

⁵⁰ Im Herbst 1942 konnte die Rote Armee wieder zum Masseneinsatz schwerer Panzer übergehen und die ersten mechanisierten Korps aufstellen. Die Ausbildung erfolgte nicht mehr unter Zeitdruck. Die materielle Überlegenheit war nicht mehr zu übersehen. Als nächster Schritt durfte die Forcierung der Heeresmotorisierung und der Luftrüstung ins Auge gefaßt

jedoch ebenfalls keine Besinnung. Kaum jemand in Generalstab und Generalität begann ernstlich am deutschen Sieg zu zweifeln. Ein Grund ist sicherlich darin zu sehen, daß die Offiziere sich keine Zweifel erlaubten, und dabei wiederum war die äußerliche und die innere Anpassung an den illusionären Fanatismus und den fanatischen Illusionismus Hitlers – laut Generaloberst Jodls Nürnberger Aussage vielleicht weniger kräftig als oft behauptet⁵¹ – fraglos ein wichtiger Faktor, auch die mindestens seit 1918 zum guten Ton gehörende Ächtung jeder tiefer ansetzenden Kritik als Defätismus; andere Erwartungsnormen, denen sich der einzelne Offizier mehr oder weniger widerwillig zu fügen hatte, spielten ebenfalls eine Rolle. Der Zählebigkeit der bisherigen Illusionen kam indes wohl noch größere Bedeutung zu.

Gerade die Arbeit jener Abteilung des OKH, die auf Grund ihrer dienstlichen Aufgabe am besten über die Sowjetunion und die sowjetische Armee hätte informiert sein müssen, liefert dafür schlagende Belege. Zwar wurde der Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost (Kinzel) bei passender Gelegenheit abgelöst und versetzt, weil seine Leistungen nach Halders Worten den Erwartungen des Generalstabschefs nicht gerecht geworden waren⁵². Aber diese sanfte Rüge – die einzige derartige Maßnahme – stand in keinem Verhältnis zur folgenschweren Leichtfertigkeit, mit der die Abteilung bislang gearbeitet hatte, und sie bewirkte keine wesentliche Verbesserung. Auch jetzt produzierte die Abteilung nicht allein ein identifizierbares Kontingent offensichtlicher Zugeständnisse an die Erwartungsnormen des Regimes, sondern nach wie vor ein beträchtliches Quantum schriftlicher und zum Teil erstaunlich spät datierender Äußerungen, die nur als Ausdruck eigener Illusionen verstanden werden können. Immer wieder hat die Abteilung Fremde Heere Ost – was die von weniger gut Unterrichteten so lange gehegten Hoffnungen auf den „Endsieg“ in einem neuen Lichte erscheinen läßt und sogar für das Urteil über Hitlers Haltung in der letzten Kriegsphase neue Vergleichsmaßstäbe setzt – eine Wendung zum Besseren als durchaus möglich hingestellt, und zwar ganz ohne Zynismus⁵³.

werden. Vgl. „Entwicklung der russ. Wehrmacht unter besonderer Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Menschenpotentials“, Abt. Fr. H. O. (II), undat. (BA/MA H 3/627); „Entwicklung und Gliederung der russischen Panzerwaffe“, in: Feind-Nachrichten-Blatt Nr. 8 des Pz. AOK 3/Ic/AO (BA/MA H 3/611).

⁵¹ IMT, Bd. XV, S. 326 f., 330, 468.

⁵² Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 422.

⁵³ So Gehlen noch in einer Denkschrift vom 31. 12. 1944, Abt. Fr. H. O. (Chef), Nr. 190/44 gKdos Chefs (BA/MA H 3/1149). Während der Befragung Gehlens durch den Verf. am 30. 11. 1972 hat sich General Gehlen mit dem Inhalt voll identifiziert und Fremdeinflüsse oder Rücksichtnahmen ausdrücklich in Abrede gestellt.

DIE FRAGWÜRDIGKEIT DER INFORMATIONSBASIS

Wer die Aussagen, die von der Abteilung Fremde Heere Ost in den letzten Kriegsjahren gemacht wurden, auf ihren prognostischen Wert untersuchen und die häufig feststellbare Verfehlung der Realität erklären will, darf sich allerdings nicht damit begnügen, auf die Kontinuität eines fast schon zur Ideologie gewordenen Optimismus hinzuweisen. Die Kontinuität der Illusionen beruhte vielmehr auch auf einer professionellen Schwäche, nämlich auf der mangelnden Gründlichkeit bei der Erfassung und bei der Verarbeitung des Informationsmaterials. Zunächst muß daher die Qualität der Informationen geprüft werden, auf die sich die Aussagen der Abteilung stützten. Mit einigen ausgewählten Beispielen kann die oft mehr als problematische Natur dieser Informationsbasis hinlänglich demonstriert werden.

Die Glaubwürdigkeit der Meldungen

Zum Routinegeschäft der Abteilung gehörte die Herausgabe der gesammelten Meldungen und Lageberichte, die am Morgen, einmal während des Tages und am Abend von den Heeresgruppen eingingen. Die Abteilung hat diese Sammlung nicht redigiert. Von besonders gekennzeichneten Zusätzen abgesehen, hatte schon bei jeder Heeresgruppe der für die Feindlage zuständige Offizier (Ic) lediglich zusammengestellt und wörtlich weitergegeben, was ihm von den Armeen und Armeegruppen, den Panzerarmeen und Panzergruppen übermittelt worden war, nämlich wiederum die wörtlich zitierten Meldungen der Armeekorps und der sonstigen unterstellten Verbände. Jede Sammelmeldung trug die Unterschrift des jeweiligen Ic, aber die Urheberschaft lag also keineswegs beim Unterzeichner, sondern verteilte sich auf die vielen ungenannten Feindnachrichtensbearbeiter, deren Stäbe wichtig genug waren, um ihnen eigene Abschnitte in der Meldung zuzuteilen. Eine Nachprüfung der Meldungen war – schon aus Zeitgründen – den empfangenden Dienststellen nur selten möglich. Korrekturen sind daher in der Regel erst nach Rücksprache in der nächsten Meldung vorgenommen oder gesondert nachgereicht worden, zwar auf Veranlassung der vorgesetzten Stelle, aber nicht von ihr selbst. Der Text einer Meldung blieb im allgemeinen unverändert. Auch Weglassungen waren verpönt, damit sich niemand beklagen konnte, seine Meldung sei verfälscht worden. Es liegt auf der Hand, daß die Identifizierung mit der Meldung abnahm, je mehr die Distanz zu ihrem Ursprung zunahm. Dennoch wurde auf jeder Etappe die Unterschrift des Offiziers gefordert, der die Meldung weitergab. Der Unterzeichner in der Abteilung Fremde Heere Ost war naturgemäß am wenigsten in der Lage, sämtliche einlaufenden Meldungen noch am gleichen Tage zu verifizieren oder verifizieren zu lassen, und mithin ganz auf das Funktionieren des gesamten Apparates angewiesen. Nur durch gelegentliche Stichproben vermochte er zu prüfen, wie gut oder wie schlecht der Apparat tatsächlich arbeitete. Seine Lage war sicher nicht beneidenswert. Er ließ zahllose Steinchen

zu einem riesigen Nachrichtenmosaik zusammensetzen, und wenngleich er für das Mosaik verantwortlich zeichnete, kannte er von keinem Steinchen die Beschaffenheit aus eigener Anschauung. Er hätte aber weltfremd sein müssen, wäre ihm nicht klar gewesen, daß ihn viele seiner Zulieferer aus den verschiedensten Gründen über die Beschaffenheit zahlreicher Steinchen täuschten, daß er außerdem mit ungewollten Mißverständnissen und normalen Fehlern zu rechnen hatte. Jedenfalls konnte das Mosaik nicht zu einem fehlerlosen Werk werden.

Indes stand nicht allein das Routinegeschäft unter den Gesetzen der skizzierten Praxis, sondern die gesamte Nachrichtenbeschaffung der Abteilung Fremde Heere Ost. Im Grunde beschränkte sich die Abteilung stets auf die reine Addition einer Vielzahl von Meldungen, deren Zuverlässigkeit nur in Einzelfällen nachgeprüft werden konnte, von denen aber jeder wußte, daß sie nur bedingt Vertrauen verdienten. Selbst die Gewinnung verlässlicher statistischer Unterlagen wurde im Laufe des Ostfeldzugs zunehmend schwierig. Militärische Leistungen, die eigentlich kaum je vergleichbar und daher auch nicht exakt meßbar sind, pflegten nach alter Gewohnheit an der Stärke der beiderseits eingesetzten Kräfte und an der Höhe der eigenen wie der gegnerischen Verluste gemessen zu werden. Ein mit geringen eigenen Verlusten erfochtener Sieg über einen gleich starken oder überlegenen Gegner sprach zwar für das Gelingen der – immer anzustrebenden – Überraschung und für den Elan der Truppe, aber ein mit größeren Verlusten erkämpfter Sieg wog schwerer und warf oft ein noch günstigeres Licht auf die persönliche Tatkraft des Führers. Es hat Offiziere gegeben, die deshalb Verluste zumindest nicht scheuten. In der Regel aber standen ehrgeizige Offiziere unter der Versuchung, die nur schwer nachprüfbaren Zahlen in ihren Meldungen zu manipulieren, zumal ein verlustreicher Sieg die Ansprüche auf Ersatz und Nachschub besser fundierte. Offiziere, die ihre Karriere im Auge hatten, und Offiziere, die vor allem an die Schlagkraft ihres Verbands dachten, wußten sehr wohl oder lernten bald, daß sie von Berichten profitierten, die auf heftige Kämpfe schließen ließen und entsprechende Stärke- und Verlustzahlen enthielten. Es fragt sich, welche Konsequenz unter militärischen Gesichtspunkten gefährlicher war: daß Meldungen retuschiert wurden oder daß Offiziere harte Kämpfe suchten, obwohl das Ziel mit geringerem Aufwand zu erreichen gewesen wäre.

Alle Armeen kannten solche Dinge. In der Wehrmacht des nationalsozialistischen Deutschland spielten sie aber auf Grund einiger besonderer Umstände eine noch größere Rolle. So hatte jeder Truppenführer zwar persönlich einzustehen für eine „leichtfertige“ Preisgabe von Waffen und Gerät, Munition, Betriebsstoff, festen Stellungen oder einigen Quadratkilometern Gelände. Keinem wurde jedoch verschwenderischer Umgang mit Menschenleben zum Vorwurf gemacht, solange er nicht gegen primitivste militärische Spielregeln verstieß. Wer sich zu einer notwendig gewordenen Ausweichbewegung entschloß und dabei auch noch wichtiges Material zurückließ, ohne durch einen Befehl gedeckt zu sein, sah sich also geradezu gezwungen, sein Handeln mit hohen blutigen Verlusten zu entschuldigen. Die Angaben über die feindlichen Verluste waren ohnedies dubios, zumal bei den

allmählich überwiegenden Abwehrschlachten und Rückzügen sichere Anhaltspunkte gänzlich fehlten. Bei alledem stand das Heer auch noch unter dem Druck, den die seit jeher überaus großzügige Handhabung des Meldewesens durch Waffen-SS und Luftwaffe erzeugte. Man kann sagen, daß Waffen-SS und Luftwaffe, die unter dem Leistungszwang von Eliteverbänden seufzten, Praktiken entwickelten, die zu einer Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen führten, und diese Verzerrung trug ebenfalls dazu bei, daß im Heer, das schließlich nicht ins Hintertreffen geraten wollte, kräftig geschönte Meldungen und ausgesprochene Zweckmeldungen immer häufiger wurden. In den letzten Kriegsjahren konnte jedenfalls von einer grundsätzlichen Verlässlichkeit der dienstlichen Meldungen keine Rede mehr sein⁵⁴.

So kamen verschiedene Abteilungen des OKH schon relativ früh zu völlig verschiedenen Feststellungen über die Höhe der eigenen personellen Verluste. Nach Unterlagen des Heerespersonalamts gaben die Wehrersatzdienststellen die Zahl der bis zum Ende des Sommerfeldzugs 1943 im Osten Gefallenen mit 812 731 (davon 31 253 Offiziere) an. Der Heeresarzt beim Wehrmachtsführungsstab hatte jedoch 634 814 Gefallene ermittelt – eine Differenz von fast 200 000⁵⁵. Die Zahlen des Heerespersonalamts selbst sahen wiederum anders aus⁵⁶, und wahrscheinlich hätte auch der Generalquartiermeister eigene Zahlen vertreten⁵⁷.

Mit den Gefangenen- und Beutezahlen stand es noch schlimmer. Für das Jahr 1942 ergaben sich zwischen den Gesamtzahlen der Abteilung Fremde Heere Ost und denen des Generalquartiermeisters folgende Differenzen⁵⁸:

⁵⁴ In dem vom 26. 3. 1945 dat. Entwurf zu einer Vortragsnotiz der Gruppe II in der Abt. Fr. H. O. über „Die Panzer- und Sturmgeschütz-Lage der Sowjetunion“ (BA/MA H 3/1470) findet sich der bezeichnende Hinweis, daß vor dem Brückenkopf Stettin zwischen dem 1. 3. und dem 19. 3. 1945 nicht weniger als 792 Abschüsse sowjetischer Panzer gemeldet worden seien, obwohl es sich in Wahrheit um maximal 300 bis 350 gehandelt habe, davon vielleicht 120 bis 150 Totalausfälle; ähnlich lägen die Dinge beim Brückenkopf beiderseits Küstrin. Indes war die Abteilung schon seit Jahren gezwungen, an den weit überhöhten Zahlen in den Truppenmeldungen Abstriche vorzunehmen. Aus einer Fülle ähnlicher Beispiele sei noch ein Brief des als Panzerspezialist an die Front geschickten Oberstleutnants v. Grundherr vom 14. 3. 1943 herausgegriffen (BA/MA H 16/233): „Ohne es im Augenblick belegen zu können, habe ich den Eindruck, daß bei der Mehrzahl der Verbände nicht der Zwang zur Sachlichkeit beim Abfassen von Meldungen Pate steht. Das Bestreben, sich alle Möglichkeiten offen zu lassen, eigene Unzulänglichkeiten und Pannen zu verdecken, nimmt den führenden Stellen oft die Möglichkeit, so klar zu sehen, wie es bei aufrichtiger Meldung wohl möglich wäre . . . Von allen Seiten wurde mir immer wieder versichert, daß die gemeldeten Zahlen genauestens überprüft und sicher stimmen würden. Trotzdem glaube ich, daß man noch ein Drittel mindestens abziehen darf.“

⁵⁵ Diese Zahlen und weitere divergierende Angaben: Sachgebiet Statistik i. d. Abt. Wehrmachtverlustwesen d. OKW, Zentralstatistik der Menschenverluste im Kriege, dat. vom 30. 8. 1944 (BA/MA H 4/35).

⁵⁶ In der Regel scheint sich das HPA mit der Weitergabe fremder Statistiken, wie sie z. B. im Bestand BA/MA H 4/35 gesammelt sind, begnügt zu haben. Die Anschreiben der dort abgelegten Anlagen sind nicht erhalten, weshalb nicht mehr festzustellen ist, welchen Quellen die größte Glaubwürdigkeit beigemessen wurde.

⁵⁷ Da die Akten dieser Dienststelle nur sehr lückenhaft erhalten sind, lassen sich zu diesem Punkt keine sicheren Aussagen machen.

⁵⁸ „Gefangenen- und Beutezahlen vom 1. 1.–31. 12. 1942“, Abt. Fr. H. O. (I), dat. vom

	Abt. Fr. H. O.	Gen. Qu.
Gefangene	1 653 058	1 518 698
Panzer	21 728	8 036
Geschütze	13 457	7 938
	bzw.	
Pak	7 204	3 685
	bzw.	
Flak	1 066	548
Flugzeuge	1 018	371

Wie zu sehen ist, sind die Abweichungen erheblich. Die Abteilung Fremde Heere Ost war durchweg zu wesentlich höheren Zahlen gekommen, obwohl auch sie an den Truppenmeldungen schon drastische Abstriche vorgenommen hatte. Die Relation zwischen Truppenmeldung und Schätzung der Abteilung sei am Beispiel der russischen Panzer- und Sturmgeschützverluste illustriert:

	Truppenmeldungen	Vermutete tatsächliche Verluste
1941	22 246	22 000
1942	21 367	16 200 ⁵⁹
1943	37 164	18 580
Insgesamt:	80 777	56 780 ⁶⁰

Um die Fehlerquelle der Doppelmeldung auszuschalten, sind von Januar bis November 1942 einfach 20 Prozent von den Zahlen in den Truppenmeldungen abgezogen worden, ab Dezember 1942 für Doppel- und Falschmeldungen sogar 50 Prozent⁶¹. Bei dieser Quote blieb es bis Mai 1944. Meldungen der Luftwaffe wurden nicht berücksichtigt. Dann aber brachte man nur noch 30 Prozent in Abzug, und zwar rückwirkend ab 1. Januar 1944, weil die Rote Armee im Frühjahr 1944 rund 7000 Panzer weniger einsetzte, als sie hätte einsetzen können, wenn man die höhere Quote als Berechnungsgrundlage nahm⁶². Später, als die

10. 1. 1943; die Alternativzahlen in der ersten Spalte sind einer „Gegenüberstellung der eigenen und der sow.-russ. Verluste an Geschützen im Jahr 1942“ entnommen (beides BA/MA H 3/467 Teil 1).

⁵⁹ Diese Gesamtzahl für Panzer und Sturmgeschütze liegt um 5528 unter der nur für Panzer errechneten Zahl in der vorhergehenden Tabelle, ist aber immer noch doppelt so hoch wie die Zahl des Generalquartiermeisters (8036).

⁶⁰ „Sowj.-russ. Panzer- und Sturmgeschütz-Verluste 1941–1943“, Abt. Fr. H. O. (II c), undat. (BA/MA H 3/123, 2). Die ständige Vergrößerung der Diskrepanz zwischen den beiden Reihen zeigt deutlich den wachsenden Vertrauensverfall.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Vortragsnotiz über vermutliche Panzer- und Sturmgeschützlage der Sowjetunion, Abt. Fr. H. O. (II c/II d), dat. vom 27. 5. 1944 (BA/MA H 3/123, 1). Auch die Meldungen der Luftwaffe wurden jetzt zu 50 Prozent berücksichtigt. Durch die neue Art der Berechnung ergaben sich seit dem 1. 10. 1942 sowjetische Verluste in Höhe von 29 800 (zuvor 25 900); der bei der Frühjahrsoffensive nicht eingesetzte Vorrat umfaßte aber immer noch 3700 Panzer. Ausnahmsweise wurde ausdrücklich betont, daß der normale Verschleiß nicht erfaßt worden sei und die Schätzungen der Produktion und der Einfuhr nur Mindestwerte darstellten.

Lage sich beruhigte und außerdem bekannt wurde, daß der Gegner schwer beschädigte Panzer und Sturmgeschütze kaum noch reparierte, hat man die Abzüge wieder auf 20 Prozent ermäßigt, nach Beginn der Winteroffensive jedoch, am 27. Januar 1945, erneut auf 30 und am 17. März 1945 – mit Wirkung vom 1. März – auf 40 Prozent angehoben⁶³. Ob die jeweilige Abzugsquote angemessen war, ließ sich allerdings nie so recht sagen; daß zweimal eine rückwirkende Änderung notwendig schien, machte deutlich, wie schwierig die Suche nach einem brauchbaren Maßstab war. Erstaunlich bleibt jedoch, daß die Abteilung bei der Berechnung der russischen Panzerverluste anscheinend nie einen sehr gut vertretbaren Aufschlag für Ausfälle durch Verschleiß erwog. Lange Zeit fand auch das naturgemäß schwankende Kontingent jener Panzer und Sturmgeschütze, die in der Werkstatt standen oder gerade der Truppe zugeführt wurden, nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit⁶⁴. Ohne die Berücksichtigung solcher Größen war aber die immer wieder versuchte Berechnung des sowjetischen Mindestgesamtaufwands gar nicht möglich. Die Schätzungen zur russischen Panzerproduktion sind von der Vernachlässigung dieser Faktoren natürlich ebenfalls beeinflusst worden.

Erst relativ spät erhielt die Abteilung verlässliche Anhaltswerte für ihr Zahlenspiel auf dem Panzersektor, und zwar durch die Registrierung der Seriennummern erbeuteter Feindpanzer. Mit der Registrierung konnte das einzelne Beutestück eindeutig identifiziert und die leidige Doppelzählung vermieden werden. Außerdem aber durften die Werksnummern für produktionsstatistische Spekulationen ausgewertet werden, da in den russischen Fabriken anscheinend fortlaufend nummeriert wurde⁶⁵. Allerdings wanderte die Front seit Ende 1942 meist nach Westen, und die seltener werdenden Beutepanzer stellten nur einen Bruchteil der russischen Verluste dar. Auch mit dieser Methode gelangte die Abteilung über Minimalzahlen nicht hinaus.

Bis Ende 1944 hatte die Wehrmacht zwar elf sowjetische Panzerproduktionszentren identifiziert und lokalisiert, aber keine sicheren Angaben über die Art der

⁶³ „Vermutlicher sow.russ. Panzer- und Sturmgeschütz-Einsatz vor deutscher Ostfront“, Abt. Fr. H. O. (II c), Nr. 943/45, dat. vom 12. 2. 1945 (BA/MA H 3/123, 2); Notiz Abt. Fr. H. O. (II c), dat. vom 17. 3. 1945 (BA/MA H 3/196).

⁶⁴ Erst als Anfang Februar 1945 das Berechnungsverfahren wieder einmal völlig geändert wurde, kam die Abteilung wenigstens einem der bisherigen Denkfehler auf die Spur und berücksichtigte von nun an die in Zuführung befindlichen sowjetischen Panzer; ihr Kontingent wurde – konstant – auf 2800 festgesetzt. Gleichzeitig verzichtete die Abteilung jedoch, ohne dafür einen zureichenden Grund zu haben, völlig auf die Annahme einer russischen Vorratsbildung. Die Frage der zur Instandsetzung herausgezogenen Panzer blieb nach wie vor unbeantwortet. Frontnahe Reserven sollten bei den Verbänden mitgerechnet werden. Zwischen Panzerbrigaden, Panzerregimentern und Sturmgeschützregimentern sollte in den Statistiken nicht mehr unterschieden werden, um sich nicht, wie bisher, unnötig lange mit unbeweisbaren Detailbehauptungen aufhalten zu müssen. Damit wurde freilich der Beweiswert der eigenen Statistiken noch mehr erschüttert. „Errechnung der Panzerzahlen in den Verbänden“, Abt. Fr. H. O. (II), Vortragsnotiz vom 6. 2. 1945 (BA/MA H 3/123, 2).

⁶⁵ Im August/September 1944 befaßte sich die Abteilung mit einer Neufassung der einschlägigen Befehle, vgl. Abt. Fr. H. O. (II a), Nr. 868/44 gKdos vom 9. 9. 1944 (BA/MA H 3/467, Teil 1).

in den einzelnen Werken gebauten Panzer, über die Produktionskapazität und über die tatsächlichen Produktionsziffern erhalten können⁶⁶. Der Geheime Meldedienst war an dieser Aufgabe ebenso gescheitert wie das Agentennetz des SD. Als Gehlen am 2. August 1944 in einem Vortrag bei Guderian behauptete, die Russen könnten es sich leisten, ein ganzes Drittel ihrer Produktionskapazität (monatlich ca. 3000 Stück) ungenützt zu lassen, mußte er daher den Beweis schuldig bleiben; Guderians Gegenbehauptung, die Russen produzierten pro Monat mindestens 4–5000 Panzer, konnte er nicht widerlegen⁶⁷.

Die Produktionszahlen in den ungezählten Ausarbeitungen, Statistiken und Schaubildern, mit denen die Abteilung prunkte, stützten sich nur auf Additionen des sowjetischen Panzerbestands an der Front und in frontnaher Reserve. Als einzelne Posten in der Rechnung fungierten: die Kampfwert-Schätzungen der eigenen Truppe, der willkürlich – meist auf zwei Drittel des Solls – festgelegte Bestand der Verbände mit unbekanntem Verbleib (in ruhigeren Zeiten das Gros der Panzerverbände), die nach dem skizzierten Verfahren bestimmten Verluste und der – frei manipulierbare – Vorrat, jeweils abzüglich des zu Beginn eines Produktionsabschnitts bereits als vorhanden angenommenen Gesamt-Ist-Bestands⁶⁸. Blieben die Produktionszahlen hinter den Kampfwert-Zahlen aller Verbände – einschließlich der gerade nicht lokalisierbaren – erheblich zurück oder ergab sich ein unglaublich starker Vorrat, wurden einfach die Produktionszahlen entsprechend „abgestimmt“⁶⁹. Ob die Russen wirklich in der Lage waren, den Panzerausstoß in kritischen Situationen von heute auf morgen zu steigern, ob sie die Produktion bei entspannter Lage tatsächlich sofort drosselten, hätte freilich niemand zu sagen vermocht. Beides war, nüchtern betrachtet, höchst unwahrscheinlich. Aber solche Annahmen haben die eigene Rechenarbeit eben ungemein erleichtert.

Im Grunde handelte es sich um Spielereien, allerdings um gefährliche Spielereien, und zwar dann, wenn jemand die solchermaßen ermittelten Produktionszahlen für bare Münze nahm und auf dieser Grundlage weitere Spekulationen anstellte, z. B. allen Ernstes „beweisen“ wollte, daß die Rote Armee derzeit nicht in der Lage sei, ihre Panzerverluste auszugleichen, oder umgekehrt den Schluß zog, die Rote Armee werde die Ausfälle stets ersetzen und sogar noch Neuaufstellungen ausrüsten können⁷⁰. Derartige Spekulationen sind aber angestellt worden und auf

⁶⁶ „Beiträge zur Beurteilung der Rüstungsindustrie in der Sowjetunion, Volkskommissariat der Panzerindustrie (NKTP), 5. Bericht, Oktober/November 1944“, dat. vom 15. 12. 1944, ohne Verfasserangabe (BA/MA H 3/1470).

⁶⁷ Aktennotiz, Abt. Fr. H. O. (Chef), dat. vom 2. 8. 1944 (BA/MA H 3/123, 2). Guderian, kein Neuling auf dem Panzersektor, hatte Gehlen – wie schon beim ersten Vortrag am 28. 7. 1944 – mitten in seinen Ausführungen unterbrochen und alle seine Berechnungen „für völlig falsch“ erklärt.

⁶⁸ Eigene Kontingente für in Zuführung und in langfristiger Instandsetzung befindliche Kampffahrzeuge fehlten.

⁶⁹ Beschreibung dieses Verfahrens in „Errechnung der Panzerzahlen in den Verbänden“, Abt. Fr. H. O. (II), Vortragsnotiz vom 6. 2. 1945 (BA/MA H 3/123, 2).

⁷⁰ Aktennotiz, Abt. Fr. H. O. (Chef), dat. vom 2. 8. 1944 (BA/MA H 3/123, 2); OKW/Fwi Amt/HptAbt. Ausl. Ost, Nr. 19963/44 geh. vom 28. 12. 1944 (BA/MA H 3/1470).

die Entschlüsse der obersten Führungsstäbe nicht ohne Einfluß geblieben, zumal offenbar niemand annehmen wollte, die dienstlichen Mitteilungen einer OKH-Abteilung seien nicht ausreichend fundiert. Nach den erhaltenen Akten ist die Abteilung nur selten genötigt gewesen, über ihre Quellen und Berechnungsmethoden Auskunft zu geben oder Kontroversen mit „Ungläubigen“ in anderen Abteilungen des OKH auszufeuchten.

Die artilleristische Stärke der Roten Armee konnte aber auch nicht genauer ermittelt werden. Die hohe artilleristische Überlegenheit des Gegners war unbestreitbar, die präzisere Bestimmung der Überlegenheit offenbar unmöglich. Die Abteilung besaß auf diesem Gebiet anscheinend ebensowenig detailliertere Kenntnisse über Kapazität und tatsächliche Leistung der sowjetischen Produktionsstätten wie auf dem Panzersektor. Der Gesamtumfang der Produktion ist daher vermutlich in ähnlicher Weise wie bei den Panzern und Sturmgeschützen „errechnet“ und gegebenenfalls „abgestimmt“ worden. Die Aufklärung an der Front brachte im übrigen schlechte Resultate. Ende November/Anfang Dezember 1944 beschäftigte sich eine Denkschrift der Abteilung mit der Feindartillerie vor der Heeresgruppe Nord und kam zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß die artilleristische Aufklärung nur ein Drittel der vor der 16. und 18. Armee zu vermutenden Batterien erfaßt habe, daß hingegen die nach den bislang benützten Sätzen als vermutlich anwesend errechneten Batterien wenigstens etwa die Hälfte der vermutlich tatsächlich anwesenden Batterien erreicht hätten⁷¹.

Vom 1. November 1941 bis zum Frühjahr 1943 sollte es der Roten Armee gelingen sein, ihren – vermuteten – Gesamtbestand an Geschützen zu verdoppeln⁷². Auch später lag – trotz des größeren Bestands und entsprechend größerer Ausfälle – der monatliche Zuwachs aus Produktion und Import der UdSSR stets deutlich über den durchschnittlichen Totalverlusten. Der Gegner war also noch weit von der magischen Grenze entfernt, ab welcher er die Expansion hätte einstellen müssen, weil die gesamte Produktion nur für die Ergänzung des Bestands benötigt worden wäre; die deutsche Armee hatte diese Grenze längst überschritten⁷³. Schon der Augenschein an der Ostfront ließ gar keinen anderen Schluß zu; er bedurfte kaum noch der Bestätigung durch die Abteilung Fremde Heere Ost, die aber lediglich mit solch allgemeinen Feststellungen und nicht mit präziseren Angaben aufzuwarten vermochte. Mehrere Umstände wirkten zusammen: die Feuerdisziplin des Gegners besserte sich, eine eigene Luftaufklärung gab es kaum, Spionage fiel nahezu vollständig aus, und die artilleristische Aufklärung war wenig erfolgreich. So erhielt die Abteilung genaue Aufschlüsse über die tatsächliche artilleristische Stärke der sowjetischen Frontverbände fast stets erst zu Beginn einer sowjetischen

⁷¹ Abt. Fr. H. O. (I), Nr. 12267/44 geh., Anlage: Feindartillerie vor Heeresgruppe Nord, Stand: 20. 11. 1944, dat. vom 4. 12. 1944 (BA/MA H 3/124).

⁷² „Entwicklung der russ. Wehrmacht unter besonderer Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Menschenmaterials“, Abt. Fr. H. O. (II), undat. (BA/MA H 3/627).

⁷³ „Gegenüberstellung der deutschen und sowjetrussischen Totalverluste und Monatsproduktionen, 1. 7. 1943–31. 3. 1944“, Abt. Fr. H. O. (II d), Vortragsnotiz (Entwurf) vom 16. 4. 1944 (BA/MA H 3/467, Teil 1).

Offensive, also zu spät. Die Stärke der nicht an der Front eingesetzten Verbände blieb ebenso unbekannt wie die Größe etwaiger gehorteter Bestände⁷⁴.

Die Aufstellungen über die sowjetischen Flugzeugverluste aber überschritten die Grenze zur Phantasie. Die sogenannten Rohzahlen ergaben sich aus den addierten Meldungen der fliegenden Verbände, der Flak und der Heereseinheiten. Jedermann wußte, daß diese Zahlen mehr als dubios waren, da sich zu viele Konkurrenten um die einzelnen Abschüsse stritten. Die Endzahlen – errechnet nach offenbar für Heer und Luftwaffe unterschiedlichen Schlüsseln und unter Berücksichtigung der Gefechtssituation, der Wetterlage und der Einsatzerfahrungen der eigenen Luftwaffe – erreichten jedoch ebenfalls schwindelnde Höhen. Danach hätten nämlich die sowjetischen Gesamtverluste bis Dezember 1944 nicht weniger als 113 744 Flugzeuge betragen und die monatlichen Abschußziffern noch im Spätsommer 1944 bei etwa 3000 gelegen⁷⁵. Da die Sowjetunion der allgemeinen Unsitte folgt, die Auswirkung des Luftkriegs auf die eigenen Luftstreitkräfte zu verschleiern, können jene phantastischen Zahlen allerdings nicht exakt falsifiziert werden⁷⁶.

Eine Anzahl bekannter und zum Teil sogar konstanter Größen stand lediglich für die Berechnung der personellen sowjetischen Gesamtstärke zur Verfügung⁷⁷. Die Einwohnerzahl, der Anteil des männlichen Geschlechts an den wehrdienstfähigen

⁷⁴ Soweit in den Sammelstatistiken – wie bei den Panzern – ein „Vorrat“ geführt wurde, handelte es sich vermutlich um die schwankenden Kontingente der in Zuführung und Instandsetzung befindlichen sowie der infolge Verschleißes ausgefallenen Geschütze. Da die Rote Armee planmäßige Angriffe nach starker Artillerievorbereitung bevorzugte, kam der artilleristischen Überlegenheit naturgemäß größte Bedeutung zu; daher war es unwahrscheinlich, daß vorhandene Reserven bei ausreichender Vorbereitungszeit nicht eingesetzt wurden.

⁷⁵ Die Endzahlen lagen sogar noch wesentlich höher als die Rohzahlen. So stand der bis Ende 1944 errechneten Endzahl von 113 744 russischen Flugzeugverlusten eine Rohzahl von 70 256 gegenüber. Allerdings ist diese Differenz immer noch geringer, als sie nach den in der zweiten Jahreshälfte 1944 üblichen Aufschlägen eigentlich sein müßte:

	Rohzahl	Endzahl
Juli	1708	3270
August	1689	3208
September	1157	2807
Oktober	1692	3329
November	354	1704
Dezember	719	2287

In den früheren Jahren müssen also die Aufschläge geringer gewesen sein. Danach hat es den Anschein, als seien die – vermutlich schon von der Truppe zu hoch angegebenen – Zahlen künstlich in Höhen gehalten worden, die den Abstand zu den früheren Erfolgen möglichst gering erscheinen ließen. Der Leistungsabfall der Luftabwehr war auf diese Weise nicht ganz zu verheimlichen, wohl aber das Ausmaß. Die zuständigen Sachbearbeiter handelten wahrscheinlich zur Wahrung des Prestiges oder zur Vermeidung von Kritik höherer Stellen, wenn auch nicht völlig auszuschließen ist, daß einige glaubten, den tatsächlichen Verhältnissen so nahe wie möglich gekommen zu sein. Die angeführten Zahlen finden sich in einem Nachweis der Abt. Fr. H. O. über den Bestand an Beutegerät bei den Feldzeugdienststellen des Heeres, der Truppe usw. 1944/45 (BA/MA H 3/467, Teil 1).

⁷⁶ Die offizielle sowjetische Darstellung, „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, 6 Bde., Berlin 1962 ff., bietet überhaupt keine zusammenfassenden Angaben zu Verlusten.

⁷⁷ Allerdings hätte die Abt. Fr. H. O. mit solchen Größen sorgfältiger arbeiten müssen, als es Gehlen z. B. bei seinen Kriegsakademie-Vorträgen tat; vgl. Anm. 8.

gen und den bald wehrdienstfähigen Jahrgängen, die Stärke der Nationalitätenkontingente und ähnliche Dinge konnten aus den Vorkriegsstatistiken leicht ermittelt werden, und etwaige Dunkelziffern hielten sich in erträglichen Grenzen. Doch gab es auch auf diesem Felde Schwierigkeiten: Wie hoch war die Zahl der sowjetischen Soldaten, die aus den besetzten Gebieten stammten? wie hoch die Zahl der Deportierten? der nach Rückzügen in den aufgegebenen Gebieten verbliebenen und dann zur Roten Armee eingezogenen Wehrfähigen? der – etwa auf Grund politischer Unzuverlässigkeit – nur zu Hilfsdiensten herangezogenen Wehrfähigen? Auch über den Fraueneinsatz und die Weiterverwendung der Invaliden oder der aus anderen Gründen nicht voll Felddienstfähigen kursierten unterschiedliche Vorstellungen⁷⁸. Einen schwer ins Gewicht fallenden Unsicherheitsfaktor stellten außerdem die sowjetischen Verluste dar. Wohl war die Zahl der Gefangenen und Überläufer relativ leicht zu eruieren⁷⁹. Hingegen mußte bei der Berechnung der Verwundeten-, Schwerverwundeten- und Gefallenenzahlen mehr und mehr mit Erfahrungswerten von sehr umstrittener Allgemeinverbindlichkeit gearbeitet werden, da Abwehrschlachten und Rückzüge, wie sie seit Ende 1942 überwogen, kaum Zählungen erlaubten.

Jedoch enthielten die imposanten Schaubilder und die umfangreichen Denkschriften der Abteilung Fremde Heere Ost nur selten Hinweise, aus denen die Empfänger – also der Generalstabschef, andere Abteilungen des OKH, vereinzelt auch Interessenten im OKW⁸⁰ und manchmal Hitler⁸¹ – hätten entnehmen können, wie und mit welcher Begründung die Abteilung bei schwankenden und ungewissen Größen schließlich doch zu festen Zahlen gelangte. Gewiß geschah die Festlegung nicht als reiner Willkürakt. Vielmehr waren die Mitarbeiter der Abteilung durch-

⁷⁸ In den besetzten Gebieten konnte die deutsche Besatzungsmacht nie gründliche Volkszählungen durchführen. Eine statistische Erfassung der Deportierten und der sonstigen Bevölkerungsverluste auf Grund terroristischer Maßnahmen des sowjetischen Regimes scheint nur in den – dünn besiedelten – baltischen Ländern in Gang gekommen zu sein. In den übrigen Gebieten blieb die deutsche Seite auf lokale Erhebungen zweifelhaften Wertes oder auf vage Schätzungen angewiesen. Mithin war auch die Zahl der deportierten Wehrfähigen und Facharbeiter, für die sich die Abt. Fr. H. O. besonders zu interessieren hatte, nicht genauer zu schätzen oder gar zu berechnen.

⁷⁹ Im Jahre 1943 wurden 26 108 Überläufer und 271 791 Gefangene registriert, 1944 im ersten Halbjahr 2675 Überläufer und 79 417 Gefangene, im zweiten Halbjahr (bis 10. 12.) 62 767 Gefangene; Schreiben der Abt. Fr. H. O. (III b/Prop) an OKW/WPr vom 25. 4. 1944 (BA/MA H 3/195) und undat. Übersicht der Abt. Fr. H. O. (I) „betr.: Gefangene – Erbeutete u. vernichtete Panzer – Geschütze – Waffen“ (BA/MA H 3/467, Teil 2). Nach den Zehn-Tage-Meldungen der Heeresgruppe Nord sind in ihrem Bereich im ersten Quartal 1945 insgesamt 5421 Gefangene und Überläufer eingebracht worden (BA/MA H 3/162); vom 11. bis 20. 2. 1945 haben die fünf an der Ostfront eingesetzten Heeresgruppen insgesamt 3851 Gefangene und Überläufer gemeldet (BA/MA H 3/164).

⁸⁰ So ließ Gehlen, anscheinend ohne dazu autorisiert worden zu sein, dem stellvertretenden Chef des Wehrmachtsführungsstabes, General Winter, am 4. 1. 1945 durch Kurier und mit der Bitte um Rückgabe eine für den Generalstabschef bestimmte Vortragsnotiz und einige Wochen später auf dem gleichen Wege die Feindlagebeurteilung im großen vom 20. 1. 1945 vorlegen (BA/MA H 3/1503).

⁸¹ Daß sich die Generalstabschefs in ihren Vorträgen bei Hitler gelegentlich ausdrücklich auf Angaben der Abt. Fr. H. O. beriefen, versteht sich; vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 347 f.

aus bestrebt, von der freien Ermessensentscheidung zur halbwegs gesicherten Schätzung zu finden, und jede tatsächliche oder vermeintliche Möglichkeit zur Richtigstellung früherer Irrtümer wurde begrüßt⁸². Aber mit „exakter Wissenschaft“ hatte die Arbeit der Abteilung – entgegen der Auffassung Wilhelm von Schramms⁸³ – nichts zu tun. Die vorgelegten Ergebnisse mußten mit starken Vorbehalten betrachtet werden.

Summierung der Daten in „defätistischen“ Statistiken

Allerdings war das Material auch unter Berücksichtigung der Vorbehalte noch niederschmetternd, namentlich bei der Konfrontation russischer mit deutschen Zahlen, obwohl die Abteilung deutschen Real- und Maximalzahlen oft genug nur russische Minimalzahlen gegenüberstellte. Spätestens seit der Jahreswende 1942/43, so ergibt sich aus den Unterlagen der Abteilung, waren die Sowjets den Deutschen in jeder Hinsicht weit überlegen, selbst in deutschen Angriffsabschnitten. Beim Unternehmen „Zitadelle“, als letzte große Entscheidungsschlacht des Ostfeldzugs bezeichnet, mußten im Sommer 1943 lediglich 30 deutsche Infanteriedivisionen mit 1604 Panzern und 503 Sturmgeschützen gegen 70 sowjetische Schützendivisionen mit etwa 2300 bis 2500 Panzern und Sturmgeschützen antreten⁸⁴. Beim Unternehmen „Schild und Schwert“ standen 1944 nur 12 Infanteriedivisionen, 557 Panzer und 237 Sturmgeschütze zunächst gegen 30 bis 34 Schützendivisionen und 920 Panzer bzw. Sturmgeschütze, sieben Tage später aber bereits gegen rund

⁸² Andernfalls wäre z. B. die „Errechnung“ der sowjetischen Panzer- und Sturmgeschütz-Zahlen nicht so häufig geändert worden, zuletzt noch am 26. 3. 1945 in einem Entwurf zu einer Vortragsnotiz „Die Panzer- und Sturmgeschütz-Lage der Sowjetunion“ (BA/MA H 3/1470).

⁸³ W. v. Schramm in seiner Studie „Wissen und Wissenschaften vom Feind“, S. 11 (BA/MA H 3/1150). Schramm meinte, ein „Feindwissenschaftler“ komme trotz der besonders im totalen Krieg zu fordernden Parteinahme – es gibt „keine Neutralität oder privaten Vorbehalte“ – nicht ohne einen „faustischen Trieb“ aus, nicht ohne gelegentliche Zügelung seines „sonst so notwendigen Hasses“. Im Hinblick auf die unmittelbaren Aufgaben des Kampfes sei aber „eine objektive Einstellung zum Gegner staatsfeindlich, widerpolitisch und widernatürlich, weil sie die kämpferischen Impulse der Kriegführung lähmt“. In Schramms Augen war allerdings noch im März 1945 nicht der „Feindwissenschaftler“, sondern der Feldherr der „wahre Vollender des Feindwissens und dessen Meister im Kriege“. Der Feldherr verfüge „noch über ein anderes, höheres Wissen vom Feind“: „Er wird bisweilen gegen die Meinung des Spezialisten, des Fachmanns handeln, der im Feindbild vor allem die Zahlen sieht, denn er muß eben wagen, wo dieser rechnet. Aber dem Wagnis ist Schau und innere Erleuchtung vorausgegangen, und sie ist höher als jede Wissenschaft. Mit dieser Erleuchtung steht der Feldherr nicht selten allein. Aber kraft dieser Erleuchtung wird er dann um so überraschender die Ereignisse nach seinem Willen gestalten.“ Gehlen hat Schramm am 14. 3. 1945 bestellen lassen, er werde die Veröffentlichung der Studie „dankbar begrüßen“ (BA/MA H 3/1150).

⁸⁴ Die Heeresgruppe Mitte, die anfänglich (5. 7. 1943) mit 635 Panzern am Unternehmen „Zitadelle“ beteiligt war, mußte bis zum 1. 8. 1943 bereits 250 Panzer (39,3%) als Totalverluste abschreiben; 92 Panzer befanden sich für länger als zwei Wochen bei Instandsetzungseinheiten. Am 1. 8. 1943 standen, nachdem die betroffenen acht Panzerdivisionen 30 Panzer als Ersatz erhalten hatten und weitere 16 Panzer von der Instandsetzung zurückgekommen waren, 339 Panzer zur Verfügung, etwas mehr als die Hälfte des bei Angriffsbeginn vorhandenen Bestands; HGr Mitte (I a), Nr. 8567/43 gKdos vom 9. 8. 1943 (BA/MA H 16/200).

70 Schützenverbände mit 1720 Panzern und Sturmgeschützen: bei der Infanterie ein Zahlenverhältnis von 1 : 2,7 bzw. 4,3, bei den Panzern und Sturmgeschützen von 1 : 1,7 bzw. 1 : 2,2⁸⁵. In Abschnitten, in denen allein Entlastungsangriffe zu führen oder Verteidigungsaufträge zu erfüllen waren, sahen die Dinge noch weit ungünstiger aus. Am 1. Juli 1944 ergab sich daher auf dem östlichen Kriegsschauplatz folgendes Gesamtkräfteverhältnis: 1,9 Mill. Deutsche und 774 000 Verbündete gegen 5,06 Mill. (bzw. 5,72 Mill.⁸⁶) Rotarmisten, 3685 deutsche Panzer und Sturmgeschütze (einsatzbereit: 2676, davon 1070 Panzer) gegen 12 000 sowjetische, 5703 deutsche Geschütze gegen 29 000 Rohre der russischen Artillerie⁸⁷. Die Heeresgruppe Mitte verfügte am 22. Juni 1944, ehe sie unter der Wucht der sowjetischen Offensive zusammenbrach, über 41 Divisionen, 739 Panzer, 553 Batterien Artillerie und einige Flugzeuge; dagegen umfaßten die sowjetischen Angriffstruppen 120 Infanterieverbände (1 : 2,9), 3240 Panzer (1 : 4,4), 1261 Batterien und 4400 Flugzeuge⁸⁸. Am 6. Januar 1945, eine Woche vor dem Beginn der seit einiger Zeit erwarteten sowjetischen Winteroffensive, zeichnete sich der Zusammenbruch der neuen Heeresgruppe Mitte ebenfalls schon im voraus ab: zu ihr gehörten 42 Infanterieverbände, 1346 Panzer und Sturmgeschütze, 469 Batterien und wieder nur wenige Flugzeuge; dagegen hatten die Sowjets 148 Infanterieverbände versammelt (1 : 3,5), 3620 Panzer und Sturmgeschütze (1 : 2,7), 1237 Batterien und abermals über 4000 Flugzeuge⁸⁹. Reserven, mit denen ein Debakel zu vermeiden oder gar die Stellung zu halten gewesen wäre, existierten nicht⁹⁰.

Daß die materielle Unterlegenheit nicht einer vielleicht vorübergehenden Möglichkeit des Gegners zur Konzentration zuzuschreiben war, sondern auf der überlegenen Produktionsleistung der Gegenseite beruhte, zeigte eine vom 19. Mai 1944

⁸⁵ OKH/GenstdH/Op (I), Nr. 440 300/44 gKdos, „Kräftevergleich ‚Zitadelle‘ mit ‚Schild und Schwert‘“, vom 24. 5. 1944 (BA/MA H 3/1539).

⁸⁶ Die in Klammern gesetzte Zahl aus dem Entwurf zur Lagebeurteilung der Abt. Fr. H. O. vom 19. 2. 1945 (BA/MA H 3/1159).

⁸⁷ „Kräftegegenüberstellung“, Stand: 1. 7. 1944, ohne Ausstellerangabe und undat. (BA/MA H 3/119). Die im Text genannten Einsatzbereitschaftszahlen stammen aus einer vom Generalinspekteur der Panzertruppen herausgegebenen Übersicht „Einsatzbereite Panzer und Sturmgeschütze Ost“, undat. (BA/MA R H 8/v. 1019). In der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 4, Berlin 1965, S. 143 f., werden für den Stichtag 1. 6. 1944 zum Teil wesentlich höhere Zahlen genannt. Wenn die Zahlen für die russische Seite zutreffen (6,939 Mill. Mann plus 104 000 Mann in fremdländischen Verbänden, 9985 Panzer und Selbstfahrlafetten, 14 787 Flugzeuge und 97 050 Geschütze und Granatwerfer), hat die Abt. Fr. H. O. den Gegner erheblich unterschätzt; andererseits scheint der sowjetische Nachrichtendienst die deutsche Stärke bei weitem überschätzt zu haben.

⁸⁸ Notizen eines Ferngesprächs zwischen Oberst i. G. Worgitzki und Major i. G. Schoeller vom 7. 1. 1945 (BA/MA H 3/196).

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ Dabei war bei der Heeresgruppe A (Harpe) eine ähnliche Katastrophe zu erwarten: 30 deutsche Divisionen und 2 Brigaden mit insgesamt rund 400 000 Mann erwarteten auf einer etwa 500 Kilometer breiten Front 163 sowjetische Divisionen (1 : 5,5), 1136 deutsche Panzer und Sturmgeschütze standen gegen 6460 (1 : 5,7), 4103 Geschütze und Granatwerfer gegen 32 143 (1 : 7,8), 270 Kampfflugzeuge gegen 4772 (1 : 17,6); Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 5, S. 66 ff.

stammende Vortragsnotiz des Heeres-Waffenamtes, in der geschätzte Angaben zum internationalen Fertigungsstand im Juli 1944 gemacht wurden⁹¹.

	Deutsch- land	Sowjet- union	USA	Groß- britannien	Kanada
Panzer und Sturmgeschütze	1642	1950	2295	275	80
Pak	1180	3450	1500	700–720	150
Flak	5201	?	11525	860	400
Geschütze	1692	2850	1255	230	85

Allerdings war es den deutschen Truppen – auch bei eindeutiger Unterlegenheit – bislang fast immer gelungen, dem Gegner höhere Verluste beizubringen, als sie selbst hinzunehmen hatten. Wer sich jedoch, unter genauer Berücksichtigung der gegebenen Stärkeverhältnisse und der nur leicht schwankenden Relation zwischen eigenen und feindlichen Verlusten, die Frage vorlegte, ob jemals ein Punkt erreichbar sei, an dem der beiderseitige Kräfteschwund dem Gegner mehr zu schaffen machen würde als der eigenen Armee, konnte sie nach den vorliegenden Unterlagen nur mit Nein beantworten. Aber in den verantwortlichen Dienststellen der deutschen Wehrmacht hat sich niemand an diese einfache Rechenaufgabe gewagt, obwohl seit dem Sommer 1941 Zeit genug gewesen war, die notwendigen statistischen Daten zu sammeln. Um experimentell nachzuweisen, daß dieser Punkt unmöglich zu erreichen war, mußten die Armeen der kriegführenden Staaten einen hohen und ständig steigenden Blutzoll zahlen.

Eine Statistik der Abteilung Fremde Heere Ost über die „Unwiderbringlichen Verluste der Sowjetunion ab 28. 6. 1941 (Gefangene, Gefallene, Invalide)“ nennt für einige Stichtage die folgenden Zahlen⁹²:

	Gefangene (in Mill.)	Gefallene und Invalide (in Mill.)	Summe (in Mill.)
bis 1. 4. 1942	3,6	3,8	7,4
1. 11. 1942	5,15	5,25	10,4
1. 4. 1943	5,3	6,8	12,1
1. 10. 1943	5,5	8,1	13,6
1. 7. 1944	5,6	10,4	16,0
1. 11. 1944	5,7	12,0	17,7

⁹¹ HWaA/WaStab (Ia St), Vortragsnotiz „Stand der Fertigung von Waffen und Geräten im Mai 1943, April 1944 u. Juli 1944“ vom 19. 5. 1944 (BA/MA RH 8/v. 1126). Die russischen Zahlen für Geschütze und Pak entsprechen dem Produktionsstand vom Mai 1944, wobei die 7,62 cm Pak (1600 Stück) nicht – wie häufig – bei den Feldgeschützen, sondern den Pak mitgezählt sind. Nach der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 6, S. 59 f., hätte man für 1944 zum Teil sogar von einer noch wesentlich höheren durchschnittlichen sowjetischen Produktion auszugehen.

⁹² BA/MA H 3/1082.

Als deutsche Gesamtverluste im Ostfeldzug, ebenfalls bis zum 1. November 1944, errechnete das OKH (das dabei die Luftwaffen-Felddivisionen, die Waffen-SS und die Freiwilligenverbände einbezog) 5 290 746 Mann; bis zum 31. Januar 1945 stieg die Zahl auf 5 512 693 (davon 139 863 Offiziere)⁹³. Dazu kamen noch die Verluste der Verbündeten, die im Osten bis zum 31. Mai 1944 eine Höhe von 551 983 (8 631 Offiziere) erreichten⁹⁴. Wenn diese Zahlen zuträfen, hätten die Gesamtverluste Deutschlands und seiner Verbündeten im Osten bis zum November 1944 nur etwa ein Drittel der russischen Verluste ausgemacht und ungefähr der Zahl der russischen Kriegsgefangenen im deutschen Machtbereich (die inzwischen verstorbenen und ermordeten Gefangenen eingerechnet) entsprochen.

Das OKW ermittelte für den Gesamtbereich der Wehrmacht und für die Zeit vom Kriegsbeginn bis zum Jahresende 1944 „nur“ 5 021 286 Mann Gesamtverluste (1 965 324 Gefallene und Verstorbene)⁹⁵. Die Abteilung des Generalquartiermeisters kam jedoch für den gleichen Zeitraum auf 6 861 878 Mann Gesamtverluste (171 624 Offiziere) allein des Feldheeres (wieder einschließlich der Luftwaffen-Felddivisionen, der Waffen-SS und der Freiwilligenverbände)⁹⁶. Die Zahl der Gefallenen überstieg bereits die Ist-Stärke des Ostheeres von Anfang Juli 1944 (1,9 Millionen). Sie entsprach schon fast der zwanzigfachen Kopfstärke der deutschen Gesamtstreitkräfte zu Weimarer Zeiten. Seit dem Ende der letzten deutschen Offensive im Sommer 1943 hatte sich die Zahl der Gefallenen mehr als verdoppelt; damals war sie vom Heeresarzt beim Wehrmachtführungsstab mit 634 814, von den Wehrrersatzdienststellen allerdings mit 812 731 angegeben worden⁹⁷. Im zweiten Halbjahr 1944 erreichten die durchschnittlichen Monatsverluste des deutschen Ostheeres die Höhe von 198 986 Mann (3 814 Offiziere), davon 20 567 Gefallene. Im Westen stiegen die deutschen Verluste bis zum 31. Januar 1945 auch schon auf 699 883 Mann (13 892 Offiziere), und der Monatsdurchschnitt belief sich hier auf 99 834 Mann (1863 Offiziere), davon 8692 Gefallene⁹⁸. Jedenfalls hatte über die Hälfte der bis zum Jahreswechsel 1944/45 Gefallenen das

⁹³ OKH/GenstdH/GenQu/Abt. 3, Nr. 20/45 gKdos vom 6. 2. 1945 – Anlage 1 (BA/MA H 4/35).

⁹⁴ Sachgebiet Statistik in der Abt. Wehrmachtverlustwesen des OKW, Zentralstatistik der Menschenverluste im Kriege, dat. vom 30. 8. 1944 (BA/MA H 4/35). Der Gefallenenanteil betrug 63 448 (1218 Offiziere).

⁹⁵ OKW/AWA/WVW (V), „Gesamtausfälle der Wehrmacht“, Stand: 31. 12. 1944 (BA/MA H 4/35). Diese Statistik bezifferte die durch Feindeinwirkung Umgekommenen auf 1 776 889; die Gesamtzahl der Toten umfaßte auch 9732 Hingerichtete, davon 103 Offiziere. Die Zahl der nachweisbar in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten wurde mit 319 571 (11 953 Offiziere) angegeben, die der wegen Dienstunfähigkeit Ausgeschiedenen (bis zum 30. 11.) mit 455 144 (8547 Offiziere). Unter dem Verdacht der Fahnenflucht standen 1592 gesuchte Personen (5 Offiziere).

⁹⁶ OKH/GenstdH/GenQu/Abt. 3, Nr. 20/45 gKdos vom 6. 2. 1945 – Anlage 1 (BA/MA H 4/35).

⁹⁷ Sachgebiet Verwaltung in der Abt. Wehrmachtverlustwesen des OKW, Zentralstatistik der Menschenverluste im Kriege, dat. vom 30. 8. 1944 (BA/MA H 4/35).

⁹⁸ OKH/GenstdH/GenQu/Abt. 3, Nr. 20/45 gKdos vom 6. 2. 1945 – Anlage 1 (BA/MA H 4/35). Die durchschnittlichen Monatsverluste auf den übrigen Kriegsschauplätzen waren wesentlich niedriger: beim Oberbefehlshaber Südwest 18 709 (349 Offiziere), beim Oberbefehlshaber Südost 6972 (165 Offiziere) sowie beim Geb. AOK 20 und Wehrmachtbefehlshaber Dänemark 3656 (92 Offiziere). Die höchsten Monatsverluste seit Kriegsbeginn hatte mit

Leben zu einem Zeitpunkt eingebüßt, da längst feststand, daß nach allen Gesetzen der Wahrscheinlichkeit dem Gegner der Sieg zufallen würde. Dagegen waren die Verluste der Roten Armee rückläufig, und diese Tendenz mußte selbst dann gesehen werden, wenn man die sicherlich zu hohen Zahlen der Abteilung Fremde Heere Ost als richtig unterstellte⁹⁹.

Indes kam die Abteilung zu dem Ergebnis, daß die Rote Armee ihre Verluste nicht ersetzen könne. Zwar wurde für das zweite Halbjahr 1944 eine sowjetische Ersatzzuführung errechnet, die mit rund 3,59 Millionen deutlich über der am 1. Juli 1944 mit 2,7 Millionen angegebenen Gesamtstärke der deutschen und verbündeten Streitkräfte auf dem östlichen Kriegsschauplatz lag¹⁰⁰, doch sind für den gleichen Zeitraum die sowjetischen Verluste auf 3,955 Millionen beziffert worden¹⁰¹, und daraus ergab sich vom 1. Juli 1944 bis zum 1. Januar 1945 ein Absinken der Ist-Stärke der Roten Armee von 5,72 auf 5,32 Millionen, bis zum 1. Februar 1945 sogar auf 5,2 Millionen¹⁰². Allerdings stand die in diesem Zusammenhang genannte Zahl der sowjetischen Verluste in einem klaren Gegensatz zu niedrigeren Zahlen, die ebenfalls aus der Abteilung Fremde Heere Ost stammten. Bedachte man ferner, daß die Heeresgruppen Süd, A, Mitte und Nord im zweiten Halbjahr 1944 (bis zum 10. Dezember) lediglich 62 767 Gefangene bzw. Überläufer gezählt hatten¹⁰³ und ein so geringer Anteil der Gefangenen an den Gesamtverlusten (1,6 Prozent) jeder Erfahrung widersprach, sofern es sich um etwas längere Zeiträume handelte, dann war die Frage mehr als berechtigt, ob die Abteilung die Zahl der Toten und Verwundeten mit 3,862 Millionen nicht um einiges zu hoch angesetzt hatte. Wenn sich aber der zuständige Sachbearbeiter bei der Kalkulation der sowjetischen Verluste auch nur um 10 Prozent nach oben überschätzt hatte, fiel seine Behauptung, die Rote Armee könne ihre Verluste nicht mehr ersetzen, bereits zusammen. Wurde eine noch höhere Fehlerquote angenommen, wo-

541 688 Mann der August 1944 gebracht, die höchsten Gefallenen- und Verwundetenziffern der Juli 1944 mit 46 314 bzw. 190 235.

⁹⁹ Teilt man die Berechnungszeit durch den Stichtag 1. 4. 1943 in zwei Hälften, so ergeben sich nach den Zahlen der Abt. Fr. H. O. die folgenden Relationen für die sowjetischen Verluste: vor dem Stichtag 5,3 Mill. Gefangene, danach nur noch 400 000 (7,02%), vor dem Stichtag 6,8 Mill. Gefallene und Invalide, danach 5,2 Mill. (43,33%), vor dem Stichtag also 12 Mill. Gesamtverluste, danach 5,6 Mill. (31,64%). Die deutschen Verluste müssen noch weit höher gewesen sein als damals angenommen. Heute rechnet z. B. der Suchdienst des DRK mit einer Gesamtgefallenenzahl um 3,8 Mill. (SZ v. 15. 11. 1973, S. 13).

¹⁰⁰ „Kräftegegenüberstellung“, Stand: 1. 7. 1944 (BA/MA H 3/119).

¹⁰¹ Graphische Darstellung „Verluste und Ersatzzuführung der S. U. vom 1. 7. 44–31. 12. 44“, in: Abt. Fr. H. O., Entwurf der Lagebeurteilung vom 19. 2. 1945 (BA/MA H 3/1159).

¹⁰² Graphische Darstellung „Entwicklung der Iststärke des sowj. russ. Feldheeres vom 1. 7. 44 – 1. 2. 45“, in: Abt. Fr. H. O., Entwurf der Lagebeurteilung vom 19. 2. 1945 (BA/MA H 3/1159). Nach der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 5, S. 36, betrug aber die Stärke der sowjetischen Streitkräfte Anfang Januar 1945 nicht weniger als 7,109 Mill. Mann, die der Landstreitkräfte 6,289 Mill. Mann. Treffen diese Zahlen zu, hat sich die Abt. Fr. H. O. nicht nur in den absoluten Zahlen erheblich geirrt, sondern auch den Trend falsch beurteilt, da die Rote Armee nach der gleichen Quelle (Bd. 4, S. 143) am 1. 6. 1944 erst 6,939 Mill. Mann (Landstreitkräfte 6,077 Mill.) zählte.

¹⁰³ Abt. Fr. H. O. (I), Übersichten „betr.: Gefangene – Erbeutete u. vernichtete Panzer – Geschütze – Waffen“, undat. (BA/MA H 3/467, Teil 2).

zu durchaus Anlaß bestand, so folgte daraus der Schluß, daß in Wahrheit die Rote Armee ihre Stärke vermutlich sogar zu erhöhen vermochte. Im übrigen mußte ja berücksichtigt werden, daß die Sowjetunion ab 1. März 1945 rund 1,3 Millionen ausgebildete Wehrfähige des Jahrgangs 1927 und weitere 1,8 Millionen Wehrfähige anderer Jahrgänge (aus den wiedergewonnenen Territorien, aus den Lazaretten und aus den zivilen Berufen) mobilisieren konnte. Daß die „Menschenreserve“ der Sowjetunion ab 1. Februar stetig zunahm und bis zum 1. Juni 1945 etwa 4 Millionen erreichte, lag also sehr wohl im Bereich des Möglichen. Die schleppende Auffrischung der Schützenverbände wurde Anfang 1945 auch von der Abteilung Fremde Heere Ost nicht als Schwächesymptom interpretiert, sondern lediglich auf Transportschwierigkeiten zurückgeführt, und die Abteilung wies ferner darauf hin, daß eine zu starke Verminderung der Ist-Stärken jederzeit durch die Heranziehung „unzuverlässiger Elemente in Frontnähe (Letten, Litauer, Polen, Ostarbeiter und ehemalige Kriegsgefangene)“ verhindert werden könne; die Gefahr „massenweisen Überlaufens“ sei bei der augenblicklichen Frontlage nicht mehr gegeben, und eine Schwächung des „ohnehin geringen“ Kampfwerts der Infanterie dürfe in Kauf genommen werden, da das entscheidende Gewicht mehr denn je bei den Panzer- und Artilleriesverbänden liege¹⁰⁴. Jedenfalls war deutlich zu sehen, daß die Sowjetunion etwaige personelle Nöte ohne weiteres zu beheben vermochte, falls sich das als notwendig erwies, ebenso deutlich aber, daß die deutsche Armee ihre Verluste trotz aller Aushilfen und Einsparungen schon seit langem auch nicht annähernd ausgleichen oder gar ersetzen konnte. Wenn also Rüstungsminister Speer am 20. Juli 1944 in einem Schreiben an Hitler dennoch behauptete, der größere Menschenreichtum des sowjetischen Gegners sei nach den großen russischen Verlusten nicht mehr bevölkerungsstatistisch, sondern vor allem als Folge einer einfacheren Organisation zu erklären, der Krieg für Deutschland mit hin bei „schärfster Bewirtschaftung der Menschen“ noch zu gewinnen, so zeugt das für einen erstaunlichen Mangel an verantwortungsbewußtem Realitätssinn¹⁰⁵.

Nicht anders lagen die Dinge bei den materiellen Ausfällen. Nach den Unterlagen des Generalquartiermeisters beliefen sich im Osten die deutschen Verluste an gepanzerten Fahrzeugen vom 22. Juni 1941 bis zum Ende des Jahres 1944 „nur“ auf 33 324 Stück, darunter 15 673 Panzer und 5231 Sturmgeschütze¹⁰⁶,

¹⁰⁴ Abt. Fr. H. O., Entwurf der Lagebeurteilung vom 19. 2. 1945 (BA/MA H 3/1159).

¹⁰⁵ Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 392268–84. In seiner Rede auf der Gauleiter-Tagung in Posen am 3. 8. 1944 (Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391906–38) hat Speer ebenfalls den Vorwurf erhoben, die deutsche Armee sei überorganisiert in den Krieg gegangen, und scharfe Kritik an den Militärs geübt: Gute Offiziere gingen eben an die Front, nicht ins Waffenamt oder in die Stäbe; mit wenigen Leuten aus der Industrie sei mehr zu erreichen als mit der negativen Auslese in den militärischen Stäben. In ähnlichem Sinne, wenn auch etwas gemildert, äußerte er sich am 13. 1. 1945 in Kramnitz sogar vor Kommandierenden Generalen und Korpschefs (Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391793–826).

¹⁰⁶ Gen.Insp. d. Pz.Tr./Abt. Org., Nr. 157/45 gKdos, gez. Thomale, unter Berufung auf eine Mitteilung des Gen.Qu., dat. vom 15. 1. 1945 (BA/MA H 3/467, Teil 1). Bis Ende November 1941 betrug danach die Verluste 3274 gepanzerte Fahrzeuge (2403 Panzer); 1. 12. 41 bis Ende 1942: 4477 (3195 Pz.); im Jahre 1943: 11 036 (5637 Pz.); im Jahre 1944 (Dez. unvollst.): 14 537 (4438 Pz.).

während für die Zeit bis zum 1. November 1944 ein Verlust von 78 100 – bis zum 1. März 1945 sogar von 89 500 – sowjetischen Panzern und Sturmgeschützen errechnet worden war¹⁰⁷. Die für das Jahr 1944 ermittelte sowjetische Verlustzahl (23 500) lag noch klar über den deutschen Gesamtverlusten seit 1941 (20 904). Danach hätte die Panzerwaffe der Roten Armee allein im Jahr 1944 fast zwei Ausstattungen (Durchschnitts-Ist-Bestand 1944: 12 523) eingebüßt, die durchschnittliche Lebensdauer eines sowjetischen Panzers also etwas mehr als ein halbes Jahr betragen¹⁰⁸. Das entsprach ungefähr den Verhältnissen auf deutscher Seite, wo der Panzeroffizier beim Chef des Generalstabs Anfang 1944 bei Panzern und Sturmgeschützen eine monatliche Verlustrate von ca. 15 Prozent feststellte¹⁰⁹.

Die Verlustraten mochten sich beiderseits der Front in der Tat eingependelt haben, möglicherweise mit leichten Vorteilen für die deutsche Seite – aber eben nur die Verlustraten. Die damals angestrebte deutsche Monatsproduktion von 1000 Panzern hätte bei gleichbleibender Verlustrate den Unterhalt eines Gesamtbestands von lediglich 6500 Panzern erlaubt; einsatzbereit wären dann nach den bisherigen Erfahrungen etwa 4000 Panzer gewesen. Unter günstigsten Umständen hätte also die deutsche Panzerflotte höchstens die halbe Stärke der russischen Armada erreichen können¹¹⁰. In Wirklichkeit war die Lage aber sehr viel schlechter. Am 10. Dezember 1943 befanden sich 2561 Panzer im Osten, von denen 1289 in Werkstätten standen und 419 erst noch zur Truppe transportiert werden mußten; einsatzbereit waren 853. Zur gleichen Zeit verfügte die deutsche Ostfront über 800 einsatzbereite Sturmgeschütze; 648 befanden sich in der Werkstatt, 258 auf dem Transport¹¹¹. Aus einem Gesamtbestand von 4267 Panzern und Sturmgeschützen ergab sich mithin ein gefechtsbereiter Bestand von 1653. Wurden für die russische Seite gleiche Sätze für Zuführung und Instandsetzung angenommen, blieb die im Dezember 1943 rund 11 000 Panzer und Sturmgeschütze zählende russische Armada auch nach den entsprechenden Abzügen immer noch etwa vierfach überlegen.

Unter diesen Umständen konnte Speer, ein Adept der statistischen Realitätsvernebelung, doch nur Laien, und zwar naive Laien, mit der Information beeindrucken, die deutsche Panzerproduktion des Jahres 1944 reiche für eine komplette Neuausstattung des Feldheeres¹¹². Schon zur Erhaltung des erreichten Bestands

¹⁰⁷ „Sow.russ. Pz.- u. Stu.Gesch.-Lage, Vermutliche Entwicklung seit Kriegsbeginn (Anzahl der jeweils vorhandenen Panzer u. Sturmgeschütze, Zuwachs durch Eigenfertigung u. Einfuhr, Verluste)“, Abt. Fr. H. O. (II c), undat. (BA/MA H 3/1522).

¹⁰⁸ Graphische Darstellung „Vermutliche Panzer- u. Sturmgeschütz-Lage der S. U. seit 1. 1. 1944 (Schätzungen über Bestand in den bekannten Verbänden der R. A., Vorrat, Verluste, Fertigung und Einfuhr)“, Abt. Fr. H. O. (II c), undat. (BA/MA H 3/1522); Gen.Insp. d. Pz.Tr./Abt. Org., Nr. 157/45 gKdos vom 15. 1. 1945 (BA/MA H 3/467, Teil 1).

¹⁰⁹ OKH/GenstdH/Pz.Offz. b. Chef d. GenstdH, Nr. 267/44 gKdos vom 1. 3. 1944 (BA/MA H 16/199). Im Vorjahr ging diese Dienststelle – wie sich herausstellte unberechtigterweise – noch von durchschnittlichen monatlichen Verlustraten um 10 Prozent aus.

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Panzerersatzteilbesprechung bei GenstdH/Gen.Qu am 3. 1. 1944 (BA/MA H 16/199). In den Panzerzahlen sind die noch eingesetzten Panzer II nicht enthalten.

¹¹² Rede Speers in Rechlin am 1. 12. 1944 (Archiv des IFZ, MA-218, Bl. 391843-79).

wäre ja das doppelte Quantum erforderlich gewesen. In einem Rundschreiben vom 27. Januar 1945 äußerte sich der Minister präziser und realistischer: Er räumte ein, daß die Ist-Stärken durchschnittlich um 35 Prozent unter dem Soll lägen und daß das gesamte Rüstungsaufkommen des Jahres 1944 lediglich für eine einmalige Ausstattung von 225 Infanterie- und 45 Panzerdivisionen genügt hätte¹¹³. Allerdings verstand Speer auch durch Tiefstapelei Trost zu spenden. So sagte er am 13. Januar 1945 in Krampnitz vor Kommandierenden Generalen und Korpschefs, diesseits und jenseits der Front könnten höchstens zwei bis drei Monatsproduktionen an Panzern und Flugzeugen eingesetzt werden; der ungeheure Verschleiß schließe den Unterhalt größerer Bestände aus¹¹⁴. Mit dieser Behauptung unterbot Speer noch die Lebensdauer-Berechnungen der militärischen Fachleute. Speers Zahlenspielerereien, in denen die deutsche Rüstungsproduktion häufig nur an der amerikanischen und englischen gemessen, die russische Produktion hingegen eigenartigerweise ignoriert wurde¹¹⁵, täuschten jedoch auch Militärs und hohe Würdenträger des Regimes, wenn sie über kein statistisches Vergleichsmaterial verfügten oder die Entwicklung aus einer gewissen Distanz verfolgen mußten. So schrieb Oberst a. D. Konstantin Hierl, Reichsleiter und Reichsarbeitsdienstführer, am 8. August 1944 in einem Brief an den Reichsführer-SS Himmler, er könne sich Speers imponierende Zahlen und die überaus besorgniserregenden faktischen Ausrüstungsmängel bei der Truppe „nicht zusammenreimen“¹¹⁶. Anscheinend neigte Hierl – wie viele andere – dazu, die Erklärung in Distributionsschwierigkeiten, organisatorischen Mängeln und Sabotage zu suchen; die allein schon hinreichende Erklärung, die einfach in den ungeheuren laufenden Verlusten und in der unaufhebbaren Überlegenheit des Gegners lag, bemerkte er nicht.

Die Panzerproduktion ist seit 1943 gewiß enorm gesteigert worden. Trotzdem nahm die Stärke der Frontverbände stetig ab. Das Heer hatte immer wieder gefordert, mehr Gewicht auf das Instandsetzungswesen, die Ersatzteilversorgung und die Bergung beschädigter Panzer zu legen. Die Forderung war nicht erfüllt worden, weil Speers Ministerium die relativ billig und effektiv zu realisieren-

¹¹³ Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 392337-60.

¹¹⁴ Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391793-826.

¹¹⁵ So in den Reden in Rechlin am 1. und 3. 12. 1944 (Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391829-79) und am 3. 8. 1944 auf der Gauleiter-Tagung in Posen (vgl. Anm. 105).

¹¹⁶ Archiv des IfZ, MA-356, Bl. 685774-77. Hierl schrieb ferner, er könne Speers Zahlen nicht bezweifeln, frage sich aber, warum die Truppen des Ersatzheeres nicht einmal vollständig mit Gewehren ausgerüstet seien, warum ihn der Generalstabschef und Generalinspekteur der Panzertruppen Guderian „dringend bitten“ müsse, aus den „kümmerlichen Beständen“ des Reichsarbeitsdienstes Gewehre, Feldküchen und Kraftwagen für die Aufstellung von Panzerdivisionen abzugeben, wo die angekündigten Flugzeuge und die verbesserte Jagdabwehr blieben. Außerdem wettete Hierl – dem Wortlaut nach allein auf die Militärs gemünzt, aber sicherlich auch auf Speer gezielt – gegen „großmäuliges Angeben“, Korruption, Unkameradschaftlichkeit, Ämterpartikularismus und Unwahrhaftigkeit. Schließlich nahm er noch das Meldewesen aufs Korn: Auf dienstliche Meldungen müsse man sich wie auf einen Eid verlassen können, jedoch sei „der Mangel an Wahrhaftigkeit bei dienstlichen Meldungen, insbesondere das lügnerische Vertuschen von Versagern und Mißerfolgen“, ein „Krebsübel“ im deutschen Heer, das sich seit der kaiserlichen Zeit nur noch verschlimmert habe; es gelte, das Heraufziehen balkanischer Zustände zu verhindern.

den Vorschläge etwa der III. Abteilung des Generalquartiermeisters, des Panzeroffiziers beim Chef des Generalstabs und des Generalinspektors der Panzertruppen viel zu lange ignorierte und statt dessen die steigenden Verluste durch die Steigerung der Produktion zu unterlaufen suchte, also einem offensichtlich unerreichbaren Ziel nachjagte¹¹⁷. Am 5. März 1944 stellte der Panzeroffizier beim Chef des Generalstabs in einer Vortragsnotiz fest, daß vom August 1943 bis zum Januar 1944 in keinem Monat die Verluste an Panzern und Sturmgeschützen zu ersetzen gewesen seien: Im Oktober seien der Ostfront nur 75 Sturmgeschütze zugewiesen worden, selbst im Januar, dem Monat mit der höchsten Zuführungsrate, habe der Nachschub (151 Stück) lediglich etwa die Hälfte der Verluste (282) gedeckt. Insgesamt belaufe sich das Defizit an Sturmgeschützen – bei einem Gesamtverlust von 1106 – auf 355 Stück, also auf die Ausstattung von zwölf Brigaden, und das, obwohl die Sturmgeschützbrigaden und -abteilungen mittlerweile die wichtigsten Stützen der Ostfront darstellten; die Panzerabteilungen seien nur noch „Wracks“¹¹⁸. Das Ausbluten der Panzerverbände illustriert eine schon am 23. Februar 1943 entstandene Notiz der genannten Dienststelle, in der für die Zeit von Februar bis August 1943 ein Bedarf von 2988 Panzern IV errechnet worden war: Die geplante Produktion in diesem Zeitraum belief sich aber lediglich auf 1461 Panzer IV, und bereits im ersten Monat ist sogar der allein zum Ausgleich der Verluste entstandene Mindestbedarf von 200 Stück schon um 25 unterschritten worden¹¹⁹. Was den Typ „Panther“ anging, so hatte die Ostfront von den 1075 Stück, die bis zum September 1943 produziert worden waren, nur 672 erhalten und bis zum 1. Oktober 1943 nicht weniger als 390 verloren¹²⁰. Auch dieser Panzer, der doch die große Wende bringen sollte, hatte also – allerdings auch auf Grund ver-

¹¹⁷ Speers Vorwürfen gegen die Militärs stehen denn auch nicht minder schwere Vorwürfe der Soldaten gegen den Minister und seine Mitarbeiter, vornehmlich Hauptdienstleiter Saur, gegenüber, vgl. OKH/GenstdH/GenQu/Abt. III, Nr. I/65 895/44 geh, Vortragsnotiz über eine Besprechung im Rüstungsministerium am 22. 2. 1944, dat. vom 23. 2. 1944 und OKH/GenstdH/GenQu/Abt. III, Nr. III/61 730/44 geh, Vortragsnotiz vom 23. 1. 1944 (BA/MA H 16/199).

¹¹⁸ OKH/GenstdH/PzOffz b. Chef d. Genst. d. H., Nr. 285/44 gKdos vom 5. 3. 1944 (BA/MA H 16/177). Erst Anfang August 1944 hat auch Speer eingesehen, daß die Überlegenheit des Gegners selbst durch nochmalige Produktionserhöhungen um 20 oder 30 Prozent nicht zu brechen war. Er setzte nun auf die Verbesserung der Qualität der Waffen; vgl. seine Rede auf der Gauleiter-Tagung in Posen am 3. 8. 1944 (Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391906-38). Jedoch wurden die Mängel im Instandsetzungswesen nicht beseitigt. Zum Teil lag die Verantwortung dafür eindeutig bei militärischen Stellen; vgl. OKH/GenstdH/GenQu/Abt. III, Nr. I/51 840/43 geh vom 11. 12. 1943, Anlage: Bericht des Sonderführers Häring (Panzerfachmann der Maybach-Motorenwerke), „Allgemeine Panzerinstandsetzungslage im Bereich der Heeresgruppe Süd“ (BA/MA H 16/199). Zum größeren Teil aber lag die Verantwortung beim Ministerium Speers. So blieben noch im zweiten Halbjahr 1943, als über der Panzerproduktion bereits andere Produktionszweige vernachlässigt wurden, die militärischen Forderungen bezüglich des Nachschubs an Panzermotoren unerfüllt: das Defizit belief sich am 1. 9. auf 102, am 1. 10. auf 350, am 20. 11. auf 589, am 19. 12. auf 556 und am 28. 12. auf 361; vgl. Panzerersatzteilbesprechung beim Generalstab des Heeres/GenQu vom 3. 1. 1944, Anlage 8: „Panzer-Motoren-Nachschublage“, 1. 7.–28. 12. 1943 (BA/MA H 16/199).

¹¹⁹ Vortragsnotiz vom 23. 2. 1943, ungez. (BA/MA H 16/183).

¹²⁰ PzOffzbChefdGenstdH, Bb. Nr. 808/43 gKdos, „Panther-Lage Ost“, vom 18. 10. 1943 (BA/MA H 16/171).

früher und taktisch falscher Verwendung – keine höhere Lebensdauer als die anderen Typen. Der Versuch, die russische Überlegenheit durch eine qualitative Verbesserung der eigenen Panzerwaffe zu verringern, mußte damit ebenfalls als gescheitert gelten.

Wäre es nicht gelungen, die Infanterie mit besseren Panzerabwehrwaffen auszurüsten (Ofenrohr, Puppchen, Panzerschreck, Panzerfaust) und damit auch die Relation zwischen eigenen und feindlichen Panzerstärken zu beeinflussen, hätte dem Ansturm der russischen Panzermassen bald nicht einmal mehr örtlich wirksamer Widerstand geleistet werden können. Aber selbst auf diesem Gebiet blieben die festgestellten Soll-Zahlen unerreichbar¹²¹, und eine entscheidende Wende war auf solchem Wege ohnehin nicht möglich. Nach wie vor wurde verzweifelt nach der richtigen Methode gesucht. Das selbstmörderische Konzept, trotz der feindlichen Überlegenheit stets den Kampf Panzer gegen Panzer anzustreben, fand ebenso seine Anhänger¹²² wie der seltsame Vorschlag, die Zahl der Panzer und der Panzerverbände noch über das von den Verlusten erzwungene Maß hinaus zu reduzieren und der Roten Armee nur mit den verbleibenden Mitteln standzuhalten¹²³. Aus der hoffnungslosen Unterlegenheit folgte Ratlosigkeit, die Ratlosigkeit führte zu konfusem Denken, und das konfuse Denken produzierte aberwitzige Einfälle.

Die statistischen Unterlagen zeigten die russische Überlegenheit nicht weniger deutlich als das Geschehen an der Front. So kam die Abteilung Fremde Heere Ost zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion von Kriegsbeginn bis 1. November 1944 insgesamt 93 600 Panzer und Sturmgeschütze eingesetzt habe: 21 900 seien am 22. Juni 1941 vorhanden gewesen, seither nur 10 900 aus dem Ausland bezogen, hingegen 60 800 von der russischen Industrie produziert worden. Daraus hätte zwingend der – trotzdem nicht gezogene – Schluß folgen müssen, die russische Produktionsleistung sei völlig ausreichend, um die Ist-Stärken permanent zwischen 8000 und 15 000 zu halten; Ersatzsorgen gebe es nicht. Im Grunde war der Import entbehrlich, zumal jeder relativ ruhige Monat die russische Überlegenheit – dank der höheren Produktion – noch vergrößerte¹²⁴.

Ein ähnliches Bild bot sich bei der Artillerie. Zwar mußte die Rote Armee auch

¹²¹ PzOffzbChefdGenstdH, Nr. 798/44 gKdos vom 30. 6. 1944 (BA/MA H 16/189).

¹²² Nachrichtenblatt der Panzertruppen Nr. 14 vom August 1944, S. 6 (BA/MA H 16/295): „Aus der Absicht der feindlichen Panzerverbände, Panzerkämpfe zu vermeiden, geht die Überlegenheit unserer Panzer klar hervor. Folgerung für uns, daß wir den Kampf Panzer gegen Panzer bei jeder Gelegenheit suchen müssen.“

¹²³ In seinem Bericht über eine vom 1.–3. 3. 1944 als PzOffz b. Chef d. Genst. d. H. zur HGR Süd unternommene Reise, dat. vom 5. 3. 1944 (BA/MA H 16/233), zitiert Oberst v. Grundherr Feldmarschall v. Manstein: „Nicht so hohe Panzerzahlen, sie bleiben doch nur liegen. Generaloberst Zeitler [der Generalstabschef] soll sich gegen Generaloberst Guderian [Generalinspekteur der Panzertruppen] durchsetzen . . .“

¹²⁴ Abt. Fr. H. O. (II c), „Sow. russ. Pz.- u. Stu.Gesch.-Lage, Vermutliche Entwicklung seit Kriegsbeginn . . .“, undat. (vgl. Anm. 107); Abt. Fr. H. O. (Chef), Aktennotiz vom 2. 8. 1944 – Anlage (BA/MA H 3/123, 2). Die genannten Zahlen decken sich ungefähr mit den Vergleichszahlen in der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 6, S. 55 ff.

auf diesem Gebiet ungewöhnlich hohe Verluste hinnehmen. Nach den deutschen Berechnungen hatten die sowjetischen Truppen im Jahre 1941 nicht weniger als 23 917 Geschütze, 6230 Pak und 2638 Flak eingebüßt¹²⁵. Für das Jahr 1942 konnte allerdings kein eindeutiges Resultat gewonnen werden: bei Geschützen schwankten die deutschen Angaben zwischen 7958 und 13 457, bei Pak zwischen 3685 und 7204, bei Flak zwischen 348 und 1066¹²⁶. Demgegenüber wurden folgende deutsche Verluste ermittelt: 3091 Geschütze und 3775 Pak im Jahre 1941, 4180 Geschütze und 4824 Pak im Jahre 1942¹²⁷. Für das zweite Halbjahr 1943 und das erste Quartal 1944 ist ein durchschnittlicher russischer Monatsverlust von 680 Geschützen, ein durchschnittlicher deutscher Monatsverlust von 450 Geschützen errechnet worden. Aber die Verlustdifferenz war kein Anlaß zur Beruhigung. Die russische Monatsproduktion von 750 Geschützen ermöglichte eine kontinuierliche Vergrößerung des Ist-Bestands, die deutsche Ostarmee hingegen erhielt aus einer Monatsproduktion von rund 700 Stück nur 300 und konnte nicht einmal ihre laufenden Verluste ersetzen. Blieben die Bedingungen gleich, wuchs der Abstand pro Jahr um 2640 Geschütze. Tatsächlich vermochte die Sowjetunion ihre Geschützproduktion jedoch noch zu steigern¹²⁸. Die Versorgung der Artillerie mit Munition stand unter dem gleichen Gesetz: zunehmender Überfluß auf russischer Seite, permanenter Engpaß auf deutscher Seite.

Zu Beginn und in den ersten Phasen des Feldzugs hatte der geringe Kraftfahrzeugpark zu den schwachen Punkten der Roten Armee gehört. Allmählich war aber sogar diese Schwäche – mit entscheidender Hilfe der westlichen Alliierten – überwunden worden. Gegen Ende des Jahres 1944 konnte auch hier von einer deutlichen sowjetischen Überlegenheit gesprochen werden. Seit 1941 waren im deutschen Machtbereich rund 420 000 Kfz (zu etwa 70 Prozent Lkw und Zkw) produziert worden; 380 000 hatte die Wehrmacht und davon 235 000 die Ostfront erhalten. Die Rote Armee verzeichnete im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 650 000 Kfz (zu 80 Prozent Lkw und Zkw). Ungefähr 60 Prozent der Kfz waren importiert worden, zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten. Die gegen die deutsche Ostarmee eingesetzten Verbände hatten einen Mindestsollbestand von 350 000 Kfz, darunter 280 000 Lkw und Zkw. Die Abteilung Fremde Heere Ost konstatierte Anfang Februar 1945, beim Jahreswechsel 1944/45 sei das Soll der Roten Armee zu 80 Prozent erfüllt gewesen, für das nächste

¹²⁵ Abt. Fr. H. O. (II c), „Gesamt-Beute“, dat. vom 18. 1. 1942 (BA/MA H 3/467, Teil 1).

¹²⁶ Abt. Fr. H. O. (I), „Gefangenen- und Beutezahlen vom 1. 1.–31. 12. 1942“, dat. vom 10. 1. 1943; „Gegenüberstellung der eigenen und der sow.russ. Verluste an Geschützen im Jahre 1942“, ohne Ausstellerangabe, undat.; „Erbeutete Geschütze 1941/43“, ohne Ausstellerangabe, undat. (BA/MA H 3/467, Teil 1).

¹²⁷ GenQu, Az. 458 a, Qu 3/I f, Nr. I/30 366/43 gKdos vom 9. 2. 1943; „Gegenüberstellung der eigenen und der sow.-russ. Verluste an Geschützen im Jahre 1942“, ohne Ausstellerangabe, undat. (BA/MA H 3/467, Teil 1).

¹²⁸ Abt. Fr. H. O. (II d), Entwurf zur Vortragsnotiz „Gegenüberstellung der deutschen und sowjetrussischen Totalverluste und Monatsproduktionen, 1. 7. 1943–31. 3. 1944“, dat. vom 16. 4. 1944 (BA/MA H 3/467, Teil 1). Nach der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 6, S. 55 f., 60, hätte man von noch wesentlich höheren Verlusten und Produktionsziffern auszugehen.

Halbjahr müsse ihre Kfz-Lage als „absolut gesichert“ gelten¹²⁹. Die deutsche Ostarmee verfügte damals noch über 195 000 Kfz, ihr Gegner über mindestens 280 000: eine Überlegenheit um fast 50 Prozent. Die deutsche Armee war in den Jahren 1943 und 1944 von Monat zu Monat schwerfälliger geworden. Hohe Kfz-Verluste kontrastierten mit einer relativ bescheidenen Zuführung, und daneben machte sich außerdem ein ernstes und am Ende lähmendes Treibstoffproblem bemerkbar. Selbst Speer lehnte es schließlich – so am 3. August 1944 auf einer Gauleitertagung in Posen – ab, Zahlen zur Treibstofflage zu nennen: „Ich glaube, es reicht aus, wenn ich diese Sorge allein mit mir herumtrage¹³⁰.“ Dagegen hatte die Rote Armee die Motorisierung des Heeres in großen Schritten vorantreiben können. Wären um die Jahreswende 1944/45 die Importe plötzlich weggefallen, eine Eventualität, auf die sich Moskau einzustellen schien, so hätte selbst das keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Kampfführung mehr gehabt. Der erreichte Stand der Motorisierung erlaubte der sowjetischen Leitung nicht zuletzt die Aufstellung besonders beweglicher Eingreifreserven, mit denen sie sich einen weiteren und überaus wichtigen Vorteil gegen die schwerfälligere deutsche Kriegsmaschine sicherte.

In den Jahren 1943 und 1944 – und oft genug noch nach dem Kriege – haben deutsche Militärs, darunter auch die Vertreter der Abteilung Fremde Heere Ost, immer wieder gefordert, das deutsche Heer müsse an der Ostfront seine Überlegenheit in der beweglichen Kampfführung zur Geltung bringen. Eine unerfüllbare und schwer verständliche Forderung. Daß es den deutschen Truppen mehr und mehr an allem mangelte, was sie für eine bewegliche Kampfführung gebraucht hätte, an Treibstoff, Panzern, Kraftfahrzeugen, Artillerie, Munition, Luftunterstützung und ausgebildetem Personal, war kaum zu übersehen. Daß auf der anderen Seite die Rote Armee über genügend Mittel zur beweglichen Kampfführung verfügte, im Vergleich zum deutschen Gegner sogar einen gewissen Überfluß kannte, war ebenfalls nicht zu übersehen. Auch die mittleren und höheren Kommandostäbe der Roten Armee zeigten, daß sie die früher empfangenen Lektionen verstanden hatten und ihr Instrument zu handhaben wußten. Wenn hingegen die deutsche Ostarmee die selten gewordenen Gelegenheiten zur Anwendung der einst so erfolgreichen taktischen und operativen Grundsätze zu nützen suchte, wurden immer häufiger Fehler gemacht, die zwar manchmal auf den Starrsinn Hitlers zurückgeführt werden konnten, öfter aber nur die personelle Auszehrung von Führung und Truppe reflektierten¹³¹.

¹²⁹ Abt. Fr. H. O. (II), Vortragsnotiz, „Die sowjetrussische Kraftfahrzeuglage“, dat. vom 5. 2. 1945 (BA/MA H 3/1522). Die Abt. hat bei ihren Berechnungen den Zuwachs an erbeuteten deutschen Kfz nicht berücksichtigt, der sich allein im ersten Halbjahr 1944 auf 61 300 belaufen haben soll; vgl. „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 4, S. 134.

¹³⁰ Archiv des IfZ, MA-218, Bl. 391919. Statistische Unterlagen zur Treibstoffherzeugung bei W. Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1931 bis 1945, Göttingen 1958, S. 222 ff.

¹³¹ So heißt es schon im Nachrichtenblatt der Panzertruppen Nr. 8, Februar 1944, S. 34 f. (BA/MA H 16/295), die Zahl der Totalausfälle an gepanzerten Kampffahrzeugen habe im

Bis zum Jahresende 1944 hatte die sowjetische Armee trotz ihrer hohen Verluste eine solche Überlegenheit gewonnen, daß sie – notfalls auch ohne westliche Unterstützung – jederzeit in der Lage war, die Vernichtungsschlacht gegen die deutsche Armee bis zum Ende durchzuschlagen. Wenn aus dem „Wettlauf nach Berlin“¹³², den besonders die westlichen Alliierten zunächst sehr bedächtig vorbereitet hatten, doch noch fast Wirklichkeit wurde, so lag einer der ausschlaggebenden Gründe sicherlich in der sehr realen Möglichkeit eines sowjetischen Vormarsches bis an den Rhein¹³³. Im Führerhauptquartier, im OKH, in den Stäben der anderen Teilstreitkräfte, in der Umgebung Speers und in sonstigen wichtigen Dienststellen behaupteten sich jedoch noch immer Illusionen, die in schroffem Widerspruch zum selbst gesammelten Informationsmaterial standen¹³⁴. Eine Ursache ist gewiß darin zu suchen, daß der Austausch von Informationen arg ins Stocken geraten war, und zwar nicht allein als Folge der Geheimhaltungsbefehle und der auf möglichst enge dienstliche Zuständigkeiten bedachten Politik Hitlers, sondern doch auch als Folge von Ressorteiifersucht und einer traditionellen Identifizierung realistischer Urteile mit Defätismus. Manche Äußerungen müssen natürlich als Lippenbekenntnisse gewertet werden, aus denen lediglich Opportunismus und Angst oder aber kalt-schnäuziger Galgenhumor und naßforsche Phrasendrescherei sprachen; die wahre Meinung mochte den Realitäten durchaus entsprechen¹³⁵. Ein quantitativ beträchtlicher Rest der überlieferten Zeugnisse läßt sich aber nur als Beweis einer verblüffenden Realitätsverfehlung plausibel interpretieren, einer Realitätsverfehlung, für die wohl zu gleichen Teilen Beschränktheit, Fanatismus und Berufsblindheit verantwortlich zeichneten. Eine verantwortungsbewußte Personalpolitik hätte Offiziere mit solchen Eigenschaften niemals an exponierter Stelle geduldet; indes erfreute sich dieser Typ spätestens in den letzten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft besonderer Förderung¹³⁶.

Jahre 1943 „einen untragbaren Höchststand“ erreicht, der keineswegs nur kampfbedingt sei: „Verantwortungsloser und unvorbereiteter Einsatz gepanzerter Kampffahrzeuge durch den taktischen Führer für Aufgaben, die praktisch undurchführbar waren, haben häufig zu Totalausfällen geführt, ohne daß die Besatzung eine Schuld traf.“

¹³² Die Wendung findet sich in „Beurteilung der Feindlage vor deutscher Ostfront“, Abt. Fr. H. O. (I), Nr. 5508/44 gKdos vom 7. 10. 1944 (BA/MA H 3/1532).

¹³³ In seinen Erinnerungen (S. 122) sagt Gehlen, er sei in seinen Hoffnungen auf die Westmächte auch durch eine Lagebeurteilung Churchills bestärkt worden, die ihn damals auf „verschlungenen Wegen“ erreicht und ihm das britische Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion bestätigt habe. Nach Unterrichtung des Generalstabschefs sei das „explosive Papier“ zu den Akten genommen, bei Kriegsende aber vernichtet worden.

¹³⁴ So sagte z. B. der Oberbefehlshaber der – in solchen Zusammenhängen meist vergessenen – Marine in seiner „Sonder-Kurzlage“ vom 27. 3. 1945 (Archiv des IFZ, MA-127/2, Bl. 12958 f.): „Springen wir jedem Menschen ins Gesicht, der resignieren will, nach dem dämlichen Motto, es hat ja doch keinen Zweck mehr. Das sind die größten Schwächlinge . . . Springen wir jedem deutschen Menschen ins Gesicht, der jetzt in seiner Treue zum nationalsozialistischen Staat und zum Führer auch nur im geringsten wankend werden will. Die Motive hierzu sind nur Angst, Feigheit und Schwäche. Wir sind die Starken und die Treuen.“

¹³⁵ Das gilt z. B. vermutlich für die in Anm. 83 erwähnte Studie Wilhelm von Schramms.

¹³⁶ Vgl. den Tugendspiegel „Der junge Offizier der Panzertruppen“ im Nachrichtenblatt der Panzertruppen Nr. 13, Juli 1944, S. 4 ff. (BA/MA H 16/295): „Gegen unsere Feinde, die uns

Was die Abteilung Fremde Heere Ost betrifft, so hat es den Anschein, als ob selbst die Zusammenstellung noch so niederschmetternder Statistiken die jeweiligen Verfasser nur selten davor bewahrte, weiterhin optimistisch getönte Ansichten zu verfechten. Eine gewisse Rolle mag dabei das oft begründete Mißtrauen in die Ergebnisse der eigenen statistischen Bemühungen gespielt haben. Daß die Empfänger des Materials den Autor einer Denkschrift auf Widersprüche zwischen seinen Argumenten und seinen Statistiken aufmerksam machten oder gar Kongruenz von Argumentation und Statistik forderten, war in der Regel ebenfalls nicht zu befürchten.

PROGNOSTIZIERTES UND TATSÄCHLICHES FEINDVERHALTEN

Wenn die Führungsstäbe und die nachrichtendienstlichen Institutionen einer Armee überhebliche Pauschalurteile über die militärische Leistungsfähigkeit anderer Länder abgeben und solche Urteile überdies einem politischen Regime liefern, das auf Expansionskurs gegangen ist und nach „günstigen Gelegenheiten“ Ausschau hält, wenn die Feindlagebearbeiter jener Armee außerdem unsichere Meldungen ohne den nachdrücklichen Hinweis auf die notwendigen Vorbehalte weitergeben und ihre eigenen statistischen Unterlagen durch allzu optimistische Interpretationen desavouieren, so verdient das sowohl unter politischen wie unter professionellen Aspekten harte Kritik. Hingegen ist – wiewohl gerade Fachmilitärs oft anderer Meinung sind – an sich Zurückhaltung am Platze, wenn Feindlagebearbeiter mitten im Kriege zu irrigen Annahmen über die nächsten taktischen und operativen Entschlüsse der gegnerischen Führung gelangen.

So blieb die Abteilung Fremde Heere Ost im Feldzug gegen Rußland meist auf die Enträtselung vieldeutiger Beobachtungen angewiesen, namentlich in den letzten Kriegsjahren, als selbst erbeutete Befehle, Aussagen von Gefangenen oder Überläufern und Meldungen von Agenten¹³⁷, die im Einzelfall wenigstens siche-

trotz ihres materiellen Überflusses das Recht zu eigenem Leben versagen, die unsere Städte zerstören und Frauen und Kinder morden, lehre der Offizier echten, fanatischen Haß . . . Er lehne eine sogenannte ‚Objektivität‘ ab, welche dem Feinde oft ein übersteigertes Verständnis entgegenbringt und bisweilen an Beschränktheit grenzt.“

¹³⁷ In seiner Stellungnahme zu der in Anm. 83 erwähnten Studie Wilhelm von Schramms schrieb Gehlen am 14. 3. 1945 (BA/MA H 3/1150): „Der Spionage kommt – im Gegensatz zu der in Ihrer Studie geäußerten Ansicht – auch im modernen Krieg eine hohe Bedeutung zu, da die frontnahe Aufklärung gerade über die Zielsetzung feindlicher Operationen keine Unterlagen schaffen kann. Gespräche der in Auffrischungsräumen liegenden Verbände und Verschiebungen der operativen Reserven des Feindes geben hier wertvolle Hinweise.“ Indes war das Netz der V-Leute im sowjetischen Machtbereich offenbar nicht sonderlich engmaschig. Die sog. „Abwehrmeldungen“ waren weder besonders zahlreich noch besonders ergiebig; das geht aus den Anlagebänden zu den Lageberichten eindeutig hervor, namentlich aus dem „Anlagenband zur Zusammenstellung der in der Zeit vom April 1942 – Dezember 1944 in der Abteilung Fremde Heere Ost abgefaßten Beurteilungen der Feindlage vor deutscher Ostfront im großen (gedruckte Anlagen)“ (BA/MA H 3/1655) und dem

ren Aufschluß über unmittelbar bevorstehende Aktionen des Gegners geben konnten, nur noch selten zur Verfügung standen. Schlechtes Wetter oder der Mangel an Flugzeugen führten immer wieder zum Versagen der eigenen Luftaufklärung. So gerieten die nicht an der Front eingesetzten feindlichen Verbände häufig für längere Zeit aus dem Blickfeld, zumal bereits eine leidliche Funkdisziplin des Gegners und gelegentliche Funktäuschungen der Arbeit der Horchfunker Grenzen setzten¹⁸⁸. Wurden Truppenkonzentrationen erkannt, durfte nicht mehr, wie früher, auf Operationsabsichten in dem betreffenden Raum geschlossen werden. Die Fortschritte der Motorisierung hatten die Möglichkeit geschaffen, auch große Truppenkörper rasch zu verlegen, und nachdem der sowjetischen Führung erst aufgefallen war, daß ihr Umgruppierungen weit weniger Schwierigkeiten machten als der deutschen Armee, hat sie diesen Vorteil entsprechend genützt. Starke und überaus bewegliche Eingreifreserven erlaubten es den sowjetischen Führungsstäben, jeden erfolgreichen örtlichen Angriff in eine Operation mit weitgestecktem Ziel zu verwandeln oder erst nach dem Beginn mehrerer offensiver Unternehmen die Entscheidung über den Schwerpunkt zu treffen. Da die Rote Armee die Luftherrschaft besaß, konnte sie sich außerdem über die Kräfterlage in allen interessierenden deutschen Abschnitten informieren. So lief die deutsche Seite, wenn sie sich auf einen doch erkannten sowjetischen Angriff einzustellen versuchte, sofort Gefahr, den Gegner zu warnen und zu einem Angriff an anderer Stelle oder zu irgendeinem Täuschungsmanöver zu veranlassen. In Wirklichkeit sah die Entscheidungssituation auf beiden Seiten der Front selbstverständlich noch komplizierter aus, weil Angriffe selten nur an einem Punkt beabsichtigt waren. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker fielen die zahlenmäßige Überlegenheit, die größere Beweglichkeit und die besseren Aufklärungsmöglichkeiten der Roten Armee ins Gewicht. Die Auseinandersetzung entwickelte sich zu einem Katz-und-Maus-Spiel, in dem der deutschen Maus frühzeitige Informationen über die Bewegungen der russischen Katze nicht länger erreichbar waren und auch gar nichts mehr genützt hätten.

Die Abteilung Fremde Heere Ost stand also, namentlich in den letzten Kriegsjahren, vor so großen Schwierigkeiten, daß Fehlprognosen zu einer normalen Erscheinung werden mußten und sicherlich keine Verurteilung verdienen. Jedoch hat zumindest der Leiter der Abteilung die Berufung auf solche Schwierigkeiten vermieden und weder damals noch nach dem Kriege die allmählich zur Zweck-

dazugehörigen Kartenband (BA/MA H 3/1656). Zeitweise verfügte die Abteilung über gar keine Quellen zur Beurteilung der Absichten der obersten sowjetischen Führung. So beginnt die Lagebeurteilung vom 5. 9. 1943 (BA/MA H 3/185, Bl. 131; Hervorhebung im Original): „Durch Ausfall der wichtigsten Agenten-Quelle fehlen zur Zeit Abwehrmeldungen über die Absichten des Gegners. Die vorliegende Beurteilung kann sich daher nicht mehr, wie bisher, fast ausschließlich auf Abwehrmeldungen stützen, sondern ist zu einem erheblichen Teil auf Schlußfolgerungen rein gedanklicher Art aufgebaut.“ Die Identität der ausgefallenen letzten Quelle ist laut Interview mit General a. D. Gehlen vom 30. 11. 1972 nicht mehr feststellbar.

¹⁸⁸ Einzelheiten in „Kurze Beurteilung der Feindlage vom 1. 7. 1943“ (BA/MA H 3/185, Bl. 107).

losigkeit gesteigerte Fragwürdigkeit der Arbeit seiner Dienststelle erkannt oder gar eingeräumt. Er machte vielmehr den Versuch, eine doppelte Legende zu lancieren: die Legende von den ausgezeichneten Resultaten seiner effizienten Abteilung und die Legende von den bösen Folgen der Mißachtung jener Resultate durch die oberste Führung. Nicht allein die zweite, sondern auch die erste Legende verdient sehr wohl eine kritische Behandlung, da ja nur die beharrliche Verweigerung der Selbstkritik eine Basis für die gefährlichere Behauptung von der objektiven Vermeidbarkeit der deutschen Niederlage liefert. Die Legendenbildung selbst ist unbestreitbar.

Gehlen ließ gegen Kriegsende eine Unterlagensammlung anlegen, die seiner Meinung nach bewies, daß es ihm gelungen sei, „die Feindabsichten – zum Teil auf Monate voraus – richtig zu erkennen“, der eigenen Führung rechtzeitig ein zutreffendes Bild der feindlichen Pläne und Kräfte zu vermitteln „und damit eine brauchbare Grundlage für die eigene Entschlußfassung zu geben“¹³⁹. Offensichtlich lebte Gehlen in der Illusion, daß ein Erfolgsrezept tatsächlich existiert und eben nur keine Anwendung gefunden habe. Als Erfolgsrezept selbst betrachtete er, wie viele andere deutsche Militärs, die „überlegene deutsche Führungskunst“ im Bewegungskrieg, die, wenn sie auf „brauchbarer Grundlage“ zur Geltung gebracht worden wäre, nicht allein das tödliche Ende des Katz-und-Maus-Spiels hinausgezögert, sondern dem Gegner das Spiel gänzlich verleidet hätte. Dem Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, der kraft seines Amtes die Kräfteverhältnisse zwischen der deutschen und der russischen Seite am besten zu kennen hatte, stand dieser Irrglaube – dem Gehlen noch heute anhängt¹⁴⁰ – freilich besonders schlecht an. In Wahrheit mußten alle Rezepte an den Realitäten scheitern. Das Dogma von der starren Verteidigung eines jeden Quadratmeters führte angesichts der Kräfteverhältnisse unweigerlich in die Niederlage. Das Dogma von der beweglichen Kampfführung aber, verbunden mit der Glorifizierung des Angriffs als der angeblich stärksten Kampfform und oft genug auch mit der Beschwörung eines „alten Preußengeistes“ ungewisser Provenienz, führte angesichts der Kräfteverhältnisse mindestens ebenso sicher und mindestens ebenso rasch in die Niederlage: Spätestens seit der Jahreswende 1942/43 schied jede Überraschung des Gegners aus. Eigene Kräftekonzentrationen wurden rechtzeitig erkannt, schon vor oder bei Beginn eines Angriffs schwer erschüttert und gerade nach doch noch errungenen örtlichen Erfolgen von den gegnerischen Eingreifreserven völlig geschlagen. Anders ausgedrückt: Wer damals Angriffe befürwortete, ohne zu wissen, wie die Angriffe nach Erreichen des Kulminationspunkts fortgesetzt werden sollten, übersah, daß er den Gegner – falls es tatsächlich zum Angriff kam – lediglich zu einer Offen-

¹³⁹ „Zusammenstellung der in der Zeit vom April 1942–Dezember 1944 in der Abteilung Fremde Heere Ost abgefaßten Beurteilungen der Feindlage vor deutscher Ostfront im großen“, Zitat auf Bl. 5 (BA/MA H 3/185; im folg. zit. „Zusammenstellung“ ohne Archivsignatur, das Datum entspricht jeweils dem Datum der „Lagebeurteilung im großen“, während „Kurze Feindbeurteilungen“ durch den Zusatz „K. Fb.“ kenntlich gemacht sind). Eine gedruckte Fassung des Dokuments ist ebenfalls erhalten (BA/MA H 3/1654).

¹⁴⁰ Bestätigt im Interview vom 30. 11. 1972.

sive aus der Rückhand provozierte, die den eigenen Truppen mit mathematischer Sicherheit eine Katastrophe bescherte; als gelehriger Schüler und korrekter Interpret von Clausewitz durfte er ebenso wenig gelten wie der Apostel starrer Verteidigung.

Die Selbstdarstellung der Abteilung Fremde Heere Ost vermochte aber schon, obwohl es sich um eine Auswahl handelte, die Behauptung von der stets zutreffenden Unterrichtung der militärischen Führung nicht zu belegen. Zahlreiche halbwegs richtige Prognosen erhoben sich über den taktischen Bereich in die Unverbindlichkeit der möglichen allgemeinen Operationsrichtungen, wie sie sich bei Kenntnis des Frontverlaufs mit einiger Phantasie aus jeder Verkehrskarte ablesen lassen; ein solches Verfahren verringert die Zahl der möglichen Alternativen so sehr, daß das Verdienst, langfristig richtig geurteilt zu haben, kaum sehr hoch veranschlagt werden kann, sofern nicht der Schwerpunkt und vor allem der Zeitpunkt der gegnerischen Operation präzisiert sind. Ebenso zahlreich waren jedoch Prognosen, die auf falschen Prämissen aufbauten, Widersprüche enthielten und durch die Ereignisse glatt widerlegt wurden. Dafür einige Beispiele.

Die Führer der deutschen Armee hatten, wie schon gesagt, vor dem 22. Juni 1941 sowohl die politische Widerstandskraft wie die militärische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion böse unterschätzt. In dieser Unterschätzung lag die entscheidende Ursache für das Scheitern des Blitzkriegunternehmens „Barbarossa“ bis zum Winter 1941/42. Jedoch haben auch die Rückschläge des Winters die deutsche Führung nicht zu einer realistischeren Beurteilung des Gegners veranlaßt. Aus den meisten Memoiren, die deutsche Soldaten nach dem Kriege schrieben, gewinnt der Leser den Eindruck, daß die Autoren, sofern sie nach der Winterkrise überhaupt schon am deutschen Sieg in Rußland zweifelten, keineswegs in der Kampfkraft des Gegners einen Grund für eine eventuelle deutsche Niederlage sahen, sondern allein in der Person Hitlers; Gehlen bildet keine Ausnahme¹⁴¹.

Anfang Mai 1942 konstatierte die Abteilung Fremde Heere Ost, daß „keinerlei Anhaltspunkte“ für eine feindliche Gegenoperation mit weiten Zielen zu finden seien, daß vielmehr mit einer insgesamt abwartend-defensiven Haltung des Gegners und mit der Fortsetzung örtlicher Zermürbungsangriffe an den bisherigen Stellen – durch die seit Januar formierten Stoßarmeen – gerechnet werden dürfe. Sei die Hieranführung frischer deutscher Verbände erst einmal abgeschlossen, werde die Rote Armee, ohnehin zur Zersplitterung ihrer Kräfte neigend, „die Initiative nur noch scheinbar in der Hand“ haben. Jedenfalls werde es dem Gegner nicht möglich sein, irgendwo einen Erfolg zu erringen, der zur Ausschaltung der Gefahr ein Herausdrehen namhafter deutscher Kräfte aus dem Aufmarsch für die vorgesehene Offensive erforderlich machen könnte¹⁴².

Am 12. Mai begann die große sowjetische Gegenoffensive, die auf Charkow zielte. Sie zwang, ehe sie verlustreich abgewiesen wurde, die deutsche Armee zu umfangreichen Umgruppierungen und zu einer Vertagung der eigenen Offensive

¹⁴¹ Gehlen, *Der Dienst*, S. 112 f.

¹⁴² Zusammenstellung, Bl. 6 ff., 1. 5. 1942.

auf den 28. Juni. Die Abteilung Fremde Heere Ost hatte die von den Sowjets gewählten Stoßrichtungen wohl unter den Angriffslinien aufgezählt, die für den Feind günstig seien, aber gerade dort allenfalls örtliche sowjetische Unternehmen erwartet¹⁴³.

Im Juli 1942 erklärte die Abteilung, mindestens vor der Heeresgruppe Süd stehe demnächst eine großräumige sowjetische Ausweichbewegung bis zur Wolga bevor. Im Moskauer Militärerrat habe Marschall Schaposchnikow Äußerungen getan, aus denen hervorgehe, daß vor und während der Rückzugsbewegung „alles vernichtet“ werden müsse und „sämtliche Industrie nach dem Ural und Sibirien evakuiert“ würde¹⁴⁴. Tatsächlich aber standen die Rückzüge, zu denen sich die Rote Armee im Sommer und Herbst 1942 in der Tat gezwungen sah, lediglich im Dienste einer beweglichen Verteidigung, die ähnlich gefährliche Einkesselungen wie im Vorjahr vermeiden sollte. Die Führung der Roten Armee setzte sich dabei längst nicht so weit entfernte Ziele, wie die Abteilung Fremde Heere Ost angenommen hatte. Als sich die Front im Herbst, und zwar nach harten Kämpfen, die den deutschen Truppen nicht die erhofften Erfolge gebracht hatten, bei Stalingrad der Wolga näherte, dachte auf russischer Seite niemand an einen beschleunigten Abzug, der es den deutschen Armeen ermöglicht hätte, den Winter an der Wolga zu verbringen¹⁴⁵. In einem Kriegsakademievortrag sagte jedoch Gehlen noch im September, der Verlauf der Operationen berechtige zu der Hoffnung, daß der Raum um Stalingrad und die – noch mehrere hundert Kilometer entfernten – Erdölgebiete am Kaukasus vor Einbruch des Winters fest in deutscher Hand sein würden¹⁴⁶. Keine der beiden Prognosen hat sich bestätigt.

Mitte Oktober 1942 rechnete die Abteilung Fremde Heere Ost zwar mit einem sowjetischen Großangriff, erwartete ihn aber – ab Anfang November – zwischen Toropez und Ssuchinitschi, also im Bereich der Heeresgruppe Mitte. Der Angriff werde, vermutlich mit unzureichenden Kräften, auf das Baltikum zielen¹⁴⁷. Eine schwächere Offensive hielt die Abteilung daneben gegen die Heeresgruppe B, etwa an der Donfront, für vorstellbar, und zwar nach dem Ende der Schlammperiode. Vor der Heeresgruppe A sei der Feind dagegen zum Halten seiner Linien entschlossen, „nötigenfalls unter Zuführung weiterer Kräfte“¹⁴⁸. Noch Anfang November hat die Abteilung angenommen, daß an der Donfront keine größeren feindlichen Angriffe zu besorgen seien¹⁴⁹. Vor der Heeresgruppe Mitte finde der Feind ein günstigeres Aufmarschgelände¹⁵⁰, und dort sei für ihn ein Erfolg auch

¹⁴³ Zusammenstellung, Bl. 9, 1. 5. 1942.

¹⁴⁴ Zusammenstellung, Bl. 14, K. Fb. vom 15. 7. 1942.

¹⁴⁵ Nach der „Abwehrmeldung“, auf die sich die K. Fb. vom 15. 7. 1942 berief, wollte Schaposchnikow die Deutschen sogar dazu zwingen.

¹⁴⁶ Gehlen, Der Dienst, S. 41.

¹⁴⁷ Zusammenstellung, Bl. 17, Zwischenkommentar; 18, K. Fb. vom 8. 10. 1942; 20 f., K. Fb. vom 15. 10. 1942.

¹⁴⁸ Zusammenstellung, Bl. 18, K. Fb. vom 8. 10. 1942; 19, K. Fb. vom 13. 10. 1942.

¹⁴⁹ Zusammenstellung, Bl. 25, 6. 11. 1942.

¹⁵⁰ Ebenda.

besonders wünschenswert, weil er dadurch die für 1943 befürchtete deutsche Offensive gegen Moskau erschweren könne. Smolensk stelle ein lohnendes und nicht allzu weit entferntes Ziel dar; daß später die ganze Heeresgruppe Nord abzuschneiden sei, müsse der Gegenseite immerhin als denkbar erscheinen¹⁵¹. Aus welchen Gründen auch immer: die sowjetischen Angriffe im Bereich der Heeresgruppe Mitte hatten nur örtliche Bedeutung, die Angriffe an der Donfront brachten der Roten Armee ungeheure Erfolge.

Erst am 12. November, eine Woche vor Beginn der sowjetischen Offensive, sind die Möglichkeiten, die sich für die Sowjets im Falle eines Angriffs gegen die 3. rumänische Armee ergaben, nämlich gleichzeitige begrenzte Angriffe auf die 8. italienische und die 2. ungarische Armee oder eine spätere „größere Offensive“ gegen Italiener und Ungarn in Richtung Rostow, rein theoretisch erörtert worden¹⁵². Daß die sowjetischen Verbände, die unter dem Befehl Watutins standen, schon in Kürze angreifen könnten, glaubte man ausschließen zu dürfen; schlimmstenfalls werde der Gegner die Bahnlinie nach Stalingrad zu unterbrechen versuchen – dabei war ein großer Teil der auf russischer Seite versammelten Kräfte bereits erkannt¹⁵³.

Schon vier Tage nach Angriffsbeginn, am 22. November 1942, sah sich die Armee in Stalingrad von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten und eingekreist. Die im Nordwesten und Süden der Stadt konzentrierten sowjetischen Verbände hatten für diese Aufgabe ausgereicht und sie in kurzer Zeit glänzend erfüllt. Daß die Abteilung Fremde Heere Ost überhaupt nach einer Entschuldigung für ihr Versagen suchte, ist gewiß verständlich. Die Entschuldigung aber, die sie tatsächlich vorbrachte, enthielt kein noch so winziges Element der Selbstkritik und keinen noch so bescheidenen Ansatz zu einer realistischen Sicht der Dinge: man habe den „überraschenden Anfangserfolg“ um so weniger vorhersehen können, als ihn ja auch der Gegner nicht vorhergesehen habe¹⁵⁴.

Die folgende Verschärfung der Krise ist ebenfalls zu spät bemerkt worden. Während sich die russische Führung beeilte, Reserven freizumachen und den in seinem Ausmaß vielleicht in der Tat nicht erwarteten Erfolg zu nützen, scheint die Abteilung Fremde Heere Ost der russischen Führung ein solches Verhalten, das nach den herrschenden taktischen und operativen Grundsätzen nur als normal gelten durfte, nicht recht zugetraut zu haben. Sie stand damit freilich nicht allein. Am 20. November äußerte die Heeresgruppe B die beruhigende Ansicht, daß man

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² Zusammenstellung, Bl. 34, K. Fb. vom 12. 11. 1942.

¹⁵³ In der K. Fb. vom 12. 11. 1942 werden genannt: 21 Schützendivisionen, 1–4 Panzerbrigaden, 3 Kavalleriedivisionen. Nach K. v. Tippelskirch, Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Bonn 1951, S. 270, traten am 19. 11. 1942 zum Angriff an: drei Panzerkorps, zwei Kavalleriekorps und 21 Schützendivisionen.

¹⁵⁴ Zusammenstellung, Bl. 17, Zwischenkommentar; 39, K. Fb. vom 9. 12. 1942; 41, K. Fb. (Anlage) vom 10. 12. 1942. Dagegen hieß es in der Studie „Kräftebild und weitere Operationsmöglichkeiten im Südbereich der Ostfront“ vom 19. 1. 1943 (Zusammenstellung, Bl. 49), die bisherigen Operationen des Gegners seien für diesen im allgemeinen „planmäßig verlaufen“.

bis zu einem größeren Angriff an einer anderen Stelle der Donfront wohl noch eine „längere Pause“ haben werde; die Abteilung schloß sich dieser Ansicht an¹⁵⁵. So sind die deutschen Führungsstäbe offenbar auch noch vom Auftauchen der weiteren Reserven überrascht worden. Niemand dachte an eine anfänglich noch mögliche Umgruppierung an der Donfront, die dort die Verteidigung nicht ausschließlich den schlecht bewaffneten Verbündeten überlassen hätte, und nur sehr zögernd ging man daran, weniger gefährdete oder weniger wichtige Frontabschnitte zu schwächen und Reserven in die bedrohten Räume zu dirigieren. Das Zögern ist um so schwerer verständlich, als die deutsche Seite ja bereits einen Zeitverlust aufzuholen hatte, die Vorgänge im rumänischen Abschnitt jederzeit ihre Wiederholung in den Abschnitten der anderen Verbündeten finden konnten und schließlich der Ring um Stalingrad nur dann wieder aufzubrechen war, wenn sich die Lage in den entsprechenden Sektoren der Front nicht weiter verschlechterte.

Erst am 9. Dezember, drei Wochen nach Beginn der Zangenoperation gegen Stalingrad, hielt es die Abteilung Fremde Heere Ost immerhin für möglich, daß der Gegner den Schwerpunkt seines Kräfteinsatzes „unter Umständen“ von der Heeresgruppe Mitte *„mehr an den südlichen Teil der Front“* verlagern könnte. Allerdings waren mittlerweile die weiteren sowjetischen Angriffsvorbereitungen am Don wirklich nicht länger zu übersehen¹⁵⁶. Obwohl aber die Abteilung unterstellte, daß der Gegner ein „verhältnismäßig klares“ Bild von der eigenen Kräfteverteilung an der Donfront gewonnen habe, baute sie auf seine „Unsicherheit“, die aus seiner Konfrontation mit wenigen schwachen Reserven und mit zahlreichen bloß improvisierten Splitterverbänden resultieren werde. Ausgerechnet die eigene Schwäche sollte also den Gegner bluffen. Selbst jetzt noch erwartete die Abteilung vom Feind einfach jenes Verhalten, das die deutsche Seite brauchte, wenn sie ihre Front rasch wieder stabilisieren wollte¹⁵⁷.

Zwei Tage nach dieser Prognose kam der große sowjetische Angriff am italienischen Frontabschnitt und an der Tschirfront – für die 6. Armee in Stalingrad der Anfang vom Ende. Der Stoß und seine Folgen wirkten wohl auch deshalb so überraschend, weil auf deutscher Seite die Vorstellung herrschte, die Sowjets hätten alle Hände voll zu tun, den Entsatzversuch für Stalingrad abzuwehren (12. bis 21. 12. 1942)¹⁵⁸. Die unter dem Befehl des Generalobersten Hoth angreifenden Verbände waren jedoch, auch wenn sie beachtliche Anfangserfolge verzeichnen durften, viel zu schwach, um die russischen Pläne ernsthaft stören zu können. Bis Mitte Januar sah sich das Gros der deutschen Truppen hinter den Donez-Abschnitt zurückgeworfen. Hoths Eliteverbände, die schließlich hinter den Manytsch ausweichen mußten, hatten nun sogar den weitesten Rückweg. In Stalingrad aber tobte der längst hoffnungslose Verzweiflungskampf noch weitere zwei Wochen.

¹⁵⁵ Zusammenstellung, Bl. 35, K. Fb. vom 20. 11. 1942.

¹⁵⁶ Zusammenstellung, Bl. 39, K. Fb. vom 9. 12. 1942 (Hervorhebung im Original).

¹⁵⁷ Zusammenstellung, Bl. 43, Studie: „Möglicher Entschluß der russischen Führung im Bereich der Südweststreitkräfte auf Grund der Lage am 14. 12. 1942 abends.“

¹⁵⁸ Zusammenstellung, Bl. 42, K. Fb. (Anlage) vom 10. 12. 1942; 43 ff., „Möglicher Entschluß ...“.

Unter dem Eindruck der „ungeahnten Erfolge“ des Gegners¹⁵⁹ verfiel die Abteilung Fremde Heere Ost jetzt plötzlich in einen Pessimismus, der ebenso unrealistisch war wie der im Vorjahr an den Tag gelegte Optimismus. Den russischen Angriffen weiter im Norden räumte die Abteilung nun weniger Chancen ein, im Süden aber sah sie nur noch Katastrophen. Am 19. Januar 1943 schrieb Gehlen, der Gegner werde nach dem ersten Abschnitt der zur Zeit noch laufenden Operation Stalingrad genommen und zwischen Rostow, Woroschilowgrad und Bjelgorod die Donez-Linie gewonnen haben, nördlich davon wieder in der Linie des Frühjahrs 1942 stehen; im günstigsten Falle könne er am Oskol-Abschnitt gestoppt werden. Um diese Front zu halten, sei lediglich die Hälfte der augenblicklich eingesetzten feindlichen Verbände erforderlich. Der Gegner könne also demnächst über etwa 70 Schützendivisionen, 35 Schützenbrigaden, 10 Kavalleriedivisionen und 65 Panzerbrigaden nach freiem Ermessen verfügen; zusätzlich stelle er gerade operative Reserven auf, und zwar 18 Schützendivisionen, 36 Schützenbrigaden, 4 Kavalleriedivisionen und 18 Panzerbrigaden. Mit diesen Kräften sei es möglich, eine große Umfassungsoperation, eingeleitet etwa mit einem Stoß in Richtung Dnjepropetrowsk, zu unternehmen und die ganze deutsche Südfront zum Einsturz zu bringen. Es werde dann nicht schwierig sein, den zurückgehenden deutschen Verbänden ein nochmaliges Festsetzen am Dnjepr zu verwehren. Außerdem könne der Gegner die Lage durch eine Landung auf der Krim jederzeit noch weiter verschärfen¹⁶⁰.

Abgesehen davon aber, daß die Abteilung diesmal die deutsche Widerstandskraft unterschätzte, wies auch der Ansatz, den die sowjetische Führung schließlich wählte, nur eine entfernte Ähnlichkeit mit den Annahmen Gehlens auf. Statt die noch am Unterlauf des Donez stehenden deutschen Verbände in der tiefen Flanke anzugreifen und ihre Abschnürung zu versuchen, drängten die Sowjets diese Verbände frontal hinter den Mius-Abschnitt zurück. Der tiefste sowjetische Durchbruchsangriff zielte nicht nach Dnjepropetrowsk, sondern nördlich Bjelgorod weit über die Frontlinie vom Frühjahr 1942 hinaus, die Gehlen gerade für nicht gefährdet gehalten hatte. Die erst später in Richtung Dnjepropetrowsk vorgehenden sowjetischen Kräfte, die im übrigen erst über den Oskol und dann über den Donez setzten und nicht, wie von Gehlen vermutet, am Donez unterhalb der Einmündung des Oskol angriffen, wurden von der 4. deutschen Panzerarmee – mit viel Glück eben noch aus dem Raume südlich Rostow zurückgeführt – im Gegenangriff (Beginn 21. Februar) geworfen. Ein größeres Landungsunternehmen auf der Krim ist nie versucht worden. Noch sieben Monate sollten vergehen, ehe die Russen, und zwar erst im Gegenzug zur deutschen Operation „Zitadelle“, auf der ganzen Front zwischen Welikije Luki und Taganrog – nicht nur im Süden – zu einer entsprechend gründlich vorbereiteten Offensive antraten, zu deren Zielen auch die Dnjepr-Linie gehörte. Wiederum entschloß sich aber die sowjetische Führung zu

¹⁵⁹ Zusammenstellung, Bl. 52, „Kräftebild und weitere russische Operationsmöglichkeiten im Südbereich der Ostfront“, Studie vom 19. 1. 1943.

¹⁶⁰ Zusammenstellung, Bl. 49 ff., „Kräftebild . . .“.

einem Frontalangriff, nicht zu einer Umfassungsoperation. Die Richtung des Hauptstoßes und die zeitliche Staffelung der Teilangriffe sahen ebenfalls anders aus, als Gehlen im Januar erwartet hatte. Eine zeitweilige Stabilisierung der deutschen Front am Dnjepr konnte selbst dann nicht verhindert werden.

Indes blieben die Urteile der Abteilung im ganzen ersten Quartal des Jahres 1943 düster gestimmt, gewiß auch unter dem Eindruck der Rückschläge in Afrika. So meinte sie am 28. Januar, die Rote Armee werde „im Zusammenhang mit frontal geführten Angriffen die Front der Heeresgruppe Mitte vom rechten Flügel her zum Einsturz“ bringen¹⁶¹. Ähnlich äußerte sie sich auch am 7. Februar¹⁶². Am 5. Februar hingegen hatte die Abteilung, obwohl sie jetzt über den russischen Aufmarsch weit schlechter informiert war als vor der Einschließung Stalingrads, damit rechnen zu müssen geglaubt, daß ein „ungewöhnlich kühner“ und 300 Kilometer tiefer Einbruch – der nach dem Eintreffen der bislang in Stalingrad gebundenen Verbände erfolgen könne – die Masse der sowjetischen Kräfte nach Südwesten bis an den Dnjepr führen werde. Am 9. Februar sah man die Sowjets bereits in Poltawa und an jenen Dnjepr-Übergängen, die besondere Bedeutung für die Heeresgruppen Don und B besaßen. Ähnliche Befürchtungen tauchten am 22. Februar erneut auf, und nun traute man dem Gegner überdies noch die Rückeroberung der Krim und zugleich eine Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte zu, mit der die Mitte der Ostfront aufgerissen und die Voraussetzung für einen Stoß über Minsk nach Westen geschaffen werden könne; Alternative sei eine Großoffensive gegen die Heeresgruppe Nord in Richtung Pleskau-Kingisepp und später Riga¹⁶³. Immer wieder begegnet der Gedanke, die Sowjets könnten, nachdem die beiden deutschen Flügel zerschlagen seien, einen gigantischen Zangenangriff unternehmen, der zum Zusammenbruch der gesamten Ostfront führen müsse. Jedoch war auch in den folgenden Jahren eine derartige Zangenoperation nicht einmal im Ansatz zu beobachten¹⁶⁴.

Spekulationen über die russische Sommeroffensive 1943

Mit dem Tauwetter fand aber die Abteilung zu ihrem früheren Selbstbewußtsein zurück, zumal die Sowjets den deutschen Gegenangriff bei Charkow nur

¹⁶¹ Zusammenstellung, Bl. 54 ff., K. Fb. vom 28. 1. 1943. Am 22. 1. 1943 hatte die Abteilung in einer K. Fb. (Zusammenstellung, Bl. 54) noch eine im wesentlichen defensive Kampfführung im Mittelabschnitt erwartet.

¹⁶² Zusammenstellung, Bl. 58 f., K. Fb. vom 7. 2. 1943. Ebenso sogar noch am 22. 2. 1943, Zusammenstellung, Bl. 61.

¹⁶³ Zusammenstellung, Bl. 54 ff., K. Fb. vom 5. 2. 1943; 60, K. Fb. vom 9. 2. 1943; 61 ff., K. Fb. vom 22. 2. 1943.

¹⁶⁴ Kaum anderthalb Jahre zuvor hatte die deutsche Führung mit ihren weit ausgreifenden Plänen vor dem russischen Raum kapitulieren müssen. Trotzdem wurden jetzt der – angeblich doch schlechteren – sowjetischen Führung eher noch ehrgeizigere Pläne unterstellt, ohne daß an der Realisierbarkeit dieser Pläne ernsthafte Zweifel geäußert worden wären. Auch daraus wird deutlich, daß die Operationsexperten im deutschen Heer die Verfolgung derartiger Ziele erst nach 1945 für „Größenwahnsinn“ hielten und – jedenfalls bei Hitler – mit „Verblendung“ erklärten.

erstaunlich mühsam abzuwehren vermochten. Bereits am 23. März wagte Gehlen wieder zu bezweifeln, daß der Gegner nach den im Winter erlittenen Verlusten zu einer kriegsentscheidenden Sommeroffensive „überhaupt in der Lage“ sein werde¹⁶⁵. Was die sowjetische Führung nach der Schlammperiode zu tun beabsichtigte, wußte er freilich nicht zu sagen¹⁶⁶: defensives Abwarten bis zum Winter hielt er für ebenso wahrscheinlich wie eine sofortige übereilte Offensive, ein strategischer Zangenangriff im Norden und Süden schien ihm nicht weniger möglich zu sein als ein Angriff mit nur einem Schwerpunkt, etwa bei der Heeresgruppe Mitte oder bei der Heeresgruppe Süd oder auch entlang der Naht zwischen den beiden Heeresgruppen¹⁶⁷.

Bis zum Beginn des Unternehmens „Zitadelle“ – die Abteilung hatte auf die Problematik dieses Unternehmens frühzeitig hingewiesen und die möglichen Folgen ebenso zutreffend beurteilt wie die Mehrzahl der daran beteiligten hohen Militärs¹⁶⁸ – lastete auf der deutschen Führung die Ungewißheit über die Gründe der langen russischen Passivität, die deutschen Führungsgrundsätzen so gar nicht entsprach¹⁶⁹. War die sowjetische Stärke überschätzt worden? Wartete Stalin auf die „zweite Front“¹⁷⁰? Wollte die Rote Armee erst eine deutsche Offensive abwar-

¹⁶⁵ Zusammenstellung, Bl. 77, 23. 3. 1943.

¹⁶⁶ Wenngleich er ansatzweise den Versuch machte, politische und wirtschaftliche Überlegungen einzubeziehen; Zusammenstellung, Bl. 81.

¹⁶⁷ Zusammenstellung, Bl. 76 ff., 23. 3. 1943. Ähnlich noch in der K. Fb. vom 19. 4. und am 20. 4. 1943, Zusammenstellung, Bl. 88 und 89 ff.

¹⁶⁸ Zusammenstellung, Bl. 91, 20. 4. 1943; 108 ff., „Beurteilung des Feindverhaltens bei Durchführung des Unternehmens ‚Zitadelle‘ vom 3. 7. 1943; 111, K. Fb. vom 6. 7. 1943; 112, K. Fb. vom 7. 7. 1943; 113, K. Fb. vom 11. 7. 1943.

¹⁶⁹ Am 19. 4. 1943 (Zusammenstellung, Bl. 85 ff.) hielt die Abteilung einen sowjetischen Angriff schon ab 1. Mai für jederzeit möglich und für wahrscheinlich. Am 5. 5. 1943 wurde die gleiche Erwartung geäußert, obwohl man die schleppendere Durchführung der sowjetischen Vorbereitungen nicht übersah (Zusammenstellung, Bl. 93, K. Fb.). Erst Ende Mai trat eine gewisse Beruhigung ein; so glaubte die Abteilung am 21. 5. 1943, mit einer sowjetischen Offensive sei doch erst im Sommer zu rechnen (Zusammenstellung, Bl. 98 ff.).

¹⁷⁰ „Beurteilung der Feindlage vor dem Nordflügel der Heeresgruppe Süd und dem Südflügel der Heeresgruppe Mitte“, Zusammenstellung, Bl. 94, 2. 5. 1943; 96, K. Fb. vom 11. 5. 1943; 105 f., 15. 6. 1943. Die mit der Frage verknüpften Spekulationen variierten. So schrieb Gehlen am 21. 5. 1943 (Zusammenstellung, Bl. 102): „Bei einem frühzeitigen Mißglücken alliierter Operationen muß ferner, vorausgesetzt daß der russische Angriff zeitlich zu ihnen gestaffelt ist, in Rechnung gestellt werden, daß der Russe auf die Dauer nicht willens ist, seine Stoßkraft allein für die Verbündeten in den Kampf zu werfen. Ob in diesem Fall weiter mit einer entscheidungssuchenden russischen Operation zu rechnen ist, erscheint zweifelhaft.“ Am 15. 6. 1943 meinte er (Zusammenstellung, Bl. 105 f., Hervorhebung im Original): „Bei einem längeren Ausbleiben oder frühzeitigen Mißglücken alliierter Operationen kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß der Russe im Sommer zu den erwarteten und vorbereiteten Operationen nicht antritt, sondern bei weiterer defensiver Kampfführung sich durch umfangreiche Vorbereitungen die Voraussetzungen für eine umso stärkere *Offensive im kommenden Winter schafft*, bei welcher sich auch das auf den bisherigen Erfahrungen beruhende gewisse Überlegenheitsgefühl des russischen Soldaten in den Winterkämpfen nach russ. Ansicht auswirken könnte.“ Sollte sich aber ein Erfolg einer alliierten Landung in Europa abzeichnen, werde „der Russe“ antreten, um „rechtzeitig in Mitteleuropa zur Stelle zu sein“. Allerdings hat Gehlen anscheinend geglaubt, die Amerikaner verzögerten bewußt die Errichtung einer „zweiten Front“, weil sie

ten¹⁷¹? Wie schätzte die sowjetische Führung die deutsche Stärke ein? Sicher war nur, daß die Initiative bereits beim Gegner lag¹⁷². Andernfalls hätte über seine Absichten nicht in dieser Weise spekuliert werden müssen.

Angesichts der Fülle von Möglichkeiten, die sich der sowjetischen Führung bot, blieb der Abteilung Fremde Heere Ost jetzt in der Tat gar nichts anderes mehr übrig, als die jeweils denkbaren Fälle aufzuzählen und sich zur Prioritätenfrage überaus vorsichtig zu äußern. Zur Verärgerung jener Stellen aber, die vor anstehenden Entscheidungen meist vergeblich und stets zu lange auf eindeutige Erklärungen der Abteilung gewartet hatten, behauptete die Abteilung, kaum war ein bestimmter Fall eingetreten, genau diese Entwicklung habe sie seit geraumer Zeit erwartet. Natürlich konnte jedermann, der die eingegangenen Lagebeurteilungen aufbewahrt hatte, mühelos nachweisen, daß die Abteilung jene Entwicklung zwar tatsächlich erwähnt haben mochte, aber doch nur konjunktivisch und unter vielen Vorbehalten neben einer großen Zahl ähnlich vage behandelter Eventualitäten. Selten wurde die Ebene der Unverbindlichkeit verlassen und auf Grund „gesicherter“¹⁷³ feindlicher Absichten eine etwas klarere sowjetische Prioritätensetzung genannt, noch seltener stimmten dann die Prioritäten, die der sowjetischen Führung zugeschrieben wurden, mit den wirklichen sowjetischen Prioritäten überein, von den Abweichungen im Detail ganz zu schweigen. Schließlich waren die Quellen, aus denen die Abteilung „gesicherte“ Nachrichten schöpfte, oft recht dubioser Natur.

Nachdem das Unternehmen „Zitadelle“ als gescheitert gelten mußte, verschwanden aus den Berichten der Abteilung immerhin die geringschätzigen Urteile über die Qualität der militärischen sowjetischen Führung; nach einiger Zeit kehrten solche Urteile allerdings wieder¹⁷⁴. Schon die Prognosen, die zu den sowjetischen Absichten nach dem Ende von „Zitadelle“ gestellt wurden, paßten eigentlich wenig zu dem gestiegenen Respekt vor den Fähigkeiten der sowjetischen Kollegen. So glaubte Gehlen am 25. Juli, die Rote Armee werde sich, da doch sehr geschwächt, im wesentlichen mit dem Abschluß der laufenden Angriffsunternehmen begnügen, danach allenfalls einige günstige Gelegenheiten zur Verbesserung der Ausgangsstellung für den Winter nutzen, im übrigen aber – auch wegen der bald einsetzenden Schlammperiode – von September bis November eine Pause einlegen¹⁷⁵.

befürchteten, bei schnellem Fortschreiten der Operationen in Europa die Last des Kampfes gegen Japan später allein tragen zu müssen.

¹⁷¹ Zusammenstellung, Bl. 98, 21. 5. 1943.

¹⁷² Zusammenstellung, Bl. 93, „Beurteilung der Feindlage . . .“ vom 2. 5. 1943; 98 f., 21. 5. 1943.

¹⁷³ Vgl. Anm. 137.

¹⁷⁴ Für positive Urteile vgl. Zusammenstellung, Bl. 118, 25. 7. 1943, und die Studie „Bisherige Entwicklung des deutsch-sowjetischen Kräfteverhältnisses seit Kriegsbeginn und seine mögliche Weiterentwicklung bis Ende 1943“ v. 17. 10. 1943, Zusammenstellung, Bl. 162 ff. Doch wird schon in dieser Studie auch wieder die deutsche Überlegenheit betont, Bl. 163 f., 169.

¹⁷⁵ Zusammenstellung, Bl. 122, 25. 7. 1943. Eine genauere Begrenzung der durch die Schlammperiode bedingten Zwangspause schien dann ein Gutachten der Wetterberatungszentrale

Vierzehn Tage später trat die Rote Armee mit acht „Fronten“ zu einem Großangriff gegen die Heeresgruppen Süd und Mitte an, der erst im Oktober am Dnjepr gestoppt werden konnte. Wenn den russischen Truppen nicht in allen Abschnitten auch noch die taktische Überraschung – zusätzlich zur strategischen Überraschung – gelang, so nur deshalb, weil dort unmittelbar vor Angriffsbeginn die Luftaufklärung noch einmal brauchbare Ergebnisse geliefert hatte, die wenigstens eine allgemeine Vorwarnung der in jenen Abschnitten eingesetzten deutschen Verbände erlaubten¹⁷⁶. Danach blieb überdies die erhoffte längere Schlechtwetterperiode aus, was freilich nur bewies, daß langfristige Wettervorhersagen ebenso unzuverlässig waren wie die militärischen Prognosen der Abteilung Fremde Heere Ost¹⁷⁷. Durch ständige Geländegewinne ermutigt, brauchte der Gegner nicht daran zu denken, zur Fortsetzung seines Vormarsches nach Westen den ersten Frost abzuwarten. Die Sowjets selbst sprachen in ihrer Propaganda zwar von einer mit letzter Kraft geführten „Hungeroffensive“. Aber diese Version sollte wohl vor allem die Westmächte beeindrucken. Die deutsche Seite durfte ihr jedenfalls nach den vorliegenden Erkenntnissen über die tatsächliche Kräfterlage kaum Glauben schenken¹⁷⁸. Wenn im späteren Herbst die sowjetischen Angriffe nicht immer mit der gewohnten Wucht geführt wurden, durfte nicht auf ein Erlahmen der sowjetischen Kraft, sondern eher auf politische Motive geschlossen werden¹⁷⁹.

Die Winterschlachten 1943/44: Prognose und tatsächlicher Verlauf

Die abermals unerwarteten Erfolge der russischen Herbstangriffe stürzten die Abteilung Fremde Heere Ost erneut in ein Stimmungstief. Wieder sprach die Abteilung dem Gegner schier unbegrenzte Möglichkeiten und entsprechende Absichten zu. Am 9. November behauptete Gehlen, die gesamte Ostfront könne zusammenbrechen, wenn es nicht gelinge, die nächsten Durchbruchversuche des Gegners schon in der Entwicklung abzufangen. Wahrscheinlich werde der Feind – der seine Erfolge und seine Kraft jetzt wohl eher überschätze – noch im Winter bis ins Generalgouvernement und in die Balkanländer vorstoßen, außerdem die Krim und das Baltikum zurückerobern wollen. Einleitend werde er dazu – über die Linie Rositten – Dünaburg nach Riga vordringen und durch Fesselungsangriffe den Abzug der nördlich des Irmensees stehenden deutschen Kräfte verhindern,

beim OKH vom 30. 8. 1943 zu ermöglichen: „Wann beginnt in diesem Jahre im Ostraum die herbstliche Schlammperiode?“ Allerdings ist in diesem Gutachten auch schon darauf hingewiesen worden, daß die Schlammperiode vielleicht ausbleiben werde; Ziffer 58 im – gedruckten – Anlagenband zur Zusammenstellung (BA/MA H 3/1655).

¹⁷⁶ Zusammenstellung, Bl. 125 f., K. Fb. vom 2. 8. 1943.

¹⁷⁷ Allerdings war in dem in Anm. 175 zit. Gutachten eine verbindliche Festlegung vermieden worden.

¹⁷⁸ Zusammenstellung, Bl. 155 ff., „Bisherige Entwicklung . . .“.

¹⁷⁹ Vgl. hierzu den – auch für Gehlens damalige Haltung als „Ostpolitiker“ sehr aufschlußreichen – Abschnitt IV der Studie „Bisherige Entwicklung . . .“ (Zusammenstellung, Bl. 163 ff.): „Entwicklung der Propaganda“.

- eine starke Kräftegruppe in Richtung Minsk – Wilna vortreiben, um dadurch u. a. die Voraussetzungen für einen Stoß in die östlichen Grenzgebiete des Deutschen Reiches zu schaffen,
- mit zwei Kräftegruppen möglicherweise über Gomel in Richtung Bobruisk vorgehen,
- nach Frosteintritt die Pripjetsümpfe zu durchschreiten suchen,
- nach Öffnung einer Lücke zwischen den Heeresgruppen Mitte und Süd mit einer Kräftegruppe über die Linie Berditschew – Korosten möglichst weit in Richtung Lemberg vorstoßen,
- mit einer starken Kräftegruppe aus dem Raum Kiew über den Dnjestr an die rumänische Grenze und „baldmöglichst“ weiter in den Balkan vordringen,
- Schläge gegen den vorspringenden Block der 1. Panzerarmee führen und den über den Dnjestr zurückgedrängten Teilen am unteren Bug den Rückzug abschneiden,
- mit starken Kräften über die Halbinsel Kertsch und von Perekop aus, vermutlich durch Landungen an der Süd- und Ostküste unterstützt, die Rückeroberung der Krim versuchen, der er sowohl aus politischen Gründen wie als Basis für Luftangriffe gegen die Balkanländer und als wichtigem Flottenstützpunkt große Bedeutung beimesse¹⁸⁰.

Am 4. Dezember – inzwischen hatte sich noch nichts dergleichen ereignet – fügte Gehlen ergänzend hinzu, daß nach dem Fall der Krim auch mit Landungen an der bulgarisch-rumänischen Küste zu rechnen sei; jedenfalls werde der Feind noch im Winter an der ganzen Front die Entscheidung suchen können¹⁸¹.

Ähnliche Kassandrarufer der Abteilung waren in den folgenden Wochen und Monaten noch mehrmals zu hören¹⁸². Wenn sie nicht ungehört verhallten, dürften sie sich, da dann der russische Ansatz anders aussah, eher nachteilig ausgewirkt haben. Gehlen selbst schlug vor, dem drohenden Zusammenbruch durch eine großzügige – unter dem Druck der Umstände ausnahmsweise defensive – Lösung vorzubeugen: Nach dem Beispiel, das die Russen im Winter 1941/42 bei der Verteidigung Moskaus gegeben hatten, müsse, so sagte er, auf der ganzen Frontlänge – ohne Rücksicht auf Prestigefragen und unter energischer Heranziehung der Zivilbevölkerung – ein tiefgegliedertes Stellungssystem angelegt und durch die Konzentration starker Reserven hinter den besonders gefährdeten Abschnitten gestützt

¹⁸⁰ Zusammenstellung, Bl. 176 ff., 9. 11. 1943; ähnlich ebenda Bl. 222 ff., 10. 2. 1944. Nach Gehlens Auffassung band ein weiteres Verbleiben auf der Krim wichtige sowjetische Kräfte. Er dürfte also nicht sehr nachdrücklich für die Räumung der Krim plädiert haben. So sind Zweifel an der Darstellung bei Tippelskirch, S. 377, angebracht, die den Eindruck vermittelt, alle maßgeblichen militärischen Stellen hätten mit Hitler schon seit Oktober 1943 einen „hartnäckigen und langwierigen“ Kampf um die Räumung geführt, der sich nach der Unterbrechung der Landverbindung nur noch verschärft habe.

¹⁸¹ Zusammenstellung, Bl. 185, 188, 4. 12. 1943.

¹⁸² So am 10. 2. 1944, Zusammenstellung, Bl. 230 f. Hier wurde jedoch eine Uminterpretation versucht: der Feind suche die Entscheidung nicht an der gesamten Ostfront, sondern für die gesamte Ostfront, und zwar nacheinander im Süden und im Norden. Um dieser Eventualität zu begegnen, hätte die deutsche Führung ihre Kräfte aber ganz anders dislokieren müssen, als nach der ersten Prognose zu verlangen gewesen wäre.

werden¹⁸³. Mit diesem Vorschlag, der auf den ersten Blick gewiß bestechend wirkte, bewegte sich Gehlen allerdings außerhalb der Realität. Eine Aufgabe, die von der russischen Armee im Winter 1941 nur mit großer Mühe bewältigt worden war, obwohl sie damals lediglich den begrenzten Raum mit den auf Moskau zulaufenden Straßen zu sichern hatte und auf die Mitarbeit der eigenen Bevölkerung zählen durfte, konnte von der deutschen Armee unmöglich für die ganze Ostfront gelöst werden, zumal die Mitarbeit der unterworfenen Zivilbevölkerung hätte erzwungen werden müssen. Davon abgesehen, bestand nicht die geringste Aussicht, den Materialbedarf auch nur annähernd zu befriedigen, und wo Gehlen die Truppen vermutete, mit denen ein tiefgegliedertes Stellungssystem besetzt und außerdem noch starke Eingreifreserven gebildet werden sollten, hat er nicht verraten; er machte nicht einmal den Versuch, den Kräftebedarf für seinen Vorschlag zu kalkulieren¹⁸⁴. Selbst wenn aber die personellen und materiellen Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären, hätte doch der Gegner den Deutschen kaum die Zeit gelassen, ein gigantisches Verteidigungssystem anzulegen. Gehlens Abteilung nannte jedenfalls einen Zeitbedarf, der mit Sicherheit viel zu knapp bemessen war. Ein nur in Teilen existierendes oder nicht tief genug gegliedertes Stellungssystem hätte jedoch gar nichts genützt, die verbauten Materialien und ein erheblicher Teil der Armierung wären bei der nächsten sowjetischen Offensive abzuschreiben gewesen. Die Verteidigung Moskaus taugte einfach nicht zum Modell für die Verteidigung der ganzen Ostfront.

Als dann die sowjetische Winteroffensive tatsächlich begann, in den meisten Abschnitten später als auf deutscher Seite erwartet, nämlich erst im Januar 1944, ist Gehlens Prognose vom 9. November in fast allen Punkten widerlegt worden. Nirgends konnten operative Durchbrüche der sowjetischen Stoßarmeen verhindert werden, auch nicht an der seit mehr als zwei Jahren stark ausgebauten Front der Heeresgruppe Nord vor Leningrad und Oranienbaum oder am Wolchow. Der für diesen Fall prophezeite Zusammenbruch der Ostfront trat dennoch nicht ein. Vor allem aber wichen Verlauf und Ziele der sowjetischen Operationen beträchtlich von Gehlens Vorhersagen ab:

¹⁸³ Zusammenstellung, Bl. 176 f., 19. 11. 1943; 188 f., 4. 12. 1943; 231, 10. 2. 1944.

¹⁸⁴ Am 26. 11. 1943 sagte Obergruppenführer Gottlob Berger, Chef des SS-Hauptamtes, der um die Jahreswende 1943/44 ebenfalls von einer Verteidigungslinie im Osten träumte, in einem Schreiben an Himmler, wie seiner Ansicht nach die Kräfte zur Besetzung der Stellung beschafft werden könnten: Zunächst sollten Esten und Letten eine gewisse Autonomie erhalten – ausgenommen Rundfunk, Fernmeldewesen, Finanzpolitik, Wirtschaftslenkung, Polizei, Militär, Außenpolitik – und dann 5 Prozent der Bevölkerung in den Dienst von Wehrmacht, Polizei und Waffen-SS stellen, wobei die 1–1,5 Prozent Bevölkerungsverluste durch sowjetische Deportationen angerechnet werden könnten. Gäben danach auch noch die anderen von der Achse kontrollierten Länder – außer Frankreich – je 5 Prozent ihrer Bevölkerung ab, bekäme man etwa eine Million Soldaten, mit denen es möglich sei, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein durchgehendes Stellungssystem nach dem Muster des Ersten Weltkrieges zu errichten. Sei dieses Stellungssystem erst einmal 60 Kilometer tief ausgebaut, werde „keiner Macht der Welt“ mehr ein Durchbruch gelingen (Archiv des IfZ, MA-328, Bl. 651045 ff.).

¹⁸⁵ Der Gegner brauchte für die Operation sechseinhalb Wochen: 14. 1. – 1. 3. 1944.

- Im Norden und in der Mitte kam es nicht zu großen Umfassungsoperationen. Statt dessen wurde der äußerste Nordflügel durch Frontalangriffe auf die Linie Narwa – Ostufer des Peipussees – Pleskau – Noworschew – Pustoshko zurückgedrängt, die (als sog. „Panther-Stellung“) von März bis Ende Juni 1944 gehalten werden konnte¹⁸⁶. Rositten, Dünaburg, Riga, Minsk, Wilna und Bobruisk, laut Gehlen Minimalziele, blieben alle unerreicht. Eine Durchquerung der Pripjetsümpfe wurde nicht versucht.
- Im Süden zielte der erste, in Richtung Generalgouvernement angesetzte Vorstoß nicht auf Lemberg, sondern auf Kowel, nicht nach Südwesten, sondern hart südlich an den Pripjetsümpfen vorbei nach Westen. Jedoch gingen die Sowjets nicht über die Anfang Februar erreichte Linie hinaus. Zu der schon als sicher angenommenen Kooperation zwischen Roter Armee und polnischer Widerstandsbewegung kam es nicht¹⁸⁶. Vielmehr schwenkten Schukows weit vorgeprellte Verbände Anfang März aus dem Raum Schepetowka nach Südsüdwesten ein, und zwar zu einem auf Kamenez-Podolsk und Czernowitz zielenden Vorstoß, der aber dem Anschein nach zunächst nur die wichtige Bahnlinie Lemberg – Odessa unterbrechen sollte. Daraus entwickelte sich eine Umfassungsoperation, die der deutschen Herrschaft in dem Raum zwischen Pripjet, sowjetischer Interessengrenze im Westen, Karpaten und rumänischer Grenze ein Ende setzte. Bis die Operation im wesentlichen als abgeschlossen gelten konnte, war es allerdings April geworden und der Winter längst vorbei. Jedoch dachte die sowjetische Führung auch dann fürs erste noch nicht an eine Fortsetzung der Vorstöße in Richtung Generalgouvernement oder Balkan.
- Jene sowjetischen Kräfte, die nach der Erwartung Gehlens aus dem Raum Kiew sofort in Richtung Jassy – Kischinew vorgehen sollten, beteiligten sich zunächst an einer viel Zeit kostenden Zangenoperation gegen die 1. deutsche Panzerarmee, ohne jedoch verhindern zu können, daß sich diese Armee mit eigener Kraft aus einer mehr als dreiwöchigen Umklammerung befreite, und zwar durch einen Ausbruchsangriff in Richtung Swenigorodka. Erst danach und dann erst nach einer weiteren vierzehntägigen Pause konnten jene Kräfte – zusammen mit anderen Verbänden, die an der Zangenoperation beteiligt waren – zum Raid an die rumänische Grenze angesetzt werden.
- Der deutsche Frontvorsprung am Unterlauf des Dnjepr wurde ab Anfang Februar durch konzentrische Angriffe zurückgedrückt. Die Gefahr einer weiträumigen Umfassung bestand indes bei dem russischen Ansatz nicht.
- Bis zur Rückeroberung der Krim, die Gehlen als so wichtig ansah, ließ sich die sowjetische Führung fast ein halbes Jahr Zeit. Erst am 8. April 1944 trat die 4. ukrainische Front über die Siwatsch-Dämme zum Angriff an, um die Enge von Perekop von hinten zu öffnen. Mit dieser Möglichkeit hatte die Abteilung

¹⁸⁶ Zusammenstellung, Bl. 223, 10. 2. 1944. Zu der dort angekündigten Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und polnischer Widerstandsbewegung vgl. auch „Die Widerstandsbewegung im Gebiet des ehem. Polen“, Abt. Fr. H. O. (I/Bd), Nr. 421/44 gKdos vom 9. 2. 1944 (BA/MA H 3/220).

Fremde Heere Ost anscheinend nicht gerechnet. Die statt dessen gehegte Furcht vor feindlichen Landungsunternehmen erwies sich als unbegründet. Die Krim hatte also nicht, wie erhofft, starke feindliche Kräfte gebunden.

Der Gesamtbefund widerlegte die Annahmen Gehlens: Die sowjetische Führung hatte mit ihrer Winteroffensive offensichtlich noch keine endgültige Entscheidung gesucht; auf eine Zangenoperation, die den Einsturz der ganzen Ostfront hätte bewirken können, war ebenso verzichtet worden wie auf möglichst großen Raumgewinn. Die Sowjets hatten zur Konsolidierung ihrer Position südlich des Pripjet nicht nur den Winter, sondern auch noch das Frühjahr benötigt und dabei die Krim links liegen lassen, bis ihrer Wiedereroberung kaum noch ein strategischer Wert zukam. Gewiß zeigte der sowjetische Ansatz nicht die Phantasie, Großzügigkeit, Eleganz, Kühnheit und Risikofreudigkeit des Gehlenschen Konzepts. Vielleicht hatten die sowjetischen Militärs inzwischen verstanden, daß der deutsche Generalstab seine Operationspläne traditionell gerade auch unter solchen Gesichtspunkten entwarf und daher dazu neigte, dem Gegner die gleichen Maßstäbe zu unterstellen; vielleicht hatte die sowjetische Führung eben deshalb Ansätze gewählt, die entsprechende deutsche Erwartungen enttäuschen und an derartigen Erwartungen orientierte Vorbereitungen entwerten sollten. Vor allem aber trug der russische Ansatz den gegebenen Verhältnissen Rechnung, indem er sowohl die Überschätzung der eigenen Kraft wie die Unterschätzung des Gegners vermied. Nüchterne wirtschaftliche und politische Überlegungen spielten offensichtlich ebenfalls eine Rolle.

Die wirtschaftlich wichtigen Gebiete der Sowjetunion, auf deren Besitz Hitler stets so großen Wert gelegt hatte, standen bereits alle wieder unter sowjetischer Kontrolle. Jene Territorien, die noch von deutschen Truppen gehalten wurden, brachten Hitler keinen wirtschaftlichen Gewinn. Sie konnten ihm, nicht zuletzt angesichts der Ziele, die sich der Roten Armee in Südosteuropa und nach einem Stoß durch Südpolen im Westen boten, ruhig noch für einige Zeit überlassen werden. Geländegewinne in Ostpolen lockten wenig. Wirtschaftliche Vorteile waren kaum zu erwarten, wohl aber politische Reibereien mit den nationalpolnischen Widerstandsgruppen, und solche Reibereien mußten unweigerlich zu einer – noch ungelegenen – Verärgerung der Westmächte führen. Das Eindrehen an der früheren deutsch-russischen Demarkationslinie durfte jedoch auch als ein Wink an die Verbündeten aufgefaßt werden, daß die sowjetische Führung nicht gewillt sei, ohne wesentlich stärkere Unterstützung aus dem Westen – Landung in Frankreich – anderen Leuten die Kastanien aus dem Feuer zu holen¹⁸⁷. Gehlen hat jedenfalls gemeint, daß ein tiefer Einbruch nach Polen den Sowjets nun ohne weiteres möglich sei und von ihnen auch für möglich gehalten werde; selbst schwächere russische Kräfte, so schrieb er kurz vor dem sowjetischen Eindrehen, könnten jetzt ohne jedes Risiko weite Vorstöße nach Polen unternehmen¹⁸⁸. Für den Halt zwischen Karpaten und Schwarzem Meer schließlich mochte noch eine mili-

¹⁸⁷ Stalin hat sich in Reden mehrmals genau dieser Wendung bedient.

¹⁸⁸ Zusammenstellung, Bl. 227 f., 10. 2. 1944.

tärische Überlegung sprechen. Hier wurden wichtige deutsche Kräfte festgelegt, vornehmlich zur Sicherung der rumänischen Ölfelder, und solange die sowjetische Führung die Ölfelder nicht durch ihre Luftwaffe zerstören ließ, brauchte sie nicht zu befürchten, daß jene Kräfte, die keine Flankenbedrohung mehr darstellten, an anderen Fronten auftauchten, wo sie im Augenblick unbequemer gewesen wären.

Falsches Kalkül vor dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte

Die sowjetische Winteroffensive war noch nicht beendet, als Gehlen – im Gegensatz zum Sommer 1943 – bereits davor warnte, in der nächsten Zeit mit einer längeren Operationspause zu rechnen. Am 30. März 1944 behauptete er, der Gegner werde „die äußerst günstigen Voraussetzungen für einen operativ besonders wirksamen Stoß nach Westen gegen San und Weichsel“ wohl ebenfalls erkannt haben und „mit allen Mitteln“ bestrebt sein, die hier – wie auch in Rumänien – „auf weitere Sicht gegebenen Erfolgsmöglichkeiten“ zu nützen. In absehbarer Zeit müsse mit politischen, militärischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die europäische Gesamtkriegslage gerechnet werden. An der Ostfront werde der Feind, schon um den Abzug von Verbänden zu verhindern, auch bei den Heeresgruppen Mitte und Nord „größere Erfolge“ erringen, also etwa im Westen und Nordwesten des Frontknicks bei Kowel die Linie Lublin – Brest gewinnen, den Pripjet in nördlicher Richtung überschreiten, Mogilew und Orscha zurückerobern, die Angriffe der 1. weißrussischen Front gegen die Heeresgruppe Mitte fortsetzen und schließlich die Heeresgruppe Nord aus der „Panther-Stellung“ werfen wollen¹⁸⁹. Nichts von alledem trat ein. Am 19. April meinte Gehlen als nächstes sowjetisches Nahziel die Linie Stanislaw – Przemysl – Lublin – Brest ausmachen zu können; er schloß das aus der Dislozierung der russischen Kräfte. Erreiche der Feind diese Linie, werde er in südwestlicher Richtung über die Slowakei in den Balkanraum vordringen oder in nordwestlicher Stoßrichtung auf Warschau und Danzig zielen. In Moskau würden beide Möglichkeiten erwogen: die politische Führung trete für die erste Lösung ein, die Militärs gäben der zweiten Lösung den Vorzug¹⁹⁰. Indes wurde keiner dieser beiden exzentrischen Ansätze verwirklicht.

Am 3. Mai schrieb Gehlens Stellvertreter Wessel, das Ende der Kampfpause stehe nun unmittelbar bevor. Zwar fühle sich die Sowjetunion einem Vorstoß über Warschau an die Ostsee „wahrscheinlich führungs- und kräftemäßig nicht gewachsen“, wengleich eine solche Operation – bei erfolgreichem Verlauf – „vielleicht kriegsentscheidend“ wäre; dabei spiele wohl auch mit, daß die Sowjets auf Reichsgebiet mit „härtestem“ Widerstand rechneten. Aber der Versuch zur Realisierung einer kleineren und weniger riskanten Lösung – schon bisher seien solche Lösungen von der sowjetischen Führung bevorzugt worden – müsse jetzt erwartet werden. Vermutlich werde sich die sowjetische Führung dafür entscheiden, über

¹⁸⁹ Zusammenstellung, Bl. 248 ff., 30. 3. 1944.

¹⁹⁰ Zusammenstellung, Bl. 261 ff., K. Fb. vom 19. 4. 1944.

die Beskiden oder über die Karpaten, vielleicht auch über beide Gebirgszüge und zugleich – oder als Alternative – zwischen Karpatenstrand und Schwarzmeerküste in Richtung Balkan – Mittelmeer vorzugehen. In Moskau werde angenommen, daß die Sowjetisierung der Bevölkerung auf dem Balkan, nach dem erhofften Zusammenbruch der dortigen Regime, leichter falle als die propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung in Deutschland. Wenn die sowjetische Führung tatsächlich dieses Ziel verfolge, sei sie allerdings gezwungen, den Westmächten zuvorzukommen; sie müsse also rasch handeln. An den übrigen Frontabschnitten könne sie dann nur bestrebt sein, den Abzug stärkerer deutscher Kräfte zu verhindern; unter Umständen werde sie noch, um auf die Entwicklung in Finnland zu wirken, bei der Heeresgruppe Nord tiefere Durchbrüche erzwingen und deutsche Kräfte einkesseln wollen¹⁹¹. Der Gang der Dinge sollte die Spekulationen Wessels ebenso wenig bestätigen wie die Prognosen Gehlens.

Je länger die unheimliche Ruhe im Osten andauerte, desto mehr wuchs die Nervosität im OKH und in der Abteilung Fremde Heere Ost. Am 21. Mai, zwei Wochen vor der Invasion in Frankreich, deutete Wessel erstmals vorsichtig an, die immer noch anhaltende Ruhe auf dem östlichen Kriegsschauplatz hänge vielleicht mit – offenbar demnächst beginnenden – spektakulären Operationen der westlichen Alliierten zusammen. Die Auslandspresse habe diesen Gedanken jedenfalls schon mehrfach anklingen lassen¹⁹². Bis zur Landung der Amerikaner und Briten in der Normandie hat die Abteilung keine „Lagebeurteilung im großen“ mehr vorgelegt. Am 13. Juni aber ließ sich leicht behaupten, eine „Abstimmung der Operationen der Alliierten mit denen der Sowjetrussen“ sei nach allen Unterlagen als sicher anzunehmen. Den Schwerpunkt der jetzt wieder als unmittelbar bevorstehend angekündigten sowjetischen Sommeroffensive erwartete die Abteilung nach wie vor im Raum zwischen Kowel und den Karpaten. Auch schienen ihr vorgestaffelte Ablenkungsangriffe bei der Heeresgruppe Mitte oder an der rumänischen Nordgrenze ziemlich sicher zu sein. Einen größeren Angriff aus dem Raum Gomel–Smolensk – mit dem „Endziel“ Minsk – hielt sie immerhin für denkbar, nachdem gerade in letzter Zeit verschiedene Meldungen für eine solche Absicht sprachen. Ob der Gegner, sollte er den Raum Mogilew – Orscha – Witebsk tatsächlich gewinnen können, über genügend Kräfte verfüge, um dann „eine weiträumige Operation in allgemeiner Richtung Minsk“ zu führen, war der Abteilung allerdings noch neun Tage vor dem sowjetischen Schlag gegen die Heeresgruppe Mitte „fraglich“¹⁹³.

Bis zuletzt blieb der deutschen Führung das wahre Ausmaß des sowjetischen Aufmarsches vor der Heeresgruppe Mitte (Busch) verborgen; neben der starken sowjetischen Luftabwehr hatte daran auch die ausgezeichnete Funkdisziplin der sowjetischen Stoßverbände hohen Anteil¹⁹⁴. Die Heeresgruppe selbst und die ihr unterstellten Armeen sind ebenfalls überrascht worden. Daß die gelungene Über-

¹⁹¹ Zusammenstellung, Bl. 265 ff., 3. 5. 1944.

¹⁹² Zusammenstellung, Bl. 276, K. Fb. vom 21. 5. 1944.

¹⁹³ Zusammenstellung, Bl. 282 ff., 13. 6. 1944.

¹⁹⁴ Zusammenstellung, Bl. 292, K. Fb. vom 14. 6. 1944; 300, K. Fb. vom 18. 7. 1944.

raschung zu den entscheidenden Ursachen des schnellen Zusammenbruchs der nur auf einen relativ „ruhigen Sommer“ eingerichteten Heeresgruppe gehörte, liegt auf der Hand¹⁹⁵. Indes ging es doch zu weit, wenn die Abteilung Fremde Heere Ost wieder einmal ohne jeden Beweis behauptete, auch für den Gegner kämen seine Erfolge „völlig unerwartet“¹⁹⁶.

Noch immer erwartete die Abteilung den Hauptschlag bei der Heeresgruppe Nordukraine. Hingegen behandelte sie jetzt eine sowjetische Offensive gegen die Heeresgruppe Südukraine plötzlich als sekundär, eine Balkanlösung als überhaupt unwahrscheinlich, ohne die früher so dick unterstrichenen politischen Motive für eine solche Lösung noch einmal zu erwähnen; eine Begründung wurde nicht geliefert, und Meldungen über größere sowjetische Truppenabzüge von der rumänischen Grenze lagen nicht vor. Die spärlichen Informationen, die damals auf deutscher Seite noch einliefen, sprachen eher dafür, daß die Sowjets Verbände vor der Heeresgruppe Nordukraine (Model) abzogen, eben dort also, wo die Abteilung einen Entscheidungsangriff erwartete, der nie stattfand. So leistete die Abteilung einer weiteren Schwächung der Heeresgruppe Südukraine Vorschub, indem sie ohne jeden Grund die dort drohende Gefahr bagatellierte, und gleichzeitig trug sie durch ihren Einspruch dazu bei, Abzüge von der Heeresgruppe Nordukraine zu verhindern, obwohl hier Nachrichten über eine Schwächung der gegnerischen Front vorlagen. Während aber die deutschen Reserven, die der Heeresgruppe Mitte zu Hilfe kommen sollten, zum größten Teil erst noch im Anmarsch waren, wurden die Divisionen dieser Heeresgruppe völlig aufgerieben; die Reste sahen sich weit hinter die Linien zurückgetrieben, die Gehlen für möglich gehalten hatte. Nicht einmal die Ende Juli eingenommene Linie Kowno – Grodno – Brest konnte gehalten werden.

Erst ungefähr zehn Tage, nachdem sich der Untergang der Heeresgruppe Mitte vollzogen hatte, traten sowjetische Truppen zu einem Angriff gegen die inzwischen durch Abgaben geschwächte Heeresgruppe Nord an, der in seinem Ansatz ebenfalls nicht vorhergesehen worden war: die Sowjets warfen nämlich die deutschen Einheiten südlich vom Peipussee frontal auf die Linie Rositten – Dünaburg zurück. Erst in der anschließenden Phase suchten sie die Heeresgruppe von den rückwärtigen Verbindungen abzuschneiden, aber der Stoß wurde nicht – wie erwartet – auf dem Ostufer der Düna in Richtung Riga, sondern weit ausholend auf dem Westufer der Düna über Ponewisch in Richtung Tuklum geführt; die weiter nördlich stehenden Verbände, durch erneuerte Angriffe in nordwestlicher Richtung nach Estland zurückgeworfen, gerieten in Gefahr, an der Ostseeküste und am Rigaischen Meerbusen aufgerieben zu werden.

Erst Mitte Juli, als der Frontbogen nördlich der Pripjetsümpfe schon fast beseitigt war und die Front von den Karpaten bis ins Baltikum beinahe in Nord-Süd-Richtung verlief, begann auch der seit langem vorhergesagte Angriff zwi-

¹⁹⁵ Vgl. Tippelskirch, S. 458, 462. Tippelskirch führte damals stellvertretend die 4. Armee.

¹⁹⁶ Zusammenstellung, Bl. 294, K. Fb. vom 27. 6. 1944.

schen Pripjet und Karpaten, wo die russischen Verbände jetzt auf eine wesentlich schwächere Gegenwehr trafen, als sie vor dem Debakel der Heeresgruppe Mitte zu erwarten gehabt hätten. Jedoch hatte die Abteilung Fremde Heere Ost einen Hauptstoß in Richtung Lemberg und deshalb den Schwerpunkt stets auf dem linken russischen Flügel vermutet, wogegen die Sowjets ihren rechten Flügel stark gemacht hatten und diesen – statt die allgemeine Westrichtung beizubehalten und sofort über die Weichsel vorzustoßen – nach Norden gegen die offene Flanke der Heeresgruppe Mitte eindrehten. Einmal mehr hatte die Abteilung dem Gegner zu weitreichende Absichten unterstellt.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die Abteilung mit ihren Prognosen über Ansätze und Ziele der sowjetischen Sommeroffensiven nördlich der Karpaten mehr Verwirrung als Nutzen gestiftet hatte. In fast jedem Punkt waren die Vorhersagen durch den tatsächlichen Verlauf widerlegt worden. Namentlich die zeitliche Staffelung der einzelnen Operationen hatte unlösbare Rätsel aufgegeben. Da aber den Sowjets bei nahezu allen wichtigeren Angriffen die Überraschung gelang, erzielten sie meist so große Anfangserfolge, daß sie – überdies gut vorbereitet – zunächst nicht mehr gebremst werden konnten. Die schwachen Stellen der deutschen Front wurden erkannt und geschickt ausgenutzt, starke Abschnitte erst angegriffen, nachdem sie durch Abgaben an Gefahrenpunkte wesentlich schwächer geworden waren. Die Rote Armee hatte also vom verfügbaren Truppenpotential einen optimalen Gebrauch machen und negative Folgen der – im Vergleich zur deutschen Armee – möglicherweise noch immer schlechteren Qualität ihrer mittleren und unteren Führung vermeiden können¹⁹⁷.

Ende Juli nahm die Abteilung Fremde Heere Ost an, daß die sowjetische Führung die zu dieser Zeit noch laufenden Angriffe als kriegsentscheidend ansehe und mit entsprechender Wucht fortsetzen werde¹⁹⁸. Um so größer war die Überraschung, als sich die Rote Armee in den bisherigen Angriffsräumen zunächst mit der Gewinnung der Weichsel-Narew-Linie und einer weiteren Zurückdrängung der Heeresgruppe Nord begnügte, die dafür zusammengezogenen Truppen in diesem Raum stehenließ, am 20. August aber trotzdem die seit langem nicht mehr erwartete Großoffensive gegen die Heeresgruppe Südukraine eröffnete; noch fünf Tage zuvor hatte Wessel diesen Fall als „nach wie vor unwahrscheinlich“ beurteilt¹⁹⁹. Zwischen Frühjahr und August waren der Heeresgruppe sechs Panzer-

¹⁹⁷ Ob die mittlere und untere Führung der Roten Armee tatsächlich schlechter war, ist nicht sicher zu sagen, da keine Möglichkeit zur Prüfung besteht und keine Bestätigung von russischer Seite vorliegt. In den zeitgenössischen deutschen Quellen sind die diesbezüglichen Behauptungen allerdings überaus zahlreich, und für die Abt. Fr. H. O. gab es nie einen Zweifel an diesen Behauptungen.

¹⁹⁸ Zusammenstellung, Bl. 302, K. Fb. vom 23. 7. 1944.

¹⁹⁹ Zusammenstellung, Bl. 312, 15. 8. 1944. Am 3. 11. 1944 wurde dem Chef des Generalstabes des Heeres eine Ausarbeitung der Abteilung vorgelegt, die, auf Auszüge aus den „Kurzen Feindbeurteilungen“ vom 1. 6. bis 20. 8. 1944 gestützt, offensichtlich der Rechtfertigung gegen den Vorwurf diene, nicht nachdrücklich genug vor dieser Offensive gewarnt zu haben: „Offensive Jassy – Tiraspol“, Abt. Fr. H. O. (I), dat. vom 29. 10. 1944 (BA/MA H 3/1156). Im Interview mit General a. D. Gehlen am 30. 11. 1972 war nicht mehr zu

und vier Infanteriedivisionen genommen worden²⁰⁰. Nach Wessels Ansicht taugten die noch immer bei Jassy und Tiraspol stehenden russischen Angriffsgruppen nur zu örtlichen Unternehmen und hatten lediglich die Aufgabe, den Abzug weiterer deutscher Verbände zu verhindern. Tatsächlich aber genügten sie – mit einigen Verstärkungen – für die Besetzung Rumäniens und Bulgariens wie für die Verfolgung der geschlagenen und über Siebenbürgen zurückgehenden deutschen Truppen bis in die ungarische Tiefebene. Vier Tage nach dem Beginn der Offensive war die rumänische Regierung gestürzt, sechs Tage später das Ölgebiet von Ploesti erobert, zu dessen Schutz die deutsche Führung die Heeresgruppe Süd-ukraine in ihrer exponierten Lage belassen hatte. Die zersprengten Reste der deutschen Verbände befanden sich in regelloser Flucht. Die Einheiten des Oberbefehlshabers Südost mußten sich nun, in ihrer tiefen Flanke bedroht, mit großer Mühe aus Griechenland über den ganzen Balkan in Richtung Reichsgrenze zurückkämpfen.

Nachdem die Katastrophe eingetreten war, glaubte Wessel am 2. September, die Russen würden nun, um die günstige Lage auszunützen, mit dem Gros der in Rumänien verfügbaren Truppen rasch über das Eiserne Tor und Siebenbürgen nach Westen vorstoßen und die Heeresgruppe Süd-ukraine zu umfassen suchen, hingegen Bulgarien und die Küste der Ägäis mit möglichst geringen Kräften zu gewinnen trachten²⁰¹. Er überschätzte aber den Elan oder die Möglichkeiten des Gegners. In Wirklichkeit setzten nämlich die Sowjets das Gros ihrer Verbände zunächst für die Aufgaben ein, die Wessel für sekundär hielt, und vernachlässigten darüber die Verfolgung der entkommenen Reste der 6. und 8. Armee²⁰². So konnten die Trümmer der beiden Armeen ihre Position in Siebenbürgen vorübergehend konsolidieren und zusammen mit ungarischen Divisionen wie den Einheiten des Oberbefehlshabers Südost ein sowjetisches Vordringen über die Linie Morawa – Theiß – Großwardein – Klausenburg bis Anfang Oktober verhindern.

Die Abteilung Fremde Heere Ost in der Endphase des Krieges

Im Frühherbst 1944 entsprach jedoch das Verhalten des Gegners vor den nördlichen Heeresgruppen den Erwartungen der Abteilung ebensowenig wie sein Verhalten auf dem Balkan. Obwohl die wieder und wieder geäußerte Annahme der Abteilung, jetzt müsse der Feind doch endlich mit mächtigen Stößen nach Westen die Entscheidung suchen, stets enttäuscht worden war, rechnete sie auch Mitte

klären, ob die Ausarbeitung von Guderian angefordert oder aus eigener Initiative angefertigt worden war. Indes geht aus ihr ebenfalls hervor, daß die Abteilung zwischen 16. 7. und 5. 8. 1944 eine Offensive aus jenem Raum nicht mehr ernsthaft in Betracht zog. Erst in den allerletzten Tagen vor Angriffsbeginn – zunehmend seit 17. 8. – kam sie definitiv zu einer anderen Meinung. Dazwischen äußerte sie sich zweideutig bzw. schwankend.

²⁰⁰ Tippelskirch, S. 483.

²⁰¹ Druckfassung der Zusammenstellung, S. 311 f. (BA/MA H 3/1654). In der sonst zitierten ungebindenen Fassung fehlt hier eine Seite.

²⁰² Tippelskirch, S. 491.

September noch damit, daß der Gegner neben den Schwerpunkten im Süden und im Baltikum einen dritten Schwerpunkt im Raum Warschau bilden werde, um nach Westen und Nordwesten gegen das Reichsgebiet operieren zu können²⁰³. Jedoch blieb die Rote Armee in diesem Gebiet vorerst vergleichsweise passiv, obschon es seit Anfang August, als sich in Warschau die polnische Widerstandsbewegung gegen die deutsche Herrschaft erhoben hatte, einen zusätzlichen Ansporn zu geben schien. Nach zwei Monaten brach aber der Aufstand am 2. Oktober endgültig zusammen, ohne daß die Rote Armee etwas zur Befreiung der polnischen Hauptstadt unternommen hätte. Militärische Gründe dürfte es für diese Passivität kaum gegeben haben. Zur gleichen Zeit kämpfte ja die Rote Armee mit erheblichem Aufwand die Weichselübergänge südlich von Warschau frei, und die dort fechtenden Truppen hätten ohne weiteres auf Warschau selbst angesetzt werden können. Abermals drängte sich der Eindruck auf, daß die sowjetische Führung an einer Zusammenarbeit mit polnischen Nationalisten nicht interessiert war und vielleicht sogar die brutale Erledigung eines sonst in späterer Zeit zweifellos unbequemen Problems nicht ungerne sah. Die Abteilung Fremde Heere Ost vermochte für die sowjetische Zurückhaltung keine Erklärung zu finden²⁰⁴.

Im Norden rechnete die Abteilung im letzten Septemberritt mit einer Wiederholung des schon einmal gelungenen Versuchs, die rückwärtigen Verbindungen der Heeresgruppe Nord im Raume westlich Riga zu unterbrechen²⁰⁵. Aber der russischen Führung lag offenbar nichts an der Nutzung einer „günstigen Gelegenheit“, sofern der Gegner nicht überrascht werden konnte und außerdem noch stark genug schien, sich auch ein zweites Mal aus einer Umklammerung zu befreien. Statt dessen erzwangen die Sowjets durch die zeitliche Staffelung ihrer Angriffe an der Narwa-Front und im Raum zwischen Wirzsee und Jakobstadt genau jene deutschen Absatzbewegungen, die nach Lage der Dinge längst geboten gewesen wären. Wieder fielen der Roten Armee Überraschungserfolge zu, weil die deutsche Seite, wie zuvor bei der Heeresgruppe Südukraine, „unwichtige“ Abschnitte vernachlässigen zu können glaubte. Zugleich hatte sich die Vorstellung als irrig erwiesen, der Verlust Estlands sei zu vermeiden, wenn nur den besonderen Gefahrenpunkten bei Riga erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Die Umgruppierungen im Raum Schaulen – Raseiniai, die den Angriff in Richtung Polangen – Tilsit ankündigten, hat die Abteilung immerhin eine Woche vor dem Angriffstermin (5. Oktober) erkannt²⁰⁶. Den nun gleichzeitig auf breiter Front gegen Riga vorgetragenen Angriff und einen weiteren Stoß in Richtungen Gol-

²⁰³ Zusammenstellung, Bl. 316 f., K. Fb. vom 20. 9. 1944.

²⁰⁴ Mitte August 1944 rechnete die Abt. offenbar täglich mit einem russischen Entlastungsangriff gegen Warschau, vgl. „Die Lage im Generalgouvernement“, Abt. Fr. H. O. (Bd), Vortragsnotiz vom 14. 8. 1944 (BA/MA H 3/277), in der diese Auffassung auf die Aufständischen projiziert wird.

²⁰⁵ Am 29. 7. hatten sowjetische Truppen bei Tuksum den Rigaischen Meerbusen erreicht. Erst am 20. 8. war es deutschen Verbänden gelungen, von Süden her die Verbindung wieder herzustellen.

²⁰⁶ Zusammenstellung, Bl. 318, K. Fb. vom 29. 9. 1944.

dingen hatte die Abteilung dagegen nicht erwartet. Zwar konnte der völlige Zusammenbruch der seit dem 10. Oktober von allen Landverbindungen abgeschnittenen Heeresgruppe noch einmal verhindert werden. Aber dem Endkampf mußte selbst jeder plausible militärische Zweck abgesprochen werden. So hat sich die Hoffnung, die Heeresgruppe könne noch stärkere Feindkräfte binden, nicht erfüllt; anfänglich hatte auch die Abteilung Fremde Heere Ost diese Hoffnung genährt.

Ostpreußen gehörte jetzt ebenfalls zu den denkbaren Zielen feindlicher Angriffe, und auch hier beschäftigte sich die Abteilung lieber mit den sowjetischen Chancen zu großzügigen Umfassungsoperationen als mit simpleren Möglichkeiten. So ist vor dem ersten Einbruch bei Goldap und Gumbinnen, der Anfang November kam, jede Warnung unterblieben, während von russischen Absichten, Ostpreußen durch einen Vorstoß nach Thorn und Danzig vom Reich zu trennen, bereits am 7. Oktober die Rede war²⁰⁷, also ein gutes Vierteljahr vor der Verwirklichung.

In jenen Monaten zeigte jedoch die Rote Armee ein Verhalten, das deutlich erkennen ließ, wie wenig die sowjetische Führung gewillt war, nach jahrelangen Vorleistungen ihr Machtinstrument weiterhin rücksichtslos einzusetzen und dabei zu schwächen. In Moskau dachte man offensichtlich schon an die Friedenskonferenz und an die Notwendigkeit einer starken Position bei den Verhandlungen über die Nachkriegsordnung in Europa und Asien. Als Basis einer solchen Position taugte nach sowjetischer Ansicht vor allem eine intakte Armee; mit einem Heer, das sich in glänzenden Operationen und glänzenden Siegen ausgeblutet hatte, in Siegen überdies, die den Westmächten eine allzu große Schonung ihres eigenen Machtinstruments erlaubt hätten, bestand die Gefahr, auf der Friedenskonferenz zu viele Konzessionen machen zu müssen. Jedenfalls drängte sich der Eindruck auf, daß die Sowjets in dieser Phase des Krieges, nachdem die Entscheidung über den Ausgang längst gefallen war, zurückhaltend operierten und die Notwendigkeit, die Kosten und die Risiken eines jeden noch bevorstehenden Unternehmens sehr genau prüften und argwöhnisch auf die Proportionalität der westlichen Leistung achteten.

Eine Strategie, die nicht auf eine möglichst rasche Beendigung des Krieges abzielte und daher nicht unbedingt – gleichgültig unter welchen Verlusten – in möglichst kurzer Zeit möglichst weit gesteckte Operationsziele erreichen wollte, gab aber den Generalstäblern der Abteilung Fremde Heere Ost unlösbare Rätsel auf. Am 7. Oktober beispielsweise begründete die Abteilung die sowjetische Zurückhaltung ausschließlich mit der erfolgreichen deutschen Gegenwehr. Selbst Transportschwierigkeiten und Auffrischungsprobleme, auf die in solchen Zusammenhängen meist wenigstens hingewiesen zu werden pflegte, blieben unerwähnt. Dabei mußte die Abteilung davon ausgehen, daß der Gegner zu dieser Zeit über nicht eingesetzte Reserven in beträchtlicher Stärke verfügte, nämlich über 29 schnelle Korps, 146 selbständige Panzerverbände und 188 Schützendivisionen;

²⁰⁷ Zusammenstellung, Bl. 324 f., 7. 10. 1944.

seine Gesamtstärke war auf mindestens 45 schnelle Korps, 160 selbständige Panzerverbände und 458 Schützendivisionen zu veranschlagen²⁰⁸.

Daß die Abteilung das russische Verhalten nicht recht verstand, lag allerdings auch daran, daß ihre Mitarbeiter der Sowjetunion eine maßlose Expansionspolitik mit der gleichen Selbstverständlichkeit unterstellten, mit der auf deutscher Seite seit langem in den entsprechenden Kategorien gedacht wurde. In einer Studie über die „Grundlagen und Ziele sowjetrussischer Außenpolitik“, die das Datum des 2. Juni 1944 trägt und nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt war, schrieb Gehlen der Sowjetunion ein stattliches Programm zu: Minimalziele im Norden seien das norwegische Narvik und die im Ersten Weltkrieg verlorenen finnischen Gebiete, Beherrschung des Ostseeraumes und Internationalisierung der Ostsee-Ausgänge (Sund, Belt, Kaiser-Wilhelm-Kanal); Königsberg solle annektiert und ein polnischer Staat geschaffen werden, der weit nach Deutschland hineinreiche und Rußland „hörig“ sei; außerdem sei die Angliederung Österreichs an eine restaurierte Tschechoslowakei beabsichtigt, die Beherrschung des Balkans, des Schwarzen Meeres und der Schwarzmeerausgänge, die Verhinderung einer den sowjetischen Interessen zuwiderlaufenden Politik in Italien und Französisch-Nordafrika, die unbehinderte Benutzung der Straße von Gibraltar und des Suez-Kanals, die Einkreisung der Türkei, ein Vordringen zum Persischen Golf, eine Korrektur der Grenzen in Fernost, die Unterstützung der kommunistischen Armee in Nordchina und die Ausnützung der Schwäche Tschungking-Chinas zur Verstärkung des Einflusses auf chinesische Randgebiete wie Sinkiang²⁰⁹. Gehlen wies darauf hin, daß eine ganze Reihe dieser Kriegsziele „im krassesten Gegensatz zu den Interessen und Grundsätzen“ stehe, „zu deren Wahrung England angeblich glaubte, den Krieg beginnen zu müssen“, und so sagte er Entwicklungen voraus, die „vermutlich zur Austragung der nur notdürftig verschleierte Gegensätze zwischen den außenpolitischen Zielen der SU und denjenigen der Alliierten führen“ würden. Gehlen war von der Unnachgiebigkeit der sowjetischen Führer so fest überzeugt, daß er gar nicht auf den Gedanken kam, sie könnten sich, einmal auf ein bestimmtes Ziel fixiert, zu Kompromissen bereit finden oder Machtansprüche anders als mit Waffengewalt durchzufechten versuchen. Da er andererseits dazu neigte, die Stärke des Westens zu unterschätzen, weil sie sich nicht in der Zahl der

²⁰⁸ Zusammenstellung, Bl. 320, 7. 10. 1944.

²⁰⁹ „Grundlagen und Ziele der sowjetrussischen Außenpolitik“, Abt. Fr. H. O./Chef, dat. vom 2. 6. 1944 (BA/MA H 3/210). Die Studie beginnt mit einem Rückblick auf die Geschichte seit Peter dem Großen. Zwar machte Gehlen den Vorbehalt, die westlichen Alliierten und die UdSSR wollten vor dem Austrag ihrer Interessengegensätze erst noch gemeinsam das Deutsche Reich zerschlagen, doch schwächte er diesen Vorbehalt bis zur Wertlosigkeit ab, indem er durchweg den Eindruck erweckte, Deutschland könne durch Zeitgewinn und geschicktes Schüren der Gegensätze zwischen den Alliierten schon jetzt eine wesentliche Verbesserung der Situation erreichen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis auf ein sich abzeichnendes gemeinsames Spiel der USA mit Japan gegen die Sowjetunion, dem vorerst noch ideologische Bedenken entgegenstünden. Um diese Zeit konnte man in einem amtlichen Dokument wohl kaum noch deutlicher für einen Abbau der ideologischen Barrieren gegenüber den Amerikanern und für eine anschließende „Westlösung“ plädieren.

Divisionen auszudrücken brauchte, sah er den kommenden Konflikt zwischen Ost und West vor allem als die große politische Chance Deutschlands. Erst im Bunde mit Deutschland hielt die Abteilung Fremde Heere Ost den Westen für stark genug, sich gegen die Sowjetunion zu behaupten, und aus dieser Tatsache mußte sich nach Ansicht der Abteilung politisches und militärisches Kapital schlagen lassen.

In Gehlens Lagebeurteilung vom 7. Oktober 1944 sind solche Tendenzen noch präziser formuliert. Der Abteilungschef ging wiederum von einer politisch bestimmten Blitzkriegskonzeption der sowjetischen Führung aus, die jetzt den „Wettkampf nach Berlin“ gewinnen und die Wehrmacht zerschlagen wolle, weil es ihr um die „Inbesitznahme des Mitteleuropäischen Raumes“ gehe; danach falle ihr nämlich alles übrige ohnehin zu. Aus der sowjetischen Konzentration auf die Sicherung der „notwendigen Machtstellung in Mitteleuropa“ zog er den militärischen Schluß, daß die Rote Armee zur Fortsetzung der Kämpfe in Ungarn relativ geringe Kräfte einsetzen und überhaupt bestrebt sein werde, im Südosten wie im Norden nur die „unbedingt nötigen“ Truppen festzulegen. Außerdem aber ergab sich für ihn – Belege hatte er ja keine – die politische Konsequenz, daß die amerikanische Führung der Ansicht sei, allein das Deutsche Reich könne „dem sowjet-russischen Anspruch auf Europa militärisch und politisch Einhalt gebieten“ und die „Alleinherrschaft des bolschewistischen Imperialismus“ in Europa verhindern; damit implizierte er, Deutschland dürfe also als ein praktisch unentbehrlicher Bundesgenosse der Westmächte gelten²¹⁰. Hier ist jene illusionäre Hoffnung auf einen Zerfall der Kriegskoalition gegen Deutschland vweggenommen, die noch im Frühjahr 1945 durch die Köpfe Goebbels' und Hitlers geistern und selbst in den politischen Überlegungen der Regierung Dönitz eine gewisse Rolle spielen sollte.

Bis Anfang 1945 ging Gehlen auch bei seinen militärischen Urteilen konsequent von seiner Einschätzung der politischen Intentionen Moskaus aus. Daß die sowjetische Großoffensive im Mittelabschnitt der Ostfront zunächst ausblieb, erklärte die Abteilung Fremde Heere Ost am 10. November 1944 mit deutschen Abwehrerfolgen an anderen Abschnitten, etwa in Kurland, mit der Niederwerfung der Aufstände in Warschau und der Slowakei, ferner mit der Etablierung eines faschistischen Regimes (Szálasi) in Ungarn. Dies habe den ursprünglichen russischen Zeitplan und den vorgesehenen Truppeneinsatz „erheblich gestört“. Jetzt sei aber, nach Abschluß einiger noch erforderlicher Umgruppierungen, im Mittelabschnitt mit einer Offensive von erheblicher Stoßkraft zu rechnen, die „im Hinblick auf die deutsche Kräfterlage beträchtliche krisenhafte Spannungen verursachen“ werde, wenn es nicht gelinge, „größere Anfangserfolge zu verhindern“²¹¹. Ähnliche Prognosen, die immer wieder von einem unmittelbar bevor-

²¹⁰ Zusammenstellung, Bl. 320 ff., 7. 10. 1944 (Hervorhebung im Original).

²¹¹ Zusammenstellung, Bl. 330 ff., 10. 11. 1944, mit der Anlage „Vermutliche Operationsabsichten des Gegners im einzelnen“. Wenn man wie Gehlen (Bl. 337) dem Gegner unterstellte, in den in Kurland stehenden deutschen Verbänden eine „untragbare Bedrohung

stehenden russischen Angriff sprechen, finden sich in allen Lagebeurteilungen der nächsten zwei Monate, bis schließlich der angekündigte Fall tatsächlich eintrat. Ende Dezember wurde die Ansicht laut, der Gegner gedenke seinen Schwerpunkt in den ungarischen Raum zu verlegen. Die Abteilung hat nachdrücklich widersprochen²¹². Sie erwartete bis Anfang Januar 1945 den eigentlichen Schwerpunktangriff allerdings im Abschnitt der Heeresgruppe A: Über Krakau würden die Sowjets in die Tschechoslowakei vorstoßen und von dort aus die Vernichtung der südlichen deutschen Fronthälfte einleiten wollen²¹³. Erst am 5. Januar, eine Woche vor dem Beginn der sowjetischen Offensive, als es zu spät gewesen wäre, noch größere Umgruppierungen vorzunehmen, wurde dieser exzentrische Ansatz plötzlich als unwahrscheinlich verworfen und der dann tatsächlich realisierte, vorwiegend frontale Angriff in westlicher und nordwestlicher Richtung – der die Rote Armee in sechs Wochen bis zur Oder und Neiße brachte – im wesentlichen richtig vorhergesagt²¹⁴.

Die Wirkung der politischen und militärischen Grundannahmen Gehlens ist aber vor allem daran zu erkennen, daß er noch in dieser Phase des Krieges die Auffassung vertrat, zumindest die Ostfront müsse und könne gerettet werden. Am 31. Dezember 1944 formulierte er sein Rezept in einer Denkschrift, die er dann dem Generalstabschef (Guderian), dem Chef des Führungsstabes im OKH (Wenck) und dem Chef der Organisationsabteilung (Wendland) vorlegte²¹⁵. Da Gehlen sich noch heute zu dieser Silvester-Denkschrift bekennt und jede Vermutung, er habe damals seine Argumentation auf einen der genannten oder auch auf einen ungenannten Empfänger abgestimmt, nachdrücklich dementiert, darf das Dokument

seiner Nordflanke“ zu sehen, mußte es schwer halten, den in dieser Frage mit seinen Generalen zerstrittenen Hitler zu überzeugen, daß die Divisionen in Kurland am falschen Platz standen und einer „großen Lösung“ – d. h. ihrem Abzug – der Vorzug zu geben sei. Aufschlußreiches Material zur Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen (März 1944) und zur Einsetzung der Regierung Sztojay mit Hinweisen auf die Beteiligung der Abt. Fr. H. O. bzw. Gehlens in der Mappe „Margarete“ (BA/MA H 3/59). Zu den Vorgängen im Oktober 1944 vgl. die Notiz „Die neue ungarische Regierung“, Abt. Fr. H. O. (B/P), dat. vom 17. 10. 1944 (BA/MA H 3/277).

Zur Entwicklung in der Slowakei vgl. Vortragsnotiz der Abt. Fr. H. O. (Bd) vom 28. 9. 1944 (BA/MA H 3/277).

²¹² „Stellungnahme zur Frage einer etwaigen Abänderung der sowjetrussischen Operationsabsichten im großen“ vom 22. 12. 1944, Zusammenstellung, Bl. 352 f.

²¹³ Zusammenstellung, Bl. 351 ff., 5. 1. 1945. In dieser Lagebeurteilung wurden folgende Termine genannt, zu denen die Abt. bereits mit dem sowjetischen Großangriff gerechnet hatte: 26. 10., 7. 11., Ende November, 10. 12., 19. 12. 1944 und 1. 1. 1945.

²¹⁴ Zusammenstellung, Bl. 354 f., 5. 1. 1945, dazu Kartenanlagenband, Anlage 79 (BA/MA H 3/1656). Allerdings nannte Gehlen als sowjetische Ziele „Prag, Breslau, Posen, Graudenz, Danzig und letzten Endes Berlin“. Daraus ist zu entnehmen, daß er, wie schon früher, an eine Besetzung der Tschechoslowakei glaubte, wenn auch von schwächeren Kräften unternommen. In Wirklichkeit ließ die Besetzung des tschechischen Raums bis Mai auf sich warten. Noch im April blieb die Hoffnung Hitlers, die Sowjets würden eine Offensive in Richtung Prag – statt in Richtung Berlin – unternehmen, unerfüllt.

²¹⁵ „Folgerungen aus der Beurteilung der derzeitigen Feindlage im Osten für die Kampfführung an der Ostfront“ (Entwurf), Abt. Fr. H. O. (Chef), Nr. 190/44 gKdos Chefs, dat. vom 31. 12. 1945 (BA/MA H 3/1149).

unbesorgt als unverzerrter Ausdruck der damals in der Abteilung Fremde Heere Ost dominierenden Vorstellungen gewertet werden²¹⁶.

Hitler und seine Berater im OKW hofften um die Jahreswende 1944/45 noch auf gewisse Erfolge der Ardennen-Offensive und neigten deshalb dazu, die der Ostfront drohende Gefahr zu bagatellisieren. Das OKH hingegen, vornehmlich Generalstabschef Guderian, drängte auf die Bereitstellung von Reserven, mit denen der seit Monaten erwartete sowjetische Großangriff abgewehrt werden sollte²¹⁷. An diesem Punkt setzte Gehlen mit seiner Silvester-Denkschrift ein. Die Ardennen-Offensive gab er verloren. So forderte er die Verdünnung der Westfront und den Abzug von Truppen aus Ungarn, wenngleich er meinte, daß die in Ungarn gebundenen Reserven zum Beginn der sowjetischen Offensive zwischen Karpaten und Ostsee selbst für „den wenig wahrscheinlichen“ Fall einer weiteren Verzögerung zu spät kommen dürften. Für den Einsatz der solchermaßen gewonnenen Verbände sah er drei Möglichkeiten:

1. Versammlung der im Westen freigemachten Einheiten im ostdeutschen Raum, und zwar als Reserve für die Gesamtkriegführung. „Unter Benutzung des guten deutschen Verkehrsnetzes“ könne die Reserve zur Bereinigung von Durchbruchangriffen bei der Heeresgruppe Mitte oder der Heeresgruppe A oder auch – „was für die nächsten Wochen unwahrscheinlich ist“ – im Westen eingesetzt werden.
2. Bereitstellung der verfügbar werdenden Kräfte als Operationsgruppe im Raum ostwärts Posen, und zwar mit dem Ziel, die sowjetischen Stoßgruppen im Gegenangriff zu vernichten.
3. Verstärkung der bei Posen versammelten Operationsgruppe durch jene Kräfte, die in Ungarn „nach erfolgreicher Beendigung der dortigen Aufgabe“ frei würden, und danach Durchführung einer „größeren Angriffsoperation“, vor allem dann, „wenn eine weitere Verschiebung des russischen Offensivbeginns stattfindet“.

Gehlen glaubte eine Kräftegruppe von 20 bis 30 Verbänden sammeln zu können. Ferner bestand für ihn „kein Zweifel darüber, daß die Kette der russischen Erfolge im Osten ein Ende“ finden werde, wenn es gelinge, mit jenen Verbänden „in der freien Operation, in der *wir* dem Russen überlegen sind, die Initiative wieder in die Hand zu nehmen“. Er schloß mit dem Ausblick: „Bei der Stimmungslage des russischen Heeres und der Empfindlichkeit gegen Rückschläge ist

²¹⁶ Interview vom 30. 11. 1972. Nach dem Interview war Gehlens Stellvertreter Wessel wahrscheinlich an der Formulierung beteiligt, handelte dabei aber im Auftrag und im Sinne Gehlens, der selbst die abschließende Redaktion vornahm, wie auch aus seinen handschriftlichen Korrekturen des Entwurfs hervorgeht.

²¹⁷ Guderian, S. 345 ff. – Bei seinem „Führervortrag“ am Silvesterabend 1944 konnte Guderian vermutlich noch nicht auf die Denkschrift Gehlens rekurrieren, deren Endfassung, wie ein Vermerk auf dem Entwurf zeigt, erst am 1. 1. 1945 fertig war. Doch kann der Generalstabschef von ihrem Inhalt schon Kenntnis gehabt haben. In seinen Erinnerungen (S. 349) sagte Guderian allerdings, die Aussichten, den bevorstehenden russischen Großangriff aufzuhalten, seien nur noch „bescheiden“ gewesen.

vermutlich bei einer solchen Entwicklung damit zu rechnen, daß der Russe dann Erfolgsmöglichkeiten unter einigermaßen lohnendem Einsatz seiner Volkskraft nicht mehr sieht, unter Umständen zu einer politischen Lösung des Konflikts geneigt ist, bei entsprechenden Erfolgen aber auch auf längere Dauer erneut in die Defensive gedrängt werden kann.“

Gehlens Rezept stellte im Grund nur die östliche Variante jener Konzeption dar, die Hitler im Westen mit der Ardennen-Offensive zu realisieren versucht hatte. Die politische Spekulation war aber im Osten ebenfalls ohne jede Basis, das militärische Kalkül womöglich noch verfehlter als das der Ardennen-Offensive. Abgesehen davon, daß Gehlens Rezept entstand, nachdem der Angriff im Westen die letzten und im zweiten Halbjahr 1944 nur mühsam zusammengekratzten Reserven an einigermaßen kampfkraftigen Einheiten gerade verschlungen hatte, lag ja überhaupt die Frage nahe, wo denn, angesichts der deutschen Unterlegenheit an allen Fronten, Kräfte „frei gemacht“ werden könnten, ohne daß an der geschwächten Stelle sofort eine Katastrophe drohte. Wenn jedoch die deutsche Führung der Westfront und dann der Front in Ungarn jeden Truppenteil entzog, der dort im Augenblick entbehrlich schien, ergab die Summe der Abzüge kaum 20 bis 30 „Verbände“. Außerdem: Wie eine in Ostdeutschland oder östlich von Posen stehende Eingreifreserve im Bedarfsfall rechtzeitig an die Westfront geworfen werden sollte, war keineswegs ein so leicht lösbares Problem, wie Gehlen unterstellte; er scheint weder die damals – bei sozusagen normaler feindlicher Lufttätigkeit – üblichen Transportzeiten berücksichtigt noch mit einer notfalls sogleich möglichen und vollends lähmenden Konzentration der alliierten Luftwaffe auf das deutsche Transportnetz gerechnet zu haben²¹⁸. Weshalb der Gegner dem Abzug namhafter deutscher Kräfte, ob von der Westfront oder von Ungarn, wochenlang tatenlos zusehen sollte, blieb unerklärt. Wie der Gegner, wenn ihn die Verwirklichung der Vorschläge Gehlens zu Angriffen an den entblößten Abschnitten ermutigte, mit den dann noch verfügbaren Kräften aufgehalten werden sollte, war ein Rätsel. Gehlen betrachtete offensichtlich den Verlust großer Teile des Reichs und den Verlust der letzten Erdölgebiete in Ungarn, dazu einen sowjetischen Vor-

²¹⁸ In Wirklichkeit ließ das allenfalls im Vergleich zu anderen Kriegsschauplätzen noch „gut“ zu nennende deutsche Verkehrsnetz die Verschiebung einzelner Verbände in einer einigermaßen erträglichen Zeit kaum mehr zu. Wenn eine Division um einige hundert Kilometer verlegt werden sollte, so dauerte das damals bereits mehrere Wochen. Daher gab es für die Rote Armee kein einfacheres und weniger verlustreiches Verfahren, den Gegner an der vollen Entfaltung seiner Kampfkraft zu hindern, als häufigen Schwerpunktwechsel im Angriff. Schon Mitte 1943 hatte Gen. d. Pz. Tr. Harpe das „völlig unwirtschaftliche Verschieben von Divisionen“ als das entscheidende Problem bezeichnet, jedoch anscheinend übersehen, daß der Gegner hier über Möglichkeiten verfügte, deren Ausnutzung das Problem unmöglich machen mußte; OKH/Genst. d. H/Org.Abt., Nr. I/3880/43 gKdos, Reisebericht des Majors i. G. Busse zur HGr Mitte, dat. vom 17. 8. 1943 (BA/MA H 16/233). Im übrigen zehrte jeder Verlegungsmarsch an dem ohnehin knappen Treibstoffbestand und beschleunigte den Verschleiß des Materials. So fielen „Panther“-Motoren in der Regel schon nach 1000 Kilometern aus. Damit wurde jeder Verlegungsmarsch einer mit „Panthern“ ausgestatteten Division bereits zu einem „schwerwiegenden Entschluß“; PzOffzbChefdGenstH, Nr. 84/44 gKdos vom 18. 1. 1944 (BA/MA H 16/233).

marsch nach Österreich und in die Tschechoslowakei als tragbar, wenn nur Ostpreußen und die Narew-Weichsel-Linie gehalten werden konnten. Wie aber die Eingreifreserve ohne Öl – und fast ohne synthetisches Benzin – operieren sollte, verriet Gehlen nicht, obwohl er doch die „freie Operation“ forderte.

Wäre aber – eine rein theoretische Annahme – die Konzeption Gehlens nicht an ihren Widersprüchen und Risiken gescheitert, hätten die 20 bis 30 Verbände trotzdem keine Wende in Polen herbeizuführen vermocht. Gehlen, der über die russischen Reserven eine gewiß ungenaue, doch im Ergebnis wahrlich niederschmetternde Statistik führte, hat nämlich auch noch die simple Tatsache verdrängt, daß das Auftauchen seiner Eingreifreserve nur das Eingreifen weit stärkerer russischer Reserven provozieren mußte. Im übrigen wären die um 20 bis 30 Verbände verstärkten deutschen Armeen in Polen selbst einem ohne zusätzliche Verstärkungen gebliebenen Gegner noch immer ebenso unterlegen gewesen wie 1943 die deutschen Stoßarmeen vor dem Unternehmen „Zitadelle“, das mit einer schweren Niederlage geendet hatte²¹⁹. Auch im günstigsten Falle war also gar nicht daran zu denken, daß es gelingen könnte, die Rote Armee für längere Zeit in die Defensive oder gar die Sowjetunion zum Frieden zu zwingen. Tatsächlich aber hätte Gehlens Rezept, da der günstigste Fall mit Sicherheit nicht eintreten konnte, vermutlich nur zu einem noch schnelleren Zusammenbruch an allen Fronten geführt.

Gehlen hatte freilich keine Abkürzung des Krieges im Auge, als er seine Konzeption entwickelte. So bleibt allein die Feststellung, daß der Silvester-Denkschrift gerade das fehlte, was Gehlen stets für sich und seine Abteilung in Anspruch genommen hat, nämlich Nüchternheit, Realitätssinn und professionelle Kompetenz. An der Spitze einer Dienststelle wie der Abteilung Fremde Heere Ost konnte sich unter den damaligen Verhältnissen vermutlich auch nur ein Offizier so lange behaupten, für den es kaum eine Kriegslage gab, in der ihm die Niederlage nicht objektiv vermeidbar schien. Allerdings reicht die Problematik über den individuellen Fall hinaus. Schon mit den Mängeln der früheren Prognosen hatten die Mitarbeiter der Abteilung Fremde Heere Ost ihre Herkunft aus der deutschen Generalstabstradition nicht verleugnet. Die Ursache ihrer falschen Vorhersagen lag ja meist darin, daß sie sich einen Gegner vorstellten, der nicht über den nächsten Zug hinausdachte, der feindliche Maßnahmen nicht einkalkulierte, der bei seiner Planung nicht alle Umstände der Lage bedachte. Gerade die scheinbare Eleganz der dem Gegner wieder und wieder unterstellten Operationsentwürfe be-

²¹⁹ Bei der Heeresgruppe Mitte hätten in diesem Falle 62 bzw. 72 Verbände gegen 148 sowjetische Verbände gestanden, bei der Heeresgruppe A 52 bzw. 62 gegen 163. Das bedeutete (ohne Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den Verbandstypen) ein Verhältnis von 1 : 2,38 und 1 : 3,13 bzw. im günstigeren Falle von 1 : 2,06 und 1 : 2,65. Bei „Zitadelle“ hatte das Verhältnis bei der Infanterie 1 : 2,3 betragen. Auf Frontkilometer umgerechnet, standen um die Jahreswende 1944/45 bei der Heeresgruppe A 2 bis 3 deutsche gepanzerte Fahrzeuge gegen 12 sowjetische Panzer und Selbstfahrlafetten, 10 deutsche Geschütze gegen 64 sowjetische Geschütze und Granatwerfer. Vgl. „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“, Bd. 5, S. 66 ff.

wies lediglich, daß die Abteilung von der sowjetischen Führung unwillkürlich die gleiche unerlaubte Vernachlässigung und sogar Verachtung wichtiger Faktoren erwartete, die der deutsche Generalstab oft genug – z. B. mit dem Schlieffenplan, mit Falkenhayns Offensive bei Verdun, mit Ludendorffs Offensive im Jahre 1918 oder mit Anlage und Durchführung des Unternehmens „Barbarossa“ – gezeigt hatte. Da aber der Gegner solche Fehler offenbar weniger häufig machte und eher dazu neigte, die Stärke des Feindes zu überschätzen, Nachschub- und Transportprobleme mit dem Ernst behandelte, der ihnen zukommt, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigte und auch mit der geistigen Beweglichkeit der feindlichen Führung rechnete, hat sich die Abteilung fast stets getäuscht. Hier liegen wohl auch die Gründe dafür, daß sich die Fehlerurteile der Abteilung lange Zeit nicht von den Fehlerurteilen Hitlers unterschieden und daß in den beiden letzten Kriegsjahren, als es tatsächlich manchmal Differenzen gab, die Rezepte der berufenen Fachleute oft ebenso realitätsfern waren wie die Rezepte des „böhmischen Gefreiten“, der zufolge der Nachkriegslegende alles verdorben hatte. Selbst mit der extremen Realitätsverleugnung der Silvester-Denkchrift stand die Abteilung bereits in einer gewissen Tradition. Man braucht nur daran zu denken, wie Ludendorff zwischen Sommer und Herbst 1918 die Unabweisbarkeit der Niederlage zu ignorieren suchte, wie noch 1918 gerade auch von Offizieren und Generalstäblern die objektive Vermeidbarkeit der Niederlage behauptet und die Entscheidung des Ersten Weltkrieges nicht anerkannt wurde²²⁰.

Nach dem Beginn der sowjetischen Januaroffensive fand Gehlen nach und nach auf den Boden der Tatsachen zurück. Allerdings wäre es schwierig gewesen, die Operationsführung des Gegners auch jetzt noch grundlegend falsch vorherzusagen; der Kriegsschauplatz war allzu klein geworden, und gewisse zeitliche Abweichungen spielten ebenfalls keine große Rolle mehr. Es ist jedoch bemerkenswert, daß Gehlen den militärischen Ehrgeiz und die politische Ambitionen der sowjetischen Führung bis zuletzt überschätzte. Am 19. Februar 1945 skizzierte er zwei Möglichkeiten, zwischen denen die Rote Armee wählen werde²²¹:

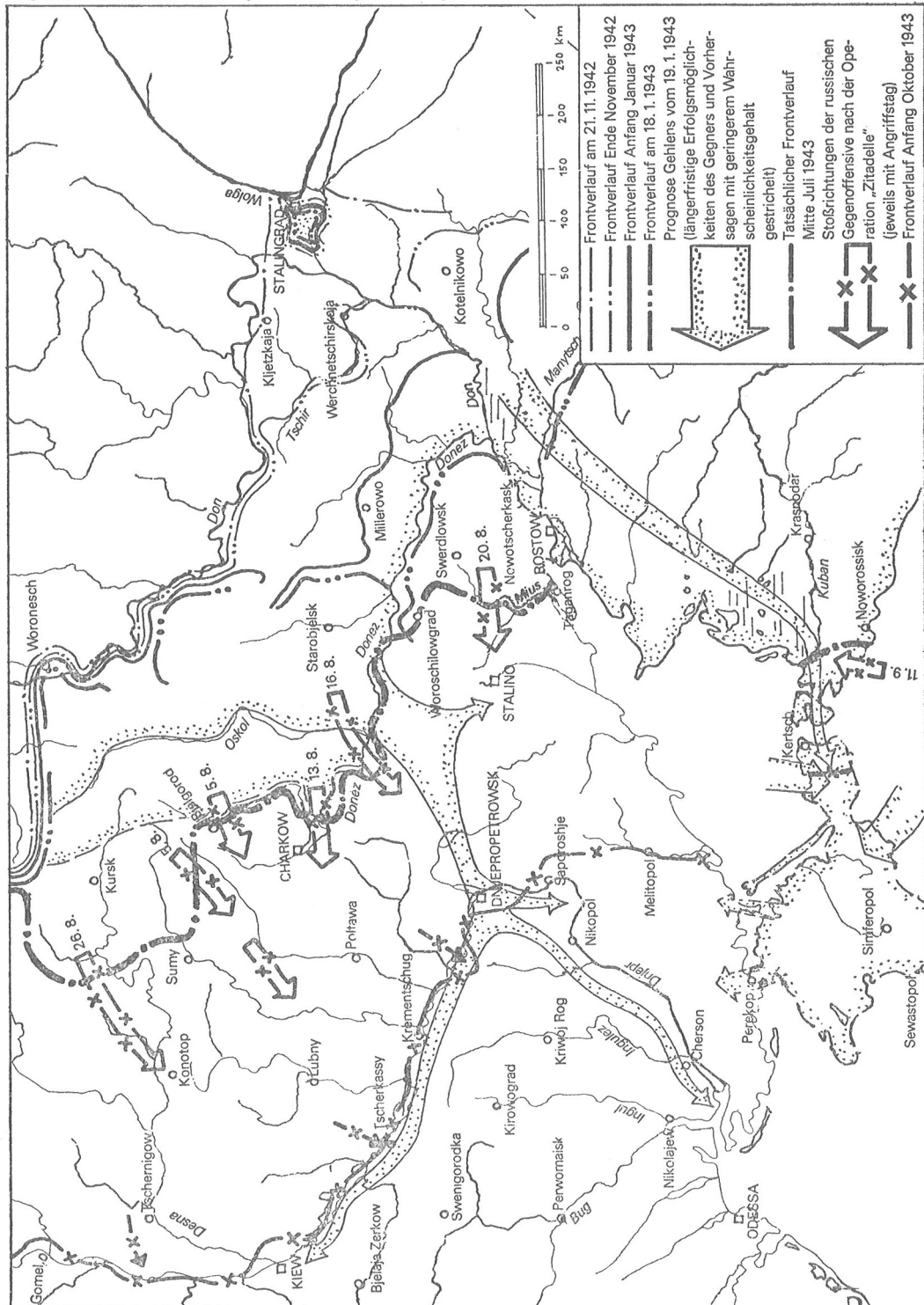
1. Den Durchstoß zur Nordsee und nach Dänemark, der die Herrschaft über die Ostsee und die Ausgänge der Ostsee sichern würde;
2. den Stoß nach Mitteldeutschland und ins Protektorat, der das Reichsgebiet in eine nördliche und südliche Hälfte spalten und eine besonders günstige Ausgangsposition „für den Endkampf“ schaffen würde.

In beiden Fällen falle der Sowjetunion „das entscheidende militärische und politische Übergewicht in Europa“ zu, meinte Gehlen. Daß die Rote Armee die Elbe überschreiten und dann ihre Operationen fortsetzen werde, stand für ihn außer Zweifel. Daß die deutsche Armee noch eine Wende herbeiführen könne, glaubte er anscheinend nicht mehr .

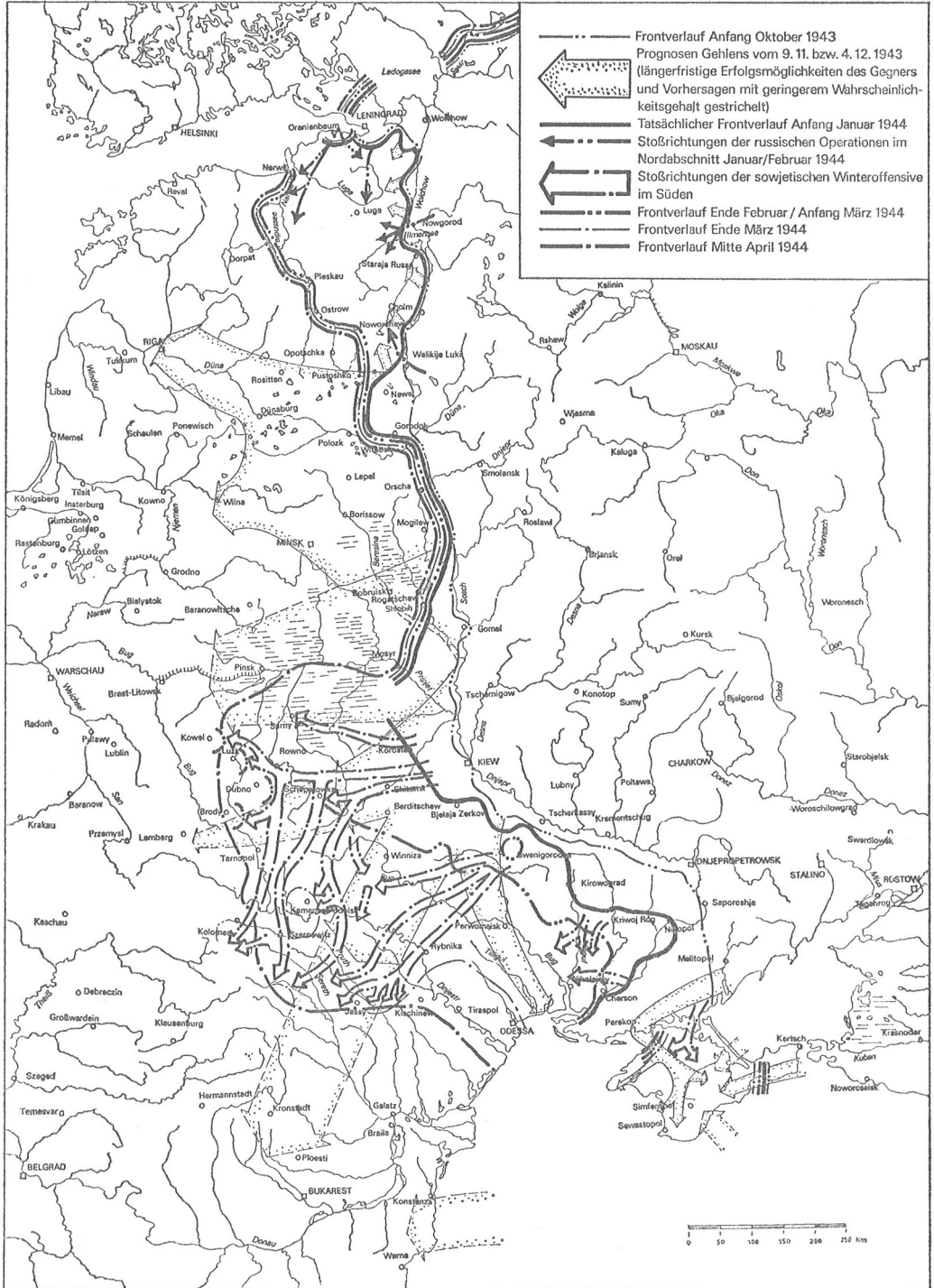
²²⁰ Zu letzterem z. B. Privatbriefe Guderians an seine Frau vom 23./25./28. 6. 1919, 6. 7. 1919, 12. 7. 1919, 31. 8. 1919 und 8./10. 4. 1920 (Familienbesitz; Auszüge im Besitz des Verfassers).

²²¹ Abt. Fr. H. O. (Ia), Entwurf zur Lagebeurteilung vom 19. 2. 1945 (BA/MA H 3/1159).

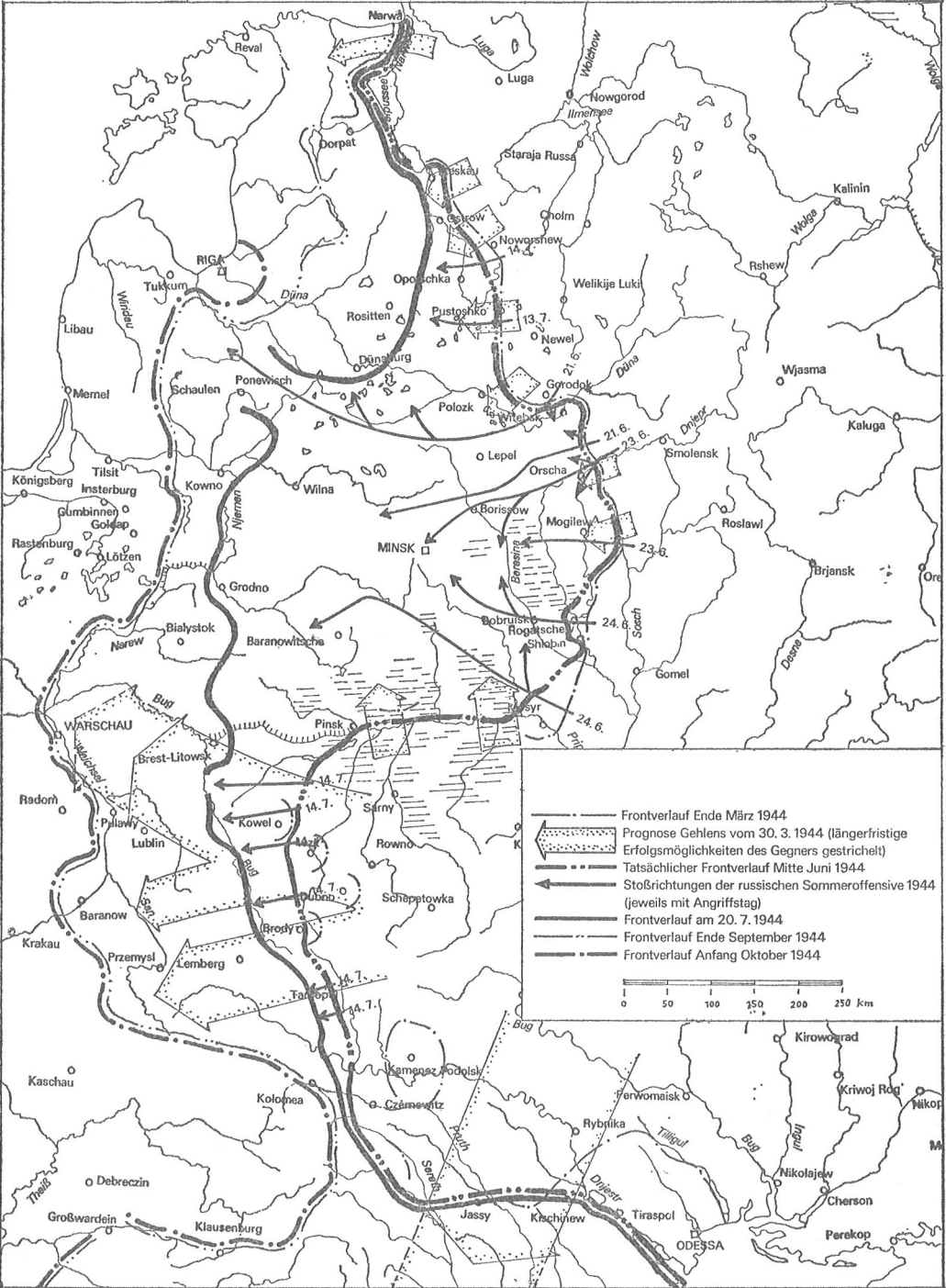
Prognostizierte und tatsächliche Folgen der Niederlage von Stalingrad



Die Vorhersagen Gehlens vom 9. 11. und 4. 12. 1943 und der wirkliche Verlauf des dritten russischen Winters



Erwartete und tatsächliche Fortsetzung der Frühjahrsoffensive 1944



Louis de Jong

HAT FELIX KERSTEN DAS
NIEDERLÄNDISCHE VOLK GERETTET?

Titel der niederländischen Erstveröffentlichung
Heeft Felix Kersten het Nederlandse volk gered?
in : Studies over Nederland in oorlogstijd
herausgegeben vom
Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
's-Gravenhage 1972
Ins Deutsche übertragen von
MARIANNE HOLBERG

DER DEPORTATIONSPLAN

In den Niederlanden hat sich ein gewisses Interesse für die merkwürdige Gestalt Felix Kerstens erhalten, den 1960 verstorbenen Arzt für manuelle Therapie, der unter anderem den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, zu seinen Patienten zählte¹. Dieses Interesse hängt in erster Linie mit der Tatsache zusammen, daß Kersten in den Monaten März und April 1941 ausschließlich durch eigene Initiative verhindert haben soll, daß ein Beschluß Hitlers, in absehbarer Zeit das gesamte niederländische Volk nach Osteuropa zu deportieren, zur Ausführung kam. Tatsächlich war der Bericht, den Kersten kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab, in höchstem Maße aufsehenerregend. Er hatte, so behauptete er (und er stützte diese Behauptung unter anderem mit einem detaillierten Bericht, den er angeblich unmittelbar nach den Ereignissen geschrieben hatte), am 1. März 1941 von Himmlers persönlichem Referenten, Dr. Rudolf Brandt, einen ausgearbeiteten und von Hitler unterschriebenen Plan zur Lektüre erhalten, dessen Inhalt im folgenden wiedergegeben ist.

An seinem zweiundfünfzigsten Geburtstag, am 20. April 1941, sollte Hitler in einer Ansprache bekanntgeben, daß die Bevölkerung der Niederlande und Flanderns in das Gebiet um Lublin, in die südöstliche Ecke des Generalgouvernements, deportiert werden sollte; diesem Gebiet sollte nach der Unterwerfung der Sowjet-

¹ Felix Kersten wurde am 30. September 1898 in Dorpat (Estland) geboren. Er studierte Landwirtschaft und wurde 1917 Betriebsleiter auf einem Gut. Während der Kämpfe nach der russischen Revolution schloß er sich einem finnischen Regiment an und erwarb infolgedessen die finnische Staatsangehörigkeit. In diesen Jahren erkrankte er an Gelenkrheumatismus. Die Behandlung, die bei ihm angewandt wurde, interessierte ihn dermaßen, daß er sich nach seiner Genesung als Massage-Therapeut ausbilden ließ. Seine weitere Ausbildung erhielt er in den Jahren 1923–1925 in Berlin, zuletzt durch den damals sehr bekannten chinesischen Arzt B. Ko. Als Ko nach China zurückkehrte, übernahm Kersten einen Teil seiner Patienten und konnte in den folgenden Jahren eine blühende, z. T. internationale Praxis aufbauen. Im Jahre 1928 verzog er nach den Niederlanden, wo er unter seinen – im allgemeinen begüterten – Patienten den Gatten der Königin Wilhelmina, den Prinzen Heinrich, zählte. Im Jahre 1929 veröffentlichte er ein Büchlein: „Die manuelle Therapie“ und nannte sich „Finnischer Massage-Therapeut“. Im Jahre 1934 erwarb er das Gut Hartzwalde 80 km nördlich von Berlin. Hier lebte er zwischen seinen zahlreichen Auslandsreisen. Durch Vermittlung des Direktors des deutschen Kali-Syndikats, Dr. August Diehn, wurde er im März 1939 bei Himmler eingeführt, der seit dem Ersten Weltkrieg an Magenkrämpfen litt. Er behandelte Himmler auch während des Zweiten Weltkrieges und wußte dessen Vertrauen zu gewinnen. Des öfteren verbrachte er längere Zeit in Himmlers Hauptquartier, im Oktober 1942 fuhr er mit Himmler nach Rom. Dort wurden Ciano und andere führende Persönlichkeiten des Faschismus seine Patienten. In der letzten Phase des Krieges spielte er eine wichtige Vermittlerrolle bei den Kontakten, die Himmler mit der schwedischen Regierung anknüpfte. Kersten hatte sich 1943 in Stockholm niedergelassen, wo er auch nach dem Kriege seine Praxis fortsetzte. Nachdem die niederländische Öffentlichkeit auf seine Person

union noch der südliche Teil des früheren Ost-Polens, die Gegend um Lemberg, angefügt werden. Die Deportation sollte durch diejenigen SS-Offiziere organisiert werden, die auch den Transport der sog. Baltendeutschen (Volksdeutsche aus den Republiken Estland, Lettland und Litauen) ins deutsche Reichsgebiet geleitet hatten. In den Niederlanden sollten die Mitglieder der von Mussert geleiteten NSB („Nationaal-Socialistische Beweging“) als Hilfskräfte auftreten; insoweit die Mitglieder der NSB „großgermanisch“ dachten, sollten sie übrigens nicht in die Gebiete von Lublin und Lemberg, sondern in den Warthegau, den Deutschland einverleibten Teil West-Polens, übersiedelt werden. Die geräumten Niederlande sollten eine „SS-Provinz“ Deutschlands werden, mit Utrecht als Hauptstadt. Alle diese Deportationen sollten durch Himmler als „Umsiedlungskommissar“ persönlich geleitet werden, übrigens mit Unterstützung von M. M. Rost van Tonningen, der zu jener Zeit zweiter stellvertretender Führer der NSB war. Himmler, so hätte Hitler bestimmt, sollte für seine sämtlichen anderen Aufgaben Stellvertreter ernennen; auf nur zwei Aufgaben sollte sich der Reichsführer SS konzentrieren: die Leitung bei der Umsiedlung und die Reorganisation der Waffen-SS. Dies also war der Inhalt des Plans, den Kersten nach seiner Behauptung am 1. März 1941 unter tiefster Geheimhaltung zu lesen erhielt.

Nach der Lektüre des Deportationsplanes will er sofort beschlossen haben, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dessen Ausführung zu verhindern. Wochenlang hätte er deswegen auf Himmler eingeredet; dessen Gesundheitszustand sollte sich verschlechtert haben und Kerstens Massage sollte Himmlers unerträgliche Magenbeschwerden gegenüber eine Zeitlang wirkungslos geblieben sein. Schließlich wollte Kersten es erreicht haben, Himmler davon zu überzeugen, daß er unmöglich die zwei neuen Aufgaben gleichzeitig übernehmen könne; am 17. April, drei Tage vor der Bekanntgabe des für die Niederlande so fatalen Planes durch Hitler, sollte Himmler zum Führer gegangen sein, und dieser sollte zugestimmt haben, daß die Deportation des gesamten niederländischen Volkes bis nach dem Kriege aufgeschoben wurde.

Zu den ersten, die in den Niederlanden Kerstens Bericht Glauben schenkten und von der Authentizität der von ihm vorgelegten Beweisstücke überzeugt waren, gehörte der Historiker N. W. Posthumus, Professor der Wirtschaftsgeschichte an der Universität Amsterdam, Mitglied der Königlich-Niederländischen Akademie der Wissenschaften und eigentlicher Gründer des „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie“ Amsterdam (er war bei der Gründung Vorsitzender des später als „Vorstand“ bezeichneten Direktoriums des Instituts geworden). Im Direktorium des Rijksinstituts (aus dem er im Juli 1949 ausschied) war Posthumus der einzige, der

aufmerksam geworden war, erschienen seine Memoiren zuerst in niederländischer Sprache, später auch in anderen Sprachen. Sie wurden als eine wichtige historische Quelle für den ganzen SS-Komplex und insbesondere für Himmler angesehen. Nach einer lebhaften Diskussion in der schwedischen Presse und im schwedischen Reichstag erwarb Kersten 1953 die schwedische Staatsangehörigkeit. Er hatte zu dieser Zeit wieder eine umfangreiche internationale Praxis aufgebaut. Am 16. April 1960 ist er im Hamm verstorben.

von der Richtigkeit der Behauptungen Kerstens vollkommen überzeugt war. Posthumus ließ sich von seiner Meinung nicht abbringen und drängte den Ministerrat zur offiziellen Anerkennung von Kerstens Verdiensten um die Niederlande. Daraufhin wurde 1949 unter dem Vorsitz von Freiherr A. M. Snouck Hurgronje, dem gerade zurückgetretenen Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen, der C. J. van Schelle, Erster Sekretär der niederländischen Botschaft in Paris, und A. J. C. Rüter, Professor für Vaterländische Geschichte an der Reichsuniversität Leiden, angehörten.

Im Januar 1950 legte die Kommission einen Bericht vor, in dem über den Deportationsplan und Kerstens Anteil an dessen Verhütung erklärt wurde, „daß es feststeht, daß Herr Kersten verhindert hat, oder doch in jedem Fall sehr weitgehend beigetragen hat zur Verhinderung des Planes, daß eine große Anzahl Niederländer nach dem Osten transportiert wurde“². Von der Authentizität der Beweisstücke Kerstens war die Kommission überzeugt, „weil sie eine sehr genaue Beschreibung und so viele Merkmale aufzeigen, daß man nicht an eine Fiktion denken kann, es sei denn, man wolle Herrn Kersten als einen außergewöhnlichen Phantasten ansehen, was die Kommission zurückweist“³.

In zwei Punkten drückte sich die Kommission allerdings weniger bestimmt aus als Kersten: sie hielt es für möglich, daß die Ausführung des Deportationsplanes außer durch Kerstens Bemühungen bei Himmler auch durch andere Faktoren verhindert worden war (daher die Formulierung: „oder doch in jedem Falle sehr weitgehend beigetragen hat“), und obwohl sie es für „sehr wahrscheinlich“ hielt, „daß Hitlers Deportationsplan nicht nur eine große Anzahl, sondern so gut wie alle Niederländer einbezog“, hatte sie dennoch die Formulierung „eine große Anzahl“ vorgezogen. Das war eine Folge der Tatsache, daß in zwei Erklärungen über den Deportationsplan, die der Kommission zur Einsicht vorlagen, nicht von „allen Niederländern“ die Rede gewesen war; Rudolf Brandt hatte in einer vom 7. November 1947 datierenden eidesstattlichen Erklärung von der „Umsiedlung einer beträchtlichen Anzahl von Holländern“ gesprochen, und in einer zweiten vom 28. September 1949 datierenden Erklärung hatte ein deutscher „Generalmajor d. R.“ und „Beauftragter für Forst- und Jagdwesen im Stabe des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres“ namens Franz Müller mitgeteilt, daß er Anfang Juli 1944 von Himmler gehört habe, daß dieser 1941 den Befehl von Hitler bekommen habe, „mit der Siedlung im Ostraum zu beginnen . . . Unter anderm sollte eine große Zahl holländischer Siedler in der Ukraine angesetzt werden“. Die Kommission neigte mit ihrem „eine große Anzahl Niederländer“ also zur Vorsicht; sie war übrigens „in abstracto“ „eher geneigt . . . , sich zu stützen auf die zeitgenössischen“ (d. h. der Datierung

² „Sachlicher Inhalt des am 12. Januar 1950 dem Außenminister vorgelegten Rappports der Kommission, bestehend aus Frhr. A. M. Snouck Hurgronje, Prof. Dr. A. J. C. Rüter und C. J. van Schelle, über Herrn E. A. F. Kersten“ in „Staten-Generaal, Tweede Kamer, Enquête-commissie Regeringsbeleid 1940-1945“: Verslag (im folgenden zit. Eng.), Bd. VI b (1952), S. 183. (Fotokopie der Übersetzung im Archiv des IFZ, F-44).

³ Ebda., S. 182.

zufolge von März und April 1941 stammenden) „Aufzeichnungen des Herrn Kersten, als auf die so viele Jahre danach abgegebenen Erklärungen von Dr. Brandt und Generalmajor Müller“⁴.

Nach dem Befund der Kommission hatte sich Kersten auch in anderer Hinsicht verdienstvoll gegenüber den Niederlanden oder gegenüber einzelnen Niederländern verhalten. Er sollte in einer großen Anzahl Fällen erreicht haben, daß verhaftete Niederländer freigelassen und daß zum Tode Verurteilte begnadigt wurden; er sollte verhindert haben, daß zahlreiche Meisterwerke aus niederländischen Museen, die in den unterirdischen Gängen des Pietersbergs bei Maastricht untergebracht waren, in die Ostmark verfrachtet wurden; er sollte in der letzten Kriegphase erreicht haben, daß etwa tausend niederländische Frauen, die im Konzentrationslager Ravensbrück gefangengehalten wurden, die Genehmigung erhielten, mit Autobussen, die von einer schwedischen Hilfsaktion eingesetzt waren, nach Schweden auszureisen, und Kersten sollte in derselben letzten Phase in Zusammenarbeit mit dem World Jewish Congress fast siebzigtausend Juden vor der Vernichtung bewahrt haben; schließlich sollte er auch verhindert haben, daß Den Haag am Ende des Zweiten Weltkriegs dem Boden gleichgemacht und daß der Abschlußdeich im IJsselmeer gesprengt wurde. Es blieb zwar für die Snouck Hurgronje-Kommission „die Frage, ob in einigen Fällen . . . neben dem Einfluß des Herrn Kersten noch andere Kräfte gewirkt haben und in welchem Verhältnis beider Erfolg zueinander stand.“ Die Kommission kam aber doch zu dem Schluß: „Von großer Bedeutung sind diese Vorbehalte jedoch nicht. Selbst wenn man die Bemühungen des Herrn Kersten in diesen Punkten so niedrig wie möglich anschlägt (was nicht gerechtfertigt erscheint), ist das Resultat der Interventionen des Herrn Kersten . . . ungewöhnlich groß“⁵.

Die Schlußfolgerungen der Kommission wurden von der Regierung akzeptiert, und auf königlichen Beschluß vom 23. Mai 1950 wurde Kersten eine der höchsten niederländischen Auszeichnungen zuerkannt: Er wurde Großoffizier im Oranien-Nassau-Orden; die Ehrenzeichen überreichte ihm Prinz Bernhard persönlich. Diese offizielle Anerkennung machte im Ausland auch Eindruck. „Keines Menschen Geschichte würde auf den ersten Blick weniger glaubwürdig erscheinen“, schrieb der britische Historiker H. R. Trevor-Roper 1956 in der Einleitung zu der englischen Ausgabe von Kerstens Memoiren, „und die meisten von denen, die sie zuerst hörten – einschließlich Professor Posthumus, dem Initiator der holländischen Kommission – sind voller Skepsis darangegangen; aber auch keines Menschen Geschichte hat eine strengere Untersuchung über sich ergehen lassen müssen. Sie wurde geprüft von Wissenschaftlern, Richtern und skeptischen Politikern. Und sie ist mit Triumph daraus hervorgegangen. Menschliches Gedächtnis und menschliches Urteil sind immer fehlbar; aber soweit es die Rechtschaffenheit der Absicht und die Authentizität der Dokumentation betrifft, freue ich mich, mit dem Ansehen, das

⁴ Ebda., S. 183.

⁵ Ebda., S. 184.

ich vielleicht besitze, für die Richtigkeit dieser Memoiren von Felix Kersten eintreten zu können⁶.“

Diese Studie beschäftigt sich ausschließlich mit dem „Deportationsplan“; die übrigen Angelegenheiten, um die sich Kersten bemüht haben soll oder bemüht hat, bleiben außerhalb der Betrachtung. Als Ergebnis der Recherchen zu dieser Arbeit kann allerdings festgestellt werden, daß sich Kersten tatsächlich in einer Anzahl von Fällen für die Freilassung niederländischer und anderer Gefangener oder Verurteilter eingesetzt hat. Auch steht Kerstens wichtige Vermittlerrolle bei dem Transport der oben erwähnten tausend niederländischen Frauen nach Schweden ebenso außer Zweifel wie sein Anteil an den Maßnahmen, die Himmler in der letzten Kriegsphase traf, um das Leben einiger zehntausend Juden zu retten. Schließlich steht auch fest, daß Kersten bei diesen Bemühungen sein Leben aufs Spiel gesetzt hat.

Obwohl der Verfasser in den Jahren 1947–1948 Kerstens Mitteilungen in einigen Punkten von untergeordneter Bedeutung verifizieren konnte und deshalb zu jener Zeit geneigt war, Kersten als einen zuverlässigen Zeugen anzusehen, blieben hinsichtlich des „Deportationsplans“ doch einige Zweifel, die sich im Laufe der Jahre durch verschiedene Hinweise verstärkten. Anlässlich der Forschungen und Vorarbeiten für den vierten Band der Darstellung „Het Koninkrijk der Nederlanden in de tweede wereldoorlog“⁷ ergab sich vom Sommer 1971 bis Frühjahr 1972 die Gelegenheit einer intensiven Beschäftigung mit dem „Deportationsplan“ und damit auch die Notwendigkeit, eine Reihe von Angaben bei ausländischen Instanzen zu überprüfen. In diesem Zusammenhang nahm der Verfasser auch Verbindung mit Kerstens Witwe auf und konnte am 7. Juli 1972 die einschlägigen Dokumente zum „Deportationsplan“, die sich in dessen Nachlaß befinden, in Stockholm einsehen.

DIE ZEITGENÖSSISCHEN DOKUMENTE

Die Beweisstücke, die Kerstens Bericht stützten, müssen im folgenden in der Reihenfolge ihrer Chronologie einer formalen und inhaltlichen Kritik unterzogen werden. Gegenstand der Untersuchung sind zunächst die fünf Schlüsseldokumente, die alle aus der Zeit datieren, in der die Ausführung des Deportationsplans beschlossen bzw. aufgeschoben worden sein soll. Die Dokumente 1–4 befinden sich in den Sammlungen des Rijksinstituuets voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam, Dokument 5 liegt in Kerstens Nachlaß.

Dokument 1⁸ ist eine Fotokopie (in zwei Exemplaren) der Bleistiftaufzeichnungen,

⁶ F. Kersten, *The Kersten Memoirs 1940–1945*, London 1956, S. 21.

⁷ Louis de Jong, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de tweede wereldoorlog*, Hrsg. v. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, 's-Gravenhage 1969 ff.

⁸ Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam, Doc I-878 (E. A. F. Kersten), c–1.

die Kersten gemacht haben will, unmittelbar nachdem er im Zimmer Brandts von dem Deportationsplan Kenntnis nehmen konnte. Der Text ist unterzeichnet „Felix Kersten“. Als eine Art Postskriptum ist hinzugefügt: „Berlin, den 1. März 1941 im Zimmer von Dr. Brandt 6 Uhr abends.“

Dokument 2⁹ ist ein ausführlicher maschinengeschriebener Text von neun Seiten, betitelt „Die Umsiedlung des holländischen Volkes“. Auf alle neun Seiten ist ein grüner Stempel „Gut Hartzwalde bei Königstädt über Gransee. Tel. Schulzendorf Nr. 9 bei Gransee i. d. Mark“ aufgedrückt. Die Seiten 1–3 dieses Textes enthalten eine Zusammenfassung des Deportationsplanes. Seite 4 enthält den Text einer Tagebuchaufzeichnung, die Kersten am 1. März 1941 gemacht haben soll. Die Seiten 5–9 enthalten den Wortlaut angeblicher Tagebucheintragungen des Zeitraums 2. März – 17. April 1941. Kerstens Unterschrift erscheint auf den Seiten 3, 4 und 9, sein Handzeichen („K“) auf den übrigen Seiten. Unter der letzten, mit Maschine geschriebenen Orts- und Datumsbezeichnung („Hartzwalde den 17. April 1941“) steht in Kerstens Handschrift: „1 Originalreinschrift umfaßt 9 Seiten K.“

Dokument 3¹⁰ ist ein Durchschlag eines maschinenschriftlichen Schriftstücks von zehn Seiten, dem Inhalt nach fast identisch mit dem Dokument 2, ebenfalls überschrieben „Die Umsiedlung des holländischen Volkes“. Wieder tragen alle Seiten den Stempel „Gut Hartzwalde etc.“; auf den Seiten 3, 4, 7 und 9 erscheint der Stempel sogar zweimal, auf Seite 10 dreimal. Kerstens Unterschrift befindet sich auf den Seiten 3, 9 und 10 (zweimal), die übrigen Seiten sind von ihm abgezeichnet. Unter dem Text der letzten Tagebuchaufzeichnung steht: „Hartzwalde den 17. April 1941 am Tage der Kapitulation der jugoslawischen Armee.“ Dann folgt der Vermerk: „Diese zweite Originalschrift umfaßt 10 Seiten. Sie ist angefertigt worden nachdem ich noch einmal bei Dr. Brandt meine Aufzeichnungen mit den Originalakten der Umsiedlung verglichen habe. Hartzwalde den 25. April 1941.“

Dokument 4¹¹ ist eine Fotokopie eines Durchschlages eines Briefes von Kersten an Himmler, datiert vom 19. April 1941. Kersten gibt hierin seiner Freude Ausdruck, daß beschlossen wurde, die Deportation des niederländischen Volkes zu verschieben. Der Brief ist unterschrieben und trägt zweimal den Stempel „Gut Hartzwalde etc.“.

Dokument 5¹² ist ein Notizbuch mit einem grünen Umschlag, das, wie aus dem Etikett an der Innenseite des Umschlags zu ersehen ist, in einer Geschäftsbuchhandlung in Berlin gekauft worden ist. Die Seiten sind nicht nummeriert. Auf der ersten Seite steht in Kerstens Handschrift: „Tagebuch angefangen am 28. 4. 1940 im Gut Hartzwalde Kreis Ruppin Felix Kersten“. Ein Teil dieses Notizbuchs enthält in Kerstens Handschrift Tagebuchaufzeichnungen. Die erste trägt das Datum 28. April 1940, die letzte das Datum 3. März 1945. Im ganzen umfaßt das Tagebuch also einen Zeitraum von 1771 Tagen; dennoch enthält es nur 139 in der

⁹ Ebda., c – 4.

¹⁰ Ebda., c – 3.

¹¹ Ebda., c – 2.

¹² Nachlaß Kersten, Stockholm.

Regel sehr kurze Tagebuchaufzeichnungen, die auf 67 verschiedenen Seiten notiert sind. Ein Teil dieser Aufzeichnungen bezieht sich auf den Deportationsplan. Wir wollen nun zunächst den Inhalt dieser fünf Schriftstücke näher betrachten¹³.

Dokument 1¹⁴

Die Umsiedlung des holländischen Volkes und der Flamen will Hitler am 20. April 1941 verkünden. In 13 Monaten 4 Tage sollen die Holl. in Polen sein Hauptstadt Lublin. Zuerst der katholische Süden und die Flamen 4 Mill. 600 000 Tausend dann Nord und Ostprovinzen dann Haag Amsterdam Rotterdam Utrecht, 8 Millionen 2–8 Hunderttausend Holländer. Jüngere Männer und Frauen sollen zu Fuss durch Deutschland marschieren verpflegt von der Waffen SS, Alte und Kranke sollen transportiert werden, auch Kinder. Bis zur neuen Ernte Lebensmittel aus der Wehrmacht. In Polen bekommen sie Baumaterial und guten Boden. Deutschland baut 6 grosse Elektrizitätswerke. Gebiet doppelt so gross wie heutiges Holland zwischen Weichsel und Bug liegen. Wenn Russland erobert auch Lemberg und Land östlich davon Umsiedlung untersteht Himmler. Juden und Deutsche sollen mit umgesiedelt werden dürfen aber nicht ankommen. N.S.B.¹⁵ hat Ordnungsdienst muss aufpassen dass nichts vernichtet wird, zum Schluss soll die N.S.B. auch mit umgesiedelt werden da sie zum grossen Teil holländisch denkt und nicht zuverlässig ist, die meisten sind Mitläufer, die Zuverlässigen können Beamte in Lubin werden. Auch die Marechaussee¹⁶ muss nach Polen mit Familien, die Elite der N.S.B. kann im Warthe Gau angesiedelt werden. Falls unzuverlässig wie Juden zu behandeln. Nach Abzug der Holländer wird Holl sofort von der Waffen SS und Allgemeine SS besetzt werden dann erst Umsiedlung der N.S.B. Boden für Landwirtschaft geeignet soll in Höfe von 60–100 ha eingeteilt werden und an SS Jungbauern aus Deutschland kostenlos verteilt werden Utrecht Provinzhauptstadt. An der Küste grosses Festungswerk 30 Klm tief. Schlechten Boden aufforsten im 4 Jahr Pl Himmler Umsiedlungskommissar. Rost van Tonningen¹⁷ soll Himmler beraten. Holl Bargeld wird umgewechselt in deutsches Geld. Bis zur Verkündung streng geheim. Armes Holland! Die Feinde der Menschheit feiern Triumpfe!

Felix Kersten

Berlin den 1. März 1941 Im Zimmer von Dr. Brandt 6 Uhr abends.

Ohne der inhaltlichen Kritik des Dokuments vorzugreifen – sie wird im Zusammenhang mit dem Text des Dokuments 2 bzw. 3 erfolgen – ist zu fragen, warum

¹³ Sämtliche im folgenden zitierten Dokumente geben die originale Schreibweise wieder. Fehler in der Interpunktion, Orthographie, Grammatik usw. sind in keinem Falle berichtigt worden.

¹⁴ Posthumus hat den Text dieses Dokuments einer Note vom 2. September 1948 beigefügt, die für den niederländischen Ministerrat bestimmt war. In der von der „Enquêtecommissie“ abgedruckten Version (Enq., Bd. VI b, S. 176) befinden sich einundzwanzig, allerdings kleine, Abweichungen vom authentischen Text.

¹⁵ Die NSB (Nationaal-Socialistische Beweging der Nederlanden) war die im September 1931 von A. A. Mussert gegründete nationalsozialistische Bewegung der Niederlande. Vgl. A. H. Paape, Le mouvement national-socialiste en Hollande, in: Revue d'Histoire de la Deux. Guerre Mondiale 17 (1967), Nr. 66, S. 31–60 und Konrad Kwiet, Zur Geschichte der Mussert-Bewegung, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte 18 (1970), S. 164–195.

¹⁶ Gendarmerie.

¹⁷ M. M. Rost van Tonningen war der von der SS protegierte schärfste Rivale Musserts innerhalb der NSB.

Kersten, der, seiner eigenen Darstellung zufolge, am 1. März 1941 abends um sechs Uhr ein streng geheimes, nicht für ihn bestimmtes Dokument zum Lesen bekommen haben will, am selben Abend an eine Zusammenfassung des Inhalts völlig ohne Grund den Ort hinzugefügt haben soll, an dem er das Schriftstück hat einsehen können. Wer Dokument 1 vor Augen bekommen würde, könnte unmittelbar den Schluß ziehen, daß sich Brandt gegen die geltenden Geheimhaltungsvorschriften vergangen hatte. „Geheime Reichssache“ war immerhin der höchste Grad von Geheimhaltung, den das Dritte Reich kannte.

Dokumente 2 und 3

Diese zwei Dokumente gehören zusammen. Ihre Natur ist nicht recht deutlich erkennbar. Der Inhalt verweist auf Tagebuchaufzeichnungen, aber in vielen Passagen ist der Bericht, was die Datierung betrifft, vage. Der erste Teil ist eine Paraphrase des handgeschriebenen Dokuments 1, aber aus dem gesamten Zeitraum des zweiten Weltkrieges ist eine zweite, übereinstimmende, eigenhändig geschriebene Aufzeichnung niemals von Kersten vorgezeigt worden; auch was die Dokumente 2 und 3 betrifft, verfügen wir nicht über die „echten“ Tagebuchaufzeichnungen, sondern ausschließlich über diese zwei maschinengeschriebenen Wiedergaben. Das grüne Notizheft mit Kerstens eigenhändig geschriebenen Tagebuch-Eintragungen für die Periode 28. April 1940 – 3. März 1945 wurde erst 1960 von der Witwe Kerstens im Nachlaß entdeckt; sie hatte es vorher niemals gesehen.

Wie bereits festgestellt, ist Dokument 3 die überarbeitete Version des Dokuments 2 – überarbeitet dadurch, daß Kersten am oder kurz vor dem 25. April 1941 „bei Dr. Brandt“ seine Aufzeichnungen von dem Deportationsplan angeblich mit den „Originalakten der Umsiedlung“ hatte vergleichen können. Daß vom Deportationsplan und von Kerstens Bericht darüber, wie er die Ausführung verhinderte, zwei Versionen existieren, war der Snouck Hurgronje-Kommission bekannt. Die Kommission spricht von „einem Bericht vom 17. April 1941“ (Dokument 2) und „einem zweiten Bericht – in etwas anderer Version“ (Dokument 3)¹⁸. Auf die Unterschiede ging die Kommission nicht weiter ein.

Die Anzahl der Unterschiede ist nicht gering: Sie beträgt 207. Hauptsächlich sind sie stilistischer Art. An 16 Stellen sind Synonyma gewählt, an 40 Stellen sind Sprach- und Tippfehler verbessert oder Rechtschreib- oder Interpunktionsänderungen angebracht worden, ein sprachlicher Fehler kam neu hinzu, an 128 Stellen sind Veränderungen angebracht worden, die man als stilistische Verbesserung oder terminologische Verdeutlichung ansehen kann, und an 4 Stellen wurde eine andere Unterschrift oder Schlußbezeichnung gewählt. Man kann hieraus folgern, daß der Urheber des Dokumentes 3 eine Version des Dokumentes 2 anfertigen wollte, die deutlicher und sprachlich sauberer war. Doch dabei ist es nicht geblieben. Es sind nämlich auch inhaltliche Unterschiede vorhanden, und zwar insgesamt 18.

¹⁸ Enq., Bd. VI b, S. 182.

Diese Unterschiede werden noch näher zu betrachten sein. Zunächst muß aber der Wortlaut des Dokumentes 2 bzw. 3 vorgestellt werden. Die Wörter oder Passagen, aufgrund derer das Dokument 3 vom Dokument 2 abweicht, sind durch kursiven Druck kenntlich gemacht; sämtliche Stellen, an denen inhaltliche Veränderungen – manchmal handelt es sich auch um Hinzufügungen – angebracht worden sind, wurden numeriert.

Die Umsiedlung des holländischen Volkes

Laut Geheimakten, die ich heute im Hauptquartier von Himmler sah, soll die Umsiedlung des holländischen Volkes am 20. April 1941 *verkündet* [1] werden, und dann beginnen. *Für die gesamte Umsiedlung* [2] sind 13 Monate und vier Tage vorgesehen. Es soll in zwei Etappen vorsichgehen. Als Erste sollen die Einwohner des katholischen südlichen Hollands und die belgischen Flamen 4 Millionen 600 000 nach dem Osten von Gross Deutschland verfrachtet werden. Anschließend die Bewohner der Nord-und-Ostprovinzen. Als zweite Etappe sollen dann die vier grossen Städte an die Reihe kommen, und zwar in folgender Reihenfolge: Den Haag, Amsterdam, Rotterdam und Utrecht. [3] Es wird mit einer Einwohnerzahl in Holland von acht Millionen zweihunderttausend bis achthunderttausend Menschen gerechnet. Das bewegliche Hab und Gut soll in Eisenbahnwaggons transportiert werden, ausserdem auch mit Schiffen bis Ostpreussen. Ältere, kranke und gebrechliche Menschen sollen mit Autobussen und mit der Eisenbahn abtransportiert werden, ebenso die Kinder. Die jüngeren Männer und Frauen sollen etappenweise Zu Fuss den Weg durch Deutschland machen. Die Versorgung dieser Menschen soll die Waffen SS übernehmen, und zwar sollen sie so versorgt werden, wie die Soldaten. Ebenso sollen die nach dem Osten umgesiedelten Holländer bis zur Einbringung der neuen Ernte, mit Lebensmitteln aus der Wehrmacht versorgt werden. In ihrer neuen Heimat¹⁹ wird ihnen Baumaterial zur Verfügung gestellt und guter, für die Landwirtschaft geeigneter Boden. Das Deutsche Reich will von sich aus sechs grosse Elektrizitätswerke bauen, damit das neue holländische Gebiet mit Strom und Kraft versorgt werden kann. Die Hauptstadt dieser neuen holländischen Provinz soll Lublin werden. Das Gebiet, das den Holländern zugewiesen wird, ist noch einmal so gross, wie das heutige Holland. Das Hauptgebiet liegt an der Weichsel und soll von der Weichsel bis an den Bug reichen. Gleich nach der Eroberung von Russland, soll auch Lemberg und das östlich von Lemberg gelegene Land, den Holländern gegeben werden. Doch da zur Zeit mit Russland noch kein Krieg ist, soll, so heisst es in den Akten, darüber nicht gesprochen werden. Der Umsiedlungsstab soll aus prominenten SS Führern bestehen, die sich bei der Umsiedlung der Balten aus Lettland und Estland in den Jahren 1939–1940 besonders bewährt haben. Auch, so steht in dem Schriftstück, sollen alle Erfahrungen, die bei der baltischen Umsiedlung seinerzeit gesammelt worden waren, jetzt verwertet werden. Die holländischen Nationalsozialisten (N.S.B.er) sollen vorläufig in Holland bleiben, während der Umsiedlung den Ordnungsdienst in Holland übernehmen und die reibungslose Umsiedlung genauestens mit überwachen. Vor allen Dingen, das sich niemand vor der Umsiedlung drücken kann und unter falschen Angaben zurückbleibt. Sämtliches totes Inventar, wie Wohnhäuser, Fabriken, Werke, Eisenbahnen u.s.w. ebenso der gesamte Grund und Boden, wird Eigentum des Deutschen Staates und gleichzeitig dem Reichskommissar für Festigung deutschen Volkstums übergeben. Die N.S.B.er haben dafür zu sorgen, dass die abziehenden Holländer nichts ver-

¹⁹ Hier ist ein Wort, wahrscheinlich „Lublin“, unlesbar gemacht worden.

nichten. Das holländische Bargeld soll in deutsches Geld umgewechselt werden. Das übrige Geld, das auf den Banken steht, soll auf Banken überwiesen werden, die jetzt im Gebiet von Lublin neu gegründet werden, die aber deutsche Banken sind. Nach Beendigung dieser Umsiedlung soll eine scharfe Durchsiegung der N.S.B.er vorsichgehen. Es muss genau festgestellt werden, wer von ihnen sich gross-germanisch gezeigt hat, und wer von ihnen mit den abziehenden Holländern sympathisiert hat. Der grössere Teil der eingeschriebenen N.S.B.er, so steht in dem Bericht, besteht aus Mitläufern und muss unter einem Vorwand zum Schluss auch nach dem Lubliner Land umgesiedelt werden. Sie können aber dort als Beamte oder Beamtinnen verwendet werden. Ebenso die gesamte marechaussee, die holländische Polizeitruppe, wird auch mit ihren Familien umgesiedelt. Die holländischen Juden sollen auch einbegriffen sein, doch hat der Reichsführer SS Himmler persönlich dafür zu sorgen, dass sie den Bestimmungsort nicht erreichen. Die restlichen N.S.B.er [4] die sich im Kampfe für die germanische Idee gut bewährt hätten, sollen nicht mit nach Lublin, da man es ihnen nicht zumuten kann, sondern diese haben Anspruch darauf, im Warthegau angesiedelt zu werden. Sollte jedoch der eine oder andere hohe N.S.B.-Führer Schwierigkeiten entgegensetzen, so ist er wie die Juden zu behandeln. Die Deutschen, die Jahrzehntlang in Holland leben, und in ihren Gefühlen und Gedanken schon ganz Holländer sind, obwohl sie vielleicht noch einen deutschen Pass haben, werden nie mehr gute Deutsche. Darum sind diese minderwertigen Deutschen Landesverräter mit den Juden gleichzustellen und als Juden zu behandeln.

Dass die N.S.B.er mit umgesiedelt werden sollen, nach Vollendung der grossen Umsiedlungsaktion, ist streng geheim und darf unter keinen Umständen bekannt werden. Denn sonst würde man der wertvollen Mitarbeit dieser Leute bei der Umsiedlung verlustig gehen. Im Gegenteil, man muss den N.S.B.ern zu verstehen geben, dass nach Abzug des holländischen Volkes, sie die alleinigen Herren auf holländischem Boden sein werden. Das wird sie zuversichtlich machen und ihren Fleiss anspornen. Gleichzeitig werden sie mit kolossalem Eifer dafür sorgen, dass viel wertvolles Material zurückbleibt und dass nichts vernichtet wird. Nach Abzug der Holländer wird Holland von der Waffen SS und der Allgemeinen SS, die dazu aufgeboten wird, sofort besetzt und übernommen. Erst dann soll die Umsiedlung der N.S.B.er beginnen. Der nun frei gewordene holländische Boden wird zur ersten SS Provinz des Grossdeutschen Reiches erklärt werden. Der für die Landwirtschaft geeignete Boden soll in Höfe von 60–100 ha eingeteilt werden und soll von SS Jungbauern aus dem Altreich, die nach rassischen und politischen Gesichtspunkten ausgewählt werden, sofort verteilt werden.

Utrecht soll die neue Provinzhauptstadt werden. An der ganzen Küste entlang soll sich ein Riesenfestungswerk erstrecken, was mit einer Tiefe von 30 km angelegt werden wird. Der schlechte Boden in Holland soll aufgeforstet werden. *Dieses alles soll in einem Vierjahresplan durchgeführt werden und vollendet.* [5] Zum Umsiedlungskommissar wurde von Hitler der Reichsführer SS Himmler bestimmt, mit dem ausdrücklichen Befehl von Hitler, während der gesamten Umsiedlungszeit persönlich die Sache zu überwachen. Himmler soll für diese Zeit für seine anderen Aufgaben Vertreter ernennen, er soll sich nur persönlich der Umsiedlung widmen und der Neuorganisation der Waffen SS. Rost van Tonningen soll der einzige Vertraute von Himmler sein, der ihm bei der Umsiedlung zur Seite stehen wird.

Felix Kersten

Voller Schaudern habe ich heute am 1. März 1941 [6] um sechs Uhr abends, diese Akten [7] gelesen. Das Schriftstück befindet sich in einem gelben Schnellhefter und

umfasst 43 mit der Maschine geschriebene Seiten. *Unterschieden ist es von Hitler.* [8] Bezeichnet ist die Akte als „Geheime Reichsache“. Dieses Dokument trägt die Überschrift: „Die Umsiedlung des holländischen Volkes.“ Ich habe das Gefühl, dass hier die Feinde der Menschheit am Werk sind und aus einem Minderwertigkeitsgefühl heraus, das holländische Volk vernichten wollen. Das muss ich verhindern. Aber wie?

Felix Kersten

[9] 2. März 1941

Ich konnte heute die ganze Nacht nicht schlafen, so hat mich dieses Schriftstück aufgeregt. Ich sehe vor mir das Unglück meines armen, holländischen Volkes.

*Bruck a. d. Mur*²⁰ 4. März 1941 [10]

Um 9 Uhr morgens gehe ich zum Frühstück ins Casino. Ich sehe Heyderich²¹, und wie ich glaube, Rauter²², an einem Tisch sitzen und eifrig miteinander diskutieren. Ich höre Heyderich laut zu seinem Gegenüber sagen: „Das wird in Holland einen Schreck geben!“ Die Antwort von dem SS Führer, der mit dem Rücken zu mir sass, konnte ich, ebenso wie das folgende Gespräch, nicht verstehen, da Heyderich und nach der Figur zu urteile: Rauter am anderen Ende des Saales waren. Ich beschloss aber nun zu handeln. Um 10 Uhr bin ich bei Himmler zur Behandlung, er ist guter Laune. Ich frage ihn spontan: „Wann wird eigentlich die Umsiedlung des holländischen Volkes vorsichgehen?“ Himmler antwortet sofort: „Am 20. April, am Geburtstag des Führers beginnen wir damit.“ Plötzlich sieht er mich scharf an und sagt: „Woher wissen Sie denn das?“ Ach, sage ich, das habe ich vorhin im Casino gehört, als Heyderich sich mit einem SS Führer darüber unterhielt!“ Himmler sieht mich ganz entsetzt an und sagt: „Um Himmels willen, wie diese Herren aber auch mit geheimen Reichssachen umgehen! Das ist doch wirklich die Höhe! Außerdem wissen sie ja noch garnichts Genaueres darüber. Man müsste doch beiden eins hinter die Löffel hauen.“ Ich beruhige Himmler und meine, Dass es mir sehr unangenehm sei, dass ich ihm das gesagt habe. Ich wolle unter keinen Umständen den beiden Herren Schwierigkeiten machen, und ich bat ihn, das für sich zu behalten, *dies tat er auch.* [11] Nach einigen Minuten sagte er: „Nun, die Öffentlichkeit wird das ja doch bald erfahren, und das wird in Holland und in England eine Geheule geben! Die Engländer werden dann wohl endlich begreifen, wie dumm und gefährlich es war, das nationalsozialistische Deutschland anzugreifen. Nach der Umsiedlung wird es Schluss sein für England mit Bundesgenossen auf dem Kontinent.“ Es ginge nicht an, so erklärte mir Himmler, daß an der deutschen Rheinmündung und an der Nordseeküste ein Volk sässe, dass immer deutscheindlich wäre und immer im Dienste von England stünde. Damit muss aufgeräumt werden, das muss endgültig aufhören. In diesem schweren Krieg, den Deutschland um der germanischen Mission willen führe, haben wir, so sagt Himmler²³, im freundschaftlichen Kampfe besetzt, um den Holländern endlich mal die Chance zu geben, sich zu besinnen, wohin sie eigentlich gehören. Wir nahmen an, dass nun die Vernunft und das germanische Blut dort siegen würde, und dass nun die Holländer sich geschlossen zu Deutschland bekennen, um gemeinsam ein grosses germanisches Reich aufzubauen. Und womit antworteten

²⁰ Richtig: Mur.

²¹ Richtig: Heydrich.

²² SS-Brigadeführer H. A. Rauter war in den besetzten Niederlanden Höherer SS- und Polizeiführer und Generalkommissar für das Sicherheitswesen.

²³ Vermutlich ist ein Wort wie „Holland“ fortgefallen.

die elenden verjudeten Krämer-Parasysten? Mit Nadelstichen, Widerspenstigkeit, Nörgeln und mit Sabotage. Sogar *kleine Aufstände* [12] haben diese Pseudo-Helden schon versucht, sie fühlten sich als Märtyrer, wenn man sie dabei erwischte. Nun, diesem Märtyrervolk werden wir schon das klare, nationalsozialistische Denken beibringen. In der Gegend von Lublin können sie ja zeigen, was sie wert sind.“ Ich entgegne ihm, dass dies doch eine grausame perverse Härte ist gegen dieses kleine Volk, das doch in allen Jahrhunderten seinen Mann gestande hat, wie die Geschichte es doch beweist. Ausserdem, meine ich, wo sollten denn in Lublin und auf dem Lande so viele Menschen untergebracht werden: so viele Gebäude gibt es doch dort garnicht. Sollen die Menschen unter freiem Himmel kampieren? Himmler antwortet: „Das ist ganz klar, dass das Verweichlichte und Schwache dort zu Grunde gehen wird. Aber der Führer nimmt an, der grössere Teil wird es überstehen. Das ist genau so, wie beim Wild, das schwache Tier geht ein, das starke setzt sich durch. Ausserdem geht es jetzt dem Sommer zu, und dann hat man je Zeit genug sich eine Unterkunft zu bauen. Natürlich wird man dort nicht mühelos von Dividenden leben können und sich die Fingernägel putzen. Sondern man wird da arbeiten müssen.“ Ich sehe nun ein, dass es zwecklos ist, weiter zu reden. Aber ich muss dem holländischen Volk helfen, das ist mir klar. Und so beginne ich dann meinen Kampf. Der Gesundheitszustand von Himmler verschlechtert sich. Ich mache ihn darauf aufmerksam, dass seine Nerven zu stark belastet sind, und die Umsiedlung würde eine enorme Belastung seiner Gesundheit werden. Ausserdem hielte ich jetzt im Krieg die Umsiedlung von acht Millionen Menschen für die Transportmittel für untragbar. Das Marschieren von Millionen von Menschen durch Deutschland würde die Strassen sehr verstopfen und Truppenverschiebungen von Osten nach Westen oder umgekehrt, stark behindern. Er solle doch nur daran denken, was für grosse Schwierigkeiten die französische Armee bei Truppenverschiebungen gehabt hat, weil die Strassen durch flüchtende Zivilisten verstopft waren. So etwas könnte dann auch sehr leicht in Deutschland eintreten, besonders da die Holländer doch nicht so diszipliniert sind, wie die Deutschen. Himmler meint darauf, das würden die noch lernen. Ich erwidere, ich verstehe nicht, dass ein Mann, der doch so klug und überlegen ist, wie er es ist, jetzt etwas so Übereiltes tun wolle. Ja, wenn er ganz gesund wäre, dann würde es kein Risiko für seinen Organismus sein. Aber unter diesen Umständen halte ich es für seine Gesundheit für gefährlich. Für die holländische Umsiedlung ist doch nach dem Kriege Zeit genug, dann könnte sie in aller Ruhe noch gemacht werden. Die Geschichte würde einmal über ihn, Himmler, lachen, über seine Übereilung. Das würde nicht auf Hitler fallen, sondern auf ihn. Die Geschichte würde dann sagen: „Konnte der Hitzkopf Himmler nicht damit warten, bis er gesund war?“ Solche und ähnliche Unterhaltungen fanden jetzt jeden Tag statt und zwar in *Bruck a. d. Murr in der Steyermark, in Himmlers Hauptquartier*. [13] Himmler ist sehr krank und sehr abhängig von mir, und meine Behandlungen beginnen, nicht wie sonst zu wirken!!!! worüber er sehr verzweifelt ist. Ich mache ihm klar, dass sein Körper nervlich völlig erschöpft ist, und ich könnte nicht für den Erfolg garantieren, wenn er nicht eine grössere Ruhepause einschalten würde. Himmler bittet mich, alles zu tun, was in meinen Kräften stünde, denn er könne jetzt nicht versagen. Das würde für Hitler ein furchtbarer Schlag sein. Ich antworte ihm, wenn er verlange, dass ich ihn arbeitsfähig erhalte, so müsse er sich auch meinen Anordnungen fügen. Vor allem dürfe er nicht noch mehr Arbeit übernehmen. Denn wenn man eine 6 Ampère Lichtleitung mit 10 Ampère belastet, dann brennt die Sicherung durch.

Nun ist der Feldzug in Jugoslawien zu Ende, [14] *das Hauptquartier wird nach Berlin verlegt, dort sprechen wir über die holländische Umsiedlung weiter*. [15] Himmler erklärt mir, der Führer (Hitler) wird an seinem Geburtstag öffentlich bekannt

geben, dass das holländische Volk zu unwürdig wäre, auf seinem jetzigen Boden zu leben. Daher hätte er, Hitler, beschlossen, es in die Gegend von Lublin umzusiedeln. Mittlerweile ist nun durchgesickert, dass der Feldzug gegen Russland vorbereitet wird. Himmler muss jetzt noch Riesen-Umorganisationen bei seiner Waffen SS durchführen, bei diesem katastrophalen Gesundheitszustand!! Ich biete meine ganze Überredungskunst auf, unter Ausnützung seiner schlechten körperlichen Verfassung, das holländische Volk jetzt nicht umzusiedeln. Denn es ist mir klar, es würden dabei Millionen zu Grunde gehen. Und ich bin der Einzige, der Holland retten kann und muss. Ich habe General Roell²⁴ versprochen für Holland zu arbeiten. Ich stehe auf dem Standpunkt: Zeit gewonnen, alles gewonnen! Denn es ist mir heute schon klar, Deutschland kann den Krieg nicht gewinnen.

Berlin [16] 16. April 1941

Heute haben sich Himmlers Magenkrämpfe derart verstärkt, dass ich heute dreimal zu ihm gerufen bin, um den Krampf zu beseitigen. Das letzte mal um 10 Uhr abends. Er liegt völlig ermattet auf seiner Chaiselongue und windet sich vor Schmerzen. Als ich in Himmlers Zimmer komme, sagt er zu mir: „Bitte, bitte helfen Sie mir, ich kann es vor Magenkrämpfen nicht mehr aushalten.“ Ich antworte: „Ja, ich will Ihnen helfen, aber Sie müssen auch auf mich hören und das tun, was ich Ihnen vorschlage und für Ihre Gesundheit für das Beste halten. Wenn Sie aber das nicht tun, so fürchte ich, jetzt ist die Stunde da, wo ich am Ende meiner Kunst bin! Ich kenne Ihren Nervenzustand, wie kein anderer und weiss genau, was Sie sich zumuten können und was nicht.“ Ja, sagte Himmler, ich tue schon alles was Sie sagen, nur befreien Sie mich jetzt von diesen Schmerzen!“ Gut, sage ich und beginne die Behandlung. Nach einigen Minuten lassen die Magenkrämpfe nach, und Himmler ist sichtlich erleichtert. Ich stelle ihm vor, dass die Krämpfe von der starken Arbeitsüberlastung kommen, und das ginge nun nicht so weiter. Er müsse jetzt wählen zwischen Zugrundegehen oder Lebenbleiben, einen Kompromiss gebe es nicht mehr! Die unwichtigen Arbeiten müssen jetzt zurückgestellt werden, er dürfe nur das Wichtige im Auge behalten. Daher müsse diese unwichtige Umsiedlung des holländischen Volkes verschoben werden, bis es ihm Himmler, gesundheitlich besser ginge. Am besten wäre es, diese Riesen-Arbeit bleibe bis nach dem Kriege. Denn wenn er es so weiter mache, würde er zusammen brechen. Und was würde dann die Geschichte von ihm sagen? Sie würde sagen: „Himmler war auch einer von den Blöden, die sich ihre Arbeit nicht einteilen konnten. Nein, erwiderte Himmler, das soll die Geschichte von mir nicht sagen. Ja, aber was raten Sie mir denn zu tun? Ich riet ihm, sofort zu Hitler zu gehen und ihm zu sagen, dass die Umsiedlung der Holländer jetzt nicht gemacht werden könne, *sondern bis nach dem Krieg bleiben müsse* [17], der grossen Umgruppierungen der Waffen SS und der Überlastung der Eisenbahn wegen. Hitler solle die Ankündigung der Umsiedlung der Holländer aus der Geburtstagsrede streichen. Himmler antwortete, er wäre für morgen 1 Uhr zu Hitler beordert, dann wolle er das zur Sprech bringe. Aber er müsse ohne Magenkrämpfe sein., sonst könne er nicht zum Führer gehen. Ich garantiere ihm, dass er am nächsten Tag ohne Krämpfe sein wird. Am folgenden Morgen um 10 Uhr bin ich wieder bei Himmler. Er hat die Nacht gut geschlafen und keine Schmerzen gehabt. Er ist mir sehr dankbar, dass er wieder schmerzfrei ist. Nach der Behandlung sage ich noch einmal, er solle nun an seine Gesundheit denken und die Umsiedlung der Holländer bis nach dem Kriege verschieben. Um 1 Uhr fährt Himmler zu Hitler.

²⁴ Ein Sohn des Alt-Heereskommandanten, Generalleutnant A. D. W. Röell, war vor dem Kriege Patient von Kersten gewesen.

17. April 1941

Soeben habe ich [18] Himmler telefonisch gesprochen, er war bei Hitler und teilte mir darüber folgendes mit: Er hat Hitler meinen Vorschlag unterbreitet, und nach einigem hin und her ist Hitler einverstanden, die Umsiedlung des holländischen Volkes bis nach dem Kriege zu verschieben. Das hat Himmler sich von Hitler gleich in einem Brief bescheinigen lassen. Himmler sagte wörtlich: „Nun habe ich Ihren Wunsch erfüllt und Ihren Holländern beim Führer eine Galgenfrist durchgesetzt. Es ist schon richtig, dass ich meine Gesundheit für grössere Aufgaben schonen muss. Ausserdem haben wir jetzt keine Transportmittel für die Umsiedlung frei. Aber gleich nach dem Sieg, werde ich doch damit beginnen müssen.“ Ich erwidere, die Geschichte würde einmal darüber schreiben, dass dies eine kluge Tat von Himmler war die Umsiedlung nicht zu einer ungeeigneten Zeit vorzunehmen, sondern in weiser Voraussicht bis nach dem Kriege damit zu warten.

Heute bin ich so unendlich glücklich, denn ich habe das holländische Volk doch noch gerettet. Nach der Behandlung fuhr ich nach meinem Gut Hartzwalde. Auf meinem Schreibtisch stehen die Bilder der Königin Wilhelmina und des Prinzen Heinrich der Niederlande. Ich pflücke im Garten einen Strauss von Schneeglöckchen und Krokus und stelle ihn neben die Bilder. Das ist ein stummer Gruss von mir an Holland. Möge Gott mir weiter helfen, Holland zu schützen.

Hartzwalde den 17. April 1941

Felix Kersten

Zusammengefaßt handelt es sich also um die folgenden 18 inhaltlichen Veränderungen, die den Hauptunterschied zwischen Dokument 2 und Dokument 3 ausmachen:

[1] „*verkündet*“ wurde geändert in „*angeordnet*“.

Selbstverständlich ist „*angeordnet*“ etwas völlig anderes als „*verkündet*“: in „*verkündet*“ ist das Element des Publimachens enthalten. Diese Änderung steht übrigens im Widerspruch zu der Tatsache, daß in Dokument 3 unter dem Datum vom 16. April 1941 der Satz: „Hitler solle die Ankündigung der Umsiedlung der Holländer aus der Geburtstagsrede streichen“, verwendet worden ist; am 16. April soll demnach festgestanden haben, daß Hitler „in seiner Geburtstagsrede“ die Deportation bekanntgeben würde.

[2] „*Für die gesamte Umsiedlung*“ ist geändert in „*Für den ersten Teil der Umsiedlung*“.

Es ist merkwürdig, daß, während in Dokument 3 der Zeitraum („13 Monate und vier Tage“) nur auf „den ersten Teil der Umsiedlung“ bezogen wird (die Deportation der Flamen und der Bevölkerung der Süd-, Ost-, und Nordniederlande), für den zweiten Teil jedoch keinerlei Zeitangaben gemacht werden.

[3] Hinzugefügt ist: „*Außerdem auch Antwerpen*“.

[4] Hinzugefügt ist: „*und die höheren Führer der N.S.B.*“

[5] Der Satz: „*Dieses alles soll in einem Vierjahresplan durchgeführt werden und vollendet*“, ist gestrichen.

In Dokument 2 bezieht sich der „Vierjahresplan“ vermutlich (ganz deutlich wird es da nicht) auf den Bau des „Riesenfestungswerkes“ und auf das „Aufforsten“ des „schlechten Bodens“. Fand Kersten den Begriff „Vierjahresplan“ bei der sog.

zweiten Lektüre der „Originalakten der Umsiedlung“ nicht wieder? Dann fragt man sich, warum er wohl bei der ersten Lektüre darauf stieß. In Dokument 1 steht: „Schlechter Boden aufforsten in 4 Jahres Pl[an]“.

[6] Hinzugefügt ist: „in Berlin“.

[7] Hinzugefügt ist: „im Zimmer von Dr. Brandt“.

[8] Der Satz „*Unterschrieben ist es von Hitler*“ ist geändert in „*Die ersten vier Seiten sind von Hitler persönlich unterschrieben. Die folgenden Seiten enthalten Ausführungsbestimmungen*“. Es wäre nicht unwahrscheinlich, daß ein Dokument von 43 Seiten einen kurzen allgemeinen Teil enthalten haben soll und daran anschließend einen viel längeren mit „Ausführungsbestimmungen“. Der Unterschied wird jedoch nirgendwo aus dem Inhalt der Dokumente 1, 2 und 3 sichtbar.

[9] Hinzugefügt ist „Berlin“.

[10] Die Wörter „*Bruck a. d. Murr 4. März 1941*“ sind weggefallen.

[11] Der Passus „*dies tat er auch*“ ist ersetzt durch „*was er mir auch verspricht*“. Das ist eine merkwürdige Änderung. Dokument 2 berichtet, daß Himmler am 4. März 1941 Heydrich und „wie ich glaube, Rauter“ einen scharfen Anpfiff geben wollte: sie sollten sich ja im Casino so laut über eine „geheime Reichssache“ unterhalten haben, daß Kersten einen Teil ihres Gespräches belauschen konnte. Aber Kersten bat Himmler, „dies für sich zu behalten, dies tat er auch“. Woher wußte Kersten, wenn er wirklich am 4. März den Text des Dokuments 2 geschrieben hat, daß Himmler den Herren keine Zurechtweisung erteilt hat? Diese Zurechtweisung hätte sehr wohl einen Tag oder eine Woche später erfolgen können. Ist der Text von Dokument 2 etwa nach dem 4. März geschrieben? Dokument 3 wählte eine Formulierung („was er mir auch verspricht“) die keinen Anlaß zu dieser Frage mehr gab.

[12] „*Kleine Aufstände*“ ist geändert in „*einen kleinen Aufstand*“. „Kleine Aufstände“ hatte es im besetzten Holland zwischen dem 14. Mai 1940 und 4. März 1941 nicht gegeben, dafür war es aber am 25. und 26. Februar 1941 in Amsterdam zu dem großen Februarstreik gekommen. Dieser läßt sich als ein „kleiner Aufstand“ bezeichnen. Dann ist es jedoch merkwürdig, daß der Begriff „Streik“ oder ähnliches weder in Dokument 2 noch in Dokument 3 vorkommt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß Kersten die Niederlande gut kannte, daß Himmler genauestens informiert war über den Verlauf des Streiks, daß Himmler (nach Kerstens Darstellung) sich im allgemeinen ihm gegenüber sehr vertraut äußerte und daß ihr angebliches Gespräch am 2. bzw. 4. März, also 3 bzw. 5 Tage nach dem Februarstreik stattgefunden hätte.

[13] Die Ortsangabe „*Bruck a. d. Murr in der Steyermark, in Himmlers Hauptquartier*“ ist ersetzt durch „*Berlin und in Himmlers Hauptquartier in Bruck a. d. Murr in der Steyermark*“.

[14] Die Passage „*Nun ist der Feldzug in Jugoslawien zu Ende*“ ist ersetzt durch „*Nun ist der Feldzug in Jugoslawien so gut wie entschieden und wird wohl bald zu Ende sein*“.

[15] Der Satz „*Das Hauptquartier wird nach Berlin verlegt, dort sprechen wir über die holländische Umsiedlung weiter*“ ist fortgefallen.

[16] „*Berlin*“ ist ersetzt durch „*Führerhauptquartier*“.

[17] Die Stelle „*sondern bis nach dem Krieg bleiben müsse*“ ist fortgefallen. Es kann sein, daß es bei der Umarbeitung von Dokument 2 zu Dokument 3 als verdächtig empfunden wurde, daß Kersten es gewesen sein soll, der diese Worte als erster gebraucht hat.

[18] Hinzugefügt ist: „*um 2 Uhr 45 nachmittags*“.

Betrachten wir nun diese inhaltlichen Änderungen genauer, so fällt als erstes auf, daß Kersten, der nach seiner eigenen Darstellung am oder kurz vor dem 25. April 1941 „ein zweites Mal“ Gelegenheit gehabt haben soll, die „Originalakten der Umsiedlung“ „bei Dr. Brandt“ zu lesen (und in viel größerer Ruhe als beim ersten Mal: der gesamte Deportationsplan war ja aufgeschoben) dem Dokument 2 in Dokument 3 inhaltlich wenig über den Plan hinzuzufügen fand. Wir finden in Dokument 3 nur drei neue Details: nämlich, daß der Termin „13 Monate und vier Tage“ sich ausschließlich auf „den ersten Teil der Umsiedlung“ bezieht, (Änderung 2) daß die Bevölkerung von Antwerpen gesondert deportiert werden soll (Änderung 3) und daß nicht nur die „restlichen N.S.B.er“, sondern auch „die höheren Führer der N.S.B.“, soweit sie großgermanisch eingestellt sind, in den „Warthegau“ gehen können (Änderung 4). Das ist ein recht klägliches Resultat einer angeblichen zweiten Lektüre.

Konfrontiert man den Inhalt des Deportationsplans und Kerstens weiteren Bericht darüber Stück für Stück mit gesicherten historischen Fakten und Realitäten, so ergibt sich einigermassen Anlaß zu Zweifeln an seinen Angaben:

1. Hitler pflegte an seinem Geburtstag keine Ansprache zu halten; auch am 20. April 1941 hat er keine Ansprache gehalten. Es konnte also kaum eine Passage aus dem Text gestrichen werden.
2. Konkrete Pläne, die ganze Völker in ihrer Existenz bedrohten, waren von Hitler und den Seinen niemals in alle Welt hinausposaunt worden, da dieses die Ausführung der Pläne in hohem Maße erschwert hätte, ganz abgesehen von den verheerenden Auswirkungen derartiger Publizität für das internationale Ansehen Deutschlands.
3. Obwohl sich der Deportationsplan auf das gesamte niederländische Volk und auf die Flamen beziehen sollte, meldet Kersten hinsichtlich Flanderns und der Flamen in Dokument 2 keine einzige Besonderheit; in Dokument 3 wird nur noch Antwerpen eigens erwähnt (Textvariante 3).
4. Wenn man von Kerstens Zahlenangaben ausgeht, dann sollte sich die Deportation auf 12,8 bis 13,4 Millionen Menschen beziehen. Sie hätte als ganzes oder „für den ersten Teil“ in 13 Monaten und 4 Tagen – wir wollen sagen: in 57 Wochen – durchgeführt werden müssen. Das würde darauf hinauslaufen, daß (wir folgen jetzt der Darstellung von Dokument 3 und nicht von Dokument 2) vom 20. April 1941 ab gerechnet, in 57 Wochen 4,6 Millionen Flamen deportiert werden sollten und dazu die Bevölkerung des „katholischen südlichen

Holland“ (Limburg und Nord-Brabant) und die „Bewohner der Nord- und Ost-Provinzen“ (Groningen, Friesland, Drente, Overijssel, Gelderland). In den genannten Provinzen wohnten ca. 4,3 Millionen Niederländer; die Mitglieder der NSB mit ihren Familien muß man von der Zahl abziehen. Wenn wir nun eine Verminderung um 100 000 annehmen, befinden wir uns sicher in der richtigen Größenordnung. Im ganzen sollten also in 57 Wochen ca. 8,8 Millionen Menschen umgesiedelt werden, gut 150 000 pro Woche und dazu noch „das bewegliche Hab und Gut“. Und das, obwohl Hitler im Dezember 1940 beschlossen hatte, Ende Mai 1941 die Sowjetunion anzugreifen – eine militärische Operation, die an das gesamte deutsche Transportwesen die höchsten Anforderungen stellte.

5. „Die jüngeren Männer und Frauen“ sollten zu Fuß quer durch Deutschland marschieren müssen, versorgt von der Waffen-SS. Die Waffen-SS besaß aber keine einzige Organisation, um diese Massen von Menschen, die sich dann durch Deutschland bewegt hätten, praktisch aufzufangen; in Wirklichkeit wurde die Waffen-SS in diesem Zeitraum, soweit sie nicht Garnisonsfunktionen in den besetzten Ländern hatte, größtenteils für die Feldzüge auf dem Balkan und gegen die Sowjetunion konzentriert²⁵.
6. Weder Dokument 2 noch Dokument 3 enthält einen einzigen Hinweis darauf, was mit der Bevölkerung der Gebiete um Lublin und Lemberg geschehen sollte, wo in gut einem Jahr fast 9 Millionen Niederländer und Flamen ankommen würden.
7. Es ist seltsam, daß die Marechaussee [Gendarmerie] extra genannt wird. Sie bildete nur einen kleinen Teil des niederländischen Polizeiapparates: zu Beginn des Jahres 1941 gab es neben 4000 Mann Marechaussee schon mindestens 14 000 Mitglieder der Gemeindepolizei.
8. Es besteht keinerlei Veranlassung zu der Annahme, daß Hitler und Himmler wirklich das Vertrauen hatten, daß sich die Mitglieder der NSB nach der offiziellen Bekanntgabe der Deportation des gesamten niederländischen Volkes bereitfinden würden, die Rolle zu spielen, die ihnen in dem Plan zugedacht war; in der Sicht von Hitler und Himmler war die NSB nämlich gerade viel zu „niederländisch“, zu „nationalistisch“²⁶.

²⁵ Die „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ wurde ab 22. März 1941 nach Bulgarien versetzt, die SS-Division „Das Reich“ ab 31. März 1941 aus Frankreich nach Rumänien. Die „SS-Totenkopf-Division“ und die SS-Polizei-Division befanden sich im April 1941 in Frankreich, die SS-Division „Wiking“ befand sich in Württemberg. Eine SS-Kampfgruppe Nord lag vermutlich bei Stettin. Von den SS-Standarten lagen Nr. 1, 2, 8 und 10 in Polen; 4 und 14 wurden aus den besetzten Niederlanden nach Polen verfrachtet und Nr. 9 lag in Prag. Der genaue damalige Standort einiger Standarten und einiger kleiner Reserveeinheiten ist nicht bekannt. Der Verfasser verdankt diese Angaben N. K. C. A. in 't Veld, der für das Rijksinstituut die Dokumente aus dem SS-Archiv ediert.

²⁶ Vgl. das Urteil Seyss-Inquarts über Mussert: „seiner Prägung nach ein liberaler Nationalist mit dem Versuch faschistischer Methoden, der letztlich vor dem Großdeutschen Reich Angst hat.“ Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande, Stuttgart 1968 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17), S. 106.

9. Daß Himmler „persönlich dafür sorgen“ sollte, daß die Reichsdeutschen, die „schon ganz Holländer sind“, auf dem Weg nach Polen aus dem Weg geräumt werden sollten, ist ein unglaubwürdiges Detail.
10. Was die Niederlande als „SS-Provinz“ betrifft, vermeldet Kersten zwar den Einsatz von „SS-Jungbauern“; er sagt aber nicht, was mit den zurückgelassenen „Fabriken, Werken“ geschehen sollte.
11. Es wirkt befremdend, daß Himmler sich persönlich und ausschließlich der Ausführung des Deportationsplanes und der „Neuorganisation der Waffen-SS“ widmen sollte. Warum konnte er nicht auch für diese Aufgaben „Vertreter“ ernennen? Und warum ging Hitler darauf ein, daß Himmler sich auf die „Neuorganisation der Waffen-SS“ beschränkte? Tatsächlich war von einer Ende April 1941 beginnenden „Neuorganisation der Waffen-SS“, auf die Himmler sich konzentriert haben sollte, keine Rede, auf keinen Fall von einer derartigen „Neuorganisation“, die Himmlers ausschließliche Aufmerksamkeit erfordert hätte²⁷.
12. Auch die Rost van Tonningen zugewiesene Rolle entbehrt jeder Glaubwürdigkeit. In seiner erhaltengebliebenen Korrespondenz findet sich kein einziger Hinweis, der zu der Annahme berechtigt, daß er sich bereitgefunden hätte, Himmler „bei der Umsiedlung zur Seite [zu] stehen“, auch ist keine Angabe bekannt, aus der man ableiten könnte, daß Hitler und Himmler ihm diese besondere Funktion jemals hatten anvertrauen wollen.

Nehmen wir die Dokumente 2 und 3 als das, was sie sind, so bestehen also schon jetzt eine Anzahl von Gründen, um an der Existenz des Deportationsplanes, an der Richtigkeit von Kerstens Darstellung und infolgedessen an der Authentizität seiner Beweisstücke zu zweifeln²⁸.

Man kann wieder einen Schritt vorankommen, wenn man beachtet, an welchen Orten und welchen Daten Kersten seine Darstellung spielen läßt. Es ist an sich schon befremdend, daß diese Orte und Daten in den Dokumenten 2 und 3, die mit maximal acht Tagen Zwischenzeit (17.–25. April 1941) angefertigt sein und authentische Tagebuchaufzeichnungen wiedergeben sollen, sich grundlegend voneinander unterscheiden.

Zunächst sind folgende feststehende Tatsachen zu vermerken:

Hitler befand sich zur Zeit des Februarstreiks auf dem Obersalzberg²⁹; mit zwei kurzen Unterbrechungen hielt er sich dort vom 7. Februar bis zum 14. März 1941

²⁷ Die Waffen-SS wurde zunächst allmählich vergrößert: 124 199 Mann im Mai 1940, 160 405 im Juni 1941, 246 717 zum 31. Dezember 1942, 501 049 zum 31. Dezember 1943. Die schnelle Ausbreitung der Waffen-SS hat also erst nach dem 31. Dezember 1942 stattgefunden. Vgl. K. G. Klietmann, *Die Waffen-SS. Eine Dokumentation*, Osnabrück 1965, S. 499 ff.

²⁸ Anzuführen wäre auch noch die Tatsache, daß sich Rauter am 4. (bzw. 2.) März in den besetzten Niederlanden befand, nicht in Hitlers Hauptquartier; da Kersten in den Dokumenten 2 und 3 aber schreibt „wie ich *glaube*, Rauter“, ist diesem Punkt nicht allzuviel Bedeutung zuzumessen.

²⁹ Präzise Angaben bei A. Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*, Frankfurt a. M. 1965, S. 685 ff.

auf. Am 25. März war er in Wien zur Unterzeichnung des Protokolls, in dem sich die jugoslawische Regierung dem Dreimächtepakt anschloß; dieselbe Regierung wurde jedoch in der Nacht vom 26. auf den 27. März gestürzt. Am 27. März befahl Hitler die Zerschlagung Jugoslawiens, die mit der schon zuvor beschlossenen Invasion Griechenlands (von Bulgarien aus) verbunden wurde. Die beiden Invasionen begannen am 6. April 1941. Im Zusammenhang damit wurde das Führerhauptquartier am 11. April 1941 in das Bahnhofsgelände des kleinen Ortes Mönichkirchen verlegt³⁰, das in 80 km Luftlinie süd-südwestlich von Wien liegt; in Mönichkirchen feierte Hitler, nachdem die jugoslawische Armee am 17. April kapituliert hatte, am 20. April seinen Geburtstag. Er verließ Mönichkirchen am 26. April.

Was Himmler angeht, so sind die Belege für seinen jeweiligen Aufenthalt spärlicher. Folgendes steht jedoch fest: am 25. Februar 1941 befand sich Himmler in München³¹, am 1. März in Gleiwitz und Auschwitz; er kam noch am 1. März in Breslau an³², wo er am 2. März eine Ansprache vor den aus der Bukowina nach Deutschland umgesiedelten Volksdeutschen hielt³³. In Berlin hielt er sich mit Sicherheit am 16. März³⁴, am 21. März³⁵, am 26. März³⁶ und am 30. März³⁷ auf. Himmlers Hauptquartier befand sich „etwa in der Zeit vom 10. April 1941 bis 2. oder 3. Mai 1941“ im Hotel „Zum Schwarzen Adler“ in Bruck an der Mur; in diesem Ort stand damals auch Himmlers „Sonderzug Heinrich“³⁸. Fest steht außerdem, daß Himmler sich am 15.³⁹ und am 20. April (Hitlers Geburtstag)⁴⁰ im Führerhauptquartier aufhielt, also in Mönichkirchen.

Zu überprüfen sind nun die von Kersten angegebenen Orte und Daten. Dokument 2 gibt folgende Darstellung:

Am 1. März 1941 liest Kersten in Berlin den Deportationsplan. Am 4. März hört er in „Bruck an der Murr“, wo Himmler sein Hauptquartier errichtet hat, die Unterhaltung zwischen Heydrich und „ich glaube, Rauter“ mit und führt ein langes Gespräch mit Himmler. Am 4. März bestand aber für Himmler überhaupt kein Anlaß, sein Hauptquartier in Bruck an der Mur, dicht an der jugoslawischen Grenze, aufzuschlagen: die Invasion in Jugoslawien wurde erst am 27. März be-

³⁰ Brief des Bürgermeisters von Mönichkirchen an den Vf. v. 11. 7. 1972.

³¹ Völkischer Beobachter v. 25. 2. 1941.

³² „Programm für Sonnabend den 1. März 1941“ in den Akten Pers. Stab Reichsführer SS, Archiv des IfZ, Mikrofilm MA-312, S. 2608.

³³ Völkischer Beobachter, 3. März 1941.

³⁴ Ebda., 17. März 1941.

³⁵ Ebda., 23. März 1941.

³⁶ Ebda., 27. März 1941.

³⁷ Ebda., 31. März 1941.

³⁸ Himmler und die Mitglieder seines Stabes sind unter dem 12. April 1941 im Gästebuch des Hotels „Zum Schwarzen Adler“ eingeschrieben. Brief des Bürgermeisters von Bruck an der Mur an den Vf. v. 17. 7. 1972.

³⁹ Ein Brief Himmlers an Seyss-Inquart vom 15. April 1941 trägt als Ortsangabe „Führerhauptquartier“. Rijksinstituut, Sammlung Fotokopien aus dem Berlin Document Center (im folgenden zit. BDC), 618.

⁴⁰ Völkischer Beobachter, 21. April 1941.

geschlossen. Himmler schlug sein Hauptquartier erst „etwa in der Zeit vom 10. April 1941“ in Bruck auf.

Nach dem 4. März wird die Datierung in Kerstens Darstellung undeutlich (für Tagebucheintragen an sich schon bedenklich), aber am 16. April sind Kersten und Himmler wieder in Berlin. Kurz davor heißt es ja „Nun ist der Feldzug in Jugoslawien zu Ende, das Hauptquartier wird nach Berlin verlegt“. In Berlin muß Kersten Himmler am 16. April dreimal behandeln. Der Passus, der mit „16. April 1941“ überschrieben ist, beschreibt übrigens am Schluß Ereignisse vom 17. April. An jenem 17. April begibt Himmler sich um 13 Uhr zu Hitler, und kurze Zeit später (nach Dokument 3: eindreiviertel Stunden später) erfährt Kersten telefonisch von Himmler, daß die Ausführung des Deportationsplanes aufgeschoben worden ist. Kersten kehrt nach Hartzwalde zurück und pflückt dort (reichlich spät für die Jahreszeit) Schneeglöckchen und Krokusse. Nach dem Dokument 2 soll sich auch Hitler am 17. April 1941 in Berlin oder in der Nähe aufgehalten haben. Er befand sich in Wirklichkeit aber in Mönichkirchen.

Dokument 3 gibt eine völlig andere Darstellung. Die Angabe „Bruck an der Murr 4. März 1941“ ist weggefallen (Änderung 10) und nun finden das abgehörte Gespräch von Heydrich und „wie ich glaube, Rauter“ und Kerstens erstes Gespräch mit Himmler über den Deportationsplan in Berlin statt (Textvariante 9), und zwar durch das Fortlassen des Datums „4. März 1941“ zwei Tage vorverlegt: am 2. März 1941, am Morgen („um 10 Uhr“). Auch diese Datierung ist eindeutig phantasiert; Himmler befand sich am Morgen des 2. März in Breslau.

Später findet Kerstens andauerndes Einreden auf Himmler nicht in „Bruck a. d. Murr in der Steyermark, in Himmlers Hauptquartier“ statt, sondern „in Berlin und in Himmlers Hauptquartier in Bruck an der Murr in der Steyermark“ (Variante 13). Die unrichtige Angabe für den 16. April 1941 in Dokument 2: „Nun ist der Feldzug in Jugoslawien zu Ende“ (der Feldzug endete ja erst am 17. April), wird in Dokument 3 korrigiert (Variante 14), denn nun wird der Feldzug in der diesbezüglichen Passage beschrieben (vor dem 16. April 1941) als „so gut wie entschieden und wird wohl bald zu Ende sein“. Da in Dokument 3 der Satz „das Hauptquartier wird nach Berlin verlegt“ nicht vorkommt (Textänderung 15), bleiben Himmler und Kersten offensichtlich in „Bruck an der Murr“. Himmlers heftige Magenkrämpfe treten also nicht in Berlin ein, sondern dieser Höhepunkt der Darstellung wird in das „Führerhauptquartier“, also nach Mönichkirchen, verlegt (Variante 16). Dort spricht Hitler am 17. April das erlösende Wort. Um „2 Uhr 45 nachmittags“ wird Kersten informiert und kommt „nach Beendigung meiner Behandlungen“ noch am selben Tag auf seinem Landgut in Hartzwalde an. Es kann wohl als ausgeschlossen angesehen werden, daß er, aus Mönichkirchen, tief in Österreich, kommend, die Distanz von rund 700 km in einigen Stunden zurückgelegt hat. Betrachtet man diese Angaben bezüglich Ort und Zeit des gesamten Berichtes, dann liegt die Schlußfolgerung auf der Hand, daß weder Dokument 2 noch Dokument 3 den Text authentischer Aufzeichnungen von den auf den Dokumenten angegebenen Daten enthalten oder wiedergeben. Wir haben es mit Schriftstücken zu tun, die

später angefertigt sind und vermutlich sogar viel später. Hätte Kersten sie nämlich kurz nach den geschilderten Ereignissen angefertigt, dann hätte er wohl noch gewußt, wo er sich an den angegebenen Daten befand; es wäre überhaupt nicht notwendig gewesen, in Dokument 3 so gut wie alle Orte und Daten, die in Dokument 2 genannt waren, zu ändern. Beide Dokumente erwähnen Orte und Daten, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen⁴¹.

Auch auf die Schlußanmerkung unter Dokument 3 ist noch kurz einzugehen. Am 25. April 1941 will Kersten fixiert haben, daß er diesen zweiten, am 17. April 1941 abgeschlossenen und datierten Bericht zusammengestellt hat „nachdem ich noch einmal bei Dr. Brandt meine Aufzeichnungen mit den Originalakten der Umsiedlung verglichen habe“. Selbstverständlich kann es nur sein Freund Brandt gewesen sein, der ihm gegen alle Vorschriften am 25. April oder zwischen dem 17. und dem 25. April 1941 zum zweiten Mal das Dokument („geheime Reichssache“) zu lesen gegeben haben könnte. In Wirklichkeit befand sich Brandt in dieser Zeit nicht in Berlin. Brandt war damals nach seinen eigenen Erklärungen bei der Artillerie-Abteilung der SS-Leibstandarte und nahm mit diesem Regiment am gesamten Balkan-Feldzug teil; dieser endete am 30. April 1941. Vermutlich hat er also erst im Mai seine Tätigkeit im Persönlichen Stab Reichsführer-SS wieder aufgenommen⁴².

Von den bisher untersuchten Details ganz abgesehen soll an dieser Stelle noch auf folgenden allgemeinen Sachverhalt hingewiesen werden. Wenn Kerstens Bericht stimmen sollte, d. h. wenn Hitler tatsächlich am oder kurz vor dem 1. März 1941 Himmler den Auftrag gegeben haben sollte, die Deportation von Niederländern und Flamen vorzubereiten, der gut sieben Wochen später, am 20. April 1941, bekanntgemacht werden sollte, dann hätten in dieser Zeit, oder doch in jedem Falle bis zum 17. April, als Hitler angeblich seinen Auftrag wieder zurückgezogen hatte, grundlegende Maßnahmen vorbereitet werden müssen, sowohl von den zentralen Verwaltungsinstanzen des Dritten Reiches als auch vom Reichskommissariat in den Niederlanden und dem Stab des Militärbefehlshabers für Belgien und Nord-Frankreich. Man hätte, um nur diese zwei zu nennen, auch die Wehrmacht und das Auswärtige Amt orientieren müssen. Ein großer Teil der Akten der Wehrmacht ist erhalten geblieben, das Archiv des Auswärtigen Amtes sogar fast vollständig. Auch ein beträchtlicher Teil des Archivs des Persönlichen Stabes Reichsführer SS überdauerte den Krieg. Vom Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich ist wenig erhalten geblieben, dafür aber besitzt das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie einen ansehnlichen Teil der Akten des Reichskommissariats und des Stabes des Wehrmachtbefehlshabers in den Niederlanden.

⁴¹ Wo sich das Führerhauptquartier befand, wird von Kersten in den Dokumenten 2 und 3 nicht klar angegeben – das tut er erst in Dokument 5: dort nennt er Bruck an der Mur. Diese Erwähnung ist phantasiert.

⁴² Die genauen Daten, an denen Brandt den Dienst in der Waffen-SS antrat und seine Arbeit als persönlicher Referent Himmlers wiederaufnahm, konnten aus den erhalten gebliebenen unvollständigen Archivbeständen nicht ermittelt werden. Mitteilungen des BDC v. 19. 5. 1972 und der Deutschen Dienststelle (WAST) v. 30. 6. 1972 an den Vf.

In keinem dieser Archive ist man jemals auf den „Deportationsplan“ oder eine Kopie davon gestoßen, ebensowenig auf aus dem Jahr 1941 oder später datierende Schriftstücke, die sich auf die Durchführung bzw. das Aufschieben der Deportation beziehen oder nur auf eine Passage, die auf diese Deportation hinweist.

Dokument 4

Gut Hartzwalde d. 19. April 1941

An den Reichsführer SS
Heinrich Himmler
Berlin S.W. 11
Prinz Albrechtstr. 8

Sehr geehrter Herr Reichsführer!

Ihr telefonischer Anruf hat mich sehr glücklich gemacht, denn jetzt weiss ich, dass Sie meinen medizinischen Ratschlag befolgen wollen. Dass Sie vom Führer die schriftliche Bestätigung bekommen haben, dass er morgen, an seinem Geburtstag, nicht die Umsiedlung des holländischen Volkes nach Polen proklamieren will, und dass diese Aktion bis nach dem Kriege verschoben werden soll, hat mich sehr beruhigt. Ausserdem ist diese Bescheinigung zugleich eine Deckung für Sie, falls von irgend einer Seite gegen Sie quergeschossen wird. Ich, persönlich, möchte Ihnen von ganzem Herzen danken, dass Sie in weiser Voraussicht meine Bitte erfüllt haben und sich beim Führer so dafür einsetzen und dem armen holländischen Volk den Leidensweg nach Polen ersparten. Gleichzeitig haben Sie damit auch sich selbst einen grossen Dienst erwiesen. Denn Ihr Organismus ist in einem so schlechten Zustand, dass Sie die grösste Ruhe brauchen und einfach physisch nicht in der Lage wären, diese Riesenarbeit der holländischen Umsiedlung und die Neuorganisierung der Waffen SS gleichzeitig durchzuführen. Darum ist es logisch und klug, dass Sie die Umsiedlung der Holländer zurückgestellt haben.

Wie verabredet werde ich am 23. April um 11 Uhr vormittags zur Behandlung bei Ihnen in Berlin sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
Felix Kersten

Das Original dieses Briefes wurde im erhaltengebliebenen Teil des Archivs des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS nicht aufgefunden.

Dokument 5

Das Tagebuch, das Kersten vom 28. April 1940 bis zum 3. März 1945 geführt haben will, enthält zum „Deportationsplan“ die folgenden aufeinanderfolgenden Aufzeichnungen:

- 1 März 1941 / Die Geheimakte über die Umsiedlung des Holländischen u. Flämi-schen Volkes nach Lublin in Berlin bei Dr. Brandt gelesen.
- 2 III 1941 / Führerhauptquartier. Himmler sehr krank
- 10 III 1941 / Ich kämpfe ununterbrochen für Holland. Ich muss Holland retten
6. April 1941 / Abfahrt von Berlin nach dem Führerhauptquartier nach Bruck an der Murr. Himmler wird etwas nachgiebiger in der Umsiedlung der Holländer

16 April 1941 / Nun ist Himmler endlich bereit die Umsiedlung der Holländer auf meine Bitte hin bis nach dem Kriege zu verschieben.

Hierzu ist festzustellen,

1. daß Kersten unmöglich am 2. März 1941 im „Führerhauptquartier“ konstatiert haben kann, daß Himmler „sehr krank“ war: Himmler befand sich an dem Tag in Breslau. Außerdem erwähnt Kersten in Dokument 2 und Dokument 3 nicht die Tatsache, daß Himmler am 2. März 1941 „sehr krank“ war;
2. daß das Führerhauptquartier im Hinblick auf den Balkanfeldzug nicht in Bruck an der Mur sondern in Mönichkirchen aufgeschlagen wurde, und daß das nicht am 6. sondern am 11. April 1941 geschah.

SPÄTERE SCHRIFTSTÜCKE

Dokument 6

In den Sammlungen des Rijksinstituuets voor Oorlogsdocumentatie befindet sich ein aus drei Seiten bestehender Durchschlag eines maschinegeschriebenen Textes, der überschrieben ist: „Abschrift. Den Haag 2. Februar 1944“⁴⁹. Ort und Datum werden unten auf Seite 3 wiederholt. Dort steht in Maschinenschrift: „Felix Kersten“, worauf noch – ebenfalls maschinegeschrieben – die Anmerkung folgt: „Reinschrift in Hartzwalde den 6. Februar 1944“. Auf allen drei Seiten befinden sich unten ein neuer Stempel: „Felix Kersten Medicinalråd Stockholm“. Auf Seite 3 steht über diesem Stempel die Unterschrift „Felix Kersten“. Wir haben es also zu tun mit einer maschinenschriftlichen Kopie, von Kersten in Stockholm unterschrieben und gestempelt, einer „Tagebucheintragung“ aus Den Haag, 2. Februar 1944, wovon er vier Tage später in Hartzwalde eine „Reinschrift“ angefertigt haben will.

Im Text berichtet Kersten von einem Gespräch, das er am Abend des 1. Februar 1944 gegen zwölf Uhr im Hause „Clingendael“ (Reichskommissar Seyss-Inquarts Residenz in Den Haag) mit Himmler geführt haben soll. Kersten soll bei dieser Gelegenheit Verhaftungsaufschub für dreizehn Niederländer erreicht haben, unter denen sich einige mit Kersten befreundete Personen befanden. Zum Deportationsplan meldet der Text (S. 2–3):

Nach einem kleinen Pause sagt Himmler: „Es ist ja ganz egal, ob man ein paar frei läßt oder nicht. Denn alle sind sie hier Verräter, auch Mussert! Aber das garantiere ich Ihnen, es wird noch der Tag kommen, wo ich auch diesen Halunken aufhängen werde. Der träumt nämlich davon, Ministerpräsident zu werden, unter der Regierung der Königin von Holland.“ Ich fange an zu lachen und sage: „Dann habe ich ja vielleicht noch einmal Chance, Arzt am Holländischen Hof zu werden!“

Himmler lacht auf und sagt: „Das könnte Ihnen so passen. Nee, nee, mein Guter, Sie bleiben bei mir. Denn nach dem Sieg wenn ich das Grossgermanische Reich aufbauen muss, dann brauche ich meine volle Gesundheit, um dieses Riesen-

⁴⁹ Rijksinstituut, Doc I – 878, c – 8.

werk für meinen Führer zu vollenden. Im übrigen werden dann in Holland keine Holländer mehr leben, sondern meine brave Waffen SS, die sich diesen Boden ehrlich erkämpft hat. Es ist ein Jammer, dass die Holländer 1941 nicht umgesiedelt wurden. Vieles wäre heute dann anders. Ich sagte darauf zu Himmler: „Das war ja nicht möglich, Sie waren ja so krank. Das hätten Sie gesundheitlich nicht ausgehalten.“ Ja, sagte Himmler, vielleicht, vielleicht auch nicht. Aber ich glaube, Kersten, Sie waren damals ein bischen vorsichtig mit mir. Wären Sie das auch gewesen, wenn ich hätte Mongolen und Mohamedaner umsiedeln sollen?“ Ich sah ihn ruhig an und sagte: „Ich habe es damals mit Ihnen gut gemeint. Ihr Gesundheitszustand war nie so schlecht wie in März und April 1941. Und Sie müssen doch zugeben, dass Sie seitdem nie wieder so starke Krämpfe gehabt haben. Warum jetzt dieses Misstrauen?“ Ja, ja, freilich, sagte Himmler, Sie haben recht, das ist ja wahr. Ich fühle mich jetzt viel besser, und ich bin Ihnen ja so dankbar.

Himmler und Kersten sind tatsächlich beide am 1. und 2. Februar 1944 in Den Haag gewesen. Daß Himmler gesagt haben soll, es sei Musserts Traum, „Ministerpräsident zu werden, unter der Regierung der Königin von Holland“, ist aber unglaubwürdig⁴⁴.

Dokument 7

Als weiteres Beweisstück für den „Deportationsplan“ existiert eine Fotokopie der niederländischen Übersetzung eines von Kersten geschriebenen Berichtes: „Overzicht van mijn werkzaamheden voor Nederland gedurende de jaren 1940–1945“. („Übersicht über meine Tätigkeit für die Niederlande in den Jahren 1940–1945“). Der Text, der 10 Seiten lang ist, ist auf den 26. September 1945 datiert. Als Beilage befindet sich hierbei die Fotokopie eines ins Niederländische übersetzten Textes, dessen Überschrift heißt: „Uittreksel van mijn aantekeningen uit het jaar 1941. Het verhuizen van het Nederlandse Volk“. („Auszug aus meinen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1941. Die Umsiedlung des niederländischen Volkes.“) Dieser Text⁴⁵ ist sieben Seiten lang, paginiert von 11 bis 17. Er ist von Kersten vollständig unterschrieben. Neben seiner Unterschrift steht: „Stockholm, 6 mei 1944“ (Kersten hatte ab Ende September 1943 sein Domizil in Stockholm). Die zwei letzten Zeilen des Textes lauten: „Diese Aufzeichnungen fand ich in meinen Akten, die ich im Jahre 1941 gemacht hatte, und die ich 1943 nach Schweden brachte.“ Man muß annehmen, daß mit den „Akten“ die Dokumente 1, 2 und 3 gemeint sind.

Dokument 7 ist eine fast wörtliche Übersetzung von Dokument 2, nicht, wie man erwartet hätte, von der „korrigierten“ Version, wie sie als Dokument 3 vorliegt. Es weicht allerdings in folgenden Punkten von Dokument 2 ab:

1. Die Mitteilung, daß die Deutschen, „die schon ganz Holländer sind“, aus dem Weg geräumt werden sollten, fehlt.

⁴⁴ Dieser Illusion konnte sich der am 7. Mai 1946 wegen Landesverrats hingerichtete Mussert selbst kaum hingeben haben, denn dazu waren seine in sich gespaltene kleine Partei und seine Person beim niederländischen Volk zu sehr verhaßt gewesen. Vgl. K. Kwiet, Zur Geschichte der Mussert-Bewegung, a. a. O. S. 194–195.

⁴⁵ Rijksinstituut, Doc I – 878, d – 3.

2. Nicht „der größere Teil“ der NSB-Leute bestand aus „Mitläufern“, sondern nur „die Hälfte“ (S. 12).
5. Der Deportationsplan wird nun als „von Hitler unterschrieben und von Himmler gegengezeichnet“ deklariert (S. 13).
4. Der Zweifel an Rauters Identität ist verschwunden; nun hat Kersten „Heydrich und Rauter“ an einem Tisch sitzen sehen (S. 13).
5. Himmler spricht nicht mehr von „kleinen Aufständen“ oder „einem kleinen Aufstand“ in den besetzten Niederlanden.
6. Zu den Gesprächen, in denen Kersten auf Himmler einredete, wird vermeldet: „Diese und derartige Gespräche wurden während einer Dauer von 3 Wochen und zwar in Himmlers Hauptquartier in Bruck a. d. Murr geführt“ (S. 15).
7. Nun bekommt Kersten die Mitteilung, daß Hitler den Auftrag an Himmler aufgeschoben hat, nicht am 17. April 1941 telefonisch von Himmler, sondern es heißt: „Um 1 Uhr ging Himmler zu Hitler. Den folgenden Tag“ (18. April also) „war ich wieder bei Himmler und er teilte mir mit“, usw. (S. 17).

Dokument 8

Ein von Kersten als „Memorandum über meine Hilfstätigkeit in den Jahren 1940 bis 1945 bezeichneter Text (maschinenschriftlicher Durchschlag) befindet sich ebenfalls im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie⁴⁶. Der Text ist 31 Seiten lang, von Kersten unterschrieben und datiert „Stockholm den 12. Juni 1945“. Er hat folgende Einteilung: „Einleitung“, „I. Bemühungen zugunsten von Einzelpersonen“ (wobei er die „Holländer“ als erste Gruppe behandelt), „II. Befreiung von Bibelforschern“, „III. Die Judenfrage in Finnland“, „IV. Freilassung schwedischer Ingenieure aus Polen“, „V. Mitwirkung bei der Befreiung von 2700 Juden und ihrer Entlassung in die Schweiz“, „VI. Befreiung von norwegischen Studenten und dänischen Polizisten“, „VII. Zusammenarbeit mit dem Vertreter des Jüdischen Welt-Kongresses Herrn Gillel Storch, in Stockholm, in der Frage der Hilfeleistung für in Deutschland internierte Juden“, (ohne Ziffer) „Kapitulation der deutschen Truppen in Norwegen, Dänemark und Holland“.

In diesem Memorandum, in dem Kersten auf seine gesamten Hilfsaktivitäten während des Zweiten Weltkrieges zurückblickt, wird wohl berichtet von der Hilfe für individuelle Niederländer, der Deportationsplan aber wird mit keinem Wort erwähnt.

Dokument 9

Von dem bei Dokument 7 erwähnten Bericht vom 26. September 1945 gibt es auch eine deutsche Version: eine Kopie, mit der Maschine abgeschrieben auf Briefpapier

⁴⁶ Rijksinstituut, Doc I – 878, d – 4; eine andere Version dieses Dokuments befindet sich im IFZ, F – 44.

des Abwicklungsbüros Konzentrationslager des niederländischen Roten Kreuzes. Der Text trägt den Titel: „Zusatz zum Memorandum v. 12. Juni 1945“⁴⁷; er ist 6 Seiten lang. „Felix Kersten“ steht maschinengeschrieben darunter. Der Text lautet auf den Seiten 2 und 3:

Ein sehr interessanter Fall wurde mir im März 1941 vertraulich mitgeteilt. Hitler hatte angeordnet, dass das gesamte holländische Volk von 8 Millionen nach Polen und zwar in die Gegend von Lublin umgesiedelt würde, mit der Begründung, dass der holländische Boden zu wertvoll sei für dieses streitsüchtige, bockige und ganz verjudete Volk. Der Führer wünsche an der Nordküste ein rein germanisches Volk zu sehen. Deshalb hatte er Himmler den Auftrag gegeben, diese Umsiedlung vorzubereiten und sie spontan durchzuführen. Zurückbleiben durften nur bewährte NSB-er Holländer, die in der Waffen SS dienten mit ihren Familien und solche, die sich sofort der Waffen SS anschlossen. (Germanische Freiwillige) Holland sollte nach ganz neuen Gesichtspunkten besiedelt werden, und zwar sollte der holländische Boden an die Auslese des deutschen Volkes, die sich im Kampf für den Nationalsozialismus bewährt hatten, gegeben werden.

Ich erhielt diese Mitteilung vertraulich durch einen Mitarbeiter Himmlers. Zwei Tage später brachte er mir die Geheimakte darüber. Am nächsten Tage sprach ich Himmler darauf an. Er war entsetzt und fragte, woher ich das wisse. Ich erwiderte, ich hätte im Casino ein Gespräch zwischen Heyderich und Rauter angehört, worauf Himmler sagte: „Die Herren müssten vorsichtiger mit so vertraulichen Dingen umgehen. Aber schliesslich wird die Öffentlichkeit bald darüber erfahren.“ Ich fragte Himmler, ob es sich nicht um einen Scherz handle. Hierauf erklärte Himmler: „Das ist der Wunsch des Führers. Es geschieht dem holländischen Volk schon recht, hätte es sich entschlossener auf Deutschlands Seite gestellt, so hätte es nicht die germanische Mission verraten. Die ewigen Nadelstiche und die Widerspenstigkeit der Holländer verdiene nichts Besseres.“ Ich schlug Himmler vor, mit dieser Aktion erst nach dem Friedenschluss zu beginnen, da die Eisenbahn jetzt zu belastet sei. Nach langen Verhandlungen (ich hielt mich damals sechs Wochen in Himmlers Hauptquartier in Bruck a. d. Mur auf, weil sein Gesundheitszustand es erforderte) gelang es mir Himmler davon zu überzeugen, die geplante Aktion erst nach dem Kriege vorzunehmen. Schliesslich sagte mir Himmler, „Ich habe Ihren Holländern noch eine Galgenfrist beim Führer durchgesetzt. Es ist schon richtig, dass die Eisenbahnen jetzt zu belastet sind. Aber gleich nach dem Sieg werde ich mit der Umsiedlung beginnen“.

Dieser Bericht liefert uns drei neue Elemente:

1. „Bewährte NSB-er Holländer die in der Waffen SS dienten mit ihren Familien und solche die sich sofort der Waffen SS anschlossen“, sollten in den Niederlanden bleiben dürfen;
2. Kersten erhielt die erste Mitteilung über den Deportationsplan mündlich und bekam erst „zwei Tage später“ „die Geheimakte“ zu sehen: die erste Mitteilung müßten wir also auf den 27. Februar 1941 verlegen;
3. Kersten schreibt hier zum ersten Mal deutlich: „ich hielt mich damals sechs Wochen in Himmlers Hauptquartier in Bruck a. d. Mur auf“.

⁴⁷ Rijksinstituut, Doc I – 878, d – 2.

Dokument 10

Am 16. September 1947 führten Posthumus und der Verfasser in Den Haag ein Gespräch mit Kersten, von dem ein stenografisches Protokoll angefertigt wurde. Von diesem Protokoll wurde Kersten einige Zeit später (das Datum konnte nicht mehr festgestellt werden) eine Kopie zugesandt; er brachte eine Anzahl kleiner Korrekturen darin an, ließ die korrigierte Version ins Reine schreiben und schickte eine Kopie davon an einem ebenfalls nicht bekannten Datum an das Rijksinstituut⁴⁸. Die korrigierte Version ist 54 Seiten lang. Unten auf der letzten Seite steht in Kerstens Handschrift: „Felix Kersten / Den Haag den 16. September 1947“. Das ist eine merkwürdige Datierung. Kersten hat seine Unterschrift ja nicht am 16. September 1947 gesetzt, sondern zwischen dem Tag, an dem er das ursprüngliche Protokoll erhielt, und dem Tag, an dem er die korrigierte Version dem Institut zukommen ließ. Das Datum neben der Unterschrift bedeutet also nicht, daß die Unterschrift am angegebenen Datum erfolgte, sondern bezieht sich zurück auf den Inhalt des Textes: in diesem Fall das Protokoll eines am 16. September 1947 geführten Gespräches⁴⁹.

In diesem Gespräch erzählte Kersten von seinem Kontakt mit Himmler. Im ursprünglichen Protokoll heißt es (S. 10):

Frage: Haben Sie etwas davon notiert?

Antwort: Doch, mein ganzes Buch⁵⁰ besteht aus Notizen.

Frage: Haben Sie diese Notizen hier?

Antwort: Nein, die sind in Schweden.

Frage: Wann gehen Sie wieder nach Schweden? Können wir diese Notizen sehen, wenn wir nach Stockholm kommen?

Antwort: Ja, doch, ich habe sie immer sofort aufgeschrieben und dann später mit der Maschine in Stichworten abgeschrieben.

In der korrigierten Version heißt der letzte Satz:

Antwort: Jawohl, selbstverständlich gerne, ich habe sie immer sofort aufgeschrieben und dann im Hauptquartier bei Himmler mit der Maschine in Stichworten abgeschrieben; ich habe eine sehr unleserliche Schrift.

Hierzu ist zu bemerken, daß Dokument 1 (die Aufzeichnung über den Deportationsplan, die Kersten am 1. März 1941 geschrieben haben will) und Dokument 5 (das „Tagebuch“) die einzigen von ihm stammenden Dokumente sind, die „in Stichworten“ „aufgeschrieben“ sind, und daß Kersten niemals ein maschinegeschriebenes Dokument präsentiert hat, das „in Stichworten abgeschrieben“ ist.

Etwas später kam das Gespräch auf „die Dokumente über die Deportation“. Das korrigierte Protokoll berichtet (S. 20–21):

Antwort: Ich habe mich um diese Akten nie gekümmert, denn das waren doch ge-

⁴⁸ Die ursprüngliche und die korrigierte Version im Rijksinstituut, Doc I – 878, f – 1.

⁴⁹ Ein merkwürdiges Beispiel für Anti-Datierung bildet auch Kerstens „Aufzeichnung“ vom 6. Juli 1946, unter die er eigenhändig geschrieben hat „Stockholm 6. Juli 1946 Felix Kersten“. Drei Zeilen darüber teilt er das bereits erfolgte Erscheinen der amerikanischen Ausgabe seiner Memoiren „im Frühjahr 1947“ mit Ebda., Doc I-878, d – 4.

⁵⁰ Gemeint war das deutsche Manuskript der Memoiren, die Kersten u. a. in den Niederlanden veröffentlichen wollte.

heime Reichssachen, und ich als Ausländer durfte ja sowas nie sehen, auch nie danach fragen, oder ein Interesse zeigen, sonst machte ich mich verdächtig.

Frage: Wie groß war dieses Dossier?

Antwort: Es war kein großes Dossier, ungefähr wie dieses (ca. 43 Maschinenseiten). In einem Umschlag und auf der ersten Seite der Briefbogen Hitlers mit dem goldenen Hoheitszeichen. Es war unterschrieben von Hitler auf der ersten Seite. Ich habe es sehr schnell durchgelesen, möchte ich noch sagen. Wenn das Himmler gewußt hätte, daß Dr. Rudolf Brandt mir diese geheime Reichssache gezeigt hatte, wäre es das Todesurteil für Brandt gewesen, darum mußte ich sehr schnell lesen, damit es Brandt schnell zurückbekam, aber den Inhalt habe ich doch gut behalten und konnte mir noch schnell einige Aufzeichnungen machen. Natürlich keine speziellen Details. Sie können mir glauben, daß ich in dieser Nacht fast nicht geschlafen habe, sondern immerzu nachgedacht habe, wie ich Holland helfen könnte.

Frage: Sie schreiben in Ihrem deutschen Manuskript auf Seite 53: auch von anderer Seite wären Bedenken erhoben worden gegen diesen Umsiedlungsplan. Von welcher Seite?

Antwort: Ich glaube, vielleicht von der deutschen Industrie. Himmler sagte das, oder vielleicht hat auch Dr. Brandt mir das erzählt. Vielleicht aber hat es Himmler auch nur so dahingesagt. Ich glaube noch zu wissen, daß Himmler mir damals sagte: „Sie haben natürlich zu allem Bedenken, auch andere haben dagegen Stellung genommen.“

Frage: Waren es nicht Seyss-Inquart oder Rauter?

Antwort: Nein, das glaube ich bestimmt nicht. Es muß mehr aus deutschen Kreisen gewesen sein. Rauter stand mit mir nicht gut; ich habe mit ihm nie darüber gesprochen und ich glaube auch, daß er es nicht gewußt hat. Das Gespräch zwischen Heydrich und Rauter habe ich nicht hören können, es war nur eine plötzliche Kombination von mir. Der Plan sollte veröffentlicht werden in der Führerrede vom 20. April 1941.

Frage: Aber es hat niemals eine Führerrede gegeben am 20. April 1941.

Antwort: Doch, für die internen Leute. Keine offizielle Rede. Holland war nicht das einzige Land, welches umgesiedelt werden sollte, auch die Polen, Tschechen, Slowenen, Esten und Letten sollten ins eroberte Rußland umgesiedelt werden.

Vier neue, bzw. von den bisherigen Versionen abweichende Details sind diesem Protokoll zu entnehmen:

1. Auf der ersten Seite des Deportationsplanes soll „der Briefbogen Hitlers mit dem goldenen Hoheitszeichen“ gestanden haben; und nicht die ersten vier Seiten, wie Dokument 3 mitteilt, sondern nur die erste Seite soll von Hitler unterschrieben sein.
2. Kersten erkennt an, daß sich auch andere gegen die Ausführung des Deportationsplanes aufgelehnt haben sollen.
3. Er teilt jetzt mit, daß er von dem angeblichen Gespräch zwischen Heydrich und Rauter kein Wort hat auffangen können.
4. Hitler sollte den Plan nicht in einer „offiziellen Rede“ bekanntgeben, sondern am 20. April 1941 in einer Ansprache für die „internen Leute“.
Abgesehen davon, daß es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß Hitler an seinem 52. Geburtstag in Mönichkirchen eine Ansprache „für die internen Leute“ gehalten hat, ist diese neue Version dem Inhalt der Dokumente 1, 2 und 3 völlig entgegengesetzt, in denen ausdrücklich die Rede von einer offiziellen Bekannt-

machung ist: „und das wird“, so Himmler nach der Darstellung in den Dokumenten 2 und 3 „in Holland und England ein Geheule geben“.

DREI ZEUGENAUSSAGEN

Zur Unterstützung seines Berichtes hat Kersten im Laufe der Jahre drei Zeugenaussagen vorgelegt: eine von Rudolf Brandt, der ihm den Deportationsplan zweimal zur Lektüre gegeben haben soll, eine von „Generalmajor a. D.“ Franz Müller (diese zwei Aussagen waren der Snouck Hurgronje-Kommission bekannt) und die Aussage eines gewissen Ludwig Pemsel, „ehemaliger SS-Sturmbannführer und Verwaltungsführer der Feldkommandostelle des Reichsführers-SS“. Pemsels Aussage datiert vom 26. März 1952; sie wurde also zwei Jahre nach dem Abschluß der Untersuchungen der Snouck Hurgronje-Kommission gemacht.

Wiederum: angenommen, der Bericht Kerstens stimmte und von deutscher Seite wurde also fast sieben Wochen lang die Deportation von (in erster Instanz) fast 9 Millionen Niederländern und Flamen vorbereitet, dann wären in die Vorbereitungen Dutzende, wenn nicht Hunderte von Funktionären einbezogen gewesen. Die Gesamtzahl von drei Zeugenaussagen sieht demgegenüber mager aus.

Die Aussage Brandts

Rudolf Brandt, Himmlers persönlicher Referent, der kurz nach der Besetzung Deutschlands verhaftet worden war, wurde zusammen mit 22 anderen Angeklagten im ersten der zwölf Nürnberger US-Prozesse wegen seiner administrativen Beteiligung am Euthanasieprogramm, den medizinischen Experimenten an Menschen in verschiedenen Konzentrationslagern und wegen der Ermordung von 112 russischen Offizieren jüdischer Abkunft (zur Ergänzung der Skelettsammlung der Reichsuniversität Straßburg) zur Verantwortung gezogen. Das Urteil im „Ärzteprozeß“ wurde am 20. August 1947 verkündet; gegen sieben Angeklagte, darunter Brandt, wurde die Todesstrafe verhängt. Die Gnadengesuche beim Military Governor of the United States Zone of Occupation wurden am 25. November 1947 abgelehnt. Zusammen mit den sechs anderen zum Tode Verurteilten wurde Brandt am 2. Juni 1948 in Landsberg hingerichtet.

Zur Verteidigung Brandts hatte Kersten am 8. Januar 1947 in Stockholm eine „eidesstattliche Erklärung“ abgegeben, die dem American Military Tribunal vorgelegt wurde⁵¹. Diese, von Kersten „eigenhändig unterschriebene“ Erklärung lautet:

Hiermit erkläre ich an Eidesstatt, dass ich Dr. Rudolf Brandt seit dem Jahre 1939 persönlich kenne. Er war immer ein anständig gesinnter, hilfsbereiter Mensch und

⁵¹ Case I, Rudolf Brandt, Document Book I, Exhibit 7; Rijksinstituut, Sammlung American Military Tribunals.

lehnte stets jede Gewalt und Brutalität aufs schärfste ab. Bei meinen Rettungsarbeiten, die ich im Auftrag der schwedischen Regierung und des Jüdischen Weltkongresses New York in den Kriegsjahren 1943–1945 in Deutschland durchgeführt habe, mit dem Erfolg, Tausende von Menschen aus nazistischen Konzentrationslagern gerettet und nach Schweden gebracht zu haben, bin ich sehr oft mit Dr. Rudolf Brandt zusammengekommen. Ich fand in ihm einen ehrlichen und begeisterten Mitarbeiter und hatte auch in den kompliziertesten Fällen stets seine volle Unterstützung. Dies hat ihn mehrmals Himmler gegenüber in eine sehr schwierige Situation gebracht. Ohne die selbstlose und humane Hilfe von Dr. Brandt wäre es nicht möglich gewesen, dieses Rettungswerk so erfolgreich durchzuführen.

Dr. Brandt war Idealist und kannte keine Feindschaft und keinen Hass gegen die Alliierten. Im Gegenteil, ihm schwebte eine Verständigung mit allen Völkern auf friedlicher Basis vor. Oft hat er mir gesagt, dass er diesen Krieg für einen Wahnsinn und ein Verbrechen an der Menschheit hielt. Er war entsetzt über den Grössenwahn und die Anmassung der meisten obersten Nazistenführer und tief empört über die Bestechlichkeit und Korruption, die vielfach in der Partei herrschten und sagte, dass ihm seine Ideale schon längst genommen wären. Mit *diesem* Nationalsozialismus hätte er (Dr. Brandt) nichts gemeinsam. Diese Einstellung hat er auch Himmler zu verstehen gegeben. Die Folge davon war, dass Himmler ihn mit seiner Arbeit isolierte.

Im Herbst 1943 äusserte Dr. Brandt mir gegenüber den Wunsch, nach all diesen Enttäuschungen einen Weg zu finden, der es ihm ermöglichte, sich von der Partei zu lösen und für sich und seine Familie eine neue Existenz zu gründen als Privatmann.

Nach meinen Erfahrungen mit ihm habe ich Dr. Brandt immer für einen Ehrenmann gehalten.

Es verdient unsere Aufmerksamkeit, daß Kersten zwar von Brandts Hilfe in den Jahren 1943–1945 Mitteilung machte, daß er aber die Hilfe, die Brandt ihm 1941 geboten haben soll, nicht erwähnt. Im Laufe des Jahres 1947 berief sich Kersten in Gegenwart von Posthumus darauf, daß Brandt ein wichtiger Zeuge sei für die Richtigkeit seines, Kerstens, Berichts über den Deportationsplan. Kersten hatte deswegen auch unmittelbar Kontakt mit Brandt aufgenommen. Das geht aus einem Brief hervor, den Brandt am 8. Oktober 1947 an seinen Verteidiger, Dr. Karl Hoffmann, schickte⁵². Der relevante Teil daraus lautet:

Nach langer Zeit habe ich heute einen Brief von Herrn Kersten erhalten vom 12. 9. Er erwähnt darin einen Vorgang aus dem Jahre 41 und möchte darüber eine eidesstattliche Erklärung haben. Der Vorfall war wie so vieles aus meinem Gedächtnis entschwunden. Nach Herrn Kerstens Schilderung kann ich mich erinnern, daß ich ihm damals das von ihm erwähnte Aktenstück gezeigt habe, das sich mit einer umfangreichen Umsiedlung von Holländern nach Polen befaßt hat. Mir sind aber sonst leider die Einzelheiten nicht mehr in Erinnerung. Lassen Sie sich doch bitte den Vorgang von Herrn Kersten schildern, vielleicht kann er Ihnen auch zur Auffrischung meines Gedächtnisses Auszüge aus der in seinen Händen befindlichen Bestätigung schicken. An die von ihm angegebene Zahl kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß es nicht mehr genau, aber der Ablauf wird etwa folgender gewesen sein: Herr Kersten war Ende Februar, Anfang März 41 in meinem Dienstzimmer, kurz bevor ich zu einer in Bulgarien befindlichen Einheit der Waffen-SS einrückte. Vielleicht hatte ich gerade vorher die für Himmler bestimmte Umsiedlungsweisung erhalten

⁵² Rijksinstituut, Doc I-208 (R. Brandt), a – 1 (Beilage II).

und sie wegen ihres Ausmaßes und ihrer Ungeheuerlichkeit Herrn Kersten zur Durchsicht gegeben, obwohl das gegen die Dienstvorschrift war, denn er gehörte weder zur SS noch zur Dienststelle. Ich wußte aber, daß er jahrelang in Holland gelebt hatte und die Verhältnisse kannte. An den Inhalt des Gesprächs kann ich mich nicht mehr erinnern. Mit dem Vorgang selbst hatte ich nichts zu tun. Herr Kersten hat dann bei seinem Interesse für diese Angelegenheit mit Himmler gesprochen, und vielleicht ist die Nichtausführung des Planes in erster Linie ihm zuzuschreiben. Ich war damals in Griechenland. Es ist möglich, daß ich nach meiner Rückkehr von der Truppe mit Herrn Kersten über die glückliche Verhinderung gesprochen habe, kann mich aber nicht mehr genau daran erinnern.

Meine Erklärung könnte sich positiv nur darauf beschränken, daß ich Herrn Kersten einen Vorgang zum Lesen gegeben habe, der sich mit einer umfangreichen Umsiedlung von Holländern nach Polen befaßte, wobei ich die einzelnen Punkte des Schriftstückes nicht mehr weiß. Darüber hinaus könnte ich nur meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß ihm sicherlich die Nichtausführung des Planes ganz oder zu einem wesentlichen Teil zuzuschreiben ist. Wie denken Sie darüber? Nehmen Sie bitte mit Herrn Kersten Verbindung auf und schreiben Sie ihm, was ich Ihnen mitgeteilt habe, da ich ihm vorläufig nicht schreiben kann und dies auch nicht ohne Ihren Rat tun möchte. Sollte ihm mit der mageren Erklärung gedient sein und sollten Sie ihre Abgabe für richtig halten, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie die Formulierung gemäß meinen obigen Angaben mir mit der Maschine geschrieben zusenden würden, auch mit der erforderlichen Einleitungsformel, die ich schon wieder vergessen habe.

Aus diesem Brief Brandts an seinen Verteidiger geht folgendes hervor:

1. Brandt konnte sich nach dem Krieg zunächst einmal weder an den Deportationsplan noch an die Hilfe, die er Kersten in dieser Sache geleistet haben sollte, überhaupt erinnern;
2. Kersten schickte Brandt in einem Brief vom 12. September 1947 eine offensichtlich ziemlich detaillierte „Schilderung“ zu;
3. Brandt fand sich nicht bereit, zu bestätigen, daß alle Niederländer und Flamen deportiert werden sollten: „An die von ihm angegebene Zahl kann ich mich nicht erinnern“;
4. Brandt wußte nicht, ob „die Nichtausführung des Planes“ „vielleicht in erster Linie“, oder aber „ganz“ oder „zu einem wesentlichen Teil“ Kersten zugeschrieben werden müßte;
5. Brandt bestätigte, daß er „damals“ (also Ende April) „in Griechenland“ war.

Kurze Zeit nachdem Brandt diesen Brief an seinen Verteidiger geschrieben hatte, nämlich am 25. Oktober 1947, wurde er im Gefängnis in Landsberg von K. W. Swart, wissenschaftlichem Mitarbeiter des Rijksinstituuets voor Oorlogsdocumentatie, J. J. Witlox, Mitglieder der niederländischen Delegation beim Office of Chief of Counsel for War Crimes, Nürnberg, und A. Ph. Vos, Vertreter von Mackay Radio in Nürnberg, interviewt. Das von Swart, Witlox und Vos am 2. November 1947 unterschriebene Protokoll des Interviews⁵⁸ berichtet:

Frage: Was ist Ihnen bekannt von einem Plan zur Deportierung der niederländischen Bevölkerung nach einem Gebiet zwischen Weichsel und Bug?

⁵⁸ Ebda., Doc I-878, f – 5.

Antwort: Ich erinnere mich, einen Brief über eine umfassende Umsiedlung von Holländern nach dem Osten gesehen zu haben. Dies war ein Brief von Bormann an Himmler und war auf eine Weisung Hitlers zurückzuführen. Zweck dieser Aktion war, den Widerstand, d. h. die Gegner Musserts, auszuschalten. Der Brief muß Himmler im Februar oder März erreicht haben. Die Aktion war umfangreich gedacht und hätte sich auf den größten Teil der Bevölkerung bezogen.

Brandt erinnerte sich nicht daran, ob auch die Flamen in diesen Plan einbezogen waren. Auch konnte er sich keiner Einzelheiten über den Transport und über die neue Bestimmung Hollands entsinnen.

Ich habe diese Angelegenheit mit Medizinalrat Kersten in meinem Büro besprochen. Ich wußte, daß Kersten jahrelang in den Niederlanden gelebt hatte. Ich hielt den Plan für grotesk und undurchführbar, wahnsinnig und abwegig. Ich wußte, daß Kersten sich für Holland interessierte und sich oft für individuelle Holländer eingesetzt hatte. Kersten stimmte mir bei. Er bat Einsicht in den Brief zu nehmen.

Auf die Frage nach dem Urheber des Plans wußte Brandt keine Antwort.

Frage: Ist es wahr, daß dieser Plan von Hitler selbst an seinem Geburtstag im Jahre 1941 bekanntgegeben werden sollte?

Antwort: Ich glaube eigentlich nicht. Die ganze Aktion wäre überhaupt nur durchführbar gewesen, wenn sie geheim gehalten worden wäre.

Frage: Ist es Ihnen bekannt, weshalb dieser Plan niemals zur Ausführung gelangt ist? Hat, soweit Ihnen bekannt ist, Kersten einen gewissen Einfluß auf Himmler in dieser Richtung ausgeübt?

Antwort: Ich nehme auf Grund seiner Reaktion an, daß Kersten mit Himmler darüber gesprochen hat. Das lag auch in meiner Absicht, als ich Kersten das Schreiben zeigte. Kersten sagte damals das sei doch unmöglich (ein solcher Plan nämlich). Kurz darauf kam ich nach Griechenland zum Fronteinsatz. Als ich im Mai 1941 zurückkam, erfuhr ich, man habe den Plan fallen gelassen. Ich muß mit Bestimmtheit annehmen, daß Kersten wesentlich dazu beigetragen hat, daß man den Plan fallen ließ. Vielleicht haben auch politische Erwägungen eine Rolle gespielt. Den Hauptanteil daran hatte aber Kersten.

Brandt konnte sich nicht entsinnen, ob er nach seiner Rückkehr aus Griechenland mit Kersten über den Plan gesprochen hatte.

Frage: Sind Ihnen noch weitere Einzelheiten über den Plan bekannt, z. B. die vorgesehene Lage der Niederländer im Osten?

Antwort: Ich erinnere mich an ein Gespräch Himmlers in jenen Tagen (Februar, März 1941) mit einigen Gästen an seinem Tisch (Himmler hatte regelmäßig drei bis vier Gäste zu Tisch). Ich saß nicht an Himmlers Tisch, aber mit anderen Adjutanten an einem Nebentisch; dadurch konnte ich Bruchteile der Gespräche auffangen. Himmler erwähnte kurz den Umsiedlungsplan. Ein Gast wies auf die Gefahr hin, daß die Niederländer und die Polen gemeinsame Sache machen würden, wenn die Umsiedlung nicht freiwillig durchgeführt werden würde. Himmler verneinte die Gefahr. Er behauptete, der natürliche Gegensatz zwischen den westeuropäischen Niederländern und osteuropäischen Polen bliebe weiterhin bestehen. Außerdem würden die Polen die Niederländer als Eindringlinge betrachten, auch wenn die Niederländer gegen ihren Willen nach Polen kämen. Daraus würden sich Konflikte und Zusammenstöße ergeben, welche die Niederländer zur Einsicht bringen würden, daß eine Zusammenarbeit mit den Deutschen zu ihrem Vorteil wäre. Eine bessere Behandlung der Niederländer als germanisches Volk gegenüber den Polen muß als selbstverständlich angesehen werden. Ich weiß nicht, ob ich Kersten auch dieses

Gespräch erzählt habe. Ferner weiß ich nicht mehr, ob dieses Gespräch vor oder nach der Weisung Hitlers stattfand.

Frage: Welches Urteil haben Sie über die Persönlichkeit und Zuverlässigkeit Kerstens?

Antwort: Er war hilfsbereit, zu gutmütig; man hat ihn öfters ausgenutzt. Ich nehme an, daß Kersten zuverlässig ist.

Frage: Kersten hat erzählt, daß der Deportierungsplan von Hitler an seinem Geburtstag bekanntgegeben werden sollte. Aber Sie haben dies für unwahrscheinlich gehalten.

Antwort: In diesem Punkte muß Kersten sich geirrt haben. Im Allgemeinen wird Kersten aber besser über die Einzelheiten dieses Planes unterrichtet gewesen sein, weil er sich besonders dafür interessiert hat.

...

Frage: Hat Kersten Ihnen geschrieben und haben Sie an Kersten geschrieben?

Antwort: Kersten hat mir sehr oft geschrieben. Im April 1947 hatte ich fünf oder sechs Briefe von ihm bekommen. Kersten hat mich um eine eidesstattliche Erklärung über den Umsiedlungsplan gebeten. Ich bin bereit ihm diese auszustellen.

Anhand dieser Quelle ist festzustellen:

1. daß Brandt vom Deportationsplan nicht in einem von Hitler unterschriebenen Dokument Kenntnis genommen haben sollte, sondern in einem „Brief von Bormann an Himmler“;
2. daß Brandt sich kaum an den Plan erinnerte;
3. daß Brandt eine offizielle Bekanntgabe des Planes für ausgeschlossen hielt;
4. daß Brandt jetzt vermutete, Kersten habe „wesentlich“ beigetragen zur Aufschiebung des Planes, es sei denn, daß „vielleicht . . . auch politische Erwägungen“ eine Rolle gespielt hatten;
5. daß Brandt im Februar oder März 1941 Bruchstücke von einem Gespräch aufgefangen haben soll, das Himmler mit anderen geführt haben soll und in denen Himmler geäußert haben soll, daß die Niederländer in Polen durch den Widerstand der Polen mit den Deutschen zusammenarbeiten würden: „Eine bessere Behandlung der Niederländer als germanisches Volk gegenüber den Polen muß als selbstverständlich angesehen werden“;
6. es ist befremdend, daß Brandt sich nicht erinnerte, ob er nach seiner Rückkehr aus Griechenland mit Kersten über den Plan überhaupt noch gesprochen hat;
7. es ist auch unwahrscheinlich, daß Himmler am Tisch „mit einigen“, offensichtlich zufälligen, „Gästen“ eine geheime Reichssache erwähnt haben soll;
8. Brandt antwortete auf die Frage, ob Kersten zuverlässig sei, mit einiger Zurückhaltung: „Ich nehme an, daß Kersten zuverlässig ist“.

Keine zwei Wochen nach diesem Interview, am 7. November 1947, unterschrieb Brandt in Landsberg die folgende „Eidesstattliche Erklärung“⁵⁴:

Ich, Dr. Rudolf Brandt, geb 2. 6. 09, zur Zeit im Gefängnis für Kriegsverbrecher Landsberg/Lech, weiß, daß ich mich strafbar mache, wenn ich in einer eidesstattlichen Erklärung falsche Angaben mache. Die nachstehenden Ausführungen, die ich auf Grund meiner früheren Tätigkeit als persönlicher⁵⁵ Referent des ehemaligen

⁵⁴ Ebda., 2–27.

⁵⁵ Dieses Wort ist handschriftlich hinzugefügt.

Reichsführers-SS Himmler nach bestem Wissen und Gewissen niederschreibe, erkläre ich an Eidesstatt:

Es war wohl Anfang März 1941⁵⁶, als Himmler einen Schriftsatz erhielt, der sich mit der Umsiedlung einer beträchtlichen Anzahl von Holländern nach Polen befaßte. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob Hitler seine Weisung an Himmler selbst unterzeichnet hatte, oder ob sie durch Bormann übermittelt wurde. Ich hatte mit dem Vorgang nichts weiter zu tun, als ihn in die für Himmler bestimmte Post zu legen.

Ich fand diesen Plan so abwegig und sinnlos, daß ich entgegen den bestehenden Geheimhaltungsvorschriften mit Herrn Medizinalrat Felix Kersten darüber sprach, der weder zur Dienststelle Himmlers noch zur SS gehörte. Herr Medizinalrat Kersten hatte jahrelang in Holland gelebt, und ich sah in ihm einen den Niederlanden besonders verbundenen Menschen. Einzelheiten des Gesprächs sind mir nicht mehr in Erinnerung. Ich weiß nur noch, daß ich Herrn Medizinalrat Kersten den Geheimvorgang zur Durchsicht übergeben habe.

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit hörte ich zunächst nichts, denn ich rückte bald darauf als Oberscharführer (Feldwebel) zum Artillerie-Regiment der Leibstandarte ein, das damals in Bulgarien lag. Nach Beendigung der Kriegshandlungen in Griechenland wurde ich an meinen alten Arbeitsplatz befohlen. Ich erfuhr dann bei einer Gelegenheit, die mir nicht mehr in Erinnerung ist, daß die beabsichtigte Umsiedlung nicht durchgeführt werden würde.

Nach meiner Überzeugung ist die Nichtdurchführung des ursprünglichen Planes, wesentlich, wenn nicht sogar überwiegend⁵⁷ den Bemühungen des Herrn Medizinalrats Kersten bei Himmler zuzuschreiben. Himmlers Gesundheitszustand war gerade im Jahre 1941⁵⁸ ganz besonders schlecht.

Auch aus dieser Erklärung wird deutlich, wie wenig Brandt von dem Inhalt des Deportationsplanes wiedergeben konnte. Brandt weigerte sich auch, Kerstens Bericht in dem zentralen Punkt zu bestätigen, daß der Plan das gesamte niederländische Volk (und die von ihm nicht einmal genannten Flamen) betroffen haben soll. Es ist an und für sich schon unwahrscheinlich, daß Brandt, der in seinem Prozeß als ein serviler, völlig von Himmler abhängiger Funktionär in Erscheinung trat, ein als „geheime Reichssache“ bezeichnetes Dokument einem Außenstehenden wie Kersten zum Lesen gegeben haben soll. Schließlich widerlegte Brandt mit seiner Mitteilung, daß er sich „in Bulgarien“ der SS-Leibstandarte anschloß, d. h. vor dem 6. April 1941, und daß er erst „nach Beendigung der Kriegshandlungen in Griechenland“ (30. April 1941) seine Tätigkeit bei Himmler wieder aufnahm, endgültig die Passage in Dokument 3, in der Kersten „den 25. April 1941“ schrieb, daß er (nach dem 17. April) „bei Dr. Brandt“ noch einmal die „Originalakten der Umsiedlung“ gelesen haben will.

Wollen wir für einen Augenblick annehmen, daß Kerstens Bericht auf Wahrheit beruht. Müßten Brandt und Kersten nach dem Frühjahr 1941 dann nicht wiederholt davon gesprochen haben, daß sie zusammen das niederländische Volk und die Flamen gerettet hatten? Dabei wäre es dann doch Brandt gewesen, der, indem er die Geheimhaltungsvorschriften überschritten hätte, Kerstens Aktion erst ermög-

⁵⁶ Ersetzt „1944“, das durchgestrichen ist.

⁵⁷ Anstelle von „sogar überwiegend“ stand ursprünglich „ganz“; dieses Wort ist durchgeixt.

⁵⁸ Ersetzt „1944“, das durchgestrichen ist.

licht hätte. Und hätte sich Brandt, der in den Jahren 1945–1947 um sein Leben kämpfen mußte, dann nicht deutlich und wiederholt auf diese Sache berufen? Stattdessen erinnerte sich Brandt zunächst überhaupt nicht an die Ereignisse; erst als er „Herrn Kerstens Schilderung“ gelesen hatte, bestätigte er einige Einzelheiten aus dessen Bericht; andere bestritt er, und, ohne es zu merken, zeigte er schließlich auf, daß Kersten mit der Schlußaufzeichnung seines wichtigsten Beweisstückes (Dokument 3) phantasiert hatte.

Die Aussage des „Generalmajor d. R.“ Franz Müller

Als weiteres Beweisdokument diente Kersten folgender Brief⁵⁹, der mit der Unterschrift „Müller“ am 10. Mai 1949 in Hamburg geschrieben wurde:

Lieber Herr Kersten!

Ich bin nun wieder aus Berlin und dem Osten zurück. Nach Harzwalde konnte ich nicht gehen, da die Luft für mich dort dick wurde. Außerdem besteht ja immer die Gefahr, daß man andere Leute gefährdet, wenn man sie aufsucht.

Eine Notiz habe ich gefunden, und zwar habe ich noch diesen Vermerk in meinem Tagebuch, das leider in keiner Weise vollständig ist, gefunden:

Am 9. 6. 44 sprach ich mit Medizinalrat Dr. Kersten in Berchtesgaden im Hotel Königssee gelegentlich einer längeren politischen Unterhaltung auch über die Frage der geplanten Umsiedlung der Holländer nach dem Osten. Ich kam auf dieses Thema, weil der Reichsführer Himmler mir gelegentlich eines Vortrages, in dem über die künftige Aufforstung der Ukraine gesprochen war, erzählte, der Führer habe ernsthaftest den Plan gefaßt, die Holländer, soweit sie nicht für die Beteiligung an einem Pan-Europa geeignet seien, nach dem Osten umzusiedeln. Der Reichsführer erwähnte, daß er für diese Maßnahme einen strikten Befehl erhalten hätte. Er habe dann mit Kersten, dem bei uns allen als Freund Hollands bekannten Arzt, eingehend über die Frage gesprochen. K. sei ganz verzweifelt gewesen. Heinrich H. habe daraufhin gesagt, er würde nichts gegen die Ausführung des Befehls tun können, da offenbar bei A. H. der feste Wille zu dieser Sache bestehe. Darauf habe Kersten gesagt: „Reichsführer, Sie können gesundheitlich eine derartige Mehrbelastung gar nicht aushalten. Sie brechen bestimmt zusammen und können eine andere wichtige Aufgabe nicht ausführen. Sagen Sie dem Führer, daß ich als Ihr beratender Arzt aufs allerdringendste warnen müsse und schlagen Sie vor, diese Umsiedlung erst nachdem der Krieg entschieden ist, vorzunehmen.“

Himmler, dem die Angelegenheit offenbar auch nicht sympathisch war, hatte diesen guten Rat seines Arztes benutzt und beim Führer erreicht, daß die Umsiedlungsmaßnahmen der besprochenen Art verschoben wurden.

So hat sich Kersten, wie H. H. sagte, einen unsterblichen Verdienst um die Holländer erworben, denn als wir über diese Frage sprachen, war die Situation an den Fronten schon so, daß mit einer Umsiedlung von Holländern niemand mehr rechnen konnte.

Dies, mein lieber Herr Kersten, ist die genaue Wiedergabe des Gespräches mit Himmler und Ihnen. Ich erinnere nicht mehr, in welchem Jahre die Rede von der Umsiedlung gewesen ist; das ist ja auch wohl gleichgültig.

Darauf folgen die handschriftlichen Worte: „Mit herzlichen Grüßen Ihr getr[euer]

⁵⁹ Fotokopie des maschinenschriftlichen Briefes im Rijksinstituut, Doc I-878, c – 16.

Müller“, während in der linken unteren Ecke steht: „Wenn Sie einverstanden sende ich ein notariell beglaubigtes Exemplar“.

Aus diesem Brief geht hervor:

1. daß Kersten und Müller auf freundschaftlichem Fuß standen;
2. daß Kersten vor dem 10. Mai 1949 mit Müller Kontakt gehabt hatte über seinen, Kerstens, Bericht bezüglich des Deportationsplanes;
3. daß Müller zur Sache selbst nur eine Aufzeichnung in seinem „Tagebuch das leider in keiner Weise vollständig ist“ besitzen sollte;
4. daß in der wiedergegebenen Äußerung Himmlers nur die Rede ist von einer Deportation der „Holländer“, soweit sie nicht für die Beteiligung an einem Pan-Europa geeignet seien“;
5. daß Müller sich nicht erinnern konnte, „in welchem Jahre die Rede von der Umsiedlung gewesen ist; das ist ja auch wohl gleichgültig“.

Für Kersten war dies aber nichts weniger als „gleichgültig“.

Am 28. September 1949 unterschrieb Müller in Hamburg eine „Erklärung“, deren Text⁶⁰ lautet:

Aus leider unvollkommenen Tagebuchnotizen, Briefen und meiner Erinnerung erkläre ich Folgendes mit der ausdrücklichen Erklärung bereit zu sein diese Angaben vor einem Richter unter Eid zu wiederholen:

1. Am 9. Juli 1944 sprach ich mit Medicinalrat Felix Kersten im Hotel Königsee bei Berchtesgaden auf seinem Zimmer über die Frage einer Ansiedlung von Holländern hinter dem, im Falle eines Sieges über Russland, geplanten Ostwall.

2. Veranlassung zu dieser Unterhaltung mit Herrn Kersten gab mir eine Bemerkung des Reichführers Himmler während eines Vortrages, den ich am 8. Juli über Wald-Aufforstungsfragen im Südosten zu halten hatte. Der Reichsführer sprach im Anschluß an diesen Vortrag über die einstmaligen Siedlungspläne in der Ukraine. Dabei erwähnte er, daß der Führer 1941 schon befohlen habe, mit der Siedlung im Ostraum zu beginnen. Unter Anderem sollte eine große Zahl holländischer Siedler in der Ukraine angesetzt werden. Die besondere Fähigkeit der Holländer in wasserwirtschaftlichen Dingen habe wohl die Veranlassung zu dieser Idee gegeben. Zweifellos handelte es sich bei den Vorstellungen Hitlers um Ideen, die in das Bild einer gesamteuropäischen Gestaltung mit der Front gegen Asien passen sollten.

Himmler sagte dann, damals hat Kersten, der bei dem Gedanken an eine Ansiedlung von seinen geliebten Holländern in der Ukraine ganz außer sich geriet, diesen einen großen Gefallen getan, denn durch die Verschiebung der Ansiedlung bis nach dem Krieg, ist es den Ansiedlern erspart worden, nun von den Russen überrannt zu werden. Ich glaube, Himmler sagte wörtlich: Um diese Holländer hat sich Kersten wirklich ein unvergängliches Verdienst erworben. Plaudernd erwähnte er dann, daß Kersten ihn dringend gebeten habe, bei dem Führer vorstellig zu werden, daß der Ansiedlungsplan zurückgestellt werden müsse, weil er – Himmler – eine weitere arbeitliche Belastung zur Zeit nicht, ohne schwerste Gesundheitsschaden ertragen könne. Lächelnd meinte er weiter: „Die anderen Gründe, die Kersten gegen eine Ansiedlung während des Krieges im Osten mit Holländern vorbrachte, überzeugten mich weitaus mehr als seine Drohung mit der angeblichen Gefährdung meiner Gesundheit“. – Jedenfalls, sagte er abschließend, haben wir damals den Ansiedlungsplan

⁶⁰ Fotokopie ebda., c – 17.

aufgeschoben und das ist gut so, denn was wäre aus den Siedlern geworden! Aber Kersten kann sich das Verdienst anrechnen, daß er durch seine Vorstellungen diese Verschiebung erreicht hat.

3. Der Referent Himmlers, Dr. Rudolf Brandt, den ich am gleichen Tag sprach und nach den erwähnten Ansiedlungsplänen gelegentlich meiner Unterhaltung befragte, bestätigte mir, daß Kersten sich in ganz fabelhafter Weise gegen jede Ansiedlung von Holländern während des Krieges eingesetzt habe. Ihm seien diese Stellungnahmen Kerstens sehr sympathisch gewesen, da er wirklich fürchtete, daß die Arbeit zuviel werde und außerdem mehr für „Abwarten“ sei. Sie sehen ja was mit den armen Menschen geschehen wäre, daß er die Unterhaltung über diese Frage.

4. Die Angelegenheit ist mir trotz der Länge der verstrichenen Zeit in genauester Erinnerung, weil ich seit meiner Kindheit nahe Beziehungen zu Prinz Heinrich der Niederlande hatte und dadurch naturgemäß alle Fragen, die Holland betreffen mit größtem Interesse verfolge. So hatte ich viele interessante Unterhaltungen mit Kersten über Holland und war stets beeindruckt von seiner Verehrung für das Königshaus und seine Zuneigung zu dem holländischen Volk.

Im ganzen Stab war Kersten dafür bekannt, daß er ständig, wenn er nur die Sprache darauf bringen konnte, sich für Holland einsetzte.

Darunter steht: „Hamburg den 28. September 1949“. Unter der Unterschrift „Franz Müller-Darss“ steht maschinengeschrieben: „Generalmajor d. R. Beauftragter für Forst- u. Jagdwesen im Stabe des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres“. Links von diesen Angaben steht ein undeutlicher Stempel, aus dem hervorgeht, daß das Hamburger Einwohnermeldeamt am 28. September 1949 die Unterschrift als die von Franz Müller-Darss anerkannte.

Zum Inhalt dieser Erklärung ist festzustellen:

1. daß es befremdend ist, daß Müller-Darss nicht eine Fotokopie seines „Vermerk in meinem Tagebuch“ beigelegt hat, den er seinem Brief vom 10. Mai 1949 zufolge besitzen sollte;
2. daß er sich diesmal nicht nur auf seine „Tagebuchnotizen“ beruft, sondern auch auf „Briefe“ und auf seine „Erinnerung“, aber daß er weder von den „Tagebuchnotizen“ noch von den „Briefen“ eine Fotokopie beigelegt hat;
3. daß er dem „Vermerk in meinem Tagebuch“ zufolge, wiedergegeben in seinem Brief vom 10. Mai 1949, „am 9. 6. 1944“ in Berchtesgaden mit Kersten gesprochen haben will, während das Gespräch jetzt um einen Monat verlegt ist: auf den „9. Juli 1944“;
4. daß das Jahr, in dem angeblich über die „Umsiedlung“ gesprochen wurde und an das sich Müller laut seinem Brief vom 10. Mai 1949 nicht mehr erinnerte, jetzt auf einmal klar angegeben wird, nämlich „1941“;
5. daß die Deportation sich nur auf „eine große Zahl holländischer Siedler“ erstreckt haben soll, die „angesetzt“ werden sollten „in der Ukraine“ – nicht in dem Gebiet um Lublin;
6. daß Brandt (der sich, wie wir sahen, im Jahr 1947 an diese Angelegenheit zunächst überhaupt nicht erinnerte) sich am 9. Juli 1944 noch genau erinnert haben soll, welche wichtige Rolle Kersten 1941 gespielt haben soll.

Zur Form der Erklärung von Müller-Darss sind drei Einwände zu erheben:

1. es ist keine „notariell beglaubigte“ Aussage, sondern eine Erklärung, von der ausschließlich die Unterschrift amtlich bestätigt wurde;
2. Müller-Darss hat weder seinen Geburtsort noch sein Geburtsdatum angegeben;
3. er hat keine Adresse angegeben.

Der „Generalmajor der Reserve“ Franz Müller-Darss, „Beauftragter für Forst- u. Jagdwesen im Stabe des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres“ hatte offenbar Gründe, Nachforschungen über seine Person zu erschweren. Nach Auskunft des Einwohner-Zentralamtes von Hamburg⁶¹ wohnte ein Franz Müller-Darss tatsächlich von 1945 bis 1960 in Hamburg, als Beruf hatte er „Forstmeister in Ruhe“ angegeben. Nach Mitteilung der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Kornelimünster⁶² existiert ein „Generalmajor der Reserve“ und „Beauftragter für Forst- und Jagdwesen im Stabe des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres“ namens Franz Müller-Darss in den erhalten gebliebenen Unterlagen der Wehrmacht nicht⁶³. Tatsächlich handelt es sich um einen Franz Müller-Darss, geboren am 29. April 1890 in Lindau-Eichsfeld, im Ersten Weltkrieg Offizier und Chef des Kriegshundwesens, Mitglied der SS seit 18. September 1936, seit 20. April 1941 dem Persönlichen Stab Reichsführer-SS angehörend, seit 15. Mai 1942 Beauftragter für das Diensthundwesen beim Reichsführer-SS⁶⁴ und schließlich (Beförderung per 21. Dezember 1944) SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS⁶⁵. Müller-Darss hat aus Gründen, die man nur vermuten kann, in seiner Aussage seinen wahren Rang und seine wirkliche Funktion verschwiegen und durch andere Angaben ersetzt. In Anbetracht dessen, daß Kersten Müller-Darss gut kannte, muß man wohl annehmen, daß Kersten diese Änderungen bekannt waren.

Die Aussage von Ludwig Pemsel

Felix Kersten bediente sich schließlich einer dritten Zeugenaussage, und zwar einer aus zwei Seiten bestehenden „Eidesstattlichen Erklärung“, die am 26. März 1952 in München von Ludwig Pemsel abgegeben wurde. Ludwig Pemsel nannte sich „ehemaliger SS-Sturmbannführer und Verwaltungsführer der Feldkommandostelle des Reichsführer-SS“. Beide Seiten sind von Pemsel unterschrieben; seine Unterschrift wurde auf Seite 2 am 27. März 1952 mit einem Stempel vom niederländischen Konsul in München beglaubigt. Die Erklärung⁶⁶ hat folgenden Wortlaut:

⁶¹ Brief an den Verfasser vom 25. 5. 1972.

⁶² Brief an den Verfasser vom 26. April 1972.

⁶³ Diese Auskunft wurde bestätigt in einem Schreiben vom Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg an den Verfasser vom 30. Juni 1972.

⁶⁴ In dieser Funktion übte er u. a. die Oberaufsicht aus über die Dienststelle für Schutz- und Wachhundwesen beim SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt, Amtsgruppe D (Konzentrationslager).

⁶⁵ Angaben aufgrund der erhalten gebliebenen Personalunterlagen der SS, Mitteilung des BDC vom 19. 5. 1972. Die Unterschrift unter dem eigenhändig geschriebenen Lebenslauf von Müller-Darss vom 4. April 1936 ist nicht identisch mit der unter seinem Brief vom 10. Mai 1949 und seiner „Erklärung“ vom 28. September 1949.

⁶⁶ Rijksinstituut, Doc I-878, e – 59 (maschinenschriftl. Durchschlag).

Ich der Unterzeichnete, Ludwig Pemsel, wohnhaft München 15, Stierstraße 4/IV, ehemaliger SS-Sturmbannführer und Verwaltungsführer der Feldkommandostelle des Reichsführers-SS, gebe folgende eidesstattliche Erklärung ab:

Im Sommer 1944 nahm ich an einem Mittagessen beim Reichsführer-SS Heinrich Himmler teil. Bei dieser Gelegenheit kam ein Gespräch über den zunehmenden Widerstand der Holländer zustande, die sich jetzt unangenehm bemerkbar machten und daß die holländischen Vertrauensmänner der Gestapo versagten. Plötzlich sagte Himmler zu seinem Gegenüber, es war der Obergruppenführer Pohl, dem Sinne nach folgendes: „Ich bedauere, daß wir im Jahre 1941 das holländische Volk nicht umgesiedelt haben, dann bräuchten wir uns heute über das holländische Problem im Westen nicht mehr zu unterhalten.“ Da Pohl über die Zusammenhänge nicht genau unterrichtet war, gab ihm Himmler folgende Aufklärung.

Anfang des Jahres 1941 wurde verschiedentlich organisierter Widerstand in Holland, besonders in Amsterdam, festgestellt. Dies mußte er (Himmler) dem Führer (Hitler) melden. Daraufhin wäre Hitler so empört gewesen und habe sofort als Gegenmaßnahme die Umsiedlung des gesamten holländischen Volkes nach Ostpolen angeordnet. Zunächst sollten alle diejenigen umgesiedelt werden, die als Gegner von Musert oder als Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands verdächtigt waren. Himmler schätzte die Zahl der Gegner in Holland auf ca. drei Millionen. Anschließend sollte die Umsiedlung der übrigen holländischen Bevölkerung sowie der Flamen gruppenweise erfolgen. Als höher stehende Rasse würden sich die Holländer den Polen gegenüber durchsetzen, in Polen eine Vorrangstellung einnehmen und den vollen Schutz der deutschen Behörden in Polen genießen. Pohl fand diese Maßnahme sehr verständlich und bezeichnete sie als eine glänzende Lösung. Er fragte, warum man denn den Befehl damals nicht durchgeführt habe. Darauf erwiderte Himmler, daran sei eigentlich seine Gesundheit schuld gewesen. Er (Himmler) sei damals im Frühjahr 1941 so überarbeitet gewesen und habe unter qualvollen Magenschmerzen gelitten, daß er mehr denn je auf seinen finnischen Arzt Kersten angewiesen war.

Medizinalrat Felix Kersten habe ihn schließlich zur Überzeugung gebracht, daß es zweckmäßiger wäre, diese Aufgabe – die Umsiedlung des holländischen Volkes – bis nach dem Kriege zurückzustellen, da seine durch Arbeitsüberlastung bereits geschwächte Gesundheit durch die Übernahme einer derartigen Aktion zu sehr gefährdet wäre, zumal er voll leistungsfähig sein müßte für andere große Aufgaben, die ihm der Führer damals gestellt hatte, so z. B. die Neuorganisation der Waffen SS. Im Gespräch erklärte Himmler dem Sinne nach weiter:

Heute sehe ich ein, daß es verkehrt war, mich damals von Kersten überreden zu lassen. Würden nämlich die Holländer nun im Osten sein, so müßten sie zwangsläufig zu den Waffen greifen und unsere Bundesgenossen werden, um aus Selbsterhaltungstrieb sich gegen die Russen zu verteidigen und mit uns zusammen die russische Welle zum Stehen zu bringen.

Himmler sagte weiter, daß er heute die starke Empfindung habe, daß Kersten weniger an seine (Himmlers) Gesundheit damals gedacht habe, sondern vielmehr die Interessen des holländischen Volkes wahrgenommen habe, was ihm im Laufe der Jahre immer mehr zum Bewußtsein gelangt sei.

Diesem Gespräch habe ich im Sommer 1944 als Verwaltungsführer der Feldkommandostelle des Reichsführers-SS während eines Mittagessens, zu dem ich ebenfalls geladen war, zugehört und kann daher das Vorstehende mit meinem Eid bestätigen.
München, 26. März 1952
Ludwig Pemsel

Folgende Punkte bieten Ansätze zur Kritik:

1. Pemsel nennt als einzigen Anwesenden bei dem Gespräch mit Himmler den SS-Obergruppenführer Pohl, der am 8. Juni 1951 als Kriegsverbrecher in

- Landsberg hingerichtet wurde. Der einzige Zeuge, den Pemsel anführt, konnte seine Mitteilungen also weder bestätigen noch in Abrede stellen.
2. Pemsels Text ist der erste, der einen Zusammenhang zwischen dem Deportationsplan und dem (übrigens auch hier nicht genannten) Februarstreik herstellen läßt: es soll „besonders in Amsterdam“ Widerstand gegeben haben: „Daraufhin wäre Hitler so empört gewesen und habe sofort als Gegenmaßnahme die Umsiedlung des gesamten holländischen Volkes nach Ostpolen angeordnet“.
 3. Aus dem Inhalt des von Kersten wiedergegebenen Planes (Dokumente 1–3) ist von irgendeinem Zusammenhang mit dem Februarstreik oder mit Ereignissen „besonders in Amsterdam“ nichts zu ersehen. Bestünde dieser Zusammenhang, dann wäre anzunehmen gewesen, daß an erster Stelle die Bevölkerung von Amsterdam deportiert werden sollte, aber nach den Dokumenten 1–3 sollten die Deportationen in Flandern und dem „katholischen, südliche(n) Holland“ beginnen, danach sollten die Bewohner „der Nord- und Ostprovinzen“ an die Reihe kommen, und in der „zweite(n) Etappe“ sollte Den Haag noch vor Amsterdam kommen.
 4. Die Deportation der Flamen läßt sich schwerlich in eine Reaktion Hitlers auf den niederländischen Februarstreik einfügen.
 5. Wenn Hitler tatsächlich am 25. oder 26. Februar 1941 die „Umsiedlung des gesamten holländischen Volkes nach Ostpolen“ beschlossen haben sollte, dann hätte der auf 43 Seiten niedergelegte Deportationsplan (angenommen, Kersten bekam ihn am 1. März 1941 „im Zimmer von Dr. Brandt“ zu Gesicht) in dem wohl sehr kurzen Zeitraum von zwei oder drei Tagen ausgearbeitet und mit der Maschine geschrieben werden müssen.
 6. Himmlers Angaben gegenüber Pohl zufolge sollten in erster Instanz „ca. drei Millionen“ Niederländer deportiert werden.
 7. Es ist unwahrscheinlich, daß Pemsel sich tatsächlich fast acht Jahre später an die vielen Details erinnern konnte, die er wiedergibt, vor allem, da es Mitteilungen waren, die Himmler „im Sommer 1944“ nicht einmal ihm, sondern Pohl gegenüber gemacht haben soll.
 8. Pemsel war ebenso wie Brandt und Müller-Darss als Mitglied des Stabes von Himmler ein guter Bekannter von Kersten⁶⁷. Auf eine Anfrage⁶⁸, warum er seine Erklärung erst 1952 und nicht schon früher abgegeben habe, antwortete Pemsel am 12. Juni 1972: „Herr Kersten, den ich seit Jahren sehr gut kannte, besuchte mich anlässlich eines Aufenthalts in München im März 1952. Bei dieser Gelegenheit bat er mich, eine von ihm auf Grund seiner Tagebuchnotizen vorgefertigte Erklärung zu unterschreiben. Ich entsprach s. Zt. seinem Wunsch,

⁶⁷ Nach den Unterlagen des BDC (Auskunft v. 18. 5. 1972) war Pemsel (mit einer Unterbrechung vom 1. Mai bis 5. August 1943) vom 6. Mai 1940 bis zum Kriegsende Verwaltungsführer von Himmlers Hauptquartier („Sonderzug Heinrich“); sein höchster bekannter Rang war nicht SS-Sturmabführer, sondern SS-Hauptsturmführer (eine Rangstufe tiefer). Es ist aber möglich, daß die Unterlagen über seine letzte Beförderung verlorengegangen sind.

⁶⁸ Brief des Vf. an L. Pemsel v. 5. 6. 1972.

nachdem ich den Wortlaut der Erklärung, meinem Erinnerungsvermögen entsprechend, in einigen Punkten geringfügig auf die unterfertigte Formulierung abgeändert hatte.“

Die Schlußfolgerungen aus der Untersuchung der Zeugenaussagen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen.

1. Kerstens Darstellung wird in den drei einzigen Zeugenaussagen, die er nach dem Kriege zusammenzutragen wußte, nirgendwo in ganzer Breite bestätigt; jede Erklärung enthält Abweichungen in wesentlichen Punkten.
2. Bei allen drei Aussagen steht fest, daß ihnen ein Kontakt mit Kersten vorausging, in dem dieser Mitteilung machte von einem Bericht, den er gern bestätigt sehen wollte; die Aussage von Pemsel ist sogar fast in ihrer Gesamtheit von Kersten vorformuliert worden.
3. Müller-Darss hat seine Personalien unrichtig wiedergegeben und diese Tatsache kann Kersten nicht entgangen sein.
4. Alle drei Zeugen waren gute Bekannte von Kersten aus der unmittelbaren Umgebung Himmlers.

PUBLIZIERTE VERSIONEN DES DEPORTATIONSPLANES

„The memoirs of Doctor Felix Kersten“ erschienen 1947 in den Vereinigten Staaten bei Doubleday & Company, Inc. in New York. Der Text war „herausgegeben von Herma Briffault“ und „übersetzt von Dr. Ernst Morwitz“. Die Bearbeitung des von Kersten in Stockholm zur Verfügung gestellten Materials hatte ohne Mitwirkung Kerstens stattgefunden; in dem Text kamen also Unrichtigkeiten vor, für die man Kersten nicht verantwortlich machen kann. Die Wiedergabe des Deportationsplanes und der Kampf, den er dagegen geführt haben will, bilden einen großen Teil des fünften Kapitels. Es ist eine ziemlich genaue Wiedergabe des Dokuments 7 mit einigen Bestandteilen aus den Dokumenten 2 und 3. Es erscheint überflüssig, hierauf näher einzugehen, da Kersten sich nicht persönlich mit der Redaktion des Buches befaßt hat.

Eine schwedische Ausgabe der amerikanischen Memoiren, jedoch von Kersten korrigiert⁶⁹, erschien 1947 im Verlag Ljus in Stockholm unter dem Titel: Samtal med Himmler („Gespräche mit Himmler“). Der Bericht über den Deportationsplan und Kerstens Kampf dagegen ist eine fast wörtliche Übersetzung des in Amerika publizierten Textes: Kersten hatte also keine Gründe, in diesem Teil des amerikanischen Textes etwas zu ändern. Im schwedischen Text sind die sachlich wesentlichen Abweichungen von den Dokumenten 2 und 3:

⁶⁹ In der Bibliothek des Rijksinstituuts befindet sich ein Exemplar der amerikanischen Ausgabe mit Korrekturen in Kerstens Handschrift, die in der schwedischen Ausgabe berücksichtigt wurden.

1. daß der Deportationsplan von Himmler gegengezeichnet sein sollte (S. 94);
2. daß im ganzen 8,2 Millionen Menschen deportiert werden sollten (die Angabe für die Flamen ist also vergessen worden) (S. 94);
3. daß die Hälfte der NSB-Leute „goda nationalsocialister“ („gute Nationalsozialisten“) genannt werden (S. 95);
4. daß die gesamte niederländische Polizei ebenfalls deportiert werden sollte (die gesonderte Angabe für die Marechaussee ist also verschwunden) und daß man hoffte, daß (in Anführungsstrichen) „en viss percent“ („certain percentage“ steht im amerikanischen Text auf S. 85 auch in Anführungsstrichen) nützlich sein könnte als Helfer beim Aufbau der neuen Existenz in Polen (S. 96); die in Anführungszeichen zitierten Worte erscheinen übrigens in keinem einzigen Dokument;
5. daß in den Niederlanden nach der Bekanntgabe des Deportationsplanes (in Anführungszeichen) „motstand var att förvänta“ („troubles were to be expected“, im amerikanischen Text auf S. 85, ebenfalls in Anführungszeichen); auch diese zitierten Worte sind in keinem Dokument zu finden (S. 96);
6. daß „Heydrich och Rauter“ („Heydrich and Rauter“ auf S. 86 der amerikanischen Ausgabe) sich unterhalten haben sollten (S. 97);
7. daß, während Himmler und Kersten in Bruck an der Mur sein sollten, der Feldzug in Jugoslawien „für Deutschland schlecht ging“: „ga illa för tyskarna“ in der schwedischen Ausgabe S. 100 („going badly for the Germans“ in der amerikanischen S. 89);
8. daß Kersten die Mitteilung, die Aufschiebung des Planes sei beschlossen, am 18. April 1941 mündlich von Himmler bekam.

Übrigens kommen die Schneeglöckchen und Krokusse zwar in der amerikanischen Ausgabe vor (S. 92), nicht aber in der schwedischen.

Die niederländische Version von Kerstens Memoiren wurde („übersetzt und mit einer Einleitung versehen“ von J. M. den Uyl) unter dem Titel „Klerk en Beul, Himmler van nabij“, 1948 in Amsterdam bei J. M. Meulenhoff veröffentlicht. Das Buch, so den Uyl, kam „zustande durch ein ursprünglich deutsches Manuskript, in das Kersten seine Aufzeichnungen verarbeitet hatte, ergänzt durch viele Tatsachen, die sich ergeben hatten aus Gesprächen mit dem Verfasser“ (S. 11). Kapitel 7 heißt: „Das Schicksal der Niederlande auf der Waage“ (S. 62–70). Der Text dieses Kapitels besteht aus einer Wiedergabe des Berichtes in der amerikanisch-schwedischen Ausgabe mit den folgenden sachlichen Abweichungen:

1. „mindestens die Hälfte“ der Mitglieder der NSB bestand aus Mitläufern (S. 63);
2. die großgermanisch eingestellten Mitglieder der NSB sollten „in das Gebiet der Warthe oder in die baltischen Länder“ gehen können (S. 63);
3. „für einen Teil des Besitzes“ (der Niederländer) „sollten Entschädigungen gegeben werden“ (S. 63);
4. „Schließlich enthielt das Dokument“ („die geheime Reichssache von 43 Seiten“) „in einigen Sätzen auch noch einige Angaben darüber, was man mit den baltischen Völkern tun wollte. Es war das Ziel, aus Estland, Lettland und Litauen

ein einziges Gebiet zu bilden und es einem SS-Orden zur Verfügung zu stellen“ (S. 64);

5. Jetzt ist Kersten über Rauters Identität wiederum nicht sicher: „wie ich annehme . . . Gruppenführer Rauter“ (S. 64);
6. Kersten hört jetzt „im Vorbeigehen“ (S. 64) Heydrich etwas zu Rauter sagen;
7. Kersten gibt eine völlig neue Darstellung der Folgen von Himmlers physischer Krise (16. April 1941): „Während der folgenden Tage wartete ich gespannt ab, wie Himmler reagieren würde, wenn die Schmerzen vorüber waren . . . Ich wußte, daß Himmler bei Hitler gewesen war, aber ich hörte in den nächsten Tagen nichts von dem Resultat ihres Gespräches. Bis ich schließlich das erlösende Wort aus Himmlers eigenem Mund vernahm“ (S. 70). Ein Datum wird nicht angegeben.

1952 erschien im Verlag Robert Mölich in Hamburg das Buch: „Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform. Aus den Tagebuchblättern des finnischen Medizinalrats Felix Kersten“. Der Text hat den Charakter ausgearbeiteter Tagebucheintragungen: Ort und Datum sind über jedem Fragment vermerkt. „Dieses Buch“, so Kersten selbst im Vorwort „bringt einen wesentlichen Teil meiner bisher unveröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen über meine Gespräche mit Heinrich Himmler“ (S. 18).

Was die Niederlande angeht, so wird, abgesehen von den Hilfsaktionen aus der letzten Kriegsphase, erzählt, wie Kersten die niederländischen Kunstschatze gerettet haben soll (S. 219–222) und wie er verhindert haben will, daß Den Haag und Clingendael dem Boden gleichgemacht wurden und daß der Abschlußdeich gesprengt wurde (S. 329–332). Im Vorwort des Verlages wird Posthumus zitiert: „Die Verhinderung der Deportation unseres Volkes 1941, die Verhinderung der Sprengung von Clingendael und der Durchstechung der Seedeiche gehören zu den Verdiensten Kerstens, wofür Regierung und Volk ihm in hohem Maße Dank schuldig sind“ (S. 15). Der Bericht über den Deportationsplan und die Art und Weise wie Kersten die Ausführung des Planes verhindert haben soll, fehlt im deutschen Text der Kersten-Memoiren völlig.

Die englische Ausgabe: *The Kersten Memoirs 1940–1945* erschien 1956 bei Hutchinson in London, mit einer Einleitung von H. R. Trevor-Roper⁷⁰ und „aus dem Deutschen übersetzt“ von Constantine Fitzgibbon und James Oliver. Der Depor-

⁷⁰ Trevor-Roper beruft sich (zu Unrecht, wie noch deutlich werden wird) in seiner Einleitung auf den „Report of Dutch Parliamentary Enquête-Commissie, 1950“ (richtig: 1952), „seitdem bestätigt durch Aussagen von Ludwig Pemsel, 27. März 1952, und General-Major Franz Müller-Dachs“ (richtig: Darss) „28. September 1949“. Trevor-Roper fährt fort: „Der Plan, die Ukraine 1941 mit Niederländern zu kolonisieren, ist bestätigt in Hitlers Tischgesprächen (1953), S. 25.“ In Hitlers Tischgesprächen (*Hitler's Table Talk 1941–1944*, London 1953) ist aber am angegebenen Ort von einem „Plan, die Ukraine 1941 mit Niederländern zu kolonisieren“ nicht die Rede. Es heißt dort, daß Hitler am 8., 9., 10. oder 11. August 1941 sagte: „Wir dürfen es den Deutschen nicht länger gestatten, nach Amerika zu emigrieren. Im Gegenteil, wir müssen die Norweger, Schweden, Dänen und Holländer für unsere östlichen Länder begeistern“. Es ist also lediglich die Rede von einem mehr oder weniger auf Freiwilligkeit basierenden Plan für eine vage Zukunft.

tationsplan bildet Kapitel 24 (S. 172–175). Dieses Kapitel hat die Form von Tagebucheintragungen: „Berlin, 1. März 1941“, „10. März 1941“, „6. April 1941“, „16. April 1941“, „17. April 1941“, „18. April 1941“.

Die „Tagebucheintragung“ vom 1. März 1941 enthält jetzt folgende neue Details:

1. der Deportationsplan soll durch Bormann gegengezeichnet worden sein;
2. zuerst sollten nur drei Millionen Niederländer, die für „unversöhnlich“ gehalten wurden, deportiert werden;
5. es sollte noch ein zweiter Plan bestanden haben, um „gewisse niederländische Handels-Gruppen . . . Bauern, Gemüsegärtner und andere“ nach dem Osten zu bringen; dieser Plan „diente dazu, den wahren Plan, der für eine Zeit geheim gehalten werden sollte, zu verdecken, um nicht die Weltmeinung voreilig zu provozieren“;
4. „Himmler behauptete, ein plötzlicher Impuls Hitlers hatte diese Idee einer Umsiedlung der vollständigen niederländischen Bevölkerung hervorgebracht“ (über die Flamen wird nichts berichtet). „Es hatte in Amsterdam im Februar 1941 Aufstände gegeben. Himmler hielt sich bei Hitler auf, als diese Nachricht ihn erreichte, und er berichtete ihm davon, woraufhin Hitler in Wut geriet und ausbrach: „Ich werde den ganzen Haufen umsiedeln. Ich werde diesen Parasiten ein Ende machen.“ Sofort diktierte er den Befehl für die Umsiedlung.

1960 erschien bei der Nymphenburger Verlagshandlung, München, das Buch von Achim Besgen „Der stille Befehl. Medizinalrat Kersten, Himmler und das Dritte Reich“.

Im Quellennachweis führt Besgen „Kerstens Tagebuch von 1939–1945, 807 Seiten umfassend“ an. Besgen charakterisiert diese Quelle (S. 65): „Das Tagebuch umfaßt über 800 Seiten. Es liegt auf Kerstens Wunsch bis zur späteren Veröffentlichung im holländischen Reichsarchiv . . . Die inzwischen veröffentlichte Literatur hat außerdem eine Reihe der Tagebuchnotizen als zutreffend erwiesen, die zu dem Zeitpunkt, als sie dem holländischen Reichsinstitut anvertraut wurden, noch nicht bewiesen werden konnten.“

Möglicherweise hat Besgen die Anzahl Seiten zusammengezählt, die sich an Notizen von und über Kersten im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie befinden; es ist auch möglich, daß er eine Angabe Kerstens wiedergibt. Ein „Tagebuch“ Kerstens von 807 Seiten besitzt das Rijksinstituut jedoch nicht, ebensowenig irgendein Dokument was dem ähnlich wäre; das im Nachlaß Kerstens aufgefundene „Tagebuch“ zählt nur 87 Seiten. Zu Kerstens Aufzeichnungen schreibt Besgen (S. 64): „Er trug stets einen grünen Loden-Jagdanzug mit großen Taschen. In einer dieser Taschen steckte ein Notizblock. Auf ihn schrieb er auf, was er an Bemerkenswertem sah, notierte sich Gespräche, die er gerade geführt hatte. Vieles in Stichworten, manches wörtlich. Wenn er dann in Berlin war, arbeitete er das Stichwortartige sorgfältig aus und diktierte es seiner Schwester in die Maschine . . . Das Tagebuch ist ganz erhalten geblieben, weil Kersten es in kleinen Teilen mit nach Schweden genommen hatte.“

Demgegenüber ist festzustellen,

1. daß kein einziger „Notizblock“ von Kersten jemals vorgezeigt worden ist;
2. daß auch das von Besgen erwähnte „Tagebuch“ von Kersten niemals vorgezeigt wurde;
3. daß Kersten 1947 (Dokument 10) erklärte, seine Aufzeichnungen „im Hauptquartier bei Himmler mit der Maschine in Stichworten abgeschrieben“ zu haben. Über den Deportationsplan faßt sich Besgen kurz. Er faßt den Text der englischen Ausgabe von Kerstens Memoiren zusammen: „Im Jahre 1941 gab Hitler Himmler den Auftrag, drei Millionen „unzuverlässiger“ Holländer nach dem Osten umzusiedeln“, dann beschreibt er kurz, wie Kersten auf Himmler eingeredet haben soll, zitiert zwei Zeilen aus dem Brief, den Kersten am 19. April 1941 an Himmler geschrieben haben soll und beruft sich auf „die Tagebuchnotizen des Generalmajors Franz Müller, des Beauftragten für Forst- und Jagdwesen im Stabe des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres“ (S. 27).

Ebenfalls 1960 erschien bei Gallimard in Paris das Buch von Joseph Kessel „Les mains du miracle“. Es enthält ein Vorwort von Trevor-Roper, in dem er sich vor allem auf den Bericht der Snouck Hurgronje-Kommission beruft: „Auf Veranlassung des hervorragenden niederländischen Historikers, Professor N. W. Posthumus, damals Direktor des niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation, wurde eine spezielle Kommission benannt, die die Aktivitäten Kerstens erforschen sollte. Die Kommissionsmitglieder befragten Dutzende von Zeugen und prüften Tausende von Dokumenten⁷¹. 1949 veröffentlichten sie ihren Bericht . . . Aufgrund dieses Berichts wurde Kersten 1950 Groß-Offizier des Oranien-Nassau-Ordens und empfing die Insignien aus der Hand Prinz Bernhards der Niederlande“ (S. XII).

Kessel schrieb sein Buch nach zahlreichen „Dossiers, Zeitungsausschnitten, Berichten, Photokopien“ (S. 6) und aufgrund von Gesprächen mit Kersten: „Ganze Tage habe ich mit Kersten zugebracht, um ihn zu befragen, um ihn anzuhören“ (S. 7).

Das Kapitel „Es gilt ein ganzes Volk zu retten“⁷² enthält die Geschichte des Deportationsplans und gibt die angeblichen Bemühungen Kerstens in dieser Sache wieder. Es enthält folgende neue Elemente:

1. Die Tatsache, daß das niederländische Volk deportiert werden sollte, erfährt Kersten nicht zuerst mündlich von Brandt (Dokument 9) oder durch die Lektüre des ausgearbeiteten Planes (Dokumente 1, 2 und 3), sondern morgens am 1. März 1941 aus einem Gespräch zwischen Heydrich und Rauter, von dem er einen großen Teil aufgefangen haben will:

„Am Nebentisch waren die Stimmen lauter geworden und die Rauters, an die Kersten sich nur zu gut erinnerte, ließ sich hochtrabend vernehmen: „Was für ein Schlag für diese holländischen Schweinehunde, was wird das für eine Panik werden! Schließlich bekommen sie nur, was sie verdienen. Noch diese Woche

⁷¹ 1956 hatte Trevor-Roper in diesem Zusammenhang „eine Anzahl Zeugenaussagen und hunderte von Dokumenten“ genannt (Einleitung zu *The Kersten Memoirs*, S. 19).

⁷² Im folgenden wird nach der deutschen Ausgabe: Joseph Kessel, *Medizinalrat Kersten. Der Mann mit den magischen Händen*. München 1961 zitiert. In der deutschen Ausgabe fehlt das Vorwort Trevor-Ropers.

haben sie bei einem Aufruhr zwei meiner Leute gesteinigt. Diese Schweinsköpfe!“

„In Polen ist es kalt genug, um sie abzukühlen“, meinte Heydrich mit einem höhnischen Lachen.

Kersten beugte sich tiefer über seinen Kaffee und seine Törtchen, lauschte aber gespannt auf die Stimmen hinter seinem Rücken.

„Ich habe gerade die allgemeinen Richtlinien für die Umsiedlung erhalten“, fuhr Heydrich fort. „Sie werden binnen kurzem die Ausführungsbestimmungen bekommen und dann ist kein Tag mehr zu verlieren.“

„Für wann ist der Termin vorgesehen?“ wollte Rauter wissen.

„Für . . .“

In diesem Augenblick dämpfte Heydrich die Stimme, und Kersten konnte nichts mehr verstehen⁷⁸.“

2. Aus dem Deportationsplan, den Kersten abends bei Brandt gelesen haben will, sind die Flamen verschwunden; zunächst einmal sollten „drei Millionen Männer“ zu Fuß durch Deutschland marschieren, „ihre Familien – Frauen, Kinder und Greise –“ sollten mit Schiffen nach Königsberg gebracht werden und von dort aus mit dem Zug nach Lublin (S. 125).
3. Himmler teilt Kersten am 2. März 1941 mit, daß die Waffen-SS „vor Anfang des Sommers“ von „kaum hunderttausend“ auf „eine Million“ (S. 133) verstärkt werden müsse (die Waffen-SS zählte im Juni 1941 in Wirklichkeit 160 405 Mann).
4. In Bruck an der Mur erfolgt Himmlers physische Krisis (sonst immer: 16. April) diesmal unmittelbar auf ein Telefongespräch mit Hitler, nach dessen Ablauf Himmler zu Kersten sagt: „Der jugoslawische Feldzug ist beendet“ (17. April). „Der Führer ist soeben nach Berlin abgereist“ (Hitler blieb in Mönichkirchen) „und befiehlt, daß ich ihm nachkomme“ (S. 144).
5. Himmler erhält jetzt die Abschlußbehandlung Kerstens nicht in Berlin (Dokument 2) oder im Führerhauptquartier (Dokument 3) sondern im Zug auf der Rückreise von Bruck an der Mur nach Berlin (S. 144–145).

Die Annahme, daß Kessel diese neuen Tatsachen seinen Gesprächen mit Kersten entnommen hat, liegt auf der Hand; es ist allerdings möglich, daß Kessel das Gespräch zwischen Heydrich und Rauter selber erfunden hat.

In den fünf Versionen von Kerstens Memoiren und in den zwei Büchern über ihn werden Angaben über den Deportationsplan und Kerstens Kampf dagegen gemacht, die wesentlich voneinander abweichen. Alle Versionen enthalten Elemente, die sich auf nichts in Kerstens angeblich originalen Dokumenten stützen können. Die amerikanische, die schwedische und die niederländische Ausgabe enthalten „Zitate“ aus den Dokumenten, die in den Dokumenten selbst nicht vorkommen. Nimmt man an, daß Kersten tatsächlich das niederländische Volk vor der Deportation bewahrt haben sollte, dann wäre dies die bedeutendste Tat, die er unternom-

⁷⁸ A. a. O., S. 120–121.

men hätte; es ist auffallend, daß er seinen Bericht in die deutsche Ausgabe seiner Memoiren nicht aufgenommen hat.

DIE SNOUCK HURGRONJE-KOMMISSION

Im Gegensatz zu Trevor-Ropers Annahme, der von „dutzenden Zeugen“ spricht, hat die 1949 von der niederländischen Regierung zur Untersuchung der Aktivitäten Kerstens eingesetzte Snouck Hurgronje-Kommission, soweit es aus ihrem Bericht hervorgeht, außer Kersten nur zwei Zeugen gehört: Herrn und Frau van Nagell-van Haersolte⁷⁴. Baron van Nagell war bis 1941 niederländischer Botschafter in Stockholm gewesen, blieb danach in Schweden wohnen und hatte dort ab 1944 persönlichen Kontakt mit Kersten. Die Kommission hatte vollen Zugang zu den Sammlungen des RijksinstituuTs voor Oorlogsdocumentatie. Zum „Deportationsplan“ konnte sie also u. a. die Dokumente 1–4 und 6–10 einsehen und damit auch die Zeugenaussage von Brandt (einschließlich Brandts Brief an seinen Verteidiger vom 8. Oktober 1947) und die Zeugenaussage von Müller-Darss. Die Nachforschungen der Kommission waren aber, zumindest was den Deportationsplan angeht, derart oberflächlich, daß man kaum von einer Untersuchung sprechen kann. Das geht schon aus folgenden Punkten hervor:

1. Die Kommission hat sich auf keine Weise davon vergewissert, ob die angeblich vom März und April 1941 datierenden Dokumente (1, 2, 3 und 4) tatsächlich aus dieser Zeit stammen;
2. die Kommission hat die für Kerstens Zuverlässigkeit verhängnisvollen Unterschiede der Dokumente 2 und 3 untereinander (man denke nur an die Orte und Daten) nicht festgestellt;
3. die Kommission hat nicht bemerkt, daß Brandts Mitteilung, er habe sich noch in „Bulgarien“ der SS-Leibstandarte angeschlossen (d. h. vor dem 6. April 1941) und erst „nach Beendigung der Kriegshandlungen in Griechenland“ (d. h. nicht vor dem 30. April 1941) seine Arbeit bei Himmler wieder aufgenommen, bewies, daß Kerstens in Tagebuchform wiedergegebene Aufzeichnung, er habe am oder kurz vor dem 25. April 1941 „die Originalakten der Umsiedlung“ zum zweiten Mal einsehen können, reine Phantasie war;
4. die Kommission hat keine Untersuchung angestellt über die Identität des „Generalmajor d. R.“ Müller-Darss und offensichtlich nicht einmal gemerkt, daß dieser Zeuge in seiner Erklärung sowohl Geburtsdatum und -ort als auch seine Adresse verschwiegen hat.

⁷⁴ Enq., Bd. VIb, S. 180.

DIE „ENQUETECOMMISSIE“

Die vom niederländischen Parlament eingesetzte „Enquêtecommissie“, die sich von 1947 bis 1955 als parlamentarischer Untersuchungsausschuß mit dem Thema „Regierungspolitik 1940–1945“ beschäftigte, hat, soweit sie an Felix Kersten interessiert war, hauptsächlich seine Bemühungen zur Rettung Gefangener untersucht. Kersten wurde am 15. September 1948 von der Kommission unter Eid als Zeuge gehört⁷⁵. Über den Deportationsplan wurden ihm keine Fragen gestellt. Dieser Plan kam aber zur Sprache, als am 11. Januar 1950 Posthumus unter Eid als Zeuge gehört wurde. Im relevanten Teil der Befragung⁷⁶ heißt es:

Antwort: Ich habe viel mit Kersten gesprochen, und ich habe ihn nie auf einem Widerspruch ertappen können. Ich weiß nicht wie es Ihnen ergangen ist, aber mir ist es nicht gelungen. Die Berichte dieses Mannes, vor dessen Gedächtnis ich sehr viel Respekt habe, sind einwandfrei. Erscheint plötzlich etwas Neues, so bestätigt es offenkundig seine vorigen Aussagen. Ein Beispiel dafür ist der bekannte Bericht über den Transport des niederländischen Volkes nach dem Osten. Ich hatte dem immer kritisch gegenüber gestanden. Wir hatten als erstes die verschiedenen Lesarten von Kersten selbst, die er ausführlich niedergeschrieben hat nach seinen Gesprächen mit Himmler. Die Textstücke sind Ihnen, soweit ich weiß, auch bekannt. Danach erst hat man die eidesstattliche Erklärung Brandts, des Sekretärs von Himmler bekommen, die es bestätigte. Weiterhin – Kersten hat Ihnen das wahrscheinlich noch nicht mitgeteilt; ich weiß nicht, wann er verhört worden ist – ist das Tagebuch von General Franz Müller zutage gekommen, worin dieser verzeichnet, von Himmler gehört zu haben, daß Kersten große Bedenken gegen den Transport des niederländischen Volkes habe. Aber dies ist noch nicht das Interessanteste. Das ist erst vor kurzem in einem Gespräch, das ich mit Kersten führte, zutage gekommen. Ich fragte ihn: „Erzählen Sie mir einmal, wann haben Sie damit angefangen, gegen den Plan mit dem niederländischen Volk zu arbeiten.“ Er sagte: „Ich weiß, daß ich am 16. April 1941 bei Himmler erreicht habe, daß er Hitler davon überzeugen mußte, daß der Plan eingezogen werden mußte.“ Daraufhin fragte ich Kersten: „Wann haben Sie davon gehört? War das im April?“ „Nein,“ sagte er, „das war Anfang März, ich erinnere mich dessen gut. Ich erinnere mich daran, daß ich im März 1941 gehört habe, daß eine Konferenz zwischen Himmler und Hitler stattgefunden hat“ – wahrscheinlich hat er das von Brandt oder von Himmler gehört – „in der über allgemeine Angelegenheiten gesprochen wurde, und daß dann jemand hereinkam und einen Brief überreichte, über den Hitler in Wut ausbrach, so daß er ein Glas, das er gerade an den Mund führen wollte, über den Tisch schmiß. Es war der Bericht, daß ein Arbeitsstreik in Holland stattgefunden hatte. Die elenden Holländer waren wild und mußten bestraft werden; sie mußten umgesiedelt werden.“ Dann sagte ich zu Kersten: „Aber Mann, dann begreife ich auf einmal alles; nun stimmt auch alles. Das war der Streik vom 25. und 26. Februar, der Hitler zu Ohren kam.“ Kersten kannte den Februarstreik nicht; er dachte, es wäre nichts gewesen. Ich habe ihm gesagt, daß ein großer Streik stattgefunden hat. So ergab sich, daß ein direkter Zusammenhang bestand zwischen dem Februarstreik und dem Beschluß, das niederländische Volk zu evakuieren.

Vorsitzender: Sie wissen natürlich, was Rauter darüber gesagt hat?

Antwort: Ja.

⁷⁵ Ebda., Bd. VI c, S. 132–145.

⁷⁶ Ebda., S. 717–718.

Vorsitzender: Herr Zaaijer⁷⁷ hat Rauter am Tag⁷⁸ vor seinem Tode gesprochen und da hat Rauter gesagt: Es ist nichts davon wahr, Kersten erzählt dies vielleicht in gutem Glauben, er wird vielleicht etwas von Offizieren gehört haben, die so etwas faselten, aber das ist natürlich Unsinn.

Antwort: Rauter war in unseren Augen ein großer Mann, aber Sie wissen vielleicht, daß er in Himmlers Augen nur sehr klein war. Er wußte also nichts davon. All die großen Generäle waren Schulbuben gegenüber Himmler. Er konnte es also nicht wissen. Das sagt also nichts.

Vorsitzender: Das dachte ich auch.

Antwort: Nur Brandt konnte es wissen. Er stand vor seinem Tod, und dann weiß man nie, was wahr ist und was nicht wahr.

Vorsitzender: Rauter stand vor seinem Tod.

Antwort: Brandt auch.

Vorsitzender: Wann stand der vor seinem Tod?

Antwort: Bei den verschiedenen eidesstattlichen Erklärungen, die er abgelegt hat. Daran kann man zweifeln. Aber nun kriegen wir in erster Linie das Tagebuch von General Franz Müller, das unabhängig von allem steht, weil er von nichts etwas wußte, und das Gespräch mit Kersten, aus dem der Zusammenhang zwischen dem Februarstreik und dem Beschluß von Anfang März deutlich wird. Kersten sagte mir, daß dies am 3. März stattfand, während er nicht wußte, daß der Streik im Februar gewesen war und auch nicht, daß dieser bedeutungsvoll gewesen war. Dies ist eine interessante Bestätigung der Wahrheit seines Buches.

Die „Enquêtecommissie“ hat in ihrem Bericht⁷⁹ die Auskünfte von Posthumus über den Deportationsplan zusammengefaßt, wie auch den diesbezüglichen Inhalt der niederländischen Ausgabe von Kerstens Memoiren. Die Kommission hat in dieser Sache kein Urteil gefällt. Sie schrieb vielmehr in ihrem am 8. Juli 1952 abgefaßten Bericht: „Die Kommission erachtet es angesichts ihres Auftrages nicht als notwendig, ihre Untersuchung der Beantwortung der Frage zu widmen, ob Herr Kersten tatsächlich alles das für die Niederlande getan hat, wovon er in seinem Buch Klerken Beul Mitteilung macht und ob die Resultate seiner Arbeit tatsächlich so groß sind, wie er es in dem Buch angegeben hat⁸⁰.“ Man darf vermuten, daß der wiederholte Gebrauch des Wortes „tatsächlich“ ein Zeichen von einiger Reserve ist.

SEYSS-INQUARTS REDE AM 12. MÄRZ 1941 IN AMSTERDAM

Zwei Wochen nach dem großen Februarstreik in Amsterdam (25.–26. Februar 1941), am 12. März 1941, hielt der Reichskommissar der Niederlande, Arthur Seyss-Inquart, im Amsterdamer „Concertgebouw“ eine Ansprache, die folgende Passage enthielt, die man zunächst durchaus als Beweis für die Richtigkeit von Kerstens Bericht interpretieren könnte: „Es hat den Anschein, als ob jetzt wieder eine Schar verblendeter und verantwortungsloser Hetzer und Schreier die Meinung

⁷⁷ Oberstaatsanwalt beim Bijzonder Gerechtshof Den Haag.

⁷⁸ 24. März 1949.

⁷⁹ Enq., Bd. VI a, S. 337–338.

⁸⁰ Ebda., S. 347.

des niederländischen Volkes machen und darstellen wollte. Wenn die Niederländer sich das gefallen lassen, werden sie schließlich abermals in ihrer Gesamtheit die Folgen eines solchen Verhaltens zu tragen haben. Wenn in einem Zweikampf auf Leben und Tod einer danebensteht, der durch hämische und auch haßerfüllte Bemerkungen seine Abneigung für den einen der Kämpfenden zum Ausdruck bringt, so darf sich dieser parteiisch interessierte Zuseher nicht darüber wundern, wenn ihn der Kämpfer in dem Augenblick, in dem er die Gelegenheit und die Armfreiheit dazu hat, aus dem Kampffeld hinwegräumt, denn das höchste Gebot, für die Existenz des eigenen Volkes zu sorgen, verpflichtet auch, die Möglichkeiten der Gefährdung zu beseitigen, die sich aus der Anwesenheit eines so unneutralen Beobachters ergeben können.“⁸¹

War dies nicht ein öffentliches Drohen mit derselben kollektiven Deportation die, Kersten zufolge, Hitler kurz vor oder am 1. März 1941 beschlossen hatte? Und wenn es diese nicht war, was konnte Seyss-Inquart dann gemeint haben?

Merkwürdigerweise hat diese Rede in den Veröffentlichungen von und über Kersten keine Rolle gespielt. Bereits 1947 oder 1948 wurde Felix Kersten vom Verfasser auf die Passage in der Rede Seyss-Inquarts aufmerksam gemacht und am 13. Oktober 1952 erhielt er den Wortlaut des Textes zugesandt. Als Antwort schrieb Kersten am 18. Oktober 1952 aus Den Haag:

Vielen Dank für Ihren Brief vom 13. d. M. Die Rede von Seyss-Inquart hat mich außerordentlich interessiert, und ich möchte annehmen, daß er in verschleierter Form die Umsiedlung des holländischen Volkes ankündigte.

Die Reaktion von Hitler Himmler gegenüber hat sich laut meiner Aufzeichnungen am 28. Februar 1941 zugetragen. Am 1. März zeigt mir Dr. Brandt bereits den Umsiedlungsbefehl.

Es fällt auf, daß Kersten hier zum ersten Mal von „Aufzeichnungen“ berichtet, die sich auf den 28. Februar 1941 beziehen sollen (in seinem Nachlaß befinden sich übrigens keine „Aufzeichnungen“ dieses Datums). Mit der Reaktion von Hitler Himmler gegenüber sind wahrscheinlich die Ereignisse gemeint, die Kersten schon früher Posthumus erzählt hat: Hitler soll „ein Glas, das er gerade an den Mund führen wollte, über den Tisch“ geworfen haben. 1956 finden wir dann in der englischen Ausgabe der Memoiren: „Himmler war mit Hitler zusammen . . . Hitler geriet in Wut . . . Dort und dann diktierte er den Befehl für die Umsiedlung.“ Bemerkenswert ist ferner, daß nach Kerstens Brief, einen Tag später (1. März 1941) nicht ein einfacher „Umsiedlungsbefehl“ fertig gewesen sein soll, sondern ein auf 43 Seiten ausgearbeiteter Plan.

Was aber sagte Seyss-Inquart in seiner Rede am 12. März 1941 genau? Er kündigte keine Massendeportation an; er gebrauchte allenfalls Worte, die man als unbestimmtes Drohen mit solch einer Deportation interpretieren kann – ein Drohen, das an sich in Übereinstimmung mit einem Beschluß sein könnte, der ihm mitgeteilt worden sein soll: „Wenn die Niederländer sich das gefallen lassen“ (die

⁸¹ A. Seyss-Inquart, Vier Jahre in den Niederlanden. Gesammelte Reden, Amsterdam 1944, S. 46.

Aktion der „Hetzer und Schreier“), „werden sie schließlich abermals in ihrer Gesamtheit die Folgen eines solchen Verhaltens zu tragen haben.“ Denn: „Wenn in einem Zweikampf auf Leben und Tod“ (Deutschland gegen England) „einer daneben steht der . . . seine Abneigung für den einen der Kämpfenden zum Ausdruck bringt, so darf sich dieser parteiisch interessierte Zuseher nicht darüber wundern, wenn ihn der Kämpfer in dem Augenblick, in dem er die Gelegenheit und die Armfreiheit dazu hat, aus dem Kampffeld hinwegräumt.“

Für sich genommen spricht diese Passage für Kerstens Darstellung; vor allem durch die Worte „die Niederländer . . . in ihrer Gesamtheit“. Betrachtet man aber den gesamten Text der Rede, so ist diese Interpretation nicht haltbar. Es ist nicht der Text eines Menschen, der erfahren hat, daß die Deportation gerade des Volkes beschlossen ist, über das er als Reichskommissar fungiert – es sind die Worte eines überzeugten Nationalsozialisten, der von seinem angebeteten Führer den Auftrag bekommen hat, mit einer Mischung von Druck und Propaganda „ein Volk von neun Millionen Germanen“⁸² allmählich für den Nationalsozialismus zu gewinnen; eines Nationalsozialisten, der nach dem Februarstreik (einem Protest der Bevölkerung der Hauptstadt gegen die Judenverfolgung) begriffen hat, daß die Ausführung dieses Auftrages schwieriger ist, als er anfänglich meinte; der aber das Vertrauen hat, daß es ihm gelingen wird, den Auftrag auszuführen. Diesen Auftrag hielt er auch persönlich noch immer für ganz ausgezeichnet. „Jedenfalls stellen wir Deutsche fest“, erklärte er, „daß die Niederländer über außerordentlich hohe innere Werte verfügen, die wir freudig als Eigenschaften ihres germanischen Blutes begrüßen“⁸³.

„Wir wollen“, sagte Seyss-Inquart, „daß die Niederländer selbst aus innerer Überzeugung und mit dem Einsatz ihres ganzen Wesens eintreten für das große Werk des Aufbaus unseres germanischen Gemeinschaftsbereiches und damit eines neuen Europa“⁸⁴; er sprach von dem „Weg der Schicksalsgemeinschaft mit dem deutschen Volk“⁸⁵; er fürchtete wohl, daß er den mit England sympathisierenden Teil der niederländischen Bourgeoisie, der Intelligenz und der Studenten nicht für die „Schicksalsgemeinschaft“ würde gewinnen können, jedoch urteilte er über „die völkisch tragenden Schichten (also vor allem das arbeitende Volk in weitestem Sinne des Wortes in den Fabriken, im Gewerbe und in der Landwirtschaft)“ günstiger: die hatten „ein ordentliches Verhalten“ und also eine „nüchterne Haltung“ an den Tag gelegt⁸⁶. Er erwähnte dabei den „große(n) Kreis jener, die mit offenem Blick der Neugestaltung der Dinge entgegensehen“⁸⁷. Übrigens sprach er im Hinblick auf alle Niederländer von einer „an sich ihrer Beschäftigung bisher in Ordnung nachgehenden Bevölkerung“⁸⁸.

⁸² Ebda., S. 44.

⁸³ Ebda.

⁸⁴ Ebda., S. 65–66.

⁸⁵ Ebda., S. 50.

⁸⁶ Ebda., S. 56.

⁸⁷ Ebda., S. 38.

⁸⁸ Ebda., S. 37.

Und sollte derselbe Seyss-Inquart dann gedroht haben mit der Deportation (unter anderem) derselben „völkisch tragenden Schichten“, mit deren Haltung er zufrieden war, ja, auf die er als gläubiger Nationalsozialist seine Hoffnung gerichtet hatte? Das ist nicht plausibel, und wir brauchen auch die Worte, daß „die Niederländer in ihrer Gesamtheit“ die Folgen der fortgesetzten anti-deutschen Aktionen zu spüren bekommen sollten, nicht so zu interpretieren als ob jeder individuelle Niederländer von einer Maßnahme betroffen werden sollte, bei der der Besatzer einen „parteiisch interessierte(n) Zuseher . . . aus dem Kampffeld hinwegräumt“ – die Maßnahme kann sehr wohl das niederländische Volk „in seiner Gesamtheit“ treffen, während es als ganzes auf niederländischem Boden weiterhin wohnt und arbeitet.

Möglicherweise besteht hier ein Zusammenhang mit einem wichtigen Beschluß, den Seyss-Inquart kurz vor seiner Rede am 12. März gefaßt hatte. Bei zwei Gelegenheiten, im Juli und im Oktober 1940, hatte Seyss-Inquart in den besetzten Niederlanden fast dreihundertfünfzig Personen, darunter viele bedeutende Persönlichkeiten, als Geiseln arretieren lassen, und zwar als Repressalie gegen die Internierung der Reichsdeutschen in Niederländisch-Indien im Mai 1940. Anfänglich hatte Seyss-Inquart kräftigen Widerstand geleistet gegen Reichsaußenminister von Ribbentrop und den Leiter der Auslands-Organisation der NSDAP, Bohle, die beide der Meinung waren, daß nicht viele hunderte sondern viele tausende Niederländer als Geiseln festgenommen werden müßten. Seyss-Inquart war sich darüber im Klaren, daß das Arretieren von einigen tausend Prominenten die antideutsche Stimmung in den Niederlanden gewaltig anschwellen lassen würde. Jetzt aber folgte er aus dem Februarstreik, daß dennoch, gewissermaßen vorsorglich, die Geiselnahme einer viel größeren Gruppe vorbereitet werden müßte. Zwischen dem 26. Februar und dem 12. März 1941 billigte er zwei Geisellisten, die schon vorher aufgestellt worden waren und auf denen 1500–1600 Niederländer standen, und er gab in dieser Zeit ebenfalls den Auftrag, „weitere ca. zweitausend Personen zur Internierung haftbar zu machen“⁸⁹.“ Anders gesagt: Seyss-Inquart hatte im Prinzip beschlossen, falls das infolge fortgesetzter Agitation notwendig sein sollte, etwa 3500 meist prominente Niederländer als Geiseln festzunehmen; ein ansehnlicher Teil dieser Verhaftungen ist tatsächlich im Sommer 1942 durchgeführt worden. Die entsprechende Passage in der Rede-Seyss-Inquarts dürfte also mit der Vorbereitung dieser Verhaftungen in Verbindung gestanden haben. Seyss-Inquarts Ausdrucksweise entsprach ganz dieser Interpretation, und im Gegensatz zu Kerstens Folgerungen stimmte die Diktion des Reichskommissars auch mit dem Inhalt und der Tendenz der ganzen Ansprache überein.

⁸⁹ Brief von O. Bene, Vertreter des Auswärtigen Amts, Den Haag, an das Auswärtige Amt Berlin v. 8. März 1941. Rijksinstituut, Sammlung Fotokopien Foreign Office State Department Document Center, 554542–45.

ERGEBNIS DER QUELLENKRITIK

Die Ergebnisse der quellenkritischen Untersuchung von Kerstens Bericht über den Deportationsplan lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. das Dokument von 43 Seiten, das den Plan zur Deportation des gesamten niederländischen Volkes und der Flamen enthielt, wurde niemals aufgefunden;
2. in keinem einzigen deutschen Archiv ist jemals ein Dokument oder nur ein Hinweis entdeckt worden, der mit dem erwähnten Plan in Zusammenhang gebracht werden kann oder als Bestätigung oder Folge des Planes betrachtet werden kann;
3. in Kerstens ursprünglicher Wiedergabe (Dokumente 1, 2 und 3) zeigt der Plan dem Inhalt nach eine Anzahl von Details, die in hohem Maße unwahrscheinlich sind;
4. von keinem der angeblich aus dem Kriege datierenden Dokumente, auf die Kersten sich berufen hat (Dokumente 1–7) konnte der Nachweis erbracht werden, daß sie an den angegebenen Daten geschrieben wurden bzw. daß sie Wiedergaben von an diesen Daten authentisch angefertigten Aufzeichnungen sind;
5. die als authentisch präsentierten Dokumente 2 und 3 (die beiden angeblich vom März und April 1941 datierenden Versionen von Kerstens Wiedergabe des Planes und seine Kampfes dagegen) und die angeführten Eintragungen in seinem angeblich authentischen „Tagebuch“ (Dokument 5) sind, was die Daten und Orte angeht, evident phantasierte Stücke;
6. fast alle Versionen von Kerstens Bericht aus der Nachkriegszeit, von ihm oder anderen herrührend, zeigen untereinander zahlreiche auffallende Unterschiede und weichen außerdem vom Inhalt der Dokumente 2 und 3 ab;
7. die drei Zeugenaussagen bilden ein mageres Ganzes, sind für sich genommen von zweifelhaftem Wert, und keine von den dreien enthält eine integrale Bestätigung von Kerstens Bericht;
8. bringt man die drohende Passage aus Seyss-Inquarts Ansprache vom 12. März 1941 mit dem Deportationsplan in Zusammenhang, dann steht diese Interpretation im Gegensatz zu Diktion und Kontext der Ansprache; es gibt aber für diese Passage eine zufriedenstellende andere Interpretation, die überhaupt nichts mit einem Deportationsplan zu tun hat;
9. der Untersuchung der Snouck Hurgronje-Kommission darf, was den Deportationsplan betrifft, keine Bedeutung beigemessen werden.

Aus diesen Beobachtungen ist zu folgern, daß der von Kersten wiedergegebene, von ihm angeblich am 1. März 1941 gelesene Deportationsplan niemals bestanden hat, daß Kersten mit den Passagen, in denen er seinen Kampf gegen den Deportationsplan wiedergibt, den Kampf erfunden hat, und daß also die Dokumente 1, 2, 3 und 4 (die gesamte Basis seiner Mitteilungen, kurz wiedergegeben in Dokument 5 und zusammengefaßt in Dokument 7) Textstücke mit einem größtenteils, wenn nicht ganz, zusammenphantasierten Inhalt sind, die an späteren Daten als darin angegeben zustande gekommen sind. Wenn man nun beachtet, daß Kersten in dem am 12. Juni 1945 in Stockholm geschriebenen „Memorandum über meine Hilfstätig-

keit in den Jahren 1940–1945“ (Dokument 8) den Deportationsplan mit keinem Wort nennt und daß das erste Textstück, in dem von dem Plan die Rede ist und dessen Datierung als authentisch angesehen werden kann, der auf den 26. September 1945 datierte „Zusatz zum Memorandum v. 12. Juni 1945“ ist (Dokument 9), dann scheint die Annahme gerechtfertigt, daß sich Kersten den Bericht über den Deportationsplan und über seinen Kampf dagegen zwischen dem 12. Juni und 26. September 1945 ausgedacht hat, und daß er als Folge davon die Dokumente 1–5 und 7 als phantasierte „Beweisstücke“ angefertigt hat⁹⁰.

Offen bleibt die wichtige Frage, warum Kersten gerade diesen Bericht erfunden und warum er ihn in die Monate März und April 1941 gelegt hat. Ist in diesen Monaten vielleicht etwas geschehen, woran er sich im Sommer 1945 plötzlich erinnerte und was man als den realen Hintergrund seines Berichtes ansehen kann?

DER REALE HINTERGRUND

Durch den geheimen Führererlaß vom 7. Oktober 1939 waren Himmler die Aufgaben eines „Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums“ (RKF) übertragen worden⁹¹. Hinter dieser Bezeichnung verbargen sich u. a. Auftrag und Vollmacht zur Umsiedlung der „Volksdeutschen“ und zur Entfernung von Juden und Polen aus den annektierten polnischen Gebieten. Zur Ausführung dieses Programms errichtete Himmler eine eigene Dienststelle, das „Stabshauptamt des RKF“, mit dessen Leitung der SS-Brigadeführer Ulrich Greifelt betraut wurde. Greifelt war schon im Sommer 1939 bei der geplanten Umsiedlung der Südtiroler ins Reich – dem Modell des gesamten nationalsozialistischen Umsiedlungsplanes – maßgeblich beteiligt gewesen.

In der Zeit vom Herbst 1939 bis Sommer 1941 waren ungefähr 500 000 „Volksdeutsche“ aus Estland, Lettland und Litauen, aus den von der Sowjetunion besetzten ostpolnischen Gebieten und dem Territorium, das Rumänien 1940 an die Sowjetunion abtreten mußte, umgesiedelt worden. Von diesen 500 000 kamen 275 000 in Deutschland an; in mehr als eineinhalb Jahren konnten in den annektierten Teilen Polens, hauptsächlich im Warthegau, lediglich 225 000 Menschen Platz finden. 175 000 Menschen wurden im Warthegau auf Bauernhöfen angesiedelt, etwa 50 000 wurden in Städten wie Posen untergebracht, aus denen man einen Teil der polnischen Bevölkerung vertrieben hatte.

Das administrative Chaos, bei dem Hunderttausende wie Schachfiguren hin- und hergeschoben wurden, war kaum vorstellbar. In den ersten Monaten des Jahres

⁹⁰ Die Reihenfolge, in der Kersten diese Dokumente angefertigt hat, ist von untergeordneter Bedeutung. Auf eine Rekonstruktion – die durchaus möglich wäre – kann daher verzichtet werden.

⁹¹ Robert L. Koehl, RKF DV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge (Harvard Univ. Press) 1957.

1941 kamen aus Mangel an Transportmitteln – diese wurden für die Truppenkonzentrationen des Frühjahrs 1941 benötigt – die Um- und Ansiedlung der Volksdeutschen zum Stillstand⁹². Bei dieser „totalen Evakuierung und Neuansiedlung“ handelte es sich um Hunderttausende von Menschen, keineswegs um die Millionen, die nach Kerstens Deportationsplan aus den Niederlanden und Flandern abtransportiert werden sollten. Auch gegen den Hintergrund dieser Tatsachen erweist sich Kerstens Bericht als Erfindung. Denn gerade im „Stabshauptamt des RKF“, das den Deportationsplan ausgearbeitet haben sollte, wußte man Ende Februar 1941 besser als irgendwo sonst, daß der Transport und die Ansiedlung einiger hunderttausend Volksdeutscher so gut wie festgelaufen war.

Aber schon 1940 dachte man im Büro des RKF bestimmt nicht nur an Umsiedlungsaktionen in Osteuropa. Im Sommer 1940 gab es für aufrechte Nationalsozialisten keinen Zweifel, daß der Krieg gewonnen war und die „Neuordnung Europas“ war Gegenstand vieler Pläne. Eine „Neue Ordnung“ sollte geschaffen werden, wobei in dem von Deutschland beherrschten Teil Europas von den verfügbaren Arbeitskräften Gebrauch gemacht werden mußte, um die nationalsozialistischen Vorstellungen der Ordnung von „Volk und Raum“ verwirklichen zu können. Greifelt schrieb am 11. Juni 1940 einen langen Brief über das Thema „Volkstums- und Arbeitseinsatzfragen in Holland, Belgien und Nordfrankreich“ an Himmler⁹³. Die in unserem Zusammenhang wichtigsten Absätze lauteten:

Durch die völlige Umgestaltung in den Westgebieten hat die Frage der volkstumspolitischen Gewinnung der Niederländer in Holland, Belgien und Nord-Frankreich nunmehr gerade für den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine außerordentliche Bedeutung gewonnen. Die hiesige Dienststelle darf daher nachstehend eine kurze Darstellung des Problems mit entsprechenden Vorschlägen unterbreiten:

Die Niederländer, seit Jahrhunderten vom übrigen deutschen Volk staatspolitisch getrennt, sind Nachkommen der Friesen, Niedersachsen und Niederfranken. Die Holländer gehören überwiegend zur nordischen und fälischen Rasse, während die Flamen fremde Bestandteile von den keltischen Ureinwohnern übernommen haben. Die breite Masse des Volkes benutzt als Haussprache noch die unverfälschte Mundart ihres Stammes, die den entsprechenden Mundarten der Reichsdeutschen näher steht als die niederländische Schriftsprache der hochdeutschen Schriftsprache.

Die bis jetzt führenden Schichten sind in Sprache und Geisteshaltung dem Deutschtum mehr entfremdet, als die einfachen Schichten. In Holland überwiegen liberale und freimaurerische Auffassungen und englische Einflüsse, während in Flandern die Führungsschicht teils katholisch-klerikal, teils liberal-französiert ist. In Französisch-Flandern sind darüber hinaus große Teile der Bevölkerung gesinnungsmäßig in der französischen Mentalität aufgegangen.

Ob es gelingen wird, das niederländische Volk in seiner Gesamtheit wieder zum großdeutschen Volksbewußtsein zurückzuführen, wird die Zukunft erweisen. Wenn dies möglich sein soll, so darf der Weg jedenfalls nicht über die jetzt führenden Schichten gehen, da diese uns bewußt ihren Widerstand entgegensetzen werden. Dieser Fehler ist bekanntlich nach 1870 in Elsaß-Lothringen und auch von 1914 bis in die jüngste Zeit in den Niederlanden gemacht worden.

⁹² Koehl, a. a. O., S. 118.

⁹³ Rijksinstituut, Sammlung BDC, 2330–2333.

Angesichts der starken Überbevölkerung der Niederlande wird es bei einer sehr zielbewußten Arbeit möglich sein, einen großen Teil als Arbeiter und Siedler in Nord- und vielleicht auch in Ost-Deutschland anzusetzen. Ohne Schwächung des Volkstums in den Niederlanden (rund 13 Millionen Einwohner) könnten 2-3 Millionen abgezogen werden, die im Reich ohne wesentliche Schwierigkeiten eingedeutscht werden könnten und schon durch ihre verwandschaftlichen Beziehung einen günstigen Einfluß im Sinne einer Annäherung der bodenständigen Bevölkerung in den Niederlanden an das Gesamtdeutschtum ausüben würden.

Greifelt wollte keineswegs für diesen Plan „eine vorzeitige Propaganda“ machen. Am wichtigsten schien ihm „die Hereinholung von Arbeitskräften in das Reich sowie deren sorgfältige Betreuung“. Dabei dachte er vor allem an die Kriegsgefangenen, die er in Deutschland auf dem Lande arbeiten lassen wollte. Außerdem war nach seiner Meinung in den Niederlanden und Belgien „die freie Anwerbung von Arbeitskräften zu betreiben“. „Es ist äußerst gefährlich“, schrieb er weiter, „die Frage der Ansetzung von Arbeitskräften aus den Niederlanden“ (Niederlande, Belgien und französisch Flandern) „nur nach arbeitseinsatzmäßigen Gesichtspunkten zu betreiben und die volkspolitischen Erfordernisse zu vernachlässigen.“ Es schien Greifelt daher wünschenswert, „bei jeder Zivilverwaltung“ in den Niederlanden, Belgien und französisch Flandern einen besonderen „Sachbearbeiter für volkstumpolitische Fragen zu verankern“; dieser Funktionär sollte in den Stab der jeweiligen Höheren SS- und Polizeiführer aufgenommen werden. Greifelt hielt seinen Vorschlag für so dringlich, daß er Himmler seinen Brief „durch Kurier“ zukommen ließ. Himmler antwortete erst siebzehn Tage später (28. Juni) und zwar ziemlich brüsk: „Ihren Brief vom 11. 6. habe ich erhalten. Über das Problem des Arbeitseinsatzes der Niederländer und Flamen möchte ich einmal mündlich mit Ihnen sprechen. Der Arbeitseinsatz ist m. E. im besten und richtigen Gang⁹⁴.“

Es besteht kein Grund zur Annahme, daß nach Himmlers erster negativer Reaktion das Aufstellen von Plänen, um einen Teil der Bevölkerung der Niederlande und Flandern dazu zu bewegen, sich in Deutschland niederzulassen, aufgegeben wurde. Greifelt hatte von „2-3 Millionen“ bei einer Gesamtbevölkerung „in den Niederlanden“ von „rund 13 Millionen Einwohner[n]“ geschrieben. Offensichtlich kam er auf die „13 Millionen“, indem er die Niederländer und die Flamen zusammenzählte. Allerdings hielt auch Himmler einige Zeit nach diesem Brief vom 28. Juni 1940 weitere Maßnahmen für wünschenswert. Wir sind hierüber informiert durch einen „Bericht über die Vorarbeiten zur Gewinnung von holländischen und flämischen Siedlern für die neuen Ost-Gebiete“, der datiert ist „Berlin, den 9. Mai 1941“. Dieses Dokument⁹⁵, von dem nur eine Abschrift („gez. Greifelt“) erhaltengeblieben ist, zählt sieben Seiten. Aus der Registraturangabe des Kopfes geht hervor, daß der Bericht vom 9. Mai 1941 an ein Schriftstück vom 28. November 1940 anschließt. Der erste Absatz des Berichtes lautet: „In Durchführung des Befehls von Reichsführer-SS, eine Werbung von Holländern und Flamen für die

⁹⁴ Ebda., BDC 2329.

⁹⁵ Ebda., BDC, H 1171/12085-91.

nach dem Kriege geplante Ostsiedlung vorzubereiten, wird folgendes Arbeitsergebnis und Arbeitsprogramm vorgelegt.“

Greifelt begann mit der Aufzählung dessen, was sein Stab in dem vorangehenden Zeitraum (vermutlich seit 28. November 1940) in dieser Sache getan hatte. Zunächst war man der Frage nachgegangen, wo sich seit dem Mittelalter Niederländer und Flamen „im Osten“ niedergelassen hatten. Die Niederländer waren u. a. in den Gebieten um Weichsel und Bug gelandet, aber auch „in den trockneren Teilen des Warthegaues“. „Eine neue Ostsiedlung der Holländer und Flamen“ hielt Greifelt „durch den starken Bevölkerungsüberschuß in Holland und Flandern“ für wünschenswert. „Im Osten“ waren jedoch nicht nur Bauern nötig, sondern auch „Bauernfachsleute und Unternehmer aller Art, Handel- und Gewerbetreibende“. Er fuhr fort: „In dem Maße, wie diesen Kräften gute Erfolgsaussichten im Osten geboten und die Aussichten im Heimatlande erschwert werden, wird eine Gewinnung dieser Kräfte für den Osten möglich sein. Voraussetzung für eine Ostsiedlung größeren Ausmaßes ist, daß die Erwerbsmöglichkeiten in Holland, Belgien und dem angrenzenden Gebiet von Frankreich eingeschränkt bleiben . . . Die geringere Erwerbsmöglichkeit in Holland und Belgien, die mit der Umstellung von interkontinentaler Wirtschaft auf europäische Großraum-Wirtschaft zwangsläufig verbunden ist, muß nicht durch künstliche Industrieballung, sondern durch großzügige Bevölkerungsverlagerung ausgeglichen werden.“

Greifelt behandelte dann „Propagandistische Lage und Werbungsmöglichkeiten“. In den Niederlanden schien das alles schwierig: „in den tonangebenden Kreisen Hollands“ wollte man nur sehr wenig mit Deutschland zusammenarbeiten; die Propaganda blieb wirkungslos, hier war wirklich ein neuer Ansatz wünschenswert: „Bei den mißtrauischen und kritischen Menschen des Westens ist es nicht ratsam, das Ziel einer Werbung offen auszusprechen. Man muß ihnen vielmehr die Tatsachen so darstellen, daß sich die durch Werbung bezweckten Schlußfolgerungen von selbst ergeben. Die so Gewonnenen behalten dadurch das Gefühl der freiwilligen eigenen Entscheidung und treten nicht in Opposition, wie sie es sonst gegenüber jedem vermeintlichen Zwang zu tun pflegen. Soweit eine Gewinnung zu einem bestimmten Zweck erfolgen soll, erreicht man dies daher am besten durch günstige Stellen- und Beteiligungsangebote im Inseratenteil der Zeitungen. Aufsätze und Vorträge sollten die allgemeine Stimmung vorbereiten, zunächst aber nicht eine unmittelbare Werbung enthalten.“

War die Stimmung einmal soweit vorbereitet, dann sollte „die eigentliche Werbeaktion . . . plötzlich einsetzen, schlagkräftig und neuartig sein, d. h. sie darf nicht begonnen werden, ehe die stimmungsmäßige Voraussetzung für die Werbung und die sachlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung geschaffen sind. Sie muß im Gegensatz zu der stimmungsmäßigen Vorbereitung ihr Ziel klar aussprechen und die Angesprochenen vor eine Entscheidung stellen.“

Zum Schluß umriß Greifelt seine Vorstellungen über die „zeitliche Reihenfolge der Werbung und Siedlung“: „Gemäß Befehl von Reichsführer-SS wird die eigentliche Werbeaktion und die Umsiedlung bis nach dem Kriege zurückgestellt. Um

dieser später einen Erfolg zu sichern, muß die allgemeine Vorbereitung schon jetzt erfolgen. Eine *Lenkung der propagandistischen Tätigkeit* ist umso mehr *notwendig*, als in reichsdeutschen wie in holländischen und flämischen Zeitungen des öfteren Aufsätze erscheinen, die sich eine stimmungsmäßige Ausrichtung auf den Osten zum Ziel setzen, aber oft durch unglückliche Fassung nichts erreichen.

Wenn auch die allgemeine Ostsiedlung erst nach Kriegsende erfolgen kann, so erscheint es schon *jetzt* ratsam, einige *Unternehmer* und sonstige städtische Bevölkerung, die bereit ist, in den Osten zu gehen, dort *anzusetzen*. Hierdurch werden im Osten gute Kräfte zugeführt; im Zusammenleben zwischen Deutschen und Holländern werden Erfahrungen gesammelt, und die ersten Siedler werden wertvolle Stütze der späteren Propaganda und späteren allgemeinen Ansiedlung sein.“

Im Begleitbrief, der vom 13. Mai 1941 datiert ist, schlug Greifelt für die „propagandistische Arbeit“ eine Kommission vor und plädierte für die Erweiterung seiner Dienststelle durch eine Arbeitskraft für die „technische Durchführung der Arbeiten (Sammlung und Verwertung des Materials)“. Himmlers Reaktion auf Greifelts Vorschläge ist nicht bekannt.

In dem Bericht werden die in dem Brief vom 11. Juni 1940 genannten „2–3 Millionen“, die „abgezogen“ werden könnten, nicht wiederholt, aber der Gedankengang ist im Prinzip unverändert: „eine Ostsiedlung größeren Ausmaßes wurde noch immer für wünschenswert gehalten. Es verdient unsere Aufmerksamkeit, daß ein Jahr später, am 22. Mai 1942, im Wochenblatt des „Nederlandse Landstand“ (das Pendant des Deutschen Reichsnährstandes; alle niederländischen Bauern galten als Mitglied) Mitteilungen des Leiters einer Gruppe NSB/Bauern publiziert wurden, die Ende 1941 nach Weiß-Rußland verzogen waren. Dieser Mann hatte einem Vertreter des „Landstand“ gegenüber erklärt, daß „die niederländischen Kolonisten nicht in die Ukraine, sondern nach Weiß-Rußland“ gehen würden. „Das Ziel dieser Aussendung ist die Gründung einer großen holländischen Kolonie, in der Raum sein wird für rund drei Millionen Niederländer, die in den Niederlanden zu viel sind . . . Wenn der Krieg vorbei ist, dann soll hier ein großes Gebiet reserviert werden für niederländische Kolonisten, mit eigener Verwaltung und einer eigenen Kultur“⁹⁶.“ Greifelts Plan aus dem Jahr 1940 war also in neuer Form wieder aufgetaucht. Aber auch 1942 war es nur ein Plan – mehr nicht.

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß auch Kersten Kenntnis von diesen Plänen erhielt: die Briefe und Berichte in dieser Sache erreichten Himmler in der Regel über Brandt. Sie waren keine „geheime Reichssache“. Es ist anzunehmen, daß es schon Ende 1940 oder Anfang 1941 zu Kersten durchgedrungen war, daß die Dienststelle des RKF davon ausging, daß sich letzten Endes einige Millionen Niederländer und Flamen in Osteuropa befinden sollten – nicht direktem Zwang folgend, sondern als Resultat von Propaganda und einem künstlich niedrig gehaltenen Lebensstandard in den Niederlanden und Belgien.

Der „Bericht“ vom 9. Mai 1941 spricht von einem „Befehl des Reichsführers-SS,

⁹⁶ De Landstand (provinziale Ausgaben), I, 20 (22. Mai 1942), S. 15.

eine Werbung von Holländern und Flamen für die nach dem Kriege geplante Ost-siedlung vorzubereiten“. Der weitere Inhalt dieses Befehls ist nicht bekannt, ebensowenig ist bekannt, an welchem Datum Himmler den Befehl gab. An anderer Stelle des „Berichts“ heißt es: „Gemäß Befehl von Reichsführer-SS wird die eigentliche Werbeaktion und die Umsiedlung bis nach dem Kriege zurückgestellt“. War das derselbe Befehl oder hat Himmler zwei Befehle erteilt? Im Brief vom 11. Juni 1940 wurde die Einschränkung: „bis nach dem Kriege“ nicht gemacht, und wenn man sieht, wie Himmler als Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums mitten im Kriege die Umsiedlung mehrerer volksdeutscher Gruppen gefördert hat, dann fällt auf, daß er an einem unbekanntem Datum, aber in jedem Fall zwischen dem 28. Juni 1940 und dem 9. Mai 1941 (vielleicht am 28. November 1940) einen Befehl ausgefertigt hat, der teilweise oder ganz zum Inhalt hatte, daß, soweit es Niederländer und Flamen betraf, „die eigentliche Werbeaktion und die Umsiedlung bis nach dem Kriege zurückgestellt“ werden mußten.

Welche Elemente aus Kerstens Bericht finden wir nun in diesen authentischen Stücken wieder?

1. In der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums entwirft man einen Plan, der sich auf die Niederlande und Flandern bezieht;
2. darin denkt man letzten Endes an die „Ostsiedlung“ von einigen Millionen Menschen;
3. der Bug, die Weichsel und der Warthegau werden genannt;
4. Himmler fertigt einen Befehl aus, in dem unter anderem oder ausschließlich steht, daß „die eigentliche Werbeaktion und die Umsiedlung“ bis nach dem Krieg aufgeschoben werden müßten;
5. dieser Befehl wurde vor dem 9. Mai 1941 ausgestellt.

Welche Faktoren Himmler dazu gebracht haben, sich auf einen Aufschub bis nach dem Kriege zu entschließen, ist nicht bekannt. Der gesamte Plan befand sich im Frühjahr 1941 noch im Anfangsstadium; daß Greifelt in seinem Brief vom 13. Mai 1941 nur eine neue Arbeitskraft anforderte, und zwar für die weitere Vorbereitung auf propagandistischem Gebiet, ist vielsagend. Es ist aber anzunehmen, daß Kersten solch einen Plan an sich schon als eine Gefahr für die Niederlande angesehen hatte, und es ist ebenfalls wahrscheinlich, daß er dann gegenüber Himmler äußerte, es sei wünschenswert, die Durchführung eines solchen Planes bis nach dem Kriege aufzuschieben.

Wenn wir annehmen, daß Kersten seinen Bericht vollständig erfunden hat, dann ist unerklärlich, warum er gerade diesen Bericht erfand und warum er ihn in die Monate März und April 1941 verlegte. Nehmen wir dagegen an, daß er etwa in dieser Zeit über die Gedankengänge Greifelts und seiner Mitarbeiter orientiert war, daß er vielleicht Textstücke zu dieser Sache gelesen hat, die Brandt ihm zeigte, und daß er Himmler gegenüber geäußert hat, daß es wünschenswert wäre, die „Ostsiedlung“ der Niederländer und Flamen bis nach dem Kriege aufzuschieben, dann

wären sowohl das Thema von Kerstens Bericht als auch seine zeitliche Einordnung begreiflich.

Kersten neigte immer dazu, seine eigene Rolle in großem Maße zu überschätzen; wenn Himmler einen bestimmten Beschluß faßte, der Kersten willkommen war, hatte Kersten keine Ahnung von den anderen Faktoren, die dabei in Himmlers Gedanken eine Rolle spielten; außerdem hat Kersten dann auch nach dem Kriege die Ereignisse übertrieben. Als Regel gilt für seine Mitteilung jedoch, daß sie eine gewisse Berührung (manchmal eine starke, manchmal eine schwache) mit der Wirklichkeit haben. Die Annahme, daß dies auf die oben beschriebene Art auch mit dem angeblichen Deportationsplan und mit Kerstens angeblichem Kampf dagegen der Fall gewesen ist, scheint gerechtfertigt. Es erscheint weiter möglich, daß Kersten dazu beigetragen hat, daß eine auf die Ostsiedlung gerichtete propagandistische Aktion in den Niederlanden und Flandern aufgeschoben wurde; den Deportationsplan freilich und seine eigenen Anstrengungen, ihn zu verhindern, hat Kersten zusammenphantasiert.

DAS WACHSTUM DER LEGENDE

Was Kersten veranlaßte, den Deportationsplan zu erfinden, ist nicht genau bekannt. Es dürften verschiedene Motive eine Rolle gespielt haben. Das Hauptmotiv war sicherlich die Situation, in der sich Kersten im Sommer 1945 in Schweden befand⁹⁷. Kersten hatte in bedeutendem Maße dazu beigetragen, daß die schwedische Regierung in der letzten Kriegsphase die Genehmigung bekam, eine Aktion in Deutschland durchzuführen, bei der viele tausende Gefangene aus Konzentrationslagern in Autobussen nach Schweden gebracht wurden. Diese Rettungsexpeditionen waren vom schwedischen Roten Kreuz organisiert worden. Die Transportkolonnen standen unter dem Befehl eines schwedischen Obersten, aber die von Kersten vorbereiteten Gespräche mit Himmler hatte nicht dieser Oberst geführt, sondern ein Vize-Vorsitzender des schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, Mitglied der schwedischen königlichen Familie.

Diese Rettungsaktionen erregten nicht nur in Schweden, sondern international großes Aufsehen, und die Aufmerksamkeit richtete sich auf Bernadotte. Dieser duldete das nicht nur, sondern förderte es auch noch. Es entstand, zum großen Teil aus der Feder Walter Schellenbergs, des ehemaligen Leiters des Amtes VI (Auslandsnachrichtendienst) des Reichssicherheitshauptamtes, der in Bernadottes Haus in Stockholm Zuflucht gefunden hatte, ein Manuskript über die Rettungsaktionen, in dem die Aktionen so dargestellt wurden, als wären sie ausschließlich dem energischen Eingreifen Bernadottes zu danken gewesen. Keiner der Helfer Bernadottes wurde namentlich genannt, auch Kersten nicht. Das Manuskript wurde unter Ber-

⁹⁷ Zusammenfassung dessen, was Trevor-Roper aufgrund eigener Untersuchungen in Schweden in der Einleitung zu *The Kersten Memoirs*, S. 13–19 berichtete.

nadottes Namen unter dem Titel „Sluten“ („Ende“) am 15. Juni 1945 publiziert. Kersten war, nicht zu Unrecht, tief enttäuscht – und er war in der Lage, an Hand seiner aus der letzten Kriegsphase datierenden Korrespondenz mit Himmler (die Authentizität dieser Stücke ist gesichert) aufzuzeigen, daß Bernadotte ausschließlich für sich selbst die Ehre für Rettungstransporte forderte, die von anderen, unter ihnen Kersten, vorbereitet worden waren. Für Bernadotte war Kersten also ein sehr hinderlicher Zeuge. Kersten wurde das Opfer einer Einschüchterung: ein Telefongespräch, das Bernadotte am 13. oder 14. Juni 1945 mit Kersten führte, interpretierte letzterer als Drohung, daß er als finnischer Staatsbürger nach Finnland ausgewiesen werden sollte, und Kersten vermutete, daß er sich dann wegen seiner Beziehungen zu Himmler sehr schnell in russischer Gefangenschaft befinden würde. In seiner Not wandte er sich an Baron van Nagell, den früheren Botschafter der Niederlande und dieser bat persönlich den schwedischen Außenminister, Christian Günther, der von Kerstens Rolle bei der schwedischen Hilfsaktion vollkommen orientiert war, um Hilfe. Am 31. Juli 1945 wurde jedoch die Regierung, deren Mitglied Günther war, gestürzt. Kerstens Gesuch um die schwedische Staatsbürgerschaft wurde von der neuen Regierung abgelehnt.

Außenstehenden in Schweden war, was Kersten angeht, vor dem Ende des Krieges nur bekannt gewesen, daß er regelmäßig nach Deutschland reisen konnte. Viele dieser Außenstehenden konnten sich nichts anderes vorstellen, als daß er ein Nazi war; wer dann noch davon hörte, daß Kersten mit dem vielleicht meistgefürchteten Mann des Dritten Reiches, Heinrich Himmler, auf gutem Fuß stand, mußte diese Tatsache als Bestätigung nationalsozialistischer Neigungen ansehen. Von Kerstens humanitären Aktivitäten wußten nur sehr wenige. Natürlich hätte Bernadotte Kerstens Verhalten ins richtige Licht rücken können – das aber unterließ der schwedische Graf. Schlimmer noch: mit den Drohungen, die Kersten ernst nahm, verlangte Bernadotte, daß Kersten weiterhin schweigen sollte – und das in einer Situation, in der ein Teil der schwedischen öffentlichen Meinung Front machte gegen den „Nazi“ Felix Kersten. „Mein Mann“, erzählte seine Witwe dem Verfasser am 7. Juli 1972, „war in diesen Monaten irrsinnig nervös“, „außer sich“, „er wurde hinten und vorn bespuckt“, „er fühlte sich wie ein Wild verfolgt“.

Es ist verständlich, daß Kersten, der sich in Schweden so akut bedroht fühlte, seine Hoffnung auf Hilfe aus den Niederlanden richtete. Offenbar hat er sich anfangs nicht an seine Bemühungen erinnert, die er 1941 mit Greifelts Plan, der sich in einem noch so frühen Stadium befand, unternommen hatte; daß er in einer Situation, in der seine Verdienste für die Niederlande von wesentlicher Bedeutung sein konnten, ja ihm vielleicht das Leben retten könnten, sich dieser Bemühungen plötzlich wieder erinnerte, kann man sich denken. In seiner Not gab er dem Bericht dessen, was in Wirklichkeit geschehen war, einen völlig anderen Inhalt; er blähte es maßlos auf. Natürlich wußte er, daß niemand die neue Geschichte ohne weiteres akzeptieren würde. Daher die „Beweisstücke“.

Es sind seltsame Schriftstücke. Was in den Dokumenten 2 und 3 auffällt, ist beispielsweise die Fülle der Unterschriften und „Hartzwalde“-Stempel: Ebenso

dilettantische wie ungläubhafte Versuche, den Dokumenten einen Schein von Echtheit zu geben. Was den Inhalt der Schriftstücke angeht, so vermengte Kersten allerlei Elemente miteinander, die er im Laufe der Kriegsjahre aufgefangen hatte oder die ihm anderswoher bekannt waren – Elemente, von denen er dachte, man werde bereit sein, ihnen Glauben zu schenken. Er hatte wohl einmal niederländische Maréchaussee gesehen – sie wurden eigens erwähnt. Er wußte, daß Rost van Tonningen innerhalb der NSB ein Gegenspieler Musserts gewesen war und viele Jahre guten Kontakt mit Himmler gehabt hatte – darum ließ er ihn zu Himmlers Assistenten bei der großen Umsiedlung avancieren. Kersten wußte, daß in den Niederlanden ein glühender Haß gegen die NSB bestand – also bekamen die Mitglieder der NSB in seinem Bericht eine besonders üble Rolle zugewiesen. Er erinnerte sich ebenfalls, daß er im Frühjahr 1941 mit Himmler in dessen Hauptquartier in Bruck an der Mur gewesen war; in der ersten Version ließ er die Ereignisse dort spielen (Dokument 2). Dann fing er an zu zweifeln und beschloß, die Orts- und Datumangaben gründlich zu verändern (Dokument 3). Daß er außer Dokument 3 auch Dokument 2 aufbewahrte, kann man nur als Beweis für seine Naivität und Ungeschicklichkeit ansehen; lediglich sein phantasiertes „Tagebuch“ (Dokument 5) zeigte er niemand.

Irrelevant ist die Feststellung der Snouck Hurgronje-Kommission, in der sie sich von der Authentizität von Kerstens Beweisstücken so überzeugt gab, „weil sie eine sehr genaue Beschreibung geben und soviel Merkmale aufzeigen, daß man nicht an eine Fälschung denken kann“. Es sind ja nur die Details, die Dokumenten, wie sie von Kersten hergestellt wurden, einen Schein von Wahrheit geben. Ein Dokument, in dem lediglich stehen würde. „Ich, Felix Kersten, habe am 1. März 1941 einen ausgearbeiteten Befehl von Hitler gesehen, in dem die Umsiedlung aller Niederländer und Flamen gefordert wurde“ hätte keine Überzeugungskraft; die bekommt es erst dann, wenn man in einem solchen Dokument lesen kann, wo genau er diesen Befehl zur Kenntnis hat nehmen können („im Zimmer Dr. Brandts“) und wie spät es war („6 Uhr Abends“); außerdem daß das betreffende Schriftstück „in einem gelben Schnellhefter“ lag, „43 mit der Maschine geschriebene Seiten“ umfaßte und von Hitler unterschrieben war (Dokument 2) – oder noch genauer: „die ersten vier Seiten sind von Hitler persönlich unterschrieben“ (Dokument 3). Auch der Inhalt solcher phantasierter Schriftstücke darf nicht auf drei oder vier Zeilen, sondern muß breit wiedergegeben werden, mit einer Anzahl trügerisch-exakter Details (die „13 Monate und vier Tage“ zum Beispiel) wobei, wenn auch nicht allen, so doch vielen es zunächst einmal ausgeschlossen erscheinen soll, daß derartige Fakten vollständig erdacht sein könnten. Später tat Kersten sein bestes, um Zeugenaussagen zu bekommen. Brandt und Müller-Darss ließ er wissen, was er brauchte: die Erklärung Pemsels wurde sogar fast vollständig von ihm formuliert. Daß die von ihm fabrizierten Schriftstücke allerlei Widersprüche enthalten und daß zum Beispiel Brandts Erklärung seinen eigenen Bericht in einem wesentlichen Punkt (Brandts Abwesenheit von Berlin kurz vor oder am 25. April 1941) widerlegte, hat Kersten, so scheint es, nicht einmal erkannt. Oder

hat er die Unterschiede doch gesehen? Dann kann es nur sein Selbstvertrauen gestärkt haben, daß sie unbemerkt blieben. Schwierige Situationen wußte er jedenfalls rasch zu meistern. Man denke noch einmal an den Augenblick (Dokument 10), als ihm am 16. September 1947 vorgehalten wurde, daß Hitler, im Gegensatz zu dem, was Kersten in „authentischen“ Tagebuchaufzeichnungen festgestellt haben will, am 20. April 1941 überhaupt keine Ansprache gehalten hat. Frage: „Aber es hat niemals eine Führerrede gegeben am 20. April 1941.“ Kersten: „Doch, für die internen Leute. Keine offizielle Rede“ (blitzartig geantwortet! Und sofort lenkte er den Fragesteller ab:) „Holland war nicht das einzige Land, welches umgesiedelt werden sollte, auch die Polen, Tschechen, Slowenen, Esten und Letten sollten ins eroberte Rußland umgesiedelt werden.“

Kerstens Bericht, in einer Not-Situation erfunden, hatte inzwischen begonnen, ein eigenes Leben zu führen. In die deutsche Ausgabe seiner Memoiren (1952) nahm er ihn nicht auf; offenbar fürchtete er, daß in Deutschland noch zu viele Menschen lebten, die die Unrichtigkeit bestimmter Angaben seines Berichtes anzeigen konnten. Das Risiko, das er in den Niederlanden einging, war geringer. Das hat sich auch bestätigt. Posthumus schenkte dem, was Kerstens erzählte, sehr schnell Glauben, und die Snouck Hurgronje-Kommission hatte sich, anstatt eine kritische Untersuchung anzustellen, ganz auf die relative Wahrscheinlichkeit des von Kersten geschilderten Sachverhalts verlassen: „Der [Deportations-] Plan mag sonderbar, unausführbar erscheinen, es ist nicht zu leugnen, daß Hitler und die Seinen mehr sonderbare Pläne ausgedacht haben. Hält man sich vor Augen, daß die Deutschen schon mehr Deportationen durchgeführt hatten, wenn auch in kleinerem Maße, daß sie meinten, daß der kommende Krieg gegen Rußland innerhalb weniger Monate abgeschlossen sein würde und schließlich, daß Hitler, der durch die Haltung der Niederländer seiner „Großmut“ gegenüber bereits sehr gereizt war, außer sich geriet durch die Streiks im Februar 1941, dann liegt dieser Plan sicher im Bereich des Möglichen, zumindest aber liegt er innerhalb dessen, was in deutschen Augen möglich und wünschenswert war⁹⁸.“

Wer soll das leugnen? Machthaber, die Millionen wehrlose Menschen haben ermorden lassen, waren nicht zu gut, um, wenn es ihnen in ihren Kram passen sollte und ausführbar gewesen wäre, mitten im Kriege vierzehn Millionen Niederländer und Flamen nach Ost-Polen zu deportieren. Aber das war, auch 1949–1950, nicht der Kern der Sache. Der Kern der Sache war einzig und allein, ob Kerstens Dokumente echt waren. Und das waren sie nicht. Sie waren phantasiert.

Es besteht keinerlei Grund, an der subjektiven Aufrichtigkeit derjenigen zu zweifeln, die nach 1945 für die Anerkennung von Kerstens Verdiensten kämpften. Viele Jahre lang ist die schwedische Regierung Kersten gegenüber besonders kleinlich aufgetreten. Erst Trevor-Roper hat im Februar 1953⁹⁹ den Anstoß zu Ereignissen in Schweden gegeben, die schließlich dazu führten, daß Kersten am 30. Ok-

⁹⁸ Enq., Bd. VI b, S. 182.

⁹⁹ H. R. Trevor-Roper, Kersten, Himmler and Count Bernadotte, in: *The Atlantic Monthly*, Februar 1953, S. 43–45.

tober 1953 die schwedische Staatsangehörigkeit erwerben konnte. Als aber Trevor-Roper einmal durch seine eigenen Untersuchungen hatte feststellen können, daß das Recht in der Kontroverse Kersten-Bernadotte auf Kerstens Seite war, sah er weiterhin auch auf anderen Gebieten Kersten als einen zuverlässigen Zeugen an. In dieser Auffassung wurde er durch den Bericht der Snouck Hurgronje-Kommission bestärkt; hinzu kam die hohe niederländische Auszeichnung, die Kersten verliehen worden war. Daß die internationale öffentliche Meinung, was Kerstens Zuverlässigkeit angeht, auf eine falsche Spur gebracht worden ist, kann man Trevor-Roper nicht vorwerfen; das war vor allem die Folge der Aktion von Posthumus und des oberflächlichen Berichts der Snouck Hurgronje-Kommission.

Was nun Kersten selbst angeht: er war ein Mensch voller Widersprüche; auffallend eitel, aber auch auffallend gutmütig, nach Ehrbezeugungen dürstend und stets bereit, Mitmenschen zu helfen, erfinderisch in Kleinigkeiten, aber nicht in der Lage, große Zusammenhänge zu sehen; er war schlau und zugleich naiv. Kersten hat sich mit großer Energie und ebensolchem Erfolg um die Freilassung niederländischer und anderer Gefangener und Verurteilter bemüht; bei dem Transport von tausend niederländischen Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück nach Schweden hat er eine bedeutende Vermittlerrolle gespielt, ebenso bei den Rettungsaktionen für einige zehntausend Juden im Frühjahr 1945, als er seinen Einfluß auf Himmler aufbot und bei diesen Bemühungen sein eigenes Leben aufs Spiel setzte. Das sind bedeutende humanitäre Verdienste. Für die Geschichtswissenschaft jedoch erwies sich Felix Kersten als völlig unzuverlässiger Zeuge.

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Band 20

Klaus von Schubert
Wiederbewaffnung und Westintegration
2. Auflage 1972. 216 Seiten

Band 21

Studien zur Geschichte der Konzentrationslager
1970. 202 Seiten

Band 22/23

Politik in Bayern 1919–1933
Berichte des württ. Gesandten
Carl Moser von Filseck
herausgegeben von Wolfgang Benz
1971. 290 Seiten

Band 24

Hildegard Brenner
Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution
Die politische Formierung der
Preußischen Akademie der Künste
ab 1933
1972. 174 Seiten

Band 25

Peter Krüger
Deutschland und die Reparationen 1918/19
1973. 224 Seiten

Band 26

Walter L. Dorn
Inspektionsreisen in der US-Zone
Notizen, Denkschriften und
Erinnerungen aus dem Nachlaß,
übersetzt und herausgegeben von
Lutz Niethammer
1973. 178 Seiten

Band 27

Norbert Krekeler
Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik
Die Subventionierung der deutschen
Minderheit in Polen 1919–1933
1973. 158 Seiten

Band 29

(Neuerscheinung 1974)
Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943
Aufzeichnungen des Majors Engel
herausgegeben von
Hildegard v. Kotze
Etwa 200 Seiten

Die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ist auch im Abonnement zu ermäßigtem Preis erhältlich. Sie erhalten dann regelmäßig zwei neue Bände im Jahr.

Studien zur Zeitgeschichte

Reinhard Bollmus

**Das Amt Rosenberg und seine
Gegner**

Studien zum Machtkampf im
nationalsozialistischen Herrschafts-
system
1970. 360 Seiten

Shlomo Aronson

**Reinhard Heydrich und die Früh-
geschichte von Gestapo und SD**

1971. 340 Seiten

Günter Plum

**Gesellschaftsstruktur und
politisches Bewußtsein in einer
katholischen Region 1928-1933**

Untersuchung am Beispiel des
Regierungsbezirks Aachen
1972. 319 Seiten

Lothar Kettenacker

**Nationalsozialistische
Volkstumspolitik im Elsaß**

1973. 389 Seiten

Conrad F. Latour/Thilo Vogelsang

Okkupation und Wiederaufbau

Die Tätigkeit der Militärregierung
in der amerikanischen Besatzungs-
zone Deutschlands 1944-1947
1973. 228 Seiten

Michael H. Kater

Das Ahnenerbe der SS 1935-1945

Ein Beitrag zur Kulturpolitik des
Dritten Reiches
1974. 523 Seiten

Marie Elise Foelz-Schroeter

**Föderalistische Politik und nationale
Repräsentation 1945-1947**

Westdeutsche Länderregierungen,
zonale Bürokratien und politische
Parteien im Widerstreit
1974. 251 Seiten

Über alle weiteren Veröffentlichun-
gen des
INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE
informieren wir Sie gerne.
Schreiben Sie uns!

Deutsche Verlags-Anstalt

Abteilung VB
7 Stuttgart 1, Postfach 209